

DAS ARGUMENT 106

Staat und Ideologie

Editorial

Zum vorliegenden Heft 775

Das *Argument* kann nur als Projekt seiner Leser existieren 775

W. F. Haug

Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus 780

Etienne Balibar

Klassen, Staat und „Diktatur des Proletariats“ 795

Stuart Holland

Sozialstaat als Bedingung des gesellschaftlichen Konsens 809

Harold Woetzel

Haug's „Kritik des Absurdismus“ als Beitrag zur Ideologietheorie 819

Stalinismus-Forschung

Michael Masuch

Das Problem der Erklärungen des „Stalinismus“ 826

Gert Meyer

Industrialisierung, Arbeiterklasse, Stalinherrschaft in der UdSSR (I) 844

Arbeitergeschichtsschreibung

Hannes Heer, Dirk Hemje-Oltmanns, Volker Ullrich

Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung: Neuere Tendenzen 860

Kongreßbericht: Jakobinismus-Tagung 881

Aufruf zur Gründung der Zeitschrift „Forum Kritische Psychologie“ 885

Forschungsprojekt „Anarchism and Legal Sciences“ 887

Besprechungen: Philosophiegeschichte, Literaturtheorie,

Sozialgeschichte, Staatsrecht 888

Zeitschriftenschau

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:
Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21
Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat:

Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33
Telefon 0 30 / 8 31 49 15

Besprechungen

Philosophie

Ritter, Joachim, u. Karlfried Gründer (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 4, I-K (J.-M. Ripalda) 888

Fichte, Johann Gottlieb: Ausgewählte politische Schriften (M. Hinz) 890

(Fortsetzung auf Seite XII)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1977 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis des Doppelheftes 9,- DM; Schüler und Studenten 7,- DM (Im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,- DM). – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig geschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitiertweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105 114, Postscheckkonto Karlsruhe 136 360-759. – Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, Rheinstraße 122, 7500 Karlsruhe 21, Telefon 07 21 / 55 59 55.
1.-10. Tausend Dezember 1977.

Beilagenhinweis:

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages, einen Prospekt der C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München; des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt; des Verlages Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft GmbH, Marburg/Lahn.

Editorial

Zum vorliegenden Heft

Die Beiträge setzen fort, was in den Heften 100 („Ideologischer Klassenkampf“), 103 („Marxismus und Einzelwissenschaft“ und „Ideologie-Diskussion“) und 104 („Staat und Krise“) begonnen worden ist. In dieser Diskussion kommen nunmehr auch zwei Vertreter der „Althusser-Richtung“ im zeitgenössischen Marxismus zu Wort.

Was seit Jahren Desiderat war, ließ sich endlich verwirklichen: Wir nehmen in diesem Heft den Schwerpunkt *Stalinismus-Forschung* auf. Hier wird versucht, die wissenschaftliche Erkenntnis der dem Stalinismus zugrundeliegenden sozialen Prozesse voranzutreiben.

Mit dem Beitrag zur Frage einer Geschichte der Arbeiterbewegung „von unten“ setzen wird die Diskussion kontroverser Positionen auf diesem höchst wichtigen Gebiet fort (begonnen in Arg. 63 „Geschichte und Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung“, zuletzt behandelt in Argument-Sonderband 75).

Das Argument kann nur als Projekt seiner Leser existieren

Wir betrachten die Leser als potentielle Mitarbeiter, als Autoren, aber auch als Mitarbeiter bei der Werbung, beim Verkauf. Wir betrachten sie nicht aus freien Stücken so, sondern aus Notwendigkeit; anders wäre ein Projekt wie das *Argument* nicht zu verwirklichen. Hinter ihm stehen keine finanzkräftigen Interessen, aufgrund der historischen Besonderheiten der BRD auch keine linken Organisationen. Die bürgerliche Presse schweigt uns „tot“, die kommunistische (mit dankenswerter Ausnahme der *Marxistischen Blätter*) nimmt uns nicht zur Kenntnis. Von den Gewerkschaften, auf die hin wir orientieren, erfolgt keine Unterstützung; allerdings wird zunehmend von Gewerkschaftern am *Argument* mitgearbeitet (vgl. etwa AS 14, „Humanisierung der Lohnarbeit?“) und in mehr und mehr gewerkschaftlichen Bereichen werden einzelne Sonderbände des *Argument* benutzt (vor allem AS 7 über Automation, AS 2 über Gewerkschaften in Westeuropa, schließlich die Medizinbände). Für solche Benutzer arbeiten wir, aber vom Benutzterwerden kann man die Produktion nicht finanzieren. Rein kommerziell aber ist ein Projekt wie das *Argument* nicht zu führen. Sagen wir es metaphorisch: Es kann nur leben und arbeiten als „Stipendiat“ derer, die seine Notwendigkeit einsehen. Ihnen legen wir im folgenden Rechenschaft ab; sie sollen wissen, welches die Probleme sind.

I. Die Entwicklung des redaktionellen Programms – Ausblick auf 1978

Das Argument hat sich in den letzten beiden Jahren aus einer Zeitschrift zu einem Zeitschriften-Verbund entwickelt. Allgemein-theoretische, methodische, aktuelle und politische Probleme werden in der Zeitschrift bearbeitet, die im Re-

zenstionsteil zugleich einen kritisch-informativen Überblick über die wissenschaftliche Literatur der verschiedenen gesellschaftswissenschaftlich relevanten Disziplinen gibt und zunehmendes Gewicht auf Diskussion legt. Spezielle Bereiche werden von Serien, die zum Teil Zeitschriftcharakter haben, behandelt; hierfür dient die Reihe der Argument-Sonderbände als Transportmittel. Zugleich hat diese Reihe mit ihrer Möglichkeit eines Auswahlabonnements (das zur Abnahme von nur drei aus den ca. zehn Bänden eines Jahrgangs verpflichtet) zu einer Art Buchclub geführt.

Hier unser Programm für die Argument-Sonderbände 1978:

- AS 21 Schule und Erziehung (VI): Reformpädagogik und Berufspädagogik
- AS 22 Gulliver / Deutsch-englische Jahrbücher, Band 3: USA im Jahr 201
- AS 23 Massen / Kultur / Politik
- AS 25/26 Habermas – Darstellung und Kritik seiner Theorie von Burkardt
Tuschlfg. Doppelband
- AS 27 Jahrbuch für Kritische Medizin 3
- AS 28 Forum für Kritische Psychologie 1
- AS 29 Gulliver 4 / Deutsch-englische Jahrbücher Band 4
- AS 30 Soziale Medizin (VIII)
- AS 31 Automationsarbeit: Empirie / Projekt Automation und Qualifikation, Band 3
- AS 32 Gesellschaftsformationen in der Geschichte

Weitere Bände in Vorbereitung:

- Musik 50er Jahre (Fortsetzung von AS 5 und AS 24)
- Forum für Kritische Psychologie 2
- Internationale Sozialismus-Diskussion

Es genügt ein Blick auf dieses Programm, um zu sehen, daß es sich dabei fast ausschließlich um die Entfaltung bereits angefangener Projekte handelt. Rund um die allgemeine Zeitschrift *Das Argument* sind in der AS-Reihe spezielle Periodika entstanden, die je besondere Gebiete kontinuierlich und im Zusammenhang mit allgemeinverbindlicher Theoriediskussion in der Zeitschrift bearbeiten. Eine Ausnahme bildet der Band über die Theorie von Jürgen Habermas, den wir aufgrund seiner klaren Durchdringung eines ebenso schwierigen wie wichtigen Gegenstands für ein Standardwerk mit Einführungscharakter auf einem Gebiet halten, auf dem es bisher keine umfassende Darstellung gibt.

Mit der Gründung der Reihe „Kritik der bürgerlichen Medizin“ (später fortgeführt als „Argumente für eine Soziale Medizin“), wurde die schon fast seit Beginn der Zeitschrift kontinuierliche Beschäftigung mit psychologischen Fragen auf neuem Niveau fortgesetzt. Insbesondere in den Bänden 60 (1970), 71, 78 und 89 führten wir schwerpunktmäßig die Auseinandersetzung mit Gruppendynamik, Verhaltenstherapie und Antipsychiatrie. Mit Heft 91 (1975) lösten wir den Komplex der *Kritischen Psychologie* aus dem Zusammenhang der Kritischen Medizin heraus und starteten eine eigene Reihe unter jenem Titel. 1977 veröffentlichten wir das zweite Heft zur Kritischen Psychologie in Gestalt eines Argument-Sonderbands (AS 15). Für 1978 ist vorgesehen, diese begonnene Serie um-

zufunktionieren. Die Umbenennung in „Forum für Kritische Psychologie“ soll signalisieren. Im Anschluß an den Internationalen Kongreß Kritische Psychologie (Marburg 1977, vgl. den Kongreßbericht in Arg. 103/1977) wird hier das Organ für die weitere Ausarbeitung und Diskussion der Kritischen Psychologie geschaffen; es wird allen Gruppen, die im Umkreis der Kritischen Psychologie arbeiten und den zweiten Kongreß vorbereiten, unter redaktioneller Leitung von Klaus Holzkamp und Karl-Heinz Braun zur Verfügung stehen (vgl. den Aufruf in AS 15).

Mitten in einer Zeit politischer Rückschläge zeigt sich in einem solchen Programm die fortschrittliche Bewegung in der Wissenschaft in neuer Qualität. Sie ist verankert in immer mehr Fachwissenschaften. Der bürgerliche scheinhafte Gegensatz von Wissenschaft und Politik ist hier aufgehoben; das Politische zeigt sich im Herzen der Wissenschaften selbst. Die Wahrheit der allgemeinen Theorie wiederum wird konkret auch in den Wissenschaften. Ein neues Wechselverhältnis zwischen allgemeinthoretischen Problemen bzw. ihrer Diskussion, und den einzelwissenschaftlichen Forschungen und Ergebnissen entwickelt sich. Die Konstruktion einer allgemeinen Zeitschrift mit spezifischen Periodika dient dazu, dieses Wechselverhältnis zu institutionalisieren. Nur im Zusammenhang der verschiedenen einzelwissenschaftlichen Entwicklungen läßt sich das hier und dort erreichte Niveau gesellschaftskritischer Theorie und Praxis stabilisieren und verbreiten. Diese Konstruktion bringt fortschrittliche Mediziner mit Literaturwissenschaftlern, Philosophen, Soziologen, Psychologen, Politologen, Kulturarbeitern und -theoretikern, Erziehungswissenschaftlern, Ökonomen, Historikern, Anglisten bzw. Amerikanisten usw. in einen durch das Verhältnis von Sonderbänden und Zeitschriften vermittelten Diskussionszusammenhang. So läßt sich der Abgehobenheit allgemeiner Theorie wie dem theoretischen Handwerkeln oder unwissenschaftlichen Politisieren einzelner Fachwissenschaftler gegensteuern.

II. Finanzierungsprobleme und wie zu ihrer Lösung beigetragen werden kann

Der Leiter des Luchterhand-Verlags führte unlängst folgende Kalkulation vor: „2000 Exemplare eines Buches von 250 Seiten müßten unter gegenwärtigen Kostenverhältnissen, bei sparsamer Administration, Werbung und Verkaufsförderung und bei einem Autorenhonorar von 10 Prozent vom Ladenpreis pro Stück 38 Mark im Buchhandel kosten. . . . jeder Preis, der darunter liegt, deckt die Kosten nicht mehr“^(a). Vergleichen wir damit die Argument-Sonderbände. Der erste dieses Jahres, AS 13, „Kritik der Frankreichforschung“, hat 254 Seiten und erschien in einer Auflage von 2000 Exemplaren: er kostet wie alle AS-Bände für studentische Abonnenten nicht 38 Mark, sondern 9 Mark, im Freiverkauf für Studenten 12 Mark und für Verdienner 15,50 DM. – Hören wir weiter den Leiter des Luchterhand-Verlags: „Bleibt eine Restauflage länger als zwei, drei Jahre am Lager liegen, so erhöht sich die Minusdifferenz von Jahr zu Jahr durch Lager- und Verwaltungskosten. Die Substanz kleiner Verlage ist auf diese Weise von innen her in kurzer Zeit aufgezehrt“. Nun müssen wir keinen Gewinn machen. Aber vielleicht dämmert dem Leser eine leise Ahnung von der Anstrengung, die hinter einer jetzt fast zwei Jahrzehnte dauernden Arbeit des Argument-Verlags steht. Unser Gewährsmann beleuchtet einen weiteren Aspekt unserer Probleme: „Ein Verlag, der in zwanzig Jahren 400 . . . Titel produziert hat und durch Lagerung der Restauflagen (und, wenn die Auflage vergriffen war, durch Neuauf-

gen) über die ganze Zeit hinweg lieferbar erhalten hat, gibt alleine für die Verwaltung dieser Titel schon etwa eine halbe Million im Jahr aus. Unter diesem Druck entsteht der in letzter Zeit immer auffallender ins Bild tretende Ramschmarkt. . .“

Am billigsten ist verlegerisch die Veröffentlichung eines fertig vom Autor gelieferten Manuskripts; nicht viel anders die Übersetzung eines Buchs aus einer anderen Sprache, günstig vor allem, wenn der Autor schon „einen Namen hat“. Sehr viel teurer ist dagegen die Ausarbeitung eines Buches von der Idee über die einzelnen Stadien der Verwirklichung bis zur Veröffentlichung – je sorgfältiger die Redaktion, desto kostspieliger. Am aufwendigsten beim Argument dürfte der Rezensionsteil sein, in dem am meisten Arbeit steckt.

Sollen wir solche Posten hinwegrationalisieren? So wie wir unsere Aufgabe definieren, sind diese aufwendigen Gebiete das Herzstück unserer Tätigkeit. Hier arbeiten wir unmittelbar für die Entwicklung und Aufrechterhaltung eines Diskussionszusammenhangs; hier geht es nicht um einzelne isolierte Texte, sondern um die Entfaltung der theoretischen Kultur des Fortschritts. Diese Funktionen aufgeben hieße sich selbst aufgeben. – Es ist vielleicht auch hier interessant, das Rezensionswesen unter gewöhnlichem verlagskommerziellen Gesichtspunkt betrachtet zu sehen. Wie das kommerzielle Verlagswesen die Rezensionen auffaßt, zeigt folgende Information aus dem Börsenblatt des Deutschen Buchhandels: Charakteristisch für die literarische Öffentlichkeit in den USA sei „das langsame Verschwinden der Rezensionen, das auf eine drastische Kürzung der Anzeigenbudgets der Verleger zurückzuführen ist“. Die Rezensionsorgane wurden teils eingestellt, teils Schritt um Schritt reduziert. Die Rezensionsbeilage der *New York Times* „nimmt von Woche zu Woche ab“ (b). Der Bericht datiert von 1975, die Tendenz ging seither weiter. Für Verlage und Buchhandlungen sind die Folgen verheerend. – Unsere Rezensionen werden zwar nicht durch Anzeigen finanziert, aber finanziert werden müssen sie darum nicht weniger. Wer tut es, wenn nicht die Leser? – Im übrigen ist unser ohnehin relativ geringer Anzeigenumsatz 1977 um 25 % weiter geschrumpft.

Wie im Editorial zu Argument 102 angekündigt, haben wir die Autoren bitten müssen, auf die Hälfte des ihnen zustehenden Honorars zu verzichten. Zuvor schon haben wir drucktechnisch alle vertretbaren Möglichkeiten ausgeschöpft, den Kostenanstieg – bei gleichbleibender Textmenge – aufzufangen. Wir haben das Format der Sonderbände verkleinert, auch den Umfang verringert. Wir haben ihre Erstauflage herabgesetzt, um den Kapitalbedarf zu verringern. So haben wir es geschafft (wenn auch mit gewisser Verspätung, die den Autoren und der redaktionellen Bearbeitung geschuldet ist), alle fest angekündigten AS-Bände zu produzieren, darüber hinaus, als Fortsetzung von AS 5 über Hanns Eisler, einen Band über „Angewandte Musik“ (c). Leider konnten wir das Vorhaben, die Texte des „Abendroth-Forums“ zu veröffentlichen, aus Kapitalmangel nicht ausführen (d). Aber wir haben immerhin 9 AS-Bände herausbringen können.

Die Zahl der AS-Abonnenten ist das ganze Jahr über (langsam aber sicher) gestiegen. Zu langsam, um unsere Probleme zu lösen, aber sicher genug, um uns zu ermutigen. Jeder Abonnent verringert den ökonomischen Druck, der auf dem riskanten Unternehmen lastet, mitten in der Wirtschaftskrise und mitten in vielseitig angelegter Repression gegen gewerkschaftliche, gar sozialistische Arbeiterbewegung und Linksintellektuelle, Möglichkeiten kontinuierlicher Veröffentlichung bereitzustellen, Diskussionszusammenhänge zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Konjunkturrell zu handeln wäre opportunistisch. Jeder Abonnent

erwirbt nicht nur eine preiswerte Ware mit einem bestimmten Gebrauchswert, sondern ist zugleich Mitträger eines für die rationale, bündnisorientierte Linke und für die kritische Gesellschaftswissenschaft unentbehrlichen Mediums.

Ein Mittel, um an Geld zu kommen, war der Ausverkauf von zehn Argument-Jahrgängen. Er brachte mehr als 60 000 Mark Barmittel; allerdings verkaufen wir unter Kosten, also mit Verlust.

Hier ein weiterer Verlust: 10 Prozent unserer Abonnenten, 800 an der Zahl, haben 1977 die Abo-Rechnung nicht bezahlt. Wir haben ihnen zwei Hefte zugeschickt und dann die Belieferung eingestellt. Vielleicht hat der eine oder andere doch noch ein Einsehen, daß er zwischen linken Sekten und linken Moden ein kontinuierliches Organ kritisch-wissenschaftlicher Diskussion braucht.

Wie wir es drehen und wenden, wir kommen nicht darum herum, bei den Sonderbänden die Abo-Preise leicht zu erhöhen: von 9 auf 10 Mark für Studenten und von 12 auf 13 Mark für Verdienende. Die Einzelverkaufspreise hatten wir schon vor einem Jahr angehoben. Sie bleiben unverändert. Ebenso die Preise für die Zeitschrift.

Seit Heft 102 bringen wir auf der letzten Umschlagseite ein Verzeichnis der Buchhandlungen, die sich verpflichtet haben, *Das Argument* und die *Argument-Sonderbände* komplett am Lager zu halten. Diese Buchhandlungen erhalten dafür einen um 5 Prozent höheren Rabatt und kommen außerdem in den Genuß einer für sie kostenlosen Werbung. Denn *Argument*-Leser sind überdurchschnittlich gute Buchhandelskunden. Uns wiederum ist dadurch auch geholfen. Wir bitten unsere Leser, vor allem in Universitätsstädten, in denen wir noch nicht vertreten sind, den Buchhandel auf diese für beide Seiten vorteilhafte Möglichkeit hinzuweisen und sich außerdem davon zu überzeugen, daß die Buchhandlungen aus unserer Liste auch tatsächlich alle lieferbaren Titel am Lager halten.

Anmerkungen

a Hans Altenhein, Wenn der Geist vermarktet wird, in: Merkur, H. 10/1977, zit. n. d. Nachdruck in der FAZ vom 28. 10. 77.

b Börsenblatt des Deutschen Buchhandels, Nr. 6/1975, S., 81.

c Angewandte Musik 20er Jahre. Exemplarische Versuche gesellschaftsbezogener musikalischer Arbeit für Theater, Film, Radio, Massenveranstaltung. Redaktion Dietrich Stern. Argument-Sonderband AS 24, 1977.

d Abendroth-Forum. Marburger Gespräche aus Anlaß des 70. Geburtstags von Wolfgang Abendroth. Inzwischen erschienen beim Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1977.

W. F. Haug

Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus*

I. Weder ökonomistisch noch politizistisch an die Frage herangehen

„Sozialismus und politische Systeme“ – es ist nützlich, das Thema in marxistische Begriffe zu fassen.

Historisch materialistisch artikuliert ist es die Frage nach dem Verhältnis von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus, von sozialistischen Produktionsverhältnissen und Staat. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse und im Lichte der historischen Methode des Marxismus stellt sich diese Frage in der Perspektive des schließlichen Abbaus des Staates.

Die Aktualität der Themenstellung ergibt sich aus der brennenden Frage nach dem Verhältnis allgemeiner Gesetzmäßigkeiten des Übergangs zum Sozialismus und seines Aufbaus zu den je verschiedenen nationalen und historischen Besonderheiten. Der „politische Überbau“ des Sozialismus ist es, der Divergenzen über den Weg zum Sozialismus austrägt. Er ist ja nichts anderes als die konkrete Form der Organisation des Vergesellschaftungsprozesses.

Wir beobachten die Dialektik zweier undialektischer Positionen, des Ökonomismus und des Politizismus.

Der Ökonomismus besteht auf unserem Gebiet darin, die Vergesellschaftung in der Form der Verstaatlichung und der Errichtung einer Planwirtschaft für so entscheidend zu erklären, daß darüber die Frage einer spezifisch sozialistischen Form ihrer Vermittlung, also die Frage des Systems politischer Formen und Rechte vernachlässigt wird. Die politizistische Variante besteht darin, daß bestimmte Regeln und Formen des Politischen zum Wesen erklärt werden, das Ökonomische aber sekundär gewertet wird.

In beiden Positionen schaffen sich funktionale Gruppen der Gesellschaft das, was sie als optimale Bedingung empfinden. Hier die „Politiker“ und „Ideologen“, dort die unmittelbaren Organisatoren und Dirigenten des Vergesellschaftungsprozesses.

Der Ökonomismus bedeutet in der Praxis ein rigoros auf seinen sekundären Rang reduziertes politisches System. Gerade weil das Politische als das für den Sozialismus Unwesentliche gilt, erscheint eine dem Dirigieren des ökonomischen Prozesses unmittelbar adäquate politische Struktur spontan richtig: eine Leitungsstruktur des Politischen. Sie droht ständig zu degenerieren zu einer Struk-

* Beitrag zur II. Internationalen Konferenz „Sozialismus in der Welt“ von 1977 zum Thema „Sozialismus und politische Systeme“ in Cavtat/Jugoslawien. – Zur I. Konferenz von 1976 vgl. den Kongreßbericht in Argument 102/1977, S. 240 ff.

tur, die nicht primär der Leitung des ökonomischen Prozesses adäquat ist, sondern den Leitern und ihren spontanen Interessen. Der Ökonomismus vermeidet alles Politische, das zu einer Destabilisierung der Leitung des Ökonomischen führen könnte.

Der Politizismus bedeutet in der Praxis einen bürgerlichen Überbau in den Farben des Sozialismus. Er etabliert einen „ideologischen Markt“ entsprechend den Interessen intellektueller Warenproduktion. Die Ideologen neigen dazu, das freie Verfolgen ihrer Interessen als Freiheit schlechthin zu verklären.

In der Ökonomie bedeutet der Politizismus die Vermeidung jeder Entwicklung, die zur Destabilisierung des politischen Systems führen könnte¹. Jede revolutionäre Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse führt unweigerlich zur Destabilisierung des politischen Systems.

Der Ökonomismus behandelt alles Ideologische so wie das Politische. Theoretisch degradiert er es zum bloßen „ideologischen Reflex“ oder „Ausdruck“ der Produktionsverhältnisse. In der Praxis führt diese Auffassung dazu, das Ideologische über die „politische“ Macht zu dirigieren. Auf den Automatismus von Reflex oder Ausdruck wird in der Praxis keineswegs gebaut, sondern der „Reflex“ wird sozusagen „bestellt“. Der administrativ kontrollierte „Reflex“ dient als Instrument sozialer Kontrolle. Andererseits gibt sich die kontrollierende, planende und leitende Tätigkeit selber für den bloßen Reflex der Basis aus.

II. Basis-Überbau-Theorie und Ableitung der Form des Politischen bei Marx und Engels

Marx und Engels haben entdeckt, daß politische Systeme als Überbau über der jeweiligen ökonomischen Basis zu begreifen sind. Als „Basis“ gilt ihnen in diesem Verhältnis bekanntlich der Produktionsprozeß des materiellen Lebens, wie er durch die Form der Produktionsverhältnisse bestimmt ist. Die politische Sphäre als Überbau über dieser ökonomischen Sphäre zu begreifen, hat einen genetischen, einen funktionalen und einen ökonomischen Sinn.

Der genetische Sinn der Basis-Überbau-Theorie läßt sich am Beispiel des Staates so zusammenfassen: Der Staat ist aus der Gesellschaft entstanden, ist entsprechend soziogenetisch zu begreifen. „Gesellschaft“ bedeutet hier im Kern: das Ganze der Produktion und der unmittelbar mit ihr zusammenhängenden Beziehungen des menschlichen Lebens. Es ist die Zerrissenheit der Gesellschaft, in reifer Form ihr Klassengegensatz, woraus Marx und Engels den Staat begreifen als eine „aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht“ (Engels, MEW 21, S. 165). Das „Über“ im Begriff des „Überbaus“ hat hier die konkrete Bedeutung einer durch einen Gewaltapparat vermittelten Überordnung.

Der funktionelle Sinn der Basis-Überbau-Theorie hebt die *Notwendigkeit* der Entstehung hervor: Dieser Überbau hat die Funktion, die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse (damit der in ihnen eingeschlossenen Herrschaftsverhältnisse) zu sichern. Nach außen ist es der Krieg, für den es eines Gewaltapparates bedarf. Nach innen geht die Notwendigkeit dieser Funktion insbesondere aus der die Verhältnisse sozialer Herrschaft bedrohenden Austragung der Inter-

essen- bzw. Klassengegensätze hervor. Gestützt auf den Gewaltapparat etablieren sich zu diesem Zweck administrative und ideologische Apparate.

Der ökonomische Sinn der Basis-Überbau-Theorie bezieht sich auf die handgreifliche Tatsache, daß die *Bedingung* für die Entstehung und Fortexistenz eines solchen Überbaus die Existenz von Mehrprodukt ist. Der Überbau zehrt vom gesellschaftlichen Mehrprodukt. Die Formen der Aneignung dieses Mehrprodukts durch den Überbau hängen eng mit den Formen zusammen, in denen er seine Funktionen ausübt.

Obwohl zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse (Produktionsverhältnisse) fungierend, muß sich der Überbau in gewissem Umfang gegen die ganze Gesellschaft verselbständigen, sich ihr „entfremden“, wie Engels sagt. Dies bestimmt seinen Grundwiderspruch. Deshalb ist zwischen Klassegehalt und Überbauform stets scharf zu unterscheiden.

Der Staatsapparat definiert einen gewaltfreien und in bestimmter Weise geregelten Raum, der quasi von seinen bewaffneten Organen umstellt ist und innerhalb dessen die gesellschaftlichen Gegensätze gewaltlos und jenen Regeln entsprechend auszutragen sind. Dieser durch den Staatsapparat bestimmte („umstellte“) Raum zwingt den Auseinandersetzungen der Klassen seine Form auf. Die derart entstandene Auseinandersetzungsform nennen wir *die politische Form*². Marx und Engels faßten das Politische als eine der Hauptformen des Ideologischen auf. Den Staat bezeichneten sie als „die erste ideologische Macht über den Menschen“, das Recht als die zweite usw. Diese sich auf reale Institutionen stützenden Formen bestimmen in der durch sie regulierten Hinsicht Bewußtsein und Verhalten der gesellschaftlichen Individuen. Es sind die Formen, in denen die grundlegenden gesellschaftlichen Gegensätze zunächst bewußt werden und ausgefochten werden.

Das Ideologische ist also nicht primär als Bewußtseinsform zu begreifen, allenfalls ist es gesellschaftlich bestimmte Form von Bewußtsein, also sekundär. Dies nicht in dem Sinn, daß es gesellschaftliche Realitäten unmittelbar widerspiegelt, sondern im Sinne seiner realen Vermittlung durch die Existenz eines Überbaus. Es spiegelt also die Formung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen durch den Überbau wider. Beim Staat wird besonders deutlich, daß und wie er eine Austragsform von Konflikten definiert – und bei „Ausschreitungen“ erzwingt.

Dennoch ist alles Ideologische durch eine gemeinsame „ideell“ faßbare Grundstruktur bestimmt: durch die Umkehrung des Basis-Überbau-Zusammenhangs. Das Bewußtsein, die Idee, die Regel usw. fungieren im Ideologischen als Primäre, nicht als Sekundäre, als Axiome, nicht als Abgeleitete. Genaugenommen ist dies sachlich falsch. Dennoch ist das insofern ideologische Bewußtsein nicht nur falsches Bewußtsein, denn die ideologische Verkehrung ist real, ist charakteristisch für die Funktionsweise eines jeden aus der Klassenzerrissenheit der Gesellschaft hervorgegangenen Überbaus. Obwohl realiter abgeleitet, fungiert er als übergeordnete, „entfremdete“ Macht. Er erscheint als selbständig, nicht als verselbständig. Dies ist eine Erscheinungsform seines Grundwiderspruchs.

III. Die transitorische Notwendigkeit des sozialistischen Staats

Kann es einen sozialistischen, einen revolutionären Staat geben? Der Sozialismus ist die wirkliche Aktion und Bewegung der Massen. Insofern der Staat durch die „Auslagerung“ der aufs Ganze gerichteten Aktivitäten aus der Gesellschaft bestimmt ist, wird daher der sozialistische Staat zum Problem.

Im nationalen und internationalen Klassenkampf zerstört sich die Bewegung ohne Zentralisierung und Disziplin. Sie bedarf der Institutionen. Sie bedarf der Partei und des Staats. Der Übergang zum Sozialismus erscheint zunächst als Ausbruch der Politik aus der engen bürgerlichen Kanalisierung. Sie wird zuständig fürs Ökonomische, von dem sie in der bürgerlichen Gesellschaft gerade abgesetzt ist. So gut wie alles, was in der Gesellschaft geschieht, erscheint jetzt politisch.

Der Vorgang ließe sich auch umgekehrt ausdrücken: Dieser Ausdehnung der politischen Kompetenz auf alles und jedes liegt in Wirklichkeit die neuartige Kompetenz der gesellschaftlichen Produzenten für die Produktion zugrunde. In der revolutionären Aktivität der Massen wird die Form des Politischen aufgehoben, wird das institutionell aus der Gesellschaft Herausgelagerte von der Produzentengesellschaft wieder angeeignet.

Als revolutionäre Aktivitäten der Produzenten, der Arbeiter und Bauern vor allem, haben diese Aktivitäten keine spezifisch „politische“ (im Gegensatz zur gesellschaftlichen) Form. Die Auslagerung aus der Gesellschaft, der Gegensatz zum unmittelbar Gesellschaftlichen bestimmt das Politische.

Die Notwendigkeit eines sozialistischen Staats ist bedingt modifiziert, vor allem von der Entwicklung der Klasse der Industriearbeiter und ihrer „politischen“ Tradition und Organisation. Je schwächer oder amorpher die Arbeiterklasse, desto größer das Gewicht eines von ihr abgesonderten politischen Apparats¹. Je größer die nationale und internationale Zerrissenheit, desto imperativer die Notwendigkeit des Staats. Er ist der Kern des politischen Systems. Das Wie seiner Ausführung hängt hochgradig von den nationalen Besonderheiten ab. Ein Volk, dessen Vergangenheit z. B. eine breite Widerstandsbewegung gegen den Faschismus umfaßt, wird andere Formen hervorbringen als ein Volk, dessen Vergangenheit durch einen nicht von innen heraus, sondern von außen, durch fremde Völker besiegt Faschismus geprägt ist.

Der Widerspruch des bürgerlichen Staats ist es, Klassenherrschaft in der Form der politischen Integration zu sein.

Der Widerspruch des sozialistischen Staates ist es, Arbeiter- und Bauernstaat zu sein in der Form eines gegen die Arbeiter und Bauern verselbständigten Apparats.

Im Kapitalismus wird der Staat immer wichtiger. Immer mehr muß er in den ökonomischen Zusammenhang eingreifen.

Im Sozialismus wird der Staat zunächst wichtiger denn je zuvor, seine Kompetenz erstreckt sich auf alles. Aber erstens stützt sich der sozialistische Staat auf die Werktätigen, gegen die er sich zugleich verselbständigt, und das ist sein Widerspruch; und zweitens ist seine Notwendigkeit transitorisch. Der sozialistische Staat muß durch seinen Erfolg erledigt werden, heißt es bei Brecht.

Es wäre zu prüfen, ob der sogenannte „Stalinismus“ nicht eine unbeherrschte Austragungsform des Grundwiderspruchs jedes sozialistischen Staates war. „Personenkult“ war jedenfalls nicht das entscheidende Problem. Um die Person Lenins mochte man einen „Kult“ machen, weil wie kaum je in der Geschichte Entscheidendes von seiner Person und ihren eigentümlichen Fähigkeiten abhing. Andere Revolutionen haben ähnlich wichtige Persönlichkeiten hervorgebracht. Die Besonderheit Lenins und anderer Gründerpersönlichkeiten des Sozialismus bestand vor allem darin, daß er den Widerspruch der zentralen, relativ selbständigen Machtinstanz und ihres Apparats einerseits und ihrer Massen- und Klassenbasis buchstäblich „überzeugend“ integrierte. Bei seinem Tode erwies sich, daß die „Überzeugung“ nicht institutionalisiert war.

Vielleicht ist der „Stalinismus“ zu verstehen als die durch die historischen Umstände bestimmte national besondere „zweite Genesis“ des „sozialistischen Staates“ (so bitter es sein mag, diesen Begriff hier anzuwenden). Er war die terroristische Form einer – nicht dieser Form, wohl aber ihrem Inhalt nach – unvermeidlichen Ablösung und Überordnung eines Staates, der die revolutionäre Arbeiterpartei zu seinem Apparat machte, sie damit bei seiner Abhebung von der Gesellschaft mitriß und so ihrer Massenbasis entfremdete. Dieser Form der unkontrollierten zweiten Staatswerdung entsprach eine verheerende Zurückdrängung des Politischen, dessen relative Eigenständigkeit, wo sie sich zeigte, vom Staatsapparat unterdrückt und kriminalisiert wurde. Es liegt auf der Hand, daß auch *nach* einer solchen unkontrollierten Staatswerdung, nach dem Absterben von deren terroristischer Form, die dadurch erfolgte reduktive Prägung des Politischen und „Verstaatlichung“ der Partei nicht ebenso absterben.

Die Kritik am Stalinismus darf keinesfalls an der Notwendigkeit des sozialistischen Staates vorbeisehen, sonst trägt sie zu unkontrollierten Formen seiner Durchsetzung bei. *Um Macht über der Gesellschaft zu werden, muß sich der Staat der Gesellschaft entgegensetzen.* Die eigentliche Stärke des sozialistischen Staates kann auch seine Schwäche sein: das vopolitische, selbstbewußte aber unkoordinierte Handeln der Massen.

Nirgendwo ist soviel Dialektik nötig wie im Verhältnis zum sozialistischen Staat.

IV. Politischer Überbau und Entwicklung der Basis

Sozialistische Produktionsverhältnisse sind nicht statisch. Sie sind dem Anspruch auszusetzen, die Verhältnisse zu sein, in denen der revolutionäre Prozeß das Ziel der klassenlosen Gesellschaft ansteuert. „Politische Systeme“ sind daher immer als „Teilsysteme“ innerhalb desselben Prozesses zu konzipieren. Wenn es erlaubt ist, paradox zu formulieren, könnte man von „transitorisch dominierenden Subsystemen“ sprechen. Denn der Überbau ist immer über- und untergeordnet zugleich (wenn auch in verschiedener Hinsicht). „Sozialismus und politische Systeme“ – das Thema ist marxistisch nur zu behandeln, wenn man die beiden Seiten in ihrer Dialektik behandelt. Das Verhältnis ist „asymmetrisch“: der Staat ist der Gesellschaft in bestimmter Hinsicht übergeordnet, aber letztend-

lich bleibt er in allen seinen Handlungsmöglichkeiten dem Wirken der gesellschaftlichen Gesetze unterworfen.

Wenn die zentrale Frage bei der Erörterung „politischer Systeme des Sozialismus“ das *Wie* des Vergesellschaftungsprozesses ist, so ist es (will man sich nicht in Illusionen verlieren) stets in Abhängigkeit vom sozialökonomischen *Was* zu behandeln.

Umgekehrt wird die Erreichung bestimmter sozialökonomischer Ziele bedingt von dem konkreten „politischen“ *Wie* ihrer Verfolgung.

Das Erste hat Lenin klar gesehen, als er nach bestimmten illusorischen Versuchen, unter Mißachtung sozialökonomischer Gesetze unmittelbar „sozialistische Politik“ zu machen, konstatierte: der hinterm Rücken der „sozialistischen Politiker“ als Antwort auf ihre Maßnahmen entstandene „Schwarze Markt“ sei der politische Ökonom, von dem zu lernen sei. (Aufgrund des Vorwiegens triumphalistischer Geschichtsschreibung ist leider die ungemein lehrreiche Sowjetgeschichte noch weitgehend unausgewertet).

Das Zweite hat jüngst die chilenische Entwicklung schlagend vor Augen geführt, sowohl was die große Bedeutung politischer und juristischer Formen und Institutionen, als auch was die des repressiven Staatsapparats angeht. Fast alle Elemente des politischen Systems und des Staatsapparats spielten bei der Konterrevolution ihre spezifische Rolle. Wenn der revolutionäre Prozeß im Sozialismus zum Stillstand kommt, dominiert die Einheit zweier entgegengesetzter Formen: der Zusammenhang der das Ganze bestimmenden Staatsform mit den das Ökonomische vermittelnden Wertformen. Die Staatsform des gesellschaftlichen Handelns und die Wertformen haben dies gemeinsam: beide beruhen auf der „Auslagerung“ und „Transposition“ gesellschaftlicher Praxis aus dem Bereich bewußten gesellschaftlichen Handelns heraus. In dem Maße, in dem die Bewegung der Massen im Sozialismus zur Ruhe kommt bzw. in der staatlich definierten Form des Politischen und der durch die Wertformen bestimmten Form des Ökonomischen sowie in der Privatsphäre sich verteilt und erschöpft, regrediert der Sozialismus auf bürgerliche Formen. In den bürgerlichen Formen bleibt er in entscheidender Hinsicht der bürgerlichen Gesellschaft unterlegen: hinsichtlich des „subjektiven Faktors“, den sie mit der Gewalt einer Naturkraft in Form des Privategoismus mobilisiert.

Die bürgerliche Gesellschaft ist „produktiv“ – in den Schranken ihres Grundwiderspruchs und ihres unbeherrschten Schwankens zwischen den Polen von Konjunktur und Krise – durch die „zweite Naturgewalt“ des ökonomischen Drucks und durch die leidenschaftliche Gier des Privategoismus. Die Effektivität des Kapitalismus gründet also auf Verhältnissen und Triebkräften, die der Sozialismus sofort eliminiert. Der Kapitalismus ist so stark, wie er ist, gerade durch sein Freisein von Planung, Gemeinschaftlichkeit und Solidarität. Die Apologeten des Kapitalismus sehen daher seine Effektivität gefährdet, wo er zu seiner Stabilisierung Zugeständnisse an den Reformismus macht. Diese Zugeständnisse sozialer Sicherung der Individuen führe zu „Sozialstaatsgesinnung“ und schwäche das „Leistungsprinzip“. Und sie haben nicht ganz unrecht, Schwächung und Stabilisierung gehen hier in gewissem Umfang Hand in Hand.

In den Formen, die dem Kapitalismus adäquat sind, ist der Sozialismus ihm unterlegen. Dies gilt auch von den Formen des Überbaus. Die kapitalistischen Verhältnisse werfen – mit dem prägnanten Ausdruck von Marx und Engels – ihren „verschönerten Schatten“ in den Überbau. Dort mag das Leben so aussehen, als sei es unmittelbar von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und allseitigem, harmonisch zu vereinbarendem Eigennutz bestimmt. Doch die Verhältnisse, muß man mit Peachment sagen, sie sind nicht so. Es ist ein trügerischer Traum gewisser „wahrer Sozialisten“, den Sozialismus als Dasein in der Form solcher „schöner Schatten“ einrichten zu können, als Reich der sozialen Gerechtigkeit auf kapitalistischer Grundlage. Verständlich, aber nicht entschuldigbar, ist es, wenn bestimmte Ideologengruppen die Illusion solcher „schöner Schatten“ kultivieren.

Es wäre jedoch grundfalsch, die „bürgerlichen Rechte“ des Individuums als bloßen „Schein“ aufzufassen. Gleiches gilt für andere Rechte, die bestimmte Freiheiten vor Übergriffen der Staatsmacht garantieren, wie etwa die Freiheit der Wissenschaft. In sozialistisch weiterentwickelter Form haben solche Garantien u. a. die wichtige Funktion zu verhindern, daß „politische“ oder „gesellschaftliche“ Maßnahmen gegen Gesetzmäßigkeiten der Entfaltung der Persönlichkeit, des Wissenschaftsprozesses usw. verstoßen. Hier sind viele Probleme ungelöst. In der Phase sozialistischer Staatlichkeit wird es das „politische System“ sein müssen, das solche Garantien institutionalisiert. Ein großes Problem ist die nicht nur verbale Garantie sozialistischer Legalität insgesamt, ein oft noch größeres ist die innere Legalität der Partei als eines das gesellschaftliche und das politische System verbindenden Elements.

Der Zusammenhang innerparteilicher und allgemeingesellschaftlicher Legalität ist noch kaum erforscht. Ferner vermag die marxistische Theorie noch nicht befriedigend die Normen solcher Legalität zu begreifen. Inakzeptabel ist der Rekurs auf die alte Ideologie von den „unveräußerlichen ewigen Rechten und Idealen“, die als irgendwie über den Menschen hängend vorgestellt wurden. „Verhimmelte Formen“ gesellschaftlicher Verhältnisse sagten Marx und Engels dazu.

Die ideologische Form der Normen politischer Systeme ist nicht theoretisch zu beseitigen. Zwar ist ihr vermeintlicher Ewigkeitscharakter nichts als Schein. Aber dieser Schein existiert in der sachlichen Form eines sozialen Herrschaftssystems. Der Nervpunkt, der den ideologischen Charakter politischer Normen bestimmt, ist ihr wirkliches Zustandekommen, die Entscheidung über sie und die Kontrolle ihrer Einhaltung. In der Kritik der bürgerlichen Ideologie *erklärt* die marxistische Theorie nur die verborgene Herkunft aus der Klassenstruktur; aber sie destruiert den Schein nur theoretisch, ohne ihn in seiner gesellschaftlichen Wirklichkeit beseitigen zu können. In Beziehung auf die sozialistischen Normen wird im allgemeinen nur *postuliert* bzw. im Streit Postulat gegen Postulat gesetzt. Es kann in der Wirklichkeit nur eines geben, was marxistische Theorie und sozialistisches Postulat zusammenbringt: die nicht mehr bloß interpretatorische Ableitung von Normen aus der gesellschaftlichen Basis („in letzter Instanz“), sondern ihre reale Herleitung von der sozialistischen Basis, im Sinne einer Selbstbestimmung der assoziierten Produzenten, ergänzt durch die Kontrolle des „Überbaus“ durch die „Basis“.

Die gesamte marxistische Theorie – insofern sie Theorie gesellschaftlichen Handelns im Sozialismus sein soll – wird in dem Maße schief, in dem dieser Nervpunkt des nicht nur inhaltlichen, sondern *formellen Klassenstandpunkts* des „sozialistischen Überbaus“, d. h. seiner Begründung und Kontrolle durch die „sozialistische Basis“ gehemmt wird. Andererseits ist es wahr, daß bestimmte staatliche Funktionen im Sozialismus wichtiger denn je zuvor werden. Aber indem sie sich einen „Widerstand“ oder „Störfaktor“ in Gestalt der Basiskontrolle aus dem Weg zu räumen bestrebt wären, würden sie zugleich die Wirksamkeit ihrer eigenen Leitungstätigkeit untergraben. Es sind nicht bloß Ideale der freien Diskussion, gegen die man verstößt, wenn man Diskussionsprozesse hemmt, sondern in erster Linie Gesetze des sozialen Lernprozesses, erst recht des Wissenschaftsprozesses und der bewußten Übernahme gesellschaftlicher Zielsetzungen durch die werktätigen Massen. Was heute fehlt, ist ein Gramsci der sozialistischen Gesellschaft, der ohne Schematismus, aber auch ohne Preisgabe des wissenschaftlich marxistischen Standpunkts, den realen Wirkungszusammenhang der Instanzen sozialistischer Gesellschaften untersucht unter besonderer Berücksichtigung der Übergangsphänomene „zwischen“ Basis und Überbau, die den realen Zusammenhalt vermitteln.

V. Der Abbau des Staates in kommunistischer Perspektive

Auf Deutsch gibt es den zynischen Spruch: „Sei schlau – geh zum Überbau!“⁴⁴

Marxisten sehen den sozialistischen Überbau mit den Augen der „Basis“, d. h. vom Standpunkt der Arbeiterklasse. (Auch Marxisten „im Überbau“ messen sich mit den Maßstäben der Basis, sonst werden sie parasitär.)

Hinsichtlich des politischen Überbaus gilt noch immer der Satz von Marx und Engels: „Die Arbeiter können ihre Persönlichkeit nicht verwirklichen, ohne den Staat aufzuheben.“ Daher sehen Marxisten den politischen Überbau in der Perspektive des Abbaus des Staates. Jener Satz von Marx und Engels wird absolut falsch, wenn verabsolutiert. Denn zur Organisation der Entwicklung, die zum Abbau des Staates (und zur vollen Entfaltung der Arbeiterpersönlichkeit) führen kann, bedarf es wiederum des Staates.

Marxisten werden daher den Abbau des Staates nicht für ihr *Ziel* halten, sondern sie begreifen diesen Abbau als *Folge* ihres Ziels, welches der Aufbau der klassenlosen Gesellschaft ist. Wie der Staat aus der Zerrissenheit der Gesellschaft hervorgegangen ist, so schwindet mit der Aufhebung der Zerrissenheit seine Notwendigkeit. Die aus der Gesellschaft herausgezogenen, „ausgelagerten“ und ins Politische, Juristische, Religiöse usw., kurz: ins Ideologische transferierten Funktionen des gesellschaftlichen Lebens werden von der sich selbst bestimmenden Gesellschaft (der ohne Dazwischenkunft von Klassen und Privateigentum an Produktionsmitteln assoziierten Produzenten) wieder angeeignet. Die ideologischen Mächte werden abgebaut oder schlafen ein. In dem Maße, in dem der Mensch – mit dem Wort von Engels – „nicht mehr nur selbst denkt, sondern auch selbst lenkt“, verschwinden alle aparten Lenkungsinstanzen außer

und über der Gesellschaft. Die sich selbst bestimmende Gesellschaft wird ihre eigenen Gesellschaftsorgane für solche Funktionen schaffen.

Es ist wichtig, orientierend, den Blick für Übergangserscheinungen zu schärfen. Die falsche Schärfe des Entweder-Oder schneidet gerade die Entwicklungslinien durch. Die bestehenden sozialistischen oder auf dem Weg zum Sozialismus befindlichen Gesellschaften zeigen vielfältige Phänomene des Übergangs zum Kommunismus. (Andererseits zeigen die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften Phänomene des „Übergangs“ zum Sozialismus, die oft – wie viele sozialpolitische Institutionen – bewußt in der Absicht geschaffen worden sind, der Arbeiterbewegung Wind aus den Segeln zu nehmen.) Die Bewaffnung von Belegschaften in den Betrieben sozialistischer Länder ist – im Gegensatz zur Existenz eines aparten staatlichen Militärapparats – eine unmittelbar gesellschaftliche Maßnahme. Ebenso die Einrichtung „gesellschaftlicher Gerichte“, die ein Stück Justizapparat in die Gesellschaft zurücknehmen. Die von der bürgerlichen Gesellschaft übernommenen und in den Dienst der Planwirtschaft gestellten ökonomischen Wertformen wiederum dürfen gleichfalls nicht formal betrachtet werden. Lenin hat vollkommen treffend beobachtet, daß ihr Wertformcharakter sich im Zuge der Entfaltung der Planwirtschaft abschwächt. Die Warencharaktere verlieren quasi an Kraft. Ist im Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft zur sozialistischen zunächst alles der Möglichkeit (und in der Regel auch der Wirklichkeit) nach Ware, d. h. käuflich, so werden immer mehr Bereiche (der menschliche Körper, seine Arbeitskraft, Gesundheit, Bildung, Kultur) der Warenform entzogen.

Auf Übergangsphänomenen zu insistieren bedeutet keineswegs, daß ein geruhsam-evolutionärer Gang der Dinge unterstellt würde. Der Prozeß verläuft ebenso widersprüchlich wie unterschiedlich von Land zu Land.

Von marxistischer Seite (in Deutschland vor allem von Wolfgang Harich⁵) wird heute die Frage aufgeworfen, ob angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Probleme, des ökonomischen Raubbaus an Ressourcen und an menschlicher Lebenssphäre insgesamt, nicht die Perspektive einer kommunistischen Überflußgesellschaft ins Reich der Illusionen zu verweisen sei. An dieser Perspektive hängt aber die des Abbaus des Staates.

Die Frage ist sehr ernst. Aber ist sie richtig gestellt? Unterstellt man, wie Harich, die Fortexistenz von Partikularinteressen und von Verteilungskämpfen, dann erscheint es ebenso notwendig, einen über der Gesellschaft institutionalisierten staatlichen Zwangsapparat zu verewigen. Die entscheidende Frage ist, ob die Gesellschaft selber die Formen ihres „Stoffwechsels mit der Natur“, ergänzt durch ihren „sozialen Stoffwechsel“, bemeistert, statt von ihnen bemeistert zu werden (so ähnlich schreibt Marx am Ende des ersten Kapitels des „Kapital“).

Wird die Gesellschaft es lernen – d. h. die erforderlichen materiellen Grundlagen und Verhaltensweisen entwickeln –, den Notwendigkeiten der Produktion entsprechend bewußt und planmäßig zu handeln? Könnte diese Frage bejaht werden, wäre der Harich'schen Prognose die Grundlage entzogen. Aber die Beantwortung solcher Fragen ist keine Sache der Theorie, sondern der Veränderung der Welt.

Anhang I

Polemische Notiz zum Verhältnis von Basis-Überbau, Ideologie und marxistischer Theorie

„Ideologie“ unkritisch als allgemeingesellschaftliche, „omnihistorisch notwendige“ (Althusser) Funktion aufzufassen, gibt zugleich eine Waffe mit einer orientierenden Perspektive und einem Bündniskonzept weg. Eine der gefährlichen Konsequenzen ist die mehr oder weniger klare Gleichsetzung von Überbau mit Ideologie. In dieser für die sozialistische Bewegung m. E. verhängnisvollen Auffassung treffen sich ansonsten so gegensätzliche Positionen wie die von Althusser und die von A. Bauer u. a. („Basis und Überbau der Gesellschaft“, 1974), also die von Althusser sonst entschieden bekämpfte und ihn bekämpfende Position, die in der DDR-Philosophie dominiert. Die Alternative zwischen bloß „kritischem“ und allgemein-soziologischem Ideologiebegriff ist eine zwischen Regen und Traufe. Es gilt die ideologie-kritischen Einsichten mit den institutionsanalytischen zu verbinden. Die „entwickelnde“ Methode von Marx, die genetische und strukturanalytische Untersuchungen spezifisch verbindet, hebt den Gegensatz der beiden Positionen auf, die beide mit dieser Methode nichts anzufangen wissen.

Bauer u. a. („Basis und Überbau in der Gesellschaft“, 1974) bestehen entschieden darauf, daß der Überbau durch die Basis determiniert sei und daß Theorie und Praxis der Partei („sozialistische Ideologie“ und „Leitungstätigkeit“) zum Überbau gehören und daher, in der DDR, als Reflex der sozialistischen Produktionsverhältnisse aufzufassen seien. – In der Tat erweist sich ihr Buch als durchgängig geprägt durch die Produktionsverhältnisse der DDR, ihre historisch-nationalen Besonderheiten und die durch die Herrschaftsstruktur bestimmte Rolle der Ideologie. Das Buch ist nur zu begreifen als Diskurs *in* den spezifischen „ideologischen Verhältnissen“ der DDR. Es ist insofern absolut berechtigt und notwendig, es als Produkt und integrierenden Teil des „ideologischen Überbaus“ der DDR aufzufassen. Indem dasselbe Buch parallel im Verlag der DKP, also einer Arbeiterpartei einer monopolkapitalistischen Industriegesellschaft, veröffentlicht wird, geschieht etwas Eigentümliches: Wenn die Basis-Überbau-Theorie wahr ist, dann kann dies Buch unmöglich zugleich integrierender Teil der ideologischen Verhältnisse eines sozialistischen Landes und der Ideologie der Arbeiterpartei eines kapitalistischen Landes sein. In der Tat geht es in keiner Weise aus von den Notwendigkeiten des ideologischen Klassenkampfes in der Bundesrepublik. Wer sich umstandslos seine „Sprache“, sein Problembewußtsein zueigen machte, träte gleichsam als Bürger einer anderen Gesellschaftsformation auf.

Entgegengesetzter Ansicht sind die ungenannten Verfasser eines Artikels im theoretischen Organ der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins („Antileninismus ohne Perspektive. Das Gerede bürgerlicher Ideologen vom ‚Eurokommunismus‘“, in: konsequent Nr. 29/1977, S. 47 ff). Für sie scheint der Marxismus nichts durch Produktionsverhältnisse Bedingtes und Historisch-Konkretes zu sein. Sie bringen ihre Auffassung in einer Weise zum Ausdruck, an der nichts sehr klar ist außer der polemischen Absicht. „Diejenigen“, schreiben sie, „die ideologische Debatten aus einigen westeuropäischen Ländern hierher übertragen . . . , beklagen sich gleichzeitig über eine von ihnen behauptete, »Überbau-Verpflanzung« aus einer Gesellschaftsformation in die andere, wenn von Teilen der sozialistischen Bewegung in den kapitalistischen Gesellschaften ihre Theorie fer-

tig aus sozialistischen Gesellschaften übernommen wird“⁴⁴. Die Fußnote ent­hüllt, wer unter „denjenigen“ zu verstehen ist: zitiert wird mein Diskussionsbeit­rag aus *Argument* 98, „Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen und eine durch Einsicht vermittelte Verbindlichkeit“. „Wenn damit“, fährt der „konsequent“-Artikel fort, „auf den hervorragenden Anteil der Gesellschaftswissenschaftler der UdSSR, der DDR und der anderen sozialistischen Staaten bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Politik ... angespielt wird...“, so hat das recht wenig mit Materialismus und dem internationalistischen Charakter des Marxismus-Leninismus zu tun.“ Hier die Begründung, die alles „vergißt“, was das historisch-materialistische Grundtheorem vom Verhältnis von Basis und Überbau besagt: „Die wissenschaftliche Weltanschauung des Marxismus-Leninismus ist keine Angelegenheit einer Gesellschaftsformation, sie ist eine einheitliche, auf die jeweiligen Bedingungen anwendbare revolutionäre Theorie.“ – „Die Wahrheit ist konkret“, heißt es bei Lenin. Der Marxismus stellt keine Aus­nahme dar, er ist so wahr, wie konkret. Als „einheitliche“, abgeschlossene Theorie wäre der Marxismus als unbedingt über der Geschichte und der Gesellschaft schwebendes Gebilde vorzustellen? Gehört die „sozialistische Ideologie“ also doch nicht zum Überbau? Oder gilt der Marxismus hier als System abstrakter Wahrheiten, die mit dem Konkreten erst in Form der „Anwendung“ in Berüh­rung kommen? Gibt es Marxismus als Unangewandten, ausserhalb konkreter (und das heißt immer geschichtlich und sozial spezifischer) Beziehungen? Gegen solche vulgärmetaphysischen Auffassungen wendet sich zurecht Lucien Sève in „Marxismus und Theorie der Persönlichkeit“ (Frankfurt/M. 1972). Nur als aus dem Konkreten entwickelte können die abstrakt-allgemeinen Theoreme des Marxismus beanspruchen wahr zu sein und bilden sie (bzw. zielen an) „ein ein­heitliches System von wissenschaftlich bewiesenen Grundsätzen“. Falsch und gefährlich wird es, wenn dies Verhältnis von Konkretion und Abstraktion umge­kehrt wird zu der von oben nach unten bestimmenden Auffassung, „die wissen­schaftlichen Wahrheiten schlummerten wie lauter Dornröschen seit Begründung der marxistischen Philosophie in deren Innerem.“ Die Einzelwissenschaften werden dann wie alle konkreten Tätigkeiten dazu herabgedrückt, die allgemeine Theorie zu bestätigen. Für beide, Wissenschaft wie Marxismus, war und ist diese Auffassung der Wahrheit „von oben nach unten“ ruinös. „Denn für jede Einzel­wahrheit, die mit den allgemeinen Grundsätzen einer dialektisch-materialisti­schen Weltanschauung übereinstimmt, gibt es möglicherweise auch einen Irrtum, der sich mit ihr faktisch oder scheinbar ebensogut vereinbaren läßt.“ (Sève, a.a.O., S. 44). Grundsätzlich lassen sich – auch darin ist Sève zuzustimmen – aus allgemeinen theoretischen Grundsätzen „nicht Einzelwahrheiten herleiten, es sei denn, daß man sich einbildet, das Konkrete könne aus dem Abstrakten hervor­gebracht werden, womit man wieder bei der idealistischen Illusion angelangt wäre, die den Hegelianismus kennzeichnet.“ (Ebd.) – So ist die Auffassung des Marxismus als außerhalb der gedanklichen Reproduktion von Konkretem exi­stierender einheitlicher Theorie, die aufs Konkrete nur *angewandt* wird, zutiefst unmaterialistisch, d. h. unwissenschaftlich; so falsch sie ist, enthält sie doch wohl das Körnchen Wahrheit, daß Wissenschaft nicht in Ideologie aufgeht. In der Tat gibt es ja ein allerdings widersprüchlich sich entwickelndes ensemble von Einsichten und wissenschaftlichen Erkenntnissen, die, wie immer ihre sozial determinierte und historisch besondere Artikulation sich ändere, über die Zeit und die Gesellschaftsunterschiede hinweg als „wahr“ gelten. Aber ihre Wahrheit ist entweder eine historische oder eine, die Aussagen im Rahmen relativ kon-

stanter Praxisperspektiven auf relativ konstante Realitäten bezieht. Den Status allgemeiner Resultate, mit denen an neue Untersuchungsgegenstände herangegangen wird, bezeichnen wir seit Engels mit der Kategorie des „Leitfadens“ (vgl. „Wider den bloß verbalen Materialismus“, in: Arg. 92; ferner „Das sozialistische Kollektiv braucht denkende Individuen...“, in: Arg. 98, hier besonders S. 664 ff. den Abschnitt „Metaphysischer Materialismus oder dialektischer Materialismus? Prinzipien oder ‚Leitfaden‘?“). Sève spricht in gleichem Zusammenhang von „epistemologischer Richtschnur“ (a.a.O., S. 45).

Zurück zum Anlaß! Wir haben den Satz der anonymen „konsequent“-Autoren mit Bedeutungen überfrachtet, die er gar nicht beansprucht. Lesen wir noch einmal genau! Es geht anscheinend gar nicht um die Theorie, sondern um den Anteil der Theoretiker der sozialistischen Länder „bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Politik“. Um wessen gemeinsame Politik geht es? Gibt es eine neue Komintern, die eine „gemeinsame Politik“ aller Arbeiterparteien, egal ob in kapitalistischen oder sozialistischen oder in in neokolonialistischer Abhängigkeit gehaltenen Ländern wirkend, ausarbeitet? Sind die Beschlüsse der Berliner Konferenz von 1976 „vergessen“, denen zufolge jede Partei ihre eigene Politik selbständig ausarbeitet? Haben die Verfasser des ungezeichneten Artikels die gleichlautenden Äußerungen ihrer eigenen Partei „vergessen“?

Sie sehen in meine Thesen die Gefahr eines „ideologischen Nationalismus oder Regionalismus“ hinein. Mir scheint, sie verwechseln Gesellschaftsformation mit Nation. Jedes Kind wird einsehen, erst recht jeder Leninist, daß die Arbeiterbewegungen von Ländern vergleichbarer Produktions- und Klassenverhältnisse auf vergleichbarem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte auch vergleichbare Probleme allgemeiner Art haben, modifiziert durch nationale Besonderheiten, etwa durch historisch spezifische Ausprägungen des Überbaus. Abgesehen davon trifft der Vorwurf, in meinen Thesen würden „ideologische Debatten aus einigen westeuropäischen Ländern hierher übertragen“, völlig am wirklichen Vorgang vorbei. Hier wird nichts „übertragen“, es sei denn, man wollte die Form des Diskutierens als Überbauform einer fremden Gesellschaft auffassen, die dort hingehöre, wo sie herkomme, jedenfalls bei uns nichts zu suchen habe. Die ungenannten Autoren sollten sich die Sache noch einmal überlegen, nicht nur hinsichtlich des theoretischen Gehalts, sondern auch hinsichtlich der Form der Auseinandersetzung. – Ohne es zu merken, stolpern sie über ein ganzes Bündel noch nicht befriedigend gelöster theoretischer Probleme: ich nenne nur den fürs Selbstverständnis des Marxismus zu begreifenden Zusammenhang von Basis-Überbau-Verhältnis, Ideologie, Wissenschaft und Parteilichkeit.

Anhang II

Staat und Selbstverwaltung in der Perspektive klassenloser Gesellschaft*

1. Wenn Marx und Engels recht haben und die historisch-materialistische Staatstheorie richtig ist, dann müssen wir den Staat als Produkt und notwendige Funktion der Klassengesellschaft begreifen. Eine klassenlose Gesellschaft braucht keinen Staat. Deshalb kann man im Rahmen dieser Theorie eindeutig formulieren: Wenn es der historischen Praxis gelingt, die Klassenspaltung aufzuheben und eine klassenlose Gesellschaft aufzubauen, dann wird als Folge davon der Staat absterben.

* Antwort auf eine Umfrage von Teorija in Praksa (Ljubljana), Oktober 1977.

Es hieße aber das Fell des Bären verteilen, bevor er gejagt ist, wollte man bei der Abschaffung des Staates anfangen, um zur klassenlosen Gesellschaft zu gelangen. Bei bestehender Klassenstruktur und niedrigem Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Produktivkräfte würde der Abbau des Staates zu einer schweren Krise führen, die eine sozialistische Gesellschaft entweder zerstört oder aber zwingt, sich staatlich zu re-zentralisieren.

2. Von Brecht stammt der Satz, der zu denken geben kann: „Die Einführung der Diktatur kann zur Demokratie führen; die Einführung der Demokratie kann zu Diktatur führen.“ Es kann sein, daß dieser Satz zu allgemein ist, um sinnvoll zu sein. Aber er sollte die Notwendigkeit einschärfen, die objektive Dialektik von Basis und Überbau zu studieren, um die eigene Praxis wissenschaftlich fundieren zu können, statt mit schönen Träumen in Transformationsprozesse einzusteigen, die zu einem bösen Erwachen führen.

Die Notwendigkeit des Staates ist für den Marxismus eine „historisch-transitorische Notwendigkeit“. Nur auf der Grundlage konkreter Situationsanalyse läßt sich vernünftigerweise etwas aussagen zur Frage der Stärkung des Staates. Man sollte diese Frage aber stets konkret diskutieren, d. h. sowohl die nationalen als auch die internationalen Bedingungen und Funktionen berücksichtigen.

Am wichtigsten scheint mir, diese Frage stets in der Perspektive des Aufbaus einer klassenlosen Gesellschaft zu diskutieren. Wichtig scheint mir ferner, auf Übergangsphänomene zu achten. In der Praxis folgt daraus eine Orientierung auf den Aufbau *gesellschaftlicher* Funktionsträger und Funktionsweisen für traditionelle Staatsfunktionen – soweit dies die konkrete Staatsnotwendigkeit nicht antastet.

3. Wie man zum Hausbau ein Gerüst braucht, so zum Bau der klassenlosen, sich „einfach“ selbstverwaltenden Gesellschaft. Ihr Gerüst ist der Staat. Die das Gerüst planvoll aufrichten und den Bau organisieren, in allem vorangehen, sind die Partei.

Partei und Staat drohen sich gegen ihre Gesellschaftsgrundlage zu verselbständigen. Mehr noch: Jeder Staat muß sich relativ gegen seine Basis verselbständigen, um sich wirklich *als Staat* zu konstituieren. Die Form „Staat“ ist eine Durchsetzungsform. Arbeiter- und Bauernstaat in der Form relativer Verselbständigung gegen Arbeiter und Bauern zu sein, ist der Grundwiderspruch des historisch-transitorischen sozialistischen Staates. Um diesen Widerspruch so paradox auszudrücken, wie er sich darstellt: Der sozialistische Staat muß sich gegen die Gesellschaft verselbständigen (wenigstens „relativ“), um den Übergang zu seiner eigenen Entbehrlichkeit zu organisieren.

Heute wird uns immer deutlicher, daß diese Dialektik nichts ist, worauf man einfach warten kann. Ich sehe eine Analogie zwischen der gegenwärtigen Situation und der Situation der Zweiten Internationale vor dem Ersten Weltkrieg. Damals war es das Vertrauen auf den „ehernen Gang der Entwicklung, die zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen“ würde, was die Selbstentwaffnung der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, ihr Versinken in bloßen Reformismus begleitete. Man weiß, in welche Hölle an Zerstörung und Rückschritten diese Entwicklung geführt hat. Und man weiß, wie recht Lenin hatte, mit dieser Haltung zu brechen und die Veränderung zu organisieren. Man weiß allerdings auch, daß er die Entwicklung *nicht* überspringen konnte, sondern daß er und seine Partei zu den Organisatoren der nachholenden Entwicklung werden mußten. Und man weiß, daß inmitten enthusiastischer Antizipationen, die ihrer Zeit weit vorausflogen, und einer furchtbaren chaotischen Not der sowjetische „sozialisti-

sche Staat“ eine spezifische Transformation erfahren hat, die ich versuchsweise begreife als die *unbeherrschte zweite Genesis* des sozialistischen Staates. Die heutigen Schönredner mögen sehen: es waren nicht die schönen Ideen und hochfliegenden Ideale, die in den Jahren unmittelbar nach 1917 mangelten. Es waren die materiellen Voraussetzungen des Übergangs zum Sozialismus und die konkrete, wissenschaftlich fundierte Organisation dieses Übergangs, was fehlte.

Die Alternative zur krisenhaft-unbeherrscht sich durchsetzenden Staatskonstitution ist die planmäßige Beherrschung der Form Staat, nicht aber das Wegsehen von ihrer Notwendigkeit und ihren Gesetzmäßigkeiten. Heute wäre das bloße passive Vertrauen auf eine selbstlaufende Geschichtsnotwendigkeit künftigen Staatsabbaus ebenso falsch wie das Warten auf den Zusammenbruch im Kapitalismus. Der Staat muß bewußt abbaubar gebaut und die gesellschaftliche Kontrolle gefördert werden.

Wir sollten den Grundwiderspruch des sozialistischen Staates auf allen Ebenen in seinen Erscheinungsformen durchanalysieren (was ich hier nicht kann). Nur ein Aspekt sei noch genannt: Ohne die Partei wird die unvermeidliche relative Verselbständigung des Staates unkontrollierbar. Die Partei muß sich in den Staat einlassen, soll der Staat ein Staat des arbeitenden Volkes sein. Aber man muß verhindern, daß sich der Staat in die Partei einläßt.

Die Transformation der Parteihierarchie in ein einfaches Abbild der Beamtenhierarchie des Staates wäre der Tod ihres revolutionären Klassencharakters.

In der Arbeiterklasse muß die Partei ihren wirklichen Rückhalt und ihre ständige Erneuerung und Korrektur suchen. Aber es wäre opportunistisch, würde sie einfach die Stimmung der Massen widerspiegeln und das für demokratisch halten. Wer sich in der gesellschaftsverändernden Partei organisiert, der muß auch den Erkenntnisprozeß mitorganisieren, innerhalb und außerhalb der Partei. Was man auf englisch „life-long learning“, lebenslanges Lernen genannt hat, muß zur Haltung eines jeden Marxisten gehören. In der Perspektive soll jeder Arbeiter befähigt sein, gegenüber den Gesellschaftsproblemen einen wissenschaftlichen Standpunkt einzunehmen. Auch zu diesem Ziel führt ein mehr oder weniger „Langer Marsch“. Es wäre töricht, die Anstrengungen und Konflikte zu übersehen, die dieser Weg mit sich bringt. Die notwendigen Fähigkeiten fallen nicht vom Himmel. Notwendig sind sie: für die Selbstverwaltung der Gesellschaft, die als voll durchgeführte einmal den Staat überflüssig machen und zum Absterben bringen soll.

4. Selbstverwaltung betrieblicher Einheiten, die für einen Markt produzieren, ist nur beschränkte, „relative“ Selbstverwaltung. Es ist ungeheuer wichtig, die Selbstverwaltung warenproduzierender Betriebe nicht mit Selbstverwaltung der Gesellschaft gleichzusetzen. Kurz und paradox gesprochen: „Waren“ sind das Gegenteil von „Selbstverwaltung der Gesellschaft“. Waren sind nämlich Produkte „marktverwalteter“ Arbeit. (Die Texte von Marx, in denen der Begriff Selbstverwaltung vorkommt, beziehen sich immer auf Selbstverwaltung der Gesellschaft, nicht auf Selbstverwaltung warenproduzierender Betriebe). Der Unterschied ist nicht nur einer der Quantität, sondern der Qualität. Es ist der Unterschied einer möglichen Variante von sozialistischer Warenproduktion und Kommunismus.

In der Selbstverwaltung der warenproduzierenden Einheiten sehe ich einen der großen Versuche der gegenwärtigen Geschichte, den Übergang zum Kommunismus vorzubereiten. Die jugoslawische Gesellschaft produziert unentbehrliche menschheitliche Erfahrungen. Aber sie kann natürlich nicht als das einzige Mo-

dell angesehen werden, das unabhängig von nationaler Geschichte und internationaler Situation richtig wäre. Auch wird keiner der verschiedenen Wege zum Sozialismus den Grundwiderspruch des Sozialismus los. Die verschiedenen Wege fassen ihn sozusagen von unterschiedlichen Seiten auf. Schlicht gesagt hat jeder Weg seine Vorzüge und seine Schwächen. Ich spreche hier natürlich nur über die allgemeinen Modelleigenschaften, nicht über bestimmte Verzerrungen. Wahrscheinlich produziert auch jedes Modell seine spezifischen Verzerrungen. Im übrigen sollte man in gesellschaftswissenschaftlicher Nüchternheit sehen, daß jedes der ausgeprägten „Modelle“, auch das sowjetische, seine eigenen spezifischen Formen von relativer Selbstverwaltung hat. Das Spezifische der jugoslawischen Form ist, soweit ich sehen kann (und ich bin nur oberflächlich informiert über die Realität dieser Gesellschaft), die entschiedene Abkoppelung der einzelnen warenproduzierenden Einheit aus der Verantwortung vor der Zentrale. Umgekehrt ist bei diesem Modell nur eine limitierte Verantwortung der Zentrale für die einzelnen Einheiten gegeben. Die verschiedenen „abgekoppelten“ Einheiten sind über den Markt „zusammengekoppelt“.

Aus allen Ländern wird von vielen Sozialisten voller Sympathie und Interesse auf das jugoslawische Experiment geblickt: Wird dieses Selbstverwaltungsmodell – trotz der Behinderung durch *seine* Variante des Grundwiderspruchs, Selbstverwaltung in der entfremdenden Form der Marktbeziehungen zu sein – die Arbeiterpersönlichkeit sich entwickeln lassen zur Persönlichkeit, die fähig und willens ist, an der aktiven Kontrolle ihrer Lebensbedingungen zu partizipieren und die Veränderung dieser Bedingungen tatkräftig zu organisieren? In dem Maße, in dem diese Frage durch die Praxis bejaht würde, dürften wir sagen, daß hier der gesellschaftliche Mensch einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft zum „Vorschein“ kommt.

Anmerkungen

1 Damit soll nicht gesagt sein, daß die beiden Positionen ihr jeweiliges Ziel erreichen. Jede Einseitigkeit ruft ihre entgegengesetzte Krise hervor, die sie zu Reaktionen zwingt, die ihren bestimmenden Zweck gefährden. So wird der Ökonomismus zum Hemmschuh der Wirtschaftsentwicklung und der Politizismus zur formalistischen Aushöhlung des Politischen und zur Auslieferung der Massen an eine politische Kaste.

2 Vgl. dazu auch „Zwei Kapitel über den ideologischen Klassenkampf“, in: Argument 100, vor allem S. 930 ff. – Im Anschluß an die Analyse der ökonomischen Formen durch Marx (vgl. dazu meine „Vorlesungen zur Einführung ins ‚Kapital‘“, Köln 1976, 8. bis 12. Vorlesung) und in Fortführung des Ansatzes zur Bestimmung der ideologischen Formen vor allem bei Engels fasse ich das „Politische“ als eine besondere, gesellschaftlich konstituierte ideologische Praxisform. In der Regel wird die Form des Politischen als etwas Selbstverständliches vorausgesetzt, das „eben da ist“.

3 Wie unterentwickelt, teils vom Bürgerkrieg dezimiert, teils frisch vom Lande gekommen die Arbeiterklasse zur Zeit der Entstehung des „Stalinismus“ war, zeigt mit genauen Daten Gert Meyer: Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalin-Herrschaft in der UdSSR, in: Argument 107/1978 und 108/1978.

4 Durch „Ergänzung“ des Werbespruchs der Bauindustrie, der durch die Massenarbeitslosigkeit Lügen gestraft ist: „Sei schlau, geh zum Bau!“

5 Wolfgang Harich, Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der „Club of Rome“, Reinbek 1975. – Vgl. die Besprechung in Arg. 101/1977, S. 163 f.

Etienne Balibar

Klassen, Staat und „Diktatur des Proletariats“*

Auf dem 21. Parteitag der FKP, der im Oktober 1974 stattfand, nachdem die Linksparteien das Gemeinsame Regierungsprogramm ausgearbeitet hatten und ihr Kandidat François Mitterand bei den Präsidentschaftswahlen 49 % der Stimmen erhalten hatte, entwickelte sich eine Diskussion um die Frage, mit welchen Mitteln diese Volksbewegung (*mouvement populaire*) weiterzuentwickeln sei. Inwiefern war sie eine Reaktion auf die Verschärfung der ökonomischen Krise des Kapitalismus? Welche inneren und äußeren Hindernisse stellten sich der Verwandlung einer massiven sozialen Unzufriedenheit, noch heterogen und befangen in inneren Widersprüchen, in eine aktive, bewußte und geeinte politische Bewegung entgegen? Die damals formulierte Frage bezog sich *zugleich* auf die Verstärkung der Massenarbeit, um die Mitgliederzahl, den Einfluß und die organisatorische Leistungsfähigkeit der revolutionären Partei zu stärken, *und* auf die Verstärkung ihres proletarischen Charakters. Anders gesagt, viele Kommunisten sahen einen Wandel im Arbeitsstil der Partei als nötig an, wenn die Arbeiterklasse ihrer politischen Rolle voll gerecht werden sollte. Sie erkannten auch, daß diese Rolle der Hebel ist, um die bürgerliche Herrschaft dauerhaft zu erschüttern: die ökonomische Krise genügt da nicht, und die Union der Linksparteien, so unverzichtbar sie offensichtlich ist, genügt ebenfalls nicht. Doch hat es sich für die Kommunisten – wegen der realen Schwierigkeit des Problems und wegen des Erbes aus der Zeit des Kalten Kriegs und des Stalinismus – als äußerst schwierig erwiesen (die plötzlich vorgenommenen „Wendungen“ während und auch nach dem 21. Parteitag haben das deutlich gezeigt), sich über bestimmte, scheinbar unüberwindbare Gegensätze klarzuwerden: „Massenpartei“ oder „Avantgardepartei“, „Kampfpartei“ oder „Regierungspartei“? „Linksunion“ der Parteiführungen (mit den täglichen Kompromissen, die dazu nötig sind) oder „Volksunion“ an der Basis, die den Rahmen von Parlament und Wahlen sprengt? Und wie diese Volksunion planen und realisieren: als Einheit der (graduell unterschiedlich) ausgebeuteten Arbeiter, der Produzenten? Oder als Einheit mit Fraktionen der Bourgeoisie selbst, mit mehr oder weniger langfristigen Zielen? Diese Fragen ließen für viele Parteimitglieder einen neuen Diskussionsprozeß dringend nötig erscheinen. Denn wenn, schon zu dieser Zeit, die Politik der Partei „auf zwei Beinen stand“, einerseits auf dem politischen Bündnis des Gemeinsamen Programms, andererseits auf den Anstrengungen der Partei, die Weiterentwicklung der Volksunion zu erreichen, indem sie in allen Kämpfen an der Spitze zu

* Nachwort zur englischen Ausgabe von „Über die Diktatur des Proletariats“ (deutsch 1977 bei VSA), leicht gekürzt um die unmittelbar auf die englische Ausgabe bezogenen Bemerkungen. Aus dem Französischen übersetzt von Eckhard Volker und W. F. Haug.

stehen suchte, so muß man doch zugeben, daß diese beiden Beine immer große Probleme mit dem Gleichschritt gehabt haben: das eine (die Volksunion) hinkt hinter dem anderen (dem Parteienbündnis) hinterher, wenn es nicht gar einfach ganz geopfert wird, da es der Partei nicht gelingt, die Wege einer *proletarischen Praxis der Politik* zu finden und sich hinreichend von der *bürgerlichen Praxis der Politik* zu lösen, in die nicht zuletzt – ebenso paradox wie unausweichlich – die stalinsche Abweichung sie verwickelt hat. Und doch hatte Georges Marchais bereits bei der Unterzeichnung gesagt, das Gemeinsame Programm habe ohne Volksbewegung und Volksunion, ohne Verschmelzung der kommunistischen Partei mit dieser Volksbewegung keine Erfolgsaussichten, es werde dann auf keinen Fall die Ergebnisse bringen, die die Arbeiter von ihm erwarten!

Indem der 22. Parteitag plötzlich den Begriff der Diktatur des Proletariats wieder ausgegraben hat, wenn auch paradoxerweise nur, um ihn sogleich in die Archive der Arbeiterbewegung oder vielmehr ins Museum ihrer Irrtümer zu verweisen, hat er in gewisser Hinsicht diese Probleme *beim Namen genannt*: es handelt sich nämlich bereits jetzt um die Probleme der Klassenherrschaft der Arbeiter, ihre Mittel und ihre historische Perspektive. Doch bis jetzt ist diese Benennung viel zu abstrakt geblieben und mit zu vielen Doppeldeutigkeiten belastet.

Der Beweis jedoch, daß es sich nicht ganz so verhält, ist die Tatsache, daß die Diskussion nach dem Kongress, weit entfernt davon abgeschlossen zu sein, erst richtig begonnen hat. Es ist dies ein Zeichen unter andern, daß etwas dabei ist, sich tief, unterirdisch zu verändern in den politischen Bedingungen, die von der Entwicklung der Partei reflektiert werden. Eine Entwicklung voller Widersprüche natürlich, deren vorherrschender Aspekt gegenwärtig noch nicht der ist, der Reflexion und Praxis der Kommunisten von jeder Form von Dogmatismus, Sekterertum oder von ihrem scheinbaren Gegenteil zu befreien strebt, vom Utopismus und vom „demokratischen Abenteuerertum“ (Althusser)¹. Es wäre jedoch zutiefst verfehlt, sich den vorläufig dominierenden Aspekt als den einzigen vorzustellen, als die Triebkraft der in Gang gekommenen Veränderungen. Es handelt sich im Gegenteil, unter verschiedenen Formen, um den Ausdruck der *Hindernisse*, die diesen Veränderungen im Wege stehen. Anders zu urteilen hieße, auf die Arbeiterbewegung und auf die Entwicklung ihrer Organisationen *vom Standpunkt der Bourgeoisie* blicken, die mit ihrem ganzen Gewicht darauf besteht, ihre Wünsche in Realitäten zu verwandeln (und unter bestimmten Umständen und für eine gewisse Periode mit Erfolg)².

Mein eigener Beitrag zur Diskussion³ bezieht sich vor allem auf *den theoretischen Begriff* der Diktatur des Proletariats, dessen wirkliche Bedeutung es möglichst genau wiederherzustellen galt, um der Diskussion den notwendigen Ausgangspunkt zu liefern, der ihr gefehlt hatte. Ich trenne diesen Begriff nicht von den historischen Bedingungen seiner Entstehung (Marx, Lenin), dann von seiner Deformation und Revision (Stalin), bin aber gezwungen, diese Analyse einzuzugrenzen. Andere werden sie, so hoffe ich, weitertreiben⁴.

Die Diktatur des Proletariats ist ein grundlegender Begriff des Historischen Materialismus, der mit dessen Analyse der kapitalistischen Gesellschaft eine Einheit bildet. Er bildet eine Einheit mit der Analyse der Form der Ausbeutung, auf der sie beruht (Ausbeutung der Lohnarbeit), die begleitet ist von der tenden-

ziellen Herausbildung von nur zwei Klassen (auf Kosten aller anderen), von Proletariat und Bourgeoisie, als Resultat dieser Ausbeutungsform⁵. Er bildet eine Einheit mit der marxistischen Analyse des Staates als Klassenstaat, dessen „allgemein soziale Funktionen“ nichts anderes sind als das Ensemble der Mechanismen, die die Bedingungen für die kapitalistische Ausbeutung reproduzieren. Die Erweiterung der Analyse des Staates, wie sie vor allem Gramsci, im Anschluß an Lenin, mit seiner Theorie der Hegemonie in ihren Grundzügen skizziert hat (und die man nicht verwechseln darf mit der sogenannten „Erweiterung des Staatsbegriffs“), verstärkt die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats: denn diese Analyse zeigt, daß die Diktatur der Bourgeoisie nicht beschränkt ist auf die repressive „Panzerung“ von Armee, Polizei, Justiz und selbst Propaganda, sondern sich ausweitet auf die Gesamtheit der ideologischen Staatsapparate, welche die materielle Herrschaft der herrschenden Ideologie durch ständigen Klassenkampf sichern⁶. Der Begriff der Diktatur des Proletariats bildet eine Einheit mit der These, daß es keinen Sozialismus und selbst keine Zerstörung der Ausbeutung in ihren vielfältigen Formen geben kann, wenn nicht die Staatsmacht der bürgerlichen Klasse entrisen und die politische Macht der Arbeiter hergestellt ist. Was etwas ganz anderes ist, als den Arbeitern im existierenden Staat „den ihnen zukommenden Platz zu verschaffen“. Und auch etwas anderes, als auf dem Rücken der Arbeiter „den Staat des ganzen Volkes zu stärken“.

Schließlich bildet er eine Einheit mit der These, daß eine endgültige Beseitigung des Kapitalismus nicht möglich ist ohne die effektive, fortwährend überprüfte und weiterentwickelte Verbindung von Massendemokratie der Arbeiter (unvereinbar mit dem gesamten Staatsapparat des Kapitalismus) und revolutionären Veränderungen der Produktionsweise (also der Eigentumsverhältnisse, aber darüber hinaus der antagonistischen Formen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Strukturen der industriellen Produktion, des damit geforderten Konsumverhaltens und dessen erzwungener Anerkennung in Form von mehr oder weniger schlecht befriedigten „Bedürfnissen“, und der Art der Weiterentwicklung der Produktivkräfte selbst). Kurz, keine Beseitigung des Kapitalismus ohne Entwicklung auf den Kommunismus zu, der die organische Einheit dieser beiden Aspekte darstellt, wie lang und schwierig auch immer diese Entwicklung sein mag, die sich heute selbstverständlich niemand als kurzfristig zu lösende Aufgabe vorstellen kann.

Daher vertreten wir die Auffassung, daß die Rede von einer „Aufhebung“ der Diktatur des Proletariats – wie es einige Genossen ausdrücken, die unter diesem Begriff lediglich eine zeitlich und räumlich begrenzte „Taktik“ der revolutionären Bewegung zu verstehen vorgeben – darauf hinausläuft, die „Aufhebung“ des gesamten Korpus grundlegender Begriffe und theoretischer Thesen, damit die „Überwindung“ des Marxismus selbst nahezulegen. Selbstverständlich ist *Das Kapital* von Marx nicht das Gesetz Moses, dessen Umsturz ein Sakrileg wäre! Aber bevor die Arbeiterbewegung zu einer derartigen „Aufhebung“ fortschreitet, in diesem Zusammenhang also zur Aufgabe der marxistischen Theorie des Klassenkampfes, täte sie gut daran, sich des Besitzes einer anderen theoretischen Basis zu versichern, die mit ihrer politischen Unabhängigkeit und ihren revolutionären Perspektiven vereinbar ist. . . Einer anderen Klassenbasis, versteht sich.

Deshalb haben wir, jenseits des Streits um *Worte* (die von Bedeutung sein können, aber auf dem Gebiet der Theorie nicht entscheidend sind), den Gedanken einer „Aufhebung“ der Diktatur des Proletariats abgelehnt, der von einigen französischen und ausländischen Kommunisten vorgebracht wurde, da wir ihn für mehr als doppeldeutig halten. Die Formel der „Aufhebung“ erwies sich nicht nur praktisch als eine Kompromißformel mit dem Ziel, die Mitglieder „zur Zustimmung zu bewegen“, die sich der Veränderung der Sprache und der Theorie der revolutionären Partei hätten widersetzen können, indem man sie mit einer „dialektischen“ Rechtfertigung ausstattete (und leider können solche Rechtfertigungen zu jedem Zweck verwandt werden). Vor allem setzte diese Formel weder den unumgänglichen Prozeß der Weiterentwicklung und *Korrektur* der in der internationalen kommunistischen Bewegung vorhandenen theoretischen Konzeptionen noch den Prozeß der Erneuerung des Marxismus in Gang, der durch die neuen Bedingungen des sozialistischen Kampfes heute notwendig wird, sondern mußte sich einem solchen Prozeß als Hindernis entgegenstellen. Anstatt im konkreten Fall zur Erhellung und damit zur Lösung der Widersprüche des 22. Parteitags und der ihm zugrundeliegenden Praxis beizutragen, mußte sie dazu beitragen, sie zu verschleiern und zu verschärfen.

Darüber hinaus aber betrifft das gestellte Problem keineswegs nur den theoretischen Begriff der Diktatur des Proletariats, wie einige Diskussionsteilnehmer betont haben, es betrifft auch *die Beziehung* zwischen diesem Konzept und *dem, was man gewöhnlich als „Strategie“* für die revolutionären Kämpfe in einer bestimmten historischen Periode bezeichnet.

Es scheint, daß eine Frage wie z. B. die der „Klassenbündnisse“ unmittelbar von diesem Problem abhängt. Was Althusser zu diesem Punkt sagt, scheint den Ausführungen meines Buches zu widersprechen. Ich will diesen Punkt nicht umgehen. Althusser schreibt: „Diese These (das Proletariat als das Herz eines breiten Bündnisses) liegt genau auf der Linie von Marx und Lenin. Der 22. Kongress nimmt sie wieder auf: leitende Rolle der Arbeiterklasse im Herzen eines breiten Volksbündnisses. Hier gibt es kein ernstes Problem“?. Weiter unten, bei der Unterscheidung „relativ kontingenter“ von „notwendigen“ Elementen der Diktatur des Proletariats, zählt er die Probleme des friedlichen Übergangs und der Klassenbündnisse zu den kontingenten Elementen und schreibt: „Der 22. Kongress hat Irrtümer ausgeräumt, die mancher Genosse im Hinblick auf diese beiden Fragen . . . im Kopf haben mochte bezüglich der Machtergreifung und des Sozialismus, Irrtümer, die von der Geschichte der UdSSR und von der stalinischen Abweichung inspiriert sind. Aber der 22. Kongress hat zu diesen beiden Punkten nichts Neues beigetragen: er hat Thesen wiederaufgenommen, die Marx und Lenin als *möglich* (der friedliche Übergang) oder politisch *wünschenswert* (das breiteste Bündnis um die Arbeiterklasse) erachteten. . .“

Man muß sich klarmachen, was diese Unterscheidung bedeutet. Bestimmte Anhänger der „Aufhebung“ der Diktatur des Proletariats gebrauchen eine entsprechende Unterscheidung in folgender Form: sie erklären für „notwendig“ eine allgemeine Definition des Sozialismus (Vergesellschaftung der Produktionsmittel und politische Macht der Arbeiter) und zählen die Diktatur des Proletariats selbst zu den „kontingenten“ Aspekten, die an besondere, heute überwunde-

ne historische Bedingungen gebunden seien⁸. Man könnte sagen: die Problematik ist im Grund dieselbe, der Unterschied liegt hier nur in den Worten, in der Frage, was neu ist und was nicht. . . Ist das nicht etwas scholastisch? Ich glaube nicht, sobald man die unmittelbare Verbindung zwischen der Diktatur des Proletariats und dem marxistischen Begriff vom Staat und vom Kampf für den Kommunismus verstanden hat.

Das Problem der proletarischen Revolution ist nicht *in erster Linie* ein Problem der „Strategie“. Eine Revolution braucht eine Strategie der Machtergreifung und Machtausübung, die den jeweiligen historischen Bedingungen angepaßt sein und daher auf einer konkreten Analyse dieser Bedingungen und ihrer Veränderungen beruhen muß. Aber eine solche Analyse kann gerade nicht gemacht werden, wenn sie nicht die *historischen Tendenzen* in der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der staatlichen Diktatur der bürgerlichen Klasse für jede Epoche ebenso erfaßt wie die spezifischen Formen der historischen *Gegentendenz* in Richtung auf die Diktatur des Proletariats. Jede wirkliche revolutionäre „Strategie“ impliziert daher eine *Theorie* dieser Tendenzen, und die Weiterentwicklung dieser Theorie. Genau das tat zum Beispiel Lenin, als er die Imperialismus-Theorie entwickelte und damit bestimmte Punkte der Marxschen Theorie korrigierte, darunter auch die Vorstellung, die Marx zur Fortentwicklung der „Tendenzen“ der kapitalistischen Gesellschaft hervorbringen konnte. Von nun an sind die Charakteristika des Imperialismus (wie Lenin sie in der Entstehungsphase hatte erkennen können) in die Analyse des Kapitals eingebunden, werden zur Basis einer konkreten Analyse der Formen bürgerlicher Diktatur und damit der Bedingungen und Formen der proletarischen Revolution⁹. Die Herausbildung einer Strategie kann nicht aus einer allgemeinen historischen Tendenz „logisch deduziert“ werden, als folge diese einem unveränderbaren und linearen Verlauf, einer vorhersehbaren Entwicklung. Ebenso wenig kann sie eine empirische Anpassung an „das, was sich verändert hat“ sein, ob im Vergleich verschiedener Länder oder verschiedener Epochen: die Veränderungen müssen analysiert werden als (neue, unvorhergesehene, aber notwendige) *Formen der historischen Tendenz*, will man ihre reale Bedeutung erfassen. Schlimmer als alles andere ist die häufig auftretende Versuchung, *im Nachhinein* eine strategische Anpassung zu *rechtfertigen*, indem man eine Theorie erfindet, von der sie sich ableiten könnte (so ist die „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus“ in vielen Aspekten nichts anderes als die Verwandlung jener Bedingungen in abstrakte ökonomische Termini, die man sich als erfüllt vorstellen muß, um eine Strategie des friedlichen Übergangs zum Sozialismus zu „begründen“, um ein strategisches Bündnis zwischen Arbeiterklasse, Kleinbürgertum, nichtmonopolistischer Bourgeoisie zu „begründen“, usw.).

Es ist verständlich, daß die stalinsche Entartung des Marxismus, welche die Analyse des Kapitalismus auf die mechanistische Prophezeiung seiner „letzten Krise“ und die politische Konzeption des Sozialismus auf eine mit Repression und Propaganda gepanzerte Technokratie reduzierte, die Revolutionäre und Kommunisten dazu anreizt, strategische „Alternativen“ zu erforschen, bei Gramsci oder über ihn hinaus politische Alternativen zum stalinschen „Leninismus“ zu suchen und die Ideologie des „Frontalangriffs“ gegen die Bourgeoisie

durch die des „Stellungskriegs“ zu ersetzen. Doch solange man sich damit begnügt, eine Epoche der anderen, eine Strategie der anderen Punkt für Punkt *gegenüberzustellen*, ohne den *Umweg über die Theorie* und die konkrete Analyse zu gehen, muß jede Strategie grundsätzlich vom *Utopismus* bestimmt bleiben. Die Bezugnahme auf die Begriffe der Diktatur des Proletariats und des Kommunismus hingegen, auf sehr schwer zu erreichende Ziele also und auf eine sehr langfristige Tendenz, hat – was zunächst paradox erscheinen mag – eine grundlegend *anti-utopische* Bedeutung, sofern sie in eine konkrete Analyse und in eine theoretische Weiterentwicklung eingeflossen ist. Ohne diese Bezugnahme wird die revolutionäre Strategie wieder zu einem *Bauen von Modellen. Modelle der Machtübernahme*: zuerst die Bündnisse, dann siegreiche Wahlen, dann Reformen der ökonomischen und sozialen Strukturen, usw., im Übergang verbunden mit der „Neutralisierung“ des Klassegegners und des ausländischen Imperialismus, usw. *Ökonomische Modelle*: mehr oder weniger ausgedehnte Nationalisierungen, mehr oder weniger imperative Planung, mehr oder weniger autonome Leitung der Unternehmen, industrielle Prioritäten, Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter, usw. *Modelle des Staates, oder lediglich der Regierung*: der „formalen“, rein juristischen, durch ökonomische Druckmittel begrenzten Demokratie stellt man die „reale“ Demokratie der Arbeiter gegenüber, jede mit eigenen Institutionen; der Zentralisation stellt man die Dezentralisierung gegenüber; der Trennung von machtausübenden Eliten und passiver Masse stellt man die aktive Beteiligung der Massen gegenüber, usw. *Hier liegt die Gemeinsamkeit von Utopismus und Reformismus*: beide denken in Staatsmodellen, deren Vorteile und Erfolgsaussichten abzuwägen sind. . . Doch wenn man ins Zentrum seines theoretischen Vorgehens die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus stellt, dann vernichtet der Marxismus jedes Modelldenken und damit jeden strategischen Empirismus. Einerseits verbietet er, die Bekanntgabe eines politischen oder ökonomischen Programms mit der Vorwegnahme der zukünftigen historischen Ereignisse (als müßten sie einem Plan folgen) zu verwechseln, denn jedes Programm wird durch den nationalen und internationalen Klassenkampf, von dem es erfaßt wird, verändert und schließlich zerstört. Andererseits zeigt er, daß selbst Teilerfolge für eine Strategie nur möglich sind, wenn sie das Endziel berücksichtigt: nicht die Konstruktion eines neuen Staatsmodells, auch wenn es in allen Punkten dem existierenden Staat entgegengesetzt ist, sondern die Abschaffung der Klassen und des Staates überhaupt. Deshalb kann auch nur eine solche Strategie die vorhergegangenen Abweichungen der revolutionären Praxis (ergänzen wir: und die zukünftigen Abweichungen) verstehen und korrigieren, anstatt sie einfach „auf Distanz“ zu setzen, indem man sie räumlich und zeitlich als „überholte, aufgehobene“ Strategien“ *relativiert*.

Kommen wir zur Frage der Klassenbündnisse. Als reales Problem, das eine konkrete Analyse erfordert, ist es völlig ungelöst und läßt sich daher nicht in zwei Sätzen abtun. Dieses Problem stellt sich in der Tat *für jede Epoche und für jede Gesellschaftsformation* in der Geschichte des Kapitalismus in spezifischer Weise. Aus diesem Grund darf man die Diktatur des Proletariats im allgemeinen nicht mit einer *bestimmten Form* von Klassenbündnissen identifizieren, zum Beispiel mit jener, die die Oktoberrevolution ermöglicht hat und deren fortschrei-

tender Zerfall, jedenfalls zum Teil, die folgende Verschärfung des Klassenkampfes und die stalinsche Abweichung erklärt. Es muß im Gegenteil darauf hingewiesen werden, daß das Problem der Diktatur des Proletariats bei Marx und Lenin *niemals* vom Problem der Klassenbündnisse *getrennt* wird, da die konkreten *Bedingungen* für die Realisierung des einen Ziels die gleichen sind wie für die Realisierung des anderen. Um die provisorische Terminologie Althussters aufzunehmen: was *im Begriff* der Diktatur des Proletariats nur in „kontingenter“ Weise miteinander verbunden ist, erweist sich in der Praxis als untrennbar, und zwar in immer neuen Formen, die die „Verwirklichung“ dieses Begriffs sind. Doch die Verwirklichung des Begriffs ist keineswegs „kontingent“: sie ist im Gegenteil ebenso notwendig wie die historische Tendenz des Klassenkampfes. Es ist absurd, Diktatur des Proletariats und Klassenbündnisse einander *gegenüberzustellen* und die Diktatur des Proletariats unter dem Vorwand der Grenzen und des Scheiterns des Klassenbündnisses in der russischen Revolution abzulehnen. Es ist im Gegenteil unverzichtbar, die *neuen Formen* der Diktatur des Proletariats zu betrachten, die mit *neuen Formen* von Klassenbündnissen einhergehen, welche in einem kapitalistischen Land wie dem heutigen Frankreich möglich und nötig geworden sind. In dieser Hinsicht steht die leninistische Praxis vor einem offenen Problem. Denn gegenwärtig ist nicht nur die konkrete Klassenkonstellation nicht mehr dieselbe, man könnte sich sogar fragen, ob der Terminus „Klassenbündnis“ noch dieselbe Bedeutung hat.

Wir haben gesagt, daß die kapitalistische Produktionsweise, von einem marxistischen Standpunkt aus gesehen, tendenziell nur *zwei Klassen* reproduziert, Bourgeoisie und Proletariat. In der russischen Gesellschaftsformation zu Anfang des Jahrhunderts war die kapitalistische Produktionsweise bereits absolut dominant, das heißt: die revolutionäre Frage stellte sich *damals schon* als Alternative von bürgerlicher *oder* proletarischer Diktatur, von bürgerlicher *oder* proletarischer Demokratie. Doch hatte die kapitalistische Entwicklung noch längst nicht alle Spuren anderer Produktionsweisen ausgelöscht, während sie diese zugleich von Innen her grundlegend veränderte. Das machte „das Bündnis von Arbeitern und Bauern“ zum grundlegenden Problem. Die Bauernschaft war zwar in sich von kapitalistischen Antagonismen durchsetzt und tendenziell in Fraktionen zersplittert, von denen die einen proletarisiert wurden, die anderen sich zu agrarischen Kapitalisten entwickelten, sie bildete aber dennoch *eine Klasse* mit eigenen historischen Interessen, eigener Ideologie und politischen Kräften, deren *autonome Position* in bestimmten Situationen zum zentralen Einsatz der Klassenkämpfe wurde. In einer Gesellschaftsformation wie dem heutigen Frankreich, wo die kapitalistische Produktionsweise nicht nur dominant, sondern die einzige wirkliche Produktionsweise ist, ist die Situation ganz anders. Es wäre jedoch ein grober Irrtum, wollte man sich die Sozialstruktur dieses Landes deswegen als eine *einfachere*, „homogenere“ Struktur vorstellen. Trotz der Formulierung von Marx, der im *Kommunistischen Manifest* von einer aus dem Kapitalismus resultierenden „Vereinfachung der Klassegegensätze“ sprach, muß man sehen, daß die Geschichte von Gesellschaftsformationen wie des kapitalistischen Frankreich eine keineswegs *weniger komplexe* Klassenstruktur nach sich gezogen hat. Es handelt sich lediglich um einen *anderen* Typ von Komplexität. Die erneut aufgeworfene

Frage der „Klassenbündnisse“ ist gerade das politische Indiz für diese Komplexität neuen Typs.

Ich gebe im folgenden zwei Belege an, die eigentlich eine ausführliche Analyse erforderten.

Im gegenwärtigen kapitalistischen Frankreich ist die landwirtschaftliche Produktion vollständig der kapitalistischen Produktion untergeordnet, auch die „landwirtschaftlichen Familienbetriebe“. Sie ist vollständig in den Gesamtprozeß der kapitalistischen Warenproduktion und -zirkulation integriert und einerseits „eingekeilt“ durch den Markt an Industrieprodukten, den die Trusts ihr zu Monopolpreisen aufzwingen, andererseits durch den vom Staat im Rahmen der internationalen Konkurrenz kontrollierten Markt für Agrarprodukte. Abgesehen vom absoluten Rückgang der aktiven Landbevölkerung kann eine derartige landwirtschaftliche Produktion keine Basis mehr für eine autonome gesellschaftliche Klasse darstellen. Doch im Gegensatz zu den Vorstellungen des „marxistischen“ Evolutionismus der II. Internationale (Kautsky), die lange großen Einfluß gehabt haben, führt eine solche Entwicklung keineswegs zur Absorption der Bauernschaft in eine einzige und einheitlich proletarische Klasse, zu einer reinen und einfachen Fusion mit der Arbeiterklasse. Dem steht zunächst die funktionell entscheidende Rolle entgegen, die die Bauernschaft im Falle Frankreichs bei der Reproduktion der staatlichen Diktatur der französischen Bourgeoisie gespielt hat¹⁰. Die Existenz und die Politik des bürgerlichen Staates lassen die Spaltung von Arbeiterklasse und Bauernschaft in Frankreich *gegen* die Tendenzen zur Proletarisierung der Landarbeit fortbestehen. Aber das ist noch nicht alles: selbst wenn man von diesem Faktor abstrahieren könnte, dürfte man sich die Proletarisierung der Landarbeit nicht *nach demselben Modell* vorstellen wie die der Arbeiterklasse. Dem stehen materielle (vor allem „natürliche“) Zwänge des landwirtschaftlichen Arbeitsprozesses entgegen, die sowohl den Ablauf seiner Operationen betreffen (Ackerbau, Viehzucht), als auch die Reproduktion der Arbeitskraft (ihre „Qualifikation“, ihren Unterhalt). Die *vollständige* Industrialisierung der Landwirtschaft ist in dieser Hinsicht ein Mythos. Und die Vermischung von landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitskräften auf einem einzigen Arbeitsmarkt ist unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich. Wenn nun also das Problem des „Bündnisses von Arbeitern und Bauern“ vom Standpunkt der sozialistischen Revolution weder dasselbe Gewicht noch denselben Inhalt hat wie zu Lenins Zeiten, so bleibt es dennoch ein entscheidendes Problem, dessen Erforschung lebenswichtig ist.

Das Problem stellt sich noch viel entscheidender in Bezug auf das, was normalerweise „Kleinbürgertum“ (oder „Mittelklasse“) genannt wird, wobei man bisweilen zwischen „altem“ Kleinbürgertum (Handwerker, Händler, Kleinindustrielle, freiberuflich Tätige) und „neuem“ Kleinbürgertum (Leitende Angestellte und Techniker in den Staatsapparaten und Privatbetrieben) unterscheidet. Ohne detaillierte Begründungen anzuführen, möchte ich hier nur festhalten, welches mir der einzig richtige Ausgangspunkt zu sein scheint: *das „Kleinbürgertum“ als Klasse existiert nicht*. Was man mit diesem Allerwelts-Terminus bezeichnet, ist gerade die Komplexität der durch die Entwicklung des Kapitalismus geschaffenen sozialen Schichtungen. Das ist die Tatsache, daß die Tendenz zur Proletari-

sierung sich *ungleichmäßig* vollzieht: mit historischen „Rückständen“, die, manchmal für sehr lange Zeitabschnitte, große Massen von Lohnabhängigen von jenen Bedingungen fernhalten, die die am meisten ausgebeuteten Arbeiter und Angestellten in ihrem Leben, bei ihrer Arbeit und beim „Aushandeln“ der Bedingungen für den Verkauf ihrer Arbeitskraft erfahren. Rückstände, auf die brutale Proletarisierungstendenzen folgen, wenn zum Beispiel ganze Sektoren der Büro- oder Laboratoriumsarbeit von der Mechanisierung und Parzellierung der Aufgaben erfaßt werden. Was man so mit einem ungeeigneten Begriff bezeichnet, sind *die inneren Widersprüche* des Proletarisierungsprozesses, der nicht in einer Tendenz zur langsamen Vergrößerung einer einheitlichen Masse austauschbarer Arbeiter besteht, sondern fortwährend ungleiche Gruppen *neu hervorbringt*, deren unmittelbare Interessen mehr oder weniger auseinanderklaffen. Ich möchte noch weiter gehen: was man mit dem Terminus „Kleinbürgertum“ faßt, ist *die innere Spaltung des Proletariats und die innere Spaltung der Bourgeoisie*, die sich auf die *Gesamtheit* dieser beiden Klassen auswirken und dazu führen, daß es sich nie um zwei soziologisch absolut getrennte Gruppen ohne Überlagerungen und Wechselwirkungen handelt, und die damit eine dazwischenliegende „dritte Klasse“ hervorzubringen *scheinen*. Ich sage „scheinen“, nicht um zu bestreiten, daß verschiedene soziale Gruppen vom ökonomischen wie vom politischen Standpunkt aus eine instabile Position im *Zwischenraum* der Klassenantagonismen innehaben – mehr oder weniger bequem „zwischen“ Proletarisierung und kapitalistischer Verbürgerlichung in der Luft hängend. Sondern um zu bestreiten, daß es sich hier um eine autonome Klasse handelt: in der Tat sind seine genauen Grenzen nicht festzulegen, eigenständige Interessen existieren nicht, weil sie lediglich eine je nach Konjunktur wechselnde Kombination gegensätzlicher Interessen darstellen, die *bereits* in jeder Klasse vorhanden sind.

Doch Gegenstand revolutionärer Politik ist gerade der *aktuelle Moment* in einer bestimmten historischen Konjunktur. Die Existenz einer autonomen kleinbürgerlichen Klasse negieren heißt daher keineswegs, die Existenz eines spezifischen Problems der „Klassenbündnisse“ mit dem Vorwand zu negieren, all diese Schichtungen und sekundären Widersprüche würden ohnehin verschwinden. Denn dieses allerletzte Ende wird nie eintreten, hat keine historische Realität. Im Gegenteil: wenn man das Problem theoretisch in dieser Weise stellt, hat das notwendig politische Konsequenzen. Schematisch gesagt, bedeutet die Annahme der Existenz einer *Mittelklasse* (mit mehr oder weniger großem Umfang: man geht bisweilen soweit, die gesamte „nicht-monopolistische Bourgeoisie“ darin einzuschließen), den Weg für eine Konzeption zu öffnen, die das Problem der Klassenbündnisse in Begriffen von *Kompromissen*, ja eines „historischen“ *Vertrags* stellt, das heißt letztlich in Begriffen der *juristischen* Ideologie. Das Problem besteht in dieser Perspektive darin, zu wissen, welche wechselseitigen Konzessionen sich Proletariat und „Kleinbürgertum“ machen müssen, welche besonderen Interessen sie opfern müssen, um zu einer Übereinkunft zu kommen, und wie diese Übereinkunft „garantiert“ werden kann. Das Problem besteht darin, ob diese Übereinkunft zwischen (an Rechten und Pflichten) „gleichen“ Partnern oder zwischen „ungleichen“ Partnern (wie sollte eine solche Übereinkunft praktikabel sein?) geschlossen wird¹¹. Sobald die „Klassenbündnisse“ tendenziell in

den Begriffen der juristischen Ideologie gedacht werden, als historisches Analogon zu einem Vertrag zwischen individuellen oder kollektiven Partnern, gelangt man offensichtlich unausweichlich zum Gedanken, *allein der Staat* könne Gültigkeit und Respektierung eines solchen Vertrags „garantieren“. Der Staat, das heißt genauer: der *politische* ideologische Staatsapparat (Wahlen, politische Parteien, Übereinkünfte von politischen Parteien, Parlament . . .). Und wenn der *gegenwärtige* die Garantie nicht übernimmt, ein solches Bündnis nicht anerkennt, dann heißt das Ziel: den Staat erobern und so verändern, daß er die Garantie übernimmt. Damit ist man mitten in einem Teufelskreis: um den Staat zu erobern, braucht man ein Klassenbündnis; um aber dieses Bündnis zu garantieren und damit die Bedingungen für seine Existenz zu schaffen, muß man sich auf den Staat stützen und seine demokratische Transformation „antizipieren“. Anders gesagt, alles läuft *im* Rahmen des Staates ab, und nicht auf dem Feld des Klassenkampfes, das über den Staat *hinausgeht* und ihm widerspricht. Den Mythos vom Kleinbürgertum als dritter autonomer Klasse zurückweisen, heißt, die juristische Form zurückweisen, die die Vorstellung des Klassenbündnisses offen oder implizit annimmt. Das heißt eine andere Formulierung vorbringen, die überraschend erscheinen mag, wenn man sie von ihrem konkreten historischen Kontext abzieht: die Klassenbündnisse, die das Proletariat braucht, sind Bündnisse auf der Basis seiner eigenen Klassenposition *mit Fraktionen der Bourgeoisie selbst*, die sich gegen ihre Klasse gewandt haben. Das bedeutet gleichzeitig, daß diese Allianzen nichts Spontanes haben, daß sie nicht das Resultat einer simplen Interessen-„konvergenz“ sind, denn sie entstehen ausschließlich aus der *Zerstörung des Systems der Klassenbündnisse der Bourgeoisie*, das sich bis ins Proletariat selbst hinein erstreckt und hier durch ökonomischen und politischen Zwang, durch die Indienstnahme ständischer Interessen und durch die ideologische Herrschaft seine Massenbasis sichert. Das bedeutet, daß die grundlegende Bedingung, teilweise auch das Resultat dieses Prozesses, die *Einheit der Arbeiterklasse* selbst ist, die noch nirgends spontan realisiert worden ist.

Sobald man das Problem der Klassenbündnisse in Zusammenhang mit den Bedingungen einer *imperialistischen* Gesellschaftsformation wie Frankreich angeht, werden die inneren Spaltungen der beiden antagonistischen Klassen und die Rolle des Staates bei der Reproduktion dieser Spaltungen zum Hauptaspekt. Bereits Lenin und andere Theoretiker des Imperialismus haben gezeigt, daß der Imperialismus die Spaltungen des Proletariats erneuert und verschärft. Davon zeugen heute verbreitete Phänomene wie die „nationale“ Spaltung in „französische“ und „ausländische“ Arbeiter (die 1974 mit ihren Familien fast 4 Millionen zählten), die sich zu einem großen Teil mit der Spaltung in unqualifizierte und qualifizierte Arbeiter deckt und tendenziell zur wichtigsten Basis der „industriellen Reservearmee“ des Kapitals wird: ohne langwierige Kämpfe kann sie den Rassismus in der Arbeiterklasse selbst verankern. Oder auch die „familiäre“ Spaltung in Männer und Frauen, die sich nicht nur auf schlechtere Berufschancen und niedrigere Löhne beschränkt, sondern als ein innerer Riß die gesamte Arbeiterklasse durchzieht und seine Grundlage in der bürgerlichen Form der Familie, in der Rolle der Hausarbeit der Frauen hat, einer doppelt ausgebeuteten Arbeit, welche durch den vom Imperialismus eingeführten „Massenkonsum“

nicht verschwunden, sondern fortgesetzt worden ist. Denn dieser Massenkonsum ist ein erzwungener Konsum von Waren, der die Frauen zu Hause und die Männer an ihrem Arbeitsplatz durch die „Bedürfnisse“, die er schafft, zu Sklaven macht. Davon zeugt auch die gewerkschaftliche Spaltung der Arbeiterklasse, ein zentrales Phänomen der französischen Sozialgeschichte, das ebensowenig wie die politischen Spaltungen jemals wirklich überwunden worden ist (der Gaullismus hat sich in großem Umfang auf diese Spaltungen gestützt). Alle diese Phänomene, die eine konkrete Analyse erfordern, lassen sich nicht einfach auf ideologische Wirkungen reduzieren. In dem Maße, wie sie die Bedingungen für die *Reproduktion der Arbeitskraft* und die (gewerkschaftlichen und politischen) Organisationsformen des Proletariats betreffen, bringen sie unmittelbar die Funktionen des Staates in einer imperialistischen Gesellschaftsformation ins Spiel¹².

Zu viele Marxisten bleiben, so scheint mir, in Bezug auf den imperialistischen Staat in einer bürgerlichen soziologischen Problematik befangen. Sie lenken ihre Aufmerksamkeit ausschließlich, oder fast ausschließlich, auf die *Beziehung zwischen der herrschenden Klasse und „ihrem“ Staat*: welches sind die inneren (nationalen, internationalen) Spaltungen der bürgerlichen Klasse? Welche Fraktionen der Bourgeoisie „dominieren“ oder „verfügen“ über den Staat, oder, wie man heute sagt (indem man den Staat auf seinen oberflächlichen Aspekt reduziert), über die „Macht“? Wie erreicht der Staat die relative Einheit der herrschenden Klasse, oder umgekehrt, gerät er in eine „Krise“, wenn seine inneren Spaltungen sich verschärfen? Indem sie das Problem lediglich in solchen Begriffen stellen, meinen sie der marxistischen These treu zu bleiben, nach welcher jeder Staat ein Klassenstaat ist. In Wirklichkeit aber deformieren und verkennen sie diese These. Wird das Problemfeld einerseits auf den Staat, andererseits auf die herrschende Klasse und ihre verschiedenen Fraktionen begrenzt, dann verschwindet der wesentliche Zusammenhang. *Die innere Beziehung des Staates zum Proletariat* (damit zur Ausbeutung und zur Reproduktion der Bedingungen der Ausbeutung) spielt dann überhaupt keine Rolle mehr. Doch ist gerade das der zentrale Aspekt, von dem man ausgehen muß, um die Rolle des Staates und der spezifischen Formen seiner historischen Veränderung verstehen zu können. Die Funktion des Staates, die Einheit der herrschenden Klasse zu sichern (oder auch nicht), ist nicht zu verstehen, wenn man sie nicht auf der Basis *seiner Beziehung zur beherrschten Klasse* analysiert. Anders gesagt, der Staat der herrschenden Klasse ist nicht zu verstehen vom Standpunkt der herrschenden Klasse, er ist nur zu verstehen vom Standpunkt der beherrschten Klasse. Die *grundlegende Funktion des Staates* und die Basis seiner Widersprüche ist unter diesem Gesichtspunkt, *die Einheit der Arbeiterklasse zu verhindern*, sowohl mit seinen rein repressiven Apparaten wie mit seinen ideologischen Apparaten. Deshalb kann man die Widersprüche der herrschenden Klasse nicht zum Ausbruch bringen, ihr historisches System von Klassenbündnissen nicht zerbrechen und ihre Massenbasis nicht zerstören, ohne den vorhandenen Staat mit solchen Formen anzugreifen, die das Kräfteverhältnis gestattet. Man kann weder die Einheit der Arbeiterklasse noch die Einheit aller Arbeiter um sie herum *im* existierenden bürgerlichen Staat herstellen, man kann sie nur *gegen* ihn herstellen, gegen seine hi-

storischen Formen, mit dem Mittel des ständigen ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampfes.

Sobald man aufhört, die Einheit der Arbeiterklasse als Errungenschaft oder Gegebenheit und die Klassenbündnisse als Verträge oder Kompromisse zu denken, läßt sich der wirkliche, materialistische Zusammenhang der beiden Probleme herstellen. Man läuft nicht mehr Gefahr, *das eine* (die Bündnisse) *an die Stelle des anderen* (die Einheit der Klasse) zu setzen, wie es tendenziell jede reformistische Politik tut: die Geschichte zeigt, daß unter diesen Bedingungen *weder das eine noch das andere* gelöst werden kann, ganz zu schweigen von den Konstellationen, in denen die Illusion eines um eine gespaltene Arbeiterklasse gruppierten Bündnisses *sich* ganz einfach gegen die Arbeiterklasse *wendet* durch die Restauration einer offenen und verstärkten bürgerlichen Diktatur¹. Man kann dann das Problem ihrer konkreten Einheit real stellen, das gleichzeitig das grundlegende politische und theoretische Problem darstellt.

Aus diesen wenigen Bemerkungen geht, so hoffe ich, hervor, daß dieses Problem noch kaum gelöst ist und daß es benennen nicht bedeutet es lösen. Auch haben wir nie den Anspruch gehabt, Lösungen oder gar Rezepte anzubieten, sondern nur, Klärung über die Begriffe einer Diskussion herbeizuführen.

Anmerkungen

1 In einer öffentlichen Debatte mit Lucien Sève, im April 1976, organisiert zur Woche des marxistischen Buchs vom Verlag der FKP.

2 Vgl. dazu L. Althusser, 22e Congrès, Paris 1977 (Maspéro). Eine kürzere Version ist übersetzt erschienen in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 2-77, mit dem Titel „Über die historische Bedeutung des 22. Parteitag der KPF“.

3 Dieser Beitrag bezieht sich zwar unmittelbar auf die französische Diskussion. Aber diese Diskussion kann weder auf ein Land beschränkt geführt werden, noch als bloßer Austausch zwischen den Führungen der kommunistischen und sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder. Sie muß, um ihre Früchte zu tragen, um alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen und zur Erneuerung des Marxismus zu führen, deren wir so sehr bedürfen, die „Basis“ dieser Parteien selbst einbeziehen, ihre aktiven Mitglieder, ihre „Sympathisanten“ in den Massen, die durch die Freiheit dieser Diskussion vervielfacht werden, und schließlich alle Sozialisten.

Ich wage eine sehr allgemeine Hypothese: Zu dieser Erneuerung des Marxismus sollten gewiss die Diskussionen und theoretischen Arbeiten der Kommunisten in den Ländern „Lateineuropas“, wo sie eine gewichtige politische Position erobert haben, direkt beitragen, nicht anders als jene, die nunmehr seit Jahren die anti-imperialistischen Revolutionen der „Dritten Welt“ hervorgerufen haben. Immer wieder haben wir die Notwendigkeit betont, dem die marxistische Analyse der Geschichte der sozialistischen Länder hinzuzufügen, dem Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich hier nach der Revolution entwickelt haben, sowie der Tendenzen, die hier der Klassenkampf heute aufweist. Aber *es ist nicht weniger entscheidend*, diese Analysen mit der Untersuchung der Entwicklung der kapitalistischen Länder zu verbinden – in erster Linie der angelsächsischen Länder –, in denen der Marxismus historisch *nicht zur organischen Ideologie der Arbeiterbewegung hat werden können* (trotz ihres Alters, trotz der Tradition und der Macht ihrer Kämpfe): warum dieses Scheitern der historischen Verschmelzung der Arbeiterbewegung mit der revolutionären Theorie? Welches sind seine Ursachen in der ökonomischen und sozialen Struktur, in der historischen Form, die der Staatsapparat und insbesondere die Anordnung (le dispositif) der ideologischen Staatsapparate angenommen haben? In der Entwicklung des Marxismus selbst? Wenn diese ungeheure Entwicklungsungleichheit der revolutionären Praxis

einen integrierenden Teil jenes Marxismus-Leninismus darstellt, dessen Erben wir sind, und wenn man davon ausgeht, daß die theoretische Lösung des Problems, das diese Entwicklungsungleichheit aufgibt, einen wesentlichen Aspekt der Anreicherungen und Entdeckungen ausmacht, die wir in anderen Ländern gleichermaßen brauchen, duldet es in meinen Augen keinen Zweifel, daß diese Lösung *vor allem* von den eigenen Analysen der englischen, amerikanischen usw. Marxisten kommen wird und ihren Gesichtspunkt bezüglich der bisher vom Marxismus und vom Leninismus angenommenen Formen einschließen muß. (Ich weise in diesem Zusammenhang auf das hochinteressante Werk von Michel Anglietta hin: *Crisis et regulations du capitalisme: l'expérience des Etats-Unis*, Paris, Calman Lévy éd., 1977.)

4 In diesem Zusammenhang möchte ich auf einige ergänzende Arbeiten verweisen: L. Althusser: *Elemente der Selbstkritik*, Berlin/West 1975; D. Lecourt: *Proletarische Wissenschaft? Der „Fall Lyssenko“ und der Lyssenkismus*, Berlin/West 1976.

5 Was selbstverständlich weder heißen soll, daß diese Herausbildung einen linearen Verlauf nimmt, noch, daß die Komplexität kapitalistischer Gesellschaftsformationen sich auf die Gegenüberstellung der beiden Klassen *reduziert*, deren Antagonismus ihre Entwicklung bestimmt. Vgl. dazu das Kapitel „Mehrwert und soziale Klassen“ in meinem Buch *Cinq Etudes du matérialisme historique*, Paris 1974.

6 Häufig wird so getan, als würde Gramsci, wenn er von *Hegemonie* und nicht nur von *Diktatur* spricht, die leninistische Konzeption bürgerlicher Klassenherrschaft *abschwächen*, indem er zum „Zwang“ oder zur Gewalt den „Konsensus“ hinzufügt. Doch das Gegenteil ist richtig. Gramsci, der durch die Erfahrung des Faschismus auf dramatische Weise belehrt war, *verstärkt* diese Konzeption. Er sagt: die Klassenherrschaft ist noch viel absoluter als ihr glaubt, denn sie besteht *nicht nur* aus direktem „Zwang“, das ist nur das Äußere, der „Panzer“; sie ist gleichzeitig „Konsensus“, d. h. materiell herrschende Ideologie und Organisation der „allgemeinen Funktionen“ der Gesellschaft durch die herrschende Klasse. Das Proletariat muß also seine Diktatur und seine Hegemonie *auch* auf diesem Feld an die Stelle derer der Bourgeoisie setzen. Das Problem besteht nur darin, auf welche Weise: die Mittel und Formen der bürgerlichen Hegemonie können da nicht als Vorbild dienen. . .

7 Vgl. Anmerkung 2.

8 Vgl. z. B. Lucien Sève, *Le XX^e Congrès, développement léniniste de la stratégie de révolution pacifique*, in: *Cahiers du Communisme*, Juni 1976. Resümiert wird dieser Text in: *Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus*, 3–77, S. 166–170: „Lucien Sève über Klassenbewußtsein bei Lenin und Diktatur des Proletariats“.

9 Man kann sogar weiter gehen und vermuten, daß sie zur Grundlage einer Analyse der *Abweichungen* der Revolution und der Diktatur des Proletariats werden. Wenn, wie ich es nahegelegt habe, Sozialismus und Kapitalismus nicht „zwei“ geschlossene und isolierte „Welten“ sind, sondern zwei Aspekte eines Systems von Widersprüchen, dann verweisen die inneren Hindernisse des Sozialismus, die abweichenden und regressiven Tendenzen in seinem Innern nicht nur auf die „kapitalistischen Verhältnisse“ im allgemeinen, sondern notwendigerweise auf *ihre* aktuelle *imperialistische Form*.

10 Und heute noch spielt, wie sich an der Art und Weise zeigte, mit der sich im Mai 1968 die Regierung Pompidou ihrer bedienen konnte, um die Front ihrer Gegner aufzulösen.

11 In der in Frankreich dominierenden Version, der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wird das Problem so gelöst: tendenziell sind die Partner auf der ökonomischen Ebene *bereits* verbündet, und zwar gleichberechtigt. Denn alle werden gleichermaßen durch das monopolistische Großkapital ausgebeutet. Ihre Interessen jenem gegenüber *fallen spontan zusammen*. Als Aufgabe bleibt, dieses Zusammenfallen auf die *politische* Ebene zu „übertragen“: genau das ist die Aufgabe des Vertrages zwischen den politischen Parteien, der in demokratischer Form beschlossen und durch diese Form garantiert wird. Aber dann wird eine Sache völlig unverständlich, auf die die erfahrenen Kommunisten keinesfalls verzichten sollten: „die führende Rolle der Arbeiterklasse“, von der sie genau wissen, daß sie die entscheidende Kraft der revolutionären Kämpfe ist. Man kann sagen, daß dieser Widerspruch zum Vorwurf des Doppelspiels Anlaß gibt, zum immer wieder gegen die Kommunisten erhobenen Vorwurf, unter dem Deckmantel eines freien

Kompromisses eine heimliche Herrschaft der Arbeiterklasse über ihre Verbündeten sichern zu wollen, ja eine Herrschaft ihrer eigenen Partei.

12 Zu diesem Punkt findet man wertvolle Hinweise im Buch von Suzanne de Brunhoff: *Etat et Capital*, Maspéro, Paris 1976.

13 Selbstverständlich genügt es nicht, die Einheit der Arbeiterklasse zu *wollen*, um sie zu realisieren. Deshalb ist die historische Analyse der inneren Hindernisse, an die sie stößt (auch die kritische Reflexion der revolutionären Partei über die Irrtümer, die sie in ihrer Vergangenheit nicht hat überwinden können), unverzichtbar. Die Einheit der Klasse des französischen Proletariats konnte weder nach der Volksfront (1936) noch nach Résistance und Befreiung (1945–47), noch 1958, noch nach Mai-Juni 1968 (dem größten Generalstreik der Arbeiter in der französischen, ja europäischen Geschichte!) realisiert oder konsolidiert werden. Demnach sind die Volksmassen, anstatt weiterhin eine entscheidende Rolle in der politischen Szene zu spielen und damit die politische Landschaft revolutionär umzustürzen, trotz ihrer Fähigkeit, einen Bruch herbeizuführen, eine zweitrangige, sporadische politische Kraft geblieben. Demnach haben sich die Klassenbündnisse um das Proletariat sich nicht zusammenschließen können, trotz „Konvergenz der Kämpfe“ (wie im Mai 1968), oder sind schließlich zerbrochen (wie 1938 oder in den 50er Jahren, nach der antifaschistischen Einheit). Demnach sind die Bündnisse der politischen Linksparteien wiederholt auseinandergebrochen. Demnach ist es der französischen Bourgeoisie trotz schwerer innerer Krisen, die bisweilen tödlich schienen (von Vichy hin zu den Kolonialkriegen und zum „Aufbau Europas“), immer noch gelungen, ihre Einheit wiederherzustellen und ihre Massenbasis wieder zu verbreitern. Dieser geschichtliche Zusammenhang, so scheint mir, hat noch keine befriedigende Erklärung gefunden.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

Analytischer Wegweiser durch ein widersprüchliches Kampfgebiet und eine kaum überschaubare Literaturflut

I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit“

II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung“ der industriellen Arbeitsorganisation

III. „Humanisierung der Arbeit“ als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen

IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften

V. Sammelrezension zur „Humanisierung der Arbeit“

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

Stuart Holland

Sozialstaat als Bedingung des gesellschaftlichen Konsens*

Nicos Poulantzas¹ vertritt die These, daß Ideologie als Teil des staatlichen Überbaus anzusehen ist. Seiner Analyse zufolge konstituieren in diesem Sinne die Kirche, die politischen Parteien und Gewerkschaften (mit Ausnahme revolutionärer Parteien und Gewerkschaften), die Schulen, die Massenmedien und in gewisser Hinsicht auch die Familie „die ideologischen Apparate des Staates“. Zur Untermauerung dieser Einschätzung bringt er vier Hauptargumente: 1. Da der Staat den Zusammenhalt einer Gesellschaftsformation und damit die Klassenherrschaft aufrechterhalte, sei es „offenkundig, daß die betreffenden Institutionen – die ideologischen Staatsapparate – genau dieselbe Funktion erfüllen“. 2. Die Funktions- bzw. Existenzbedingungen und -möglichkeiten dieser Institutionen oder ideologischen Apparate sei daher indirekt durch den repressiven Staatsapparat determiniert. 3. Obwohl die ideologischen Apparate bemerkenswert autonom seien, ändere dies nichts daran, „daß sie zum selben System gehören wie der repressive Staatsapparat“. 4. Nach seiner Auffassung von marxistisch-leninistischer Theorie ist „die ‚Zerstörung‘ des repressiven Staatsapparats Vorbedingung für die ‚Zerstörung‘ des ideologischen Apparats“.

Diese Argumente sind bedenklich schwach, und zwar aus mehreren Gründen. Das erste unterschiebt den Sachverhalt, den es zu analysieren vorgibt: es unterstellt, daß die ideologischen Staatsapparate dieselben Funktionen erfüllen wie der Staat. Per definitionem gilt das für den Staatsapparat selbst und insbesondere für das Machtgefüge von Verwaltungsapparat und Regierung. Aber es ist nicht einleuchtend, daß das auch für die Kirche – selbst wenn sie „Staatskirche“ heißt –, die Massenmedien, die Schulen und die Familie gelten soll. Die Familie ist ein Fall für sich, aber auch wenn die anderen Institutionen die kapitalistische Produktionsweise und das kapitalistische System der Klassenherrschaft stützen, ist immer noch nicht einleuchtend, daß sie dies *als Teil* des Staatsapparats und nicht vielmehr als Teil des institutionellen Gefüges der herrschenden Ideologie tun. Auch können politische Parteien und Gewerkschaften – ohne im Sinne Poulantzas¹ „revolutionär“ zu sein – die Ausübung der Staatsmacht durch die Regierung auf eine Weise herausfordern, die ein wirksames Eingreifen der Regierung – mit dem Ziel, den sozialen Zusammenhalt und das reibungslose Funktionieren des ökonomischen Systems zugunsten einer besonderen Klasse aufrechtzuerhalten – verhindern könnte. Die monetaristische Poli-

* Beitrag zur II. Internationalen Konferenz „Sozialismus in der Welt“ von 1977 zum Thema „Sozialismus und politische Systeme“ in Cavtar/Jugoslavien.

tik der gegenwärtigen Thatcher-Opposition würde beispielsweise durch das Sinken der öffentlichen Ausgaben und der privaten Nachfrage eine sofortige Rezession auslösen, was die beste Formel für eine klassisch-revolutionäre Politik darstellen könnte, die jemals in Großbritannien seit dem Generalstreik entworfen worden ist. Allgemein gilt, daß eine unpassende liberal-kapitalistische Ideologie, ohne „Einmischen“ des Staates, die Entwicklung eines effektiven Staatsinterventionismus nach staatskapitalistischen Prinzipien hemmt, nach Prinzipien, die es erlauben, einen Teil des nominellen Eigentums und der Kontrolle über Kapital möglicherweise aus privater in öffentliche Hand übergehen zu lassen, die aber zugleich eine im Prinzip unveränderte Klassenstruktur aufrechterhalten und die der herrschenden Klasse eher mehr als weniger Sicherheit bieten. Vieles spricht dafür, daß ein solcher unpassender liberaler Kapitalismus – mit keynesianischer Nachfragelenkung durch den Staat aber mit privater Lenkung der Struktur und der Höhe der Investitionen und des Angebots – eine möglich gewesene dynamische Entwicklung des englischen Nachkriegskapitalismus verhindert hat, verglichen mit einer stärker interventionistischen Wirtschaft wie der französischen. Zwischen der herrschenden Ideologie und der jeweils innerhalb des Kapitalismus herrschenden „Sub-Produktionsweise“, z. B. zwischen einer liberalkapitalistischen Ideologie, die die Existenz von kleinen nationalen Kapitalen mit Preiskonkurrenz voraussetzt und einer Wirklichkeit, in der das multinationale Monopolkapital herrscht, existieren Schlüsselwidersprüche. Diese Widersprüche sind für die Grenzen des gegenwärtig existierenden Staatskapitalismus in bestimmten europäischen Ländern von großer Bedeutung, insbesondere für die Rolle des Staates in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Derartige Widersprüche zwischen der herrschenden Ideologie, den herrschenden Strukturen der kapitalistischen Ökonomie und dem Staat lassen sich mit Poulantzas' Identität von Ideologie und Staatsapparat nicht ernsthaft erklären.

Mit Poulantzas' zweiter These, daß die Existenz- oder Funktionsbedingungen und -möglichkeiten von Institutionen wie Kirche, politische Parteien und Gewerkschaften, Schulen, Medien und Familie „letztlich durch das Handeln des repressiven Staatsapparats determiniert“ seien, hat es dasselbe auf sich wie mit seinem dritten Punkt, wonach die ideologischen Apparate trotz einer gewissen Autonomie „zum selben System gehören wie dieser repressive Apparat“. Beide Thesen übergehen großzügig den Unterschied zwischen direkten und indirekten Wirkungen und zwischen primären und sekundären Ursachen. Poulantzas verdeutlicht seine zweite These damit, „daß die Studentenbewegung in Frankreich und anderswo dies für die Schulen und Universitäten von heute belegt“. Ganz recht, was einige Schulen und ein paar mehr Universitäten des Jahres 1968 betrifft. Aber nicht so einleuchtend im Hinblick auf die meisten Schulen und Universitäten in den meisten Ländern Westeuropas die meiste Zeit über. Im Schul- und Universitätsunterricht gibt es zwar einen Zwangsmechanismus, das Prüfungssystem. Aber in einem System, daß seinen Hochschullehrern Beschäftigung auf Lebenszeit garantiert (selbst wenn das nicht den Aufstieg in der Hierarchie einschließt), müssen sich die Studenten nicht nur einer grundsätzlichen Disposition ihrer Prüfer in den sozialwissenschaftlichen Fächern für den rechten Flügel des politischen Spektrums bewußt sein, sondern auch für den linken. In

der Tat ist die scheinbare Autonomie der Hochschullehrer in den wichtigsten westeuropäischen Ländern einer der wirksamsten Faktoren zur Stärkung der pluralistisch-kapitalistischen Ideologie innerhalb des Gesamtsystems. Genauso scheint sich die Bereitschaft der Studenten, aus dem System alles herauszuholen, was es an Qualifikationen für die Zukunft bietet, weniger einem allgemeinen Bewußtsein von der „letztlich repressiven Natur“ des Staatsapparats zu verdanken als vielmehr der Tatsache, daß man mit einem guten Abschluß in einer ziemlich privilegierten Position ist, was den zukünftigen Status und die Beschäftigung angeht. Für gewöhnlich sind Studenten zur Arbeit im Bildungsbereich deshalb bereit, weil ihnen das Vorteile bietet. Diese Situation ist auch kennzeichnend für die meisten gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten. So mag die Lösung des Lohnkonflikts von Grenelle, der De Gaulle nach den Ereignissen des Mai '68 zustimmte, für die französischen Gewerkschaften zum Teil deswegen akzeptabel gewesen sein, weil ihnen klar war, daß bei einem noch gezielteren Angriff auf die Staatsmacht Massu und seine Fallschirmjäger auf Einladung des Staatsoberhauptes vom Rhein eingeflogen worden wären. Es spricht aber mehr für die These, daß der entscheidende Faktor für das Lohnabkommen die nach dem Krieg sich durchsetzende Zustimmung der Gewerkschaften zu der Tatsache war, daß Lohnverhandlungen echte Vorteile für das individuelle Einkommen brachten und zwar in einem Maße, das unter den von Rezession und Stagnation geprägten Verhältnissen der Kriegs- und Vorkriegszeit unerreichbar gewesen war. In Frankreich hatte die Dynamik der Kapitalakkumulation nach dem Krieg – zum Teil unter Rückgriff auf eine ein außerordentliches Wachstum ermöglichende Reservearmee von Landarbeitern – eine Verbesserung des Realeinkommens gebracht, unabhängig von der Frage, ob der größere Anteil der Produktivitätssteigerung an das Kapital ging statt an die Arbeiter. Das sogenannte „Wirtschaftswunder“, das sich im wesentlichen mit den Kapiteln 15 und 25 von Band 1 des „Kapitals“ erklären läßt und nicht mit irgendeiner mystischen Planungsidee, brachte der französischen Arbeiterklasse eine soziale Mobilität, die ohne Beispiel geblieben ist. Die Söhne der Bauern fanden in den Fabriken Arbeit und ein höheres Einkommensniveau als auf dem Lande. Die Töchter fanden im Dienstleistungsbereich andere Anstellungen als die als schlechtbezahlte Hausmädchen. Arbeiterkinder fanden eine Beschäftigung als Angestellte im Büro- oder im Dienstleistungsbereich, was in den Augen der Arbeiter und ihrer Frauen sehr wohl als echter Fortschritt angesehen werden konnte. Die Tatsache, daß das „freie“ staatliche Bildungswesen nur einen winzigen Bruchteil der Arbeiterkinder in die Grandes Ecoles und in die Oberen Ränge des Staatsapparats beförderte, war für sie anscheinend bedeutungslos angesichts der Tatsache, daß eine solche Ausbildung ihre Kinder für andere Arbeit mit anderen Perspektiven in anderen Wirtschaftsbereichen qualifizierte als die, worin die Eltern, Großeltern und Urgroßeltern geschuftet hatten. Kurz gesagt, Repression – sei sie nun „letztlich“ oder nicht – spielte für das Ausmaß, in dem das System Zustimmung fand, keine Rolle. Diese Faktoren, ob verdeckt oder offen, können der Kommunistischen Partei Frankreichs nicht gänzlich unbekannt gewesen sein, als sie 1968 dem Sirenengesang derjenigen Widerstand leistete, die den allgemeinen Aufstand predigten.

Poulantzas' vierte These, daß der marxistisch-leninistischen Theorie zufolge „die ‚Zerstörung‘ des ideologischen Apparats die ‚Zerstörung‘ des repressiven Staatsapparats zur Voraussetzung hat“, ist vielleicht leninistisch, aber nicht eindeutig marxistisch. Auf jeden Fall übergeht sie das Eingeständnis des späten Marx, daß in Staaten wie den Niederlanden oder Großbritannien der sozialistische Zweck sehr wohl auch ohne Gewaltmittel erreicht werden könne. Sie übergeht auch die Gründe, warum dieses Eingeständnis in Ländern wie Deutschland zunehmend an Boden gewinnen sollte, wo die Aufhebung der Bismarckschen Sozialistengesetze die massive Zunahme der offenen Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung und der SPD durch die Arbeiterklasse zur Folge hatte. Natürlich kann man argumentieren, daß die SPD ihre zunehmende gewerkschaftliche und parlamentarische Unterstützung als für die Übernahme der Staatsmacht hinreichende Bedingung mißverstand, wobei sie Jaurès' Warnung vor dem Kongreß der Zweiten Internationale 1904 in den Wind schlug, daß Deutschland das einzige Land in Westeuropa sei, das eine klassische Revolution nötig habe, da die Regierung nicht von der Partei mit der Reichtagsmehrheit, sondern nach Lust und Laune des Kaisers ernannt werde. Aber die zunehmende konsensuelle Unterstützung für ein System, das vor dem ersten Weltkrieg den deutschen Arbeitern ähnliche Vorteile sicherte wie nach dem zweiten Weltkrieg der französischen Arbeiterklasse (ganz zu schweigen vom Wirtschaftswunder nach 1948 in Westdeutschland), war der Faktor mit dem dominierenden, primären und direkten Einfluß auf die Arbeiterklasse in diesem Land, und nicht der letztlich, letztendlich oder indirekt repressive Staatsapparat, wie Poulantzas ihn hochjubelt.

Wie die freiwillige Unterstützung des Systems immer dann erfolgt, wenn es der arbeitenden Bevölkerung Vorteile bringt, kommt auf klassische Weise in der Zunahme von sozialer Sicherheit und Sozialleistungen zum Ausdruck, die mit dem Aufstieg des „Sozialstaats“ („welfare state“) einhergingen, besonders in Ländern wie Großbritannien. Der Glaube an den Sozialstaat hat seine deutlichen und offenkundigen Grenzen dort, wo er gleichbedeutend ist mit der ungerechtfertigten Annahme, daß progressive Besteuerung und steigende öffentliche Ausgaben im Rahmen des kapitalistischen Systems gesichert werden können. Eine solche Ideologie, die nach den Fortschritten im Ausbau des Sozialstaats in Großbritannien beim sozialdemokratischen Flügel der Nachkriegszeit und in der Labour Party in der Zeit nach 1945 vorherrschte, basierte auf der ungerechtfertigten Annahme, daß die keynesianische Nachfragerlenkung das ökonomische Problem gelöst habe und Vollbeschäftigung sowohl der Arbeit als auch des Kapitals garantieren könne. Man muß aber eine solche Ideologie, die davon ausgeht, daß bereits eine optimale „Mischung“ in der sogenannten gemischten Ökonomie existiere, daß in der besten aller möglichen (prä-OPECschen Preissteigerungs-)Welten alles zum Besten stehe, genau unterscheiden von den realen Fortschritten für die Arbeiterbevölkerung durch die Einrichtungen des Sozialstaats. Auch wenn Angehörigen der Arbeiterklasse in vielen Fällen die Grenzen des Sozialstaatsgebäudes, das unter den Haushaltskürzungen und Beschränkungen der öffentlichen Ausgaben knarrt und ächzt, bewußt sind, so ist besonders den Gewerkschaftsführern für gewöhnlich um so mehr bewußt, welchen bedeutenden Fortschritt es im Vergleich zur Vorkriegssituation gebracht hat. Schon die Vor-

stellung, während eines Streiks vom Staat Unterstützung beziehen zu können, war vor vierzig Jahren praktisch undenkbar. Die Idee eines sozialpsychiatrischen Dienstes mag dem Klarsichtigen getrübt erscheinen durch das Ausmaß, in dem Dauerarbeitslosigkeit in bestimmten Berufen zusammen mit mangelhaften Wohnverhältnissen in bestimmten Stadtgebieten eben die Probleme entstehen lassen, die durch einen sozialpsychiatrischen Dienst gemildert werden sollen. Aber was auch immer die Mängel des Systems in der Praxis und die Bedrohungen durch die Kürzung der öffentlichen Ausgaben sein mögen, es stellt dennoch, bezogen auf die gut erinnerlichen Erfahrungen der Vergangenheit, eine bedeutende Veränderung zugunsten der arbeitenden Bevölkerung dar. Ähnlich ist die konsensuelle Unterstützung der Funktion der Polizei in der englischen Gesellschaft in beträchtlichem Maße darauf zurückzuführen, daß sie, anders als die französische, unbewaffnet ist, und nicht auf eine weitverbreitete Auffassung von ihrer „letztlich“ repressiven Funktion. Im allgemeinen ist es der intellektuelle Student aus der Mittelklasse, der, um die von Poulantzas strapazierte „Repressions-These“ praktisch zu demonstrieren, die Konfrontation mit der Polizei sucht, nicht der Bösewicht aus der Arbeiterklasse.

Diese Faktoren haben eine objektive Bedeutung im Hinblick auf die allgemeine Frage nach der gesellschaftlichen Hegemonie, wie sie in mehreren Varianten von Gramsci erläutert worden ist und seit kurzem durch Übersetzungen, Kommentare und Diskussionen in der europäischen Linken Verbreitung gefunden hat. Gramsci hat vor allem betont, daß die repressive Funktion des Staates durch die konsensuelle Unterstützung seiner Aktivitäten praktisch nebensächlich werden kann und zwar in dem Maße, in dem der Staat indirekte Unterstützung durch die herrschende Ideologie (einschließlich Kirche und Massenmedien) oder direkte Unterstützung durch Konzessionen an die Arbeiterklasse erhält. Perry Anderson hat gezeigt, wie sehr bei Gramsci die analytische Einordnung des Staates, der Ideologie und der *società civile* wechselt². Aber praktisch gesehen hat die KPI andere Gründe als schieren Opportunismus für die Behauptung, daß die Errichtung der hegemonialen Führung in einer Gesellschaft Voraussetzung für die wirksame Umwandlung der Staatsmacht ist, und daß nicht umgekehrt, wie nach Poulantzas' These, die Zerstörung des Staatsapparats Voraussetzung für die Zerstörung der herrschenden Ideologie ist. Im Prinzip hat die KPI begriffen, daß sie für die wirksame Ausübung der Staatsmacht der konsensuellen Unterstützung bedarf, und daß es ein entscheidenes Element für die Gewinnung einer solchen Zustimmung ist, den Bankrott der herrschenden christdemokratischen kapitalistischen Ideologie zu demonstrieren.

Die analytische Einordnung von Ideologie, politischen Parteien und Gewerkschaften in die Machtstruktur einer kapitalistischen oder staatskapitalistischen Gesellschaft ist für die Begründung einer Strategie für den Übergang zum Sozialismus von entscheidender Bedeutung. Poulantzas' Position ist trotz aller Raffinessen der Darstellung im einzelnen im Grunde ebenso einfach wie grobschlächtig: Zerschlagt den Staat und errichtet den Sozialismus! Leider ist die Leninsche Auffassung viel komplexer, einschließlich seiner späteren Versuche, die Parteibürokratie zurückzudrängen, die in der Sowjetunion durch das Nicht-Zulassen unabhängiger Gewerkschaften und oppositioneller Parteipolitik eine hegemoniale

Kontrolle durchgesetzt hatte. Die Perversion des Begriffs „Diktatur des Proletariats“, der zunächst Demokratie für die Masse des Volkes und Durchsetzung seiner Interessen gegen die vorher ausbeutende Minderheit ausdrücken sollte, ist nicht auf den subjektiven Faktor von Stalins Persönlichkeitsmerkmalen zurückzuführen, sie war vielmehr entscheidendes Ergebnis einer Strategie des Übergangs zum Sozialismus, die die kapitalistische Staatsmacht als klassenbedingt und als dem Wesen nach repressiv begriff. Die sowjetische Revolution brachte weder das Absterben des Staates noch wurde die Revolution zu einem Modell, auf das das übrige Europa blicken konnte, ohne zu zweifeln. Besonders nach der Niederschlagung des Faschismus und nach dem Plädoyer, die Einschätzung der Schauprozesse hinauszuschieben, während zur gleichen Zeit andere Schrecken Westeuropa erschütterten, gab es starke Gründe, nicht nur Chruschtschows Abrechnung mit dem Stalinismus zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch nach der Strategie für den Sozialismus zu fragen, die ihn möglich gemacht hatte. Die Ablehnung des Begriffs „Diktatur des Proletariats“ durch die „eurokommunistischen“ Parteien reflektiert teilweise die Ablehnung des sowjetischen Modells für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft; sie bedeutet im wesentlichen die Anerkennung der Tatsache, daß die Zustimmung zu den westlichen „bürgerlichen“ Demokratien in bestimmtem Ausmaß reale persönliche Freiheiten und eine reale Unterstützung des westlichen Kapitalismus durch die Arbeiterklasse widerspiegelt, solange er ihr reale Vorteile im Hinblick auf Einkommen und Sozialleistungen verschafft. Heute hängt die Stärke der „Eurokommunisten“ und anderer Schlüsselparteien der westeuropäischen Linken davon ab, wie sehr die gegenwärtige Krise des Kapitalismus sie in den Stand setzt, die Oberflächlichkeit der vorgeblichen Staatsautonomie aufzuzeigen, sobald der Staat diese Vorteile für Einkommen und Sozialleistungen nicht mehr bietet, in einer Situation, in der man die Kritik an der Beschränktheit einer „instrumentellen“ Einstellung der Arbeiter zur Arbeit und zum Arbeitsprozeß viel eindringlicher vermitteln kann, und in der man die Aufmerksamkeit darauf lenken kann, in welchem Maße es die Arbeiter sind und eben nicht das Kapital, die die Kosten der Krise zu tragen haben.

Davon unabhängig wird man zugeben müssen, daß die gegenwärtige Systemkrise den repressiven Staatsapparat der westeuropäischen Gesellschaften im ganzen nicht verstärkt hat. In Portugal, Spanien und Griechenland hat die kapitalistische Krise den Umsturz des offenen Faschismus begleitet und entweder die Wiedereinführung demokratischer Verfahrensweisen oder die Durchsetzbarkeit einer offeneren und weniger repressiven Politik angekündigt. Auch wenn der Umsturz des Faschismus jeweils ganz spezifische Ursachen hatte – die militärische Niederlage der griechischen Regierung, die faktische militärische Niederlage der portugiesischen Diktatur in Angola und Moçambique, der Tod Francos in Spanien –, die Reaktion darauf war nicht die Verschärfung der Repression, die man nach der These von der letztlich repressiven Funktion des Staates hätte erwarten müssen. Vielmehr waren, etwa in Portugal, die Verluste der Linken zum Teil die Folge eines historisch überlebten Versuchs, die Ereignisse des Jahres 1917 in Petersburg zu wiederholen und einem Proletariat, das Demokratie wollte, eine Diktatur im Namen des Proletariats aufzuerlegen.

Poulantzas neigt dazu, und andere mit ihm, die „letztlich“ repressive Funktion des Staates mit der letztlich stets gegebenen repressiven Potenz eines jeden Staates zu verwechseln. Es ist banal, wenn man behauptet, die direkte Gesetzgebung eines Staates sei indirekt repressiv. Jeder, der in England betrunken am Steuer erwischt wird, kann eine plastische Darstellung der traumatischen Erfahrung geben, wenn der nette Streifenpolizist tatsächlich auf einer Atem- und Blutprobe besteht. Es ist aber nicht ganz so banal, darauf hinzuweisen, daß in der Sowjetunion die Ausübung der Staatsmacht über das Individuum bei weitem das Ausmaß in westlichen Demokratien übertrifft, zumal die Frage nach der Basis dieser Macht und nach ihrer „Legitimation“ in einigen nominell sozialistischen Ländern schwer zu beantworten ist, wenn schon die Frage nach der Legitimität des Staates Strafen nach sich ziehen kann, die in Westeuropa ohne Beispiel sind. Der Einwand, daß faschistische Regimes in Lateinamerika oder anderswo ähnliche Repression ausüben, ist kein ausreichender Beweis für die einheitlich repressive Natur des Staates in kapitalistischen Gesellschaften. Vielmehr veranschaulicht er, daß es zwischen den Extremen liberale Demokratien mit ausgedehnten persönlichen Freiheitsräumen gibt. Es besteht ein Unterschied zwischen dem Anzapfen von Telefonleitungen und einer Verhaftung ohne Anklage, Rechtsschutz oder Prozeß aufgrund dessen, was man am Telefon gesagt hat.

Nichts von alledem „legitimiert“ die kapitalistische Gesellschaft. Im Hinblick auf die Veränderbarkeit der sozialen und ökonomischen Ungleichheit im Kapitalismus und den Unterschied zwischen formaler und tatsächlicher politischer Demokratie steht der Kapitalismus selbst als Angeklagter dar. Die Ungleichheit von Besitz, Einkommen, sozialen Chancen und Zugang zu verantwortlichen Positionen in der kapitalistischen Gesellschaft ist, verglichen mit der Vorkriegssituation ohne Sozialstaat, grotesk und im wesentlichen unverändert geblieben. Aber die Kritik der kapitalistischen Gesellschaft und die Erkenntnis, welche Politik zu ihrer Veränderung führen kann, werden durch Analysen wie die von Poulantzas eher verwirrt als geklärt, wenn sie sich weigern, die wirklichen Fortschritte und die passive Billigung des Systems seit Kriegsende durch die Arbeiterklasse als Ganze anzuerkennen. Den Glauben an den Sozialstaat kann man nicht dadurch erschüttern, daß man die Vorteile, die er gewährleistet hat, abwertet oder anprangert. Wenn in einigen kapitalistischen Gesellschaften wie in England die Frage der politischen Macht und die Macht der organisierten Arbeit an den Rand gedrängt worden ist, so hat dies in Italien und Frankreich keine Parallele gefunden und kann überdies, wie Poulantzas es versucht, durch die Identifizierung von Ideologie, Gewerkschaften und politischen Parteien als Teilen des ideologischen Staatsapparats kaum überzeugend dargestellt werden.

In wirkliche historische Perspektive gibt es Anhaltspunkte für die These, daß die europäische Linke nunmehr an einer Schwelle steht, die ihr ein halbes Jahrhundert lang versperrt gewesen ist, anfangs durch die Spaltung der Zweiten und der Dritten Internationale und durch das Zentralproblem, ob man die Kommunistische Partei der Sowjetunion unterstützen sollte oder nicht, danach durch die faschistische Reaktion in Italien, Deutschland und auf der iberischen Halbinsel, in der Nachkriegsphase durch die fortdauernde Spaltung der kommunistischen und nicht-kommunistischen Linken angesichts eines Kapitalismus, dessen Ent-

wicklung alle Erwartungen übertraf, die von einer überholten Krisentheorie aus den dreißiger Jahren ausgingen. Ironischerweise stellt die gegenwärtige Krise und das Ausmaß an konsensueller Unterstützung für das System, wie sie die Gewerkschaften eines Landes wie Großbritannien mit nahezu eineinhalb Millionen Arbeitslosen zum Ausdruck bringen, die Prämissen von Poulantzas' Position grundsätzlich in Frage. Um dieses Phänomen zu verstehen, kann man bestimmt nicht auf die überholte Annahme von einer englischen Arbeiteraristokratie und ihren Privilegien gegenüber der Landbevölkerung eines längst verlorenen Weltreichs zurückgreifen. Man muß vielmehr die Grenzen einer Analyse der Stellung der Macht in der Gesellschaft berücksichtigen, wenn man wie Poulantzas verfährt, und sich den Implikationen einer andersartigen Analyse stellen, die den Übergang zu einem Sozialismus, der seinen Namen wert ist, eher durch eine nicht-leninistische Strategie grundlegender Reformen für machbar hält, als durch die spekulative Zerschlagung oder „Zerstörung“ des Staatsapparats.

Das ist besonders wichtig im Hinblick auf die pluralistischen Strukturen kapitalistischer Demokratien, verglichen mit der zentralistischen Machtstruktur des sowjetischen Modells. Nicht das Prinzip des Pluralismus in den politischen Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft ist falsch, sondern vielmehr, wie sehr liberale, pluralistische Prinzipien im Widerspruch zur Konzentration der politischen und ökonomischen Macht auf den Staat und das Großkapital stehen. Eine derartige auf einen Staatskapitalismus hinauslaufende Machtkonzentration wird durch die herrschende Ideologie vom ökonomischen Pluralismus oder von den konkurrierenden Interessengruppen mystifiziert, die als unfähig unterstellt werden, den Staatsapparat ausschließlich in ihrem Interesse zu dominieren. Die politische Strategie, einen solchen Liberalismus als Mythos zu entlarven, bedeutet aber nicht, daß in einer Strategie für den Übergang zum Sozialismus die pluralistische Struktur politischer Institutionen in der westlichen Gesellschaft abgelehnt werden sollte. Eine leninistische Machtkonzentration in den Händen des von einer Partei beherrschten Staates ohne unabhängige Gewerkschaften untergräbt gerade die relativ autonomen Strukturen, die für die Praktizierung demokratischer Verhältnisse notwendig sind. Anders gesagt, Demokratie beinhaltet nicht nur Herrschaft der Mehrheit und Respekt vor den Ansichten einer Minderheit, sondern auch die Möglichkeit, daß diese Minderheit gegen diejenigen, die die Macht ausüben, auftreten und sie ersetzen kann, wenn die politische Zustimmung auf ihre Seite übergegangen ist. Das heißt nicht, daß eine Politik, die auf der Unterstützung durch die Mehrheit basiert, die Interessen jeder Minderheit bei einem Zusammenstoß mit den Interessen der Mehrheit unter allen Umständen zu schützen habe. Zum Beispiel wird in kapitalistischen Demokratien Macht mehr oligarchisch als demokratisch ausgeübt: eine Handvoll Vorstände und Ausschüsse bestimmen über die Ausübung ökonomischer und staatlicher Macht. Diese Machtausübung ist nur zum kleinsten Teil durch Wahlen zustande gekommen, und kann, unter ihrem doppelten Panzer aus Geschäfts- und Amtsgeheimnis, nur zum kleinsten Teil zur Verantwortung gezogen werden. Der nominellen Souveränität eines demokratisch gewählten Parlaments und dem unterstellen Gleichgewicht zwischen Gewerkschaften und Kapital steht die Realität oligarchischer Machtausübung entgegen. Die Entscheidungen darüber, was wa-

rum wo wie und wann produziert wird, werden vom Kapital getroffen, meist unterstützt und begünstigt durch den Staat. Wenn die Linke demokratische Verhältnisse verwirklichen will, muß sie derartige Oligarchien überwinden und die Ausübung ökonomischer und staatlicher Macht demokratisieren. Das bedeutet aber, den Raum auszudehnen für abweichende Meinungen, für die Entwicklung anderer Mittel und Ziele im Umgang mit den gesellschaftlichen Ressourcen, und nicht die Einsetzung einer neuen Oligarchie und eines noch offener repressiven Staatsapparats. Das heißt nicht nur, eine andere Taktik, sondern auch eine andere Strategie akzeptieren, die wiederum die Ansichten und Entscheidungen demokratisch organisierter gesellschaftlicher Interessengruppen – Produzenten und Konsumenten, Stadt- und Landbewohner, Arbeiter in der Industrie, in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungsbereich usw. – widerspiegelt. Das heißt nicht, daß eine zentrale Staatsmacht keine entscheidende Rolle spielte, sondern, daß es sich um eine Machtausübung handelte, die nicht nur rechenschaftspflichtig, sondern öffentlich rechenschaftspflichtig ist. Implizit heißt das, daß es weder einen einheitlichen Weg des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus noch ein einheitliches Modell für eine sozialistische Gesellschaft gibt. Wenn die Gesellschaft wirklich demokratisch sein soll, dann wird sie unter verschiedenen Bedingungen verschiedene Kombinationen von Eigentum und Kontrolle aufweisen. Daraus ergibt sich notwendig, daß man den Begriff des Übergangs zum Sozialismus, im Singular, statt der Übergänge zum Sozialismus, im Plural, in Frage stellen muß. Das steht auch in Beziehung zum Demokratiebegriff, als Weg und als Ziel verstanden. So gehen Theorien, die vom Absterben des Staates in der kommunistischen Gesellschaft ausgehen, zugleich aus von der Überwindung der Klassenbasis und damit der wesentlichen darauf beruhenden Konflikte. Diese Theorien haben sich aber im Fall der Sowjetunion nicht nur immer mehr von der Realität entfernt, sondern sind außerdem dadurch beschränkt, daß sie ihre Klassenanalyse mehr am Eigentum als an der Kontrolle festmachen. Wenn Kontrolle demokratisch sein soll, bedeutet das ein fortgesetztes Austragen von Differenzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen über alle Fragen des täglichen Lebens – die Art der Sozialpolitik, ihre Verwaltung, Wohnungswesen, Stadtplanung und Rolle des Transportwesens, kulturelle Einrichtungen für Minderheiten oder für die Massen, Freizeit und Kunst usw. Wenn eine vergesellschaftete Gesellschaft demokratisch sein soll, wird sie nicht von der Abschaffung der Unterschiede zwischen Individuen oder Gruppen ausgehen, sondern sich für die Vergrößerung des Meinungsspektrums einsetzen, sowie der Horizont der Individuen und Gruppen über ihren besonderen Klassenstandpunkt und ihr besonderes Klasseninteresse hinausreicht. Es wäre dann keine Gesellschaft, die wegen der ökonomischen Gleichberechtigung Unterschiede für unnötig hält, sondern eine Gesellschaft, in der der demokratisierte politische Prozeß es ermöglichte, Differenzen im Rahmen nicht mehr kapitalistischer sondern gesellschaftlicher Werte auszutragen und zu tolerieren. In einer solchen Gesellschaft bedeutete die Aufhebung der privaten Verfügung über die Ressourcen keine Einschränkung der persönlichen Freiheit, sondern ihre Ausdehnung in einem gesellschaftlichen Rahmen, in dem die tatsächliche persönliche und individuelle Freiheit zugenommen hat, durch gesellschaftliche Mechanismen, in denen zustimmende

und abweichende Meinungen zum Ausdruck gebracht werden können. Praktisch würde dies für die Arbeiter und ihre Familien mehr Kontrolle in allen Fragen des täglichen Lebens bedeuten. Gemessen am apokalyptischen Maßstab von der „Zerschlagung des Staatsapparats“ mögen viele dieser Fragen sich sehr irdisch anhören: Durchschnittsgröße und -dichte von Wohnungen, die von den öffentlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden, Qualität der öffentlichen Verkehrsmittel, autoritäres Verhalten gewisser örtlicher Behörden, Mangel an Kinderkrippen usw. In vielen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften stellt der Staat bereits solche Dienste zur Verfügung oder wirft derartige Probleme auf. Anstatt ihn zu zerschlagen, sollten wir ihn transformieren: dazu brauchen wir funktionierende Beispiele, die zeigen, daß gesellschaftliche Kontrolle wirksamer ist als staatliche. Ohne solche Beispiele und ohne die zunehmende Einbeziehung der Arbeiter bei der Ausübung der Kontrolle im öffentlichen Sektor werden uns die Mittel fehlen, die wir der autoritär und obligarchisch organisierten privaten kapitalistischen Macht entgegensetzen müssen, nicht nur in den Unternehmen, sondern auch auf der Ebene des Staates.

Anmerkungen

1 Nicos Poulantzas, *The Problem of the Capitalist State*, in: Robin Blackburn (Ed.), *Ideology in Social Science*, Fontana 1972.

2 Perry Anderson, *The Antinomies of Antonio Gramsci*, *New Left Review* 100, November 1976 – Januar 1977.

Übersetzung aus dem Englischen von Ulrike Möllring und Rolf Nemitz

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 16 Staat und Monopole (II). Probleme der materialistischen Staatstheorie

Probleme der Staatstheorie, Beiträge zur Diskussion um die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. U. a. folgende Themen: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus. Entstehung des bürgerlichen Staates – das Absolutismusproblem. Bestimmung von Staatsfunktionen. Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung. Gramscis Staatskonzeption. Nationalstaatlichkeit und Supranationalität – am Beispiel der Energiepolitik der EWG nach der „Erdölkrise“ 1973. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning. Staat und Infrastruktur.

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

Harold Woetzel

„Das Absurde ist eine Methode“

Die „Kritik des Absurdismus“ von W. F. Haug als Beitrag zu einer Theorie der Ideologie*

Im „Absurdismus“ wird eine Haltung manifest, deren eine Variation des verzweifelten Aktionismus in Gestalt des „Terrorismus“ inzwischen verschärfte Aktualität gewonnen hat (vgl. Editorial zu *Argument* 105). Dieser Zusammenhang wird in der 1976 geschriebenen Einleitung behandelt:

Verzweiflung als Ermöglichungsgrund für „Terrorismus“ entsteht aus der objektiven Hoffnungslosigkeit, produziert durch ein Denken und Handeln, das sich nur in „verabsolutierten Gegensätzen“ bewegt (XXV). Ursächlich ist diese Haltung nicht bei den „Terroristen“ zu suchen: dem bürgerlichen Denken liegt generell „eine spontane Bereitschaft zur Verzweiflung“ inne (XII). Anzusetzen ist an der Tatsache, daß der Absurdismus mit seinen Figuren der Verzweiflung: Ohnmacht – Gewalt – Scheitern als das ganz Andere nur „die andere Seite des schlechten Bestehenden“ ist (Haug, in: *Bestimmte Negation*, Fft/M. 1973, S. 87). Die Bekämpfung des „Terrorismus“ hat dort anzusetzen, wo der Kult der Sinnlosigkeit, dessen Konsequenz er nur ist (Editorial 105), scheinbar spontan entsteht: an gesellschaftlichen Verhältnissen, die sinnvolles, vernünftiges Handeln verhindern, um ihre eigene Unvernünftigkeit zu verewigen.

Im folgenden soll nicht die politisch aktuelle Seite der Kritik des Absurdismus behandelt werden, sondern die für eine wissenschaftliche Ideologie-Theorie relevante methodische Eigentümlichkeit des hier zu besprechenden Buches. Es verfolgt wie kein anderes umfassend das Phänomen des Absurdismus durch die Geschichte der ideologischen Denkweisen, vor allem die „Philosophiegeschichte“. Nicht am aufgearbeiteten Material kann es also liegen, daß die erste Auflage seinerzeit in Philosophie und Literaturwissenschaft ungenügend rezipiert wurde, eher an der Art und Weise, in der dieses Material untersucht wird, am eingeschlagenen *Verfahren*, welches aufgrund der jahrelangen Dominanz bloßer ideologiekritischer Verfahren bei der Lektüre und Analyse literarischer und philosophischer Texte „seiner Zeit noch voraus“ gewesen zu sein scheint.

* W. F. Haug: *Kritik des Absurdismus*. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (194 S., br., 9,80 DM). Es handelt sich hierbei um die zweite, veränderte Auflage der 1966 unter dem Titel „J. P. Sartre und die Konstruktion des Absurden“ beim Suhrkamp-Verlag erschienenen und damals noch von der F.A.Z. als wissenschaftliche Entdeckung unter den Philosophen gefeierten Dissertation.

I. Das Absurde: die „letzte“ Konstruktion von Sinn als Sinnlosigkeit

Stellen wir im folgenden einige Hauptthesen vor. Gegenüber der 1. Auflage wurde das Buch wesentlich verändert und um eine 28seitige Einleitung („Das Interesse am Absurdismus und das Interesse an seiner Kritik“) sowie ein Sach- und Personen-Register bereichert. Das Vorwort veranschaulicht an Haugs eigener Entwicklung die Voraussetzungen und vorläufigen Resultate der Studentenbewegung im Kontext der übergreifenden Problematik absurden Denkens; anhand der Einschätzung des Interesses, das die „Hohepriester“ der herrschenden Ideologie – besonders der F.A.Z. – dem Absurdismus entgegenbringen, weist Haug nach, wie die „antiautoritäre“, „abstrakt-totale Negation des Bestehenden“ (VII) notwendig umschlagen muß „in die letzte Rechtfertigung dieser Welt“ und „in die Denunziation aller Versuche, sie sinnvoll zur Heimat auszubauen“ (XXIV). Der Nachweis soll geführt werden, „wie ein bestimmter Protest um seine Bestimmung kommen kann und sich in unbestimmter Ausweitung selbst aufhebt“ (ebd.). Haugs Kritik richtet sich an diesem Punkt gegen Lukács, der „Pessimismus und Verzweiflung als ein ‚vornehmes‘ Verhalten gegenüber dem ‚banalen Optimismus‘“ in der einfachen Figur der Umkehrung des „selbstgefälligen Philisterlebens“ (XI) und daher selbst als dessen Fortsetzung denkt. Haug insistiert darauf, als *einen* wesentlichen Grund für die Haltung der Verzweiflung „die Widersprüche, Fehler, Verzerrungen des Sozialismus, sein transitorisches Defizit an Demokratie und wahrheitsdienlicher Auseinandersetzung“ mitzureflektieren, aufgrund dessen „das revoltierende kritische Bewußtsein zum apologetischen Pessimismus umgebogen werden konnte“ (XII).

Die Untersuchung kann bezeichnet werden als ein Suchen nach der Struktur, die die Elemente des absurden Denkens vereinheitlicht, diese in ein (theoretisches) System bringt. Diese Struktur wird in einer mikrologischen unerbittlichen Verfolgungsjagd der Konstruktions- und Organisationsweisen von jahrtausendealtem Material und dessen theoretischer „Fesselung“ durch bestimmte „Medien und Mechaniken“ in ein ideologisches System aufgedeckt (von Platon über Descartes und Kierkegaard bis zur Gegenwart). Der Anspruch einer „geschichtsphilosophischen Abhandlung über den modernen Absurdismus“ (121) erreicht das Überführen des Denkens aus der Logik in die Dialektik: in eine zeitliche Koordinate eingespannt ergibt die Fixierung des Faktums „Absurdismus“ die „Fixierung eines Prozesses“ (Tretjakov).

Als gemeinsame Grundstruktur der verschiedenen Formen des „Absurden“ erweist sich der *Dualismus*² (als Prinzip der Gnostik, als Haltung des „schneidenden Entweder-Oder“; 145). Dieser resultiert aus der „Zerstörung der Objektivität allen menschlichen Begreifens und verweist alles Begriffliche ins Subjekt zurück“ (8). Der moderne Absurdismus ist die am weitesten vorangetriebene Ideologie der Bourgeoisie in der Form ihrer Selbstaufhebung: die dualistisch konstituierte Sinnlosigkeit wird der letzte „Sinn“, die „letzte“ Möglichkeit, das sonst inkompatible Entweder-Oder (Subjekt/Objekt, Individuum/Gesellschaft etc.) einander zu vermitteln. Das Absurde wird zum „paradoxen tertium comparationis zweier unvergleichlicher Seinsbereiche“ (9); eine Schlußfolgerung, die der französische Sartre-Kritiker Althusser auf anderer Ebene mit ähnlicher Begriff-

lichkeit bestätigt: „Sartre ist der Vermittler par excellence. Seine Vermittlungen haben die Aufgabe, in der Negierung der Differenzen die Einheit zu bestätigen.“⁴ Eine solche Vermittlung, die doch auf dem Eingeständnis der Unmöglichkeit einer Vereinigung⁴ beruht (56), steht vor der Aufgabe, dafür entsprechende (Konstruktions-)Verfahren zu finden bzw. zu schaffen. Für Sartre leistet dies die Sprache: diese funktioniert nach dem Prinzip der „schwebenden Analogie des Als-Ob“ (59), das die Funktion der imaginären Vermittlung des Getrennten zu erfüllen hat. (Imaginär heißt hier, daß die es konstituierenden Regeln und Mechanismen – Haug nennt z. B. Äquivokation, Idiosynkrasie und Metaphorik – dem Subjekt selbst unbewußt sind.) Das Ideal dieser Negierung der Differenzen aber ist die Kunst, die hypostasiert wird als „flüchtiger und geschichtsloser Schatten der Möglichkeit einer Vereinigung des Nicht-Identischen, der Synthese von Ich und Nicht-Ich“ (95). Da die Kunst nach jenem Als-Ob-Mechanismus funktioniert, als die reinste Form des ideologischen Wirklichkeitseffekts, besteht die Lösung, der „Ausweg und das Loch, durch das man ins Etwas kommt“ (Nietzsche, zit. S. 80) in einem hemmungslosen Dezisionismus, in einer „*Münchhauseniade*“, in der nur die rein subjektive Selbstbestimmung des Bewußtseins Ordnung schafft und die Fakten in einer beschreibbaren Totalität ordnet. So aufgefaßte Kunst erfüllt demnach die Kennzeichen des absurdistischen Denkens: an die Stelle der Erkenntnis tritt „begriffloses Erleben, Faszination“ (37), ihr Verfahren „umgeht Distanz und Diskursivität“ (30); es erfolgt die Reduktion aufs bloße Symbol, auf Bilder und Metaphern mit „relativer Eigenlogik“ (XXXIII)⁵.

Eine „metaphorische Inflation“ stellt sich ein, „das Denken resigniert vor einem Bilde“; dadurch treiben die Metaphern zu einem autonomen Denken: für Haug werden sie zum privilegierten Ansatzpunkt seiner Analyse⁶ („le mot traduire l'obsession“; Baudelaire, 37).

II. „Das Absurde ist eine Methode“ (9)

Wichtig erscheint uns nun der Nachweis, daß die absurdistische Literatur (ihre „Werke“) durch ihre Beschaffenheit selbst auf ihre weltanschaulichen (ideologischen) Implikate hindeutet, diese geradezu suggeriert. Haug setzt an diesem Vorgang des Suggestierens an, macht diesen zum Gegenstand. Nicht vom Ergebnis wird ausgegangen, um es von ideologiekritischem Standpunkt aus mit Qualifizierungen wie „pessimistisch, nihilistisch, irrationalistisch, massenfeindlich, elitär“ etc. zu belegen, vielmehr wird die vorgebliche Einheit von Sartres Darstellungen aufgelöst, zersetzt, indem deren Zustandekommen transparent gemacht wird. Gefragt wird: „Wie erscheint das enttäuschte Denken? und: wie werden die versteinerten Verhältnisse gedacht? aber auch: was ist der Sinn der beschriebenen Figur des Sinnlosen und was ist der Sinn ihrer Anrufung?“ (18). Nachzuweisen ist, daß die Verkünder des Absurden „viel kompositorische Energie darauf (verwenden), daß als Ergebnis die Absurdität alles Kompositorischen dastehe“ (4). Damit wird erkennbar: nicht so sehr der unmittelbare Inhalt der reflektierten Gegenstände als vielmehr die Art und Weise, wie die Probleme gestellt werden, machen das ideologische Wesen einer Ideologie aus. Das eingeschlagene Verfahren zeigt sich auch im Definitionsmodus für den Begriff „Ab-

surdismus“, der nicht mit den typischen Kopula operiert („Absurdismus, das ist . . .“), sondern mit Verben wie „stellt sich her über“, „konstituiert sich mit-hilfe“ (30) oder am deutlichsten: „Das Absurde *ist die Konstruktion des . . .*“. Das heißt: Haug läßt sich nicht auf jene Leser-Attitüde gegenüber philosophischen Texten ein, die „noch auf der vorletzten Seite alle Sätze für reine Definitionen (hält), die man zunächst einmal fressen muß, um das so unendlich wichtige ‚Ganze‘ zu begreifen“ (Brecht)’. Die von Brecht geforderte Haltung wird bevorzugt, wodurch die Philosophen „als ziemlich skrupellose und voreilige *Konstrukteure*“ beschrieben werden können, „nicht als Finder, sondern als Erfinder“ (ebd.).

Der *Produktionslogik* ist nachgegangen worden, das Material *als* Material sichtbar gemacht, rekonstruiert in seinen oft disparaten und eigentlich inkommensurablen Teilen, dessen Vergewaltigung bzw. Organisierung in eine imaginäre Kohärenz durch Zusammenfügen und Einpressen in ein geschlossenes philosophisch-ideologisches System keine Fragen mehr zuläßt, die das System als solches infragestellen könnten. Das ist mehr als nur eine ideologiekritische Analyse des Interesses am Absurdismus. Denunziert werden nicht nur die Konklusionen, die Erscheinung jener Ideologie(n), sondern darüberhinaus wird eine *Kritik des Ideologischen* praktiziert, d. h. eine radikale Kritik des wirklichen Produktionsvorgangs ihrer Mechanismen, ihrer „Prämissen“, von der her notwendig die Kritik der „Bewußtseinsformen“, der „Denkbarkeit“ dieser Mechanismen und Effekte folgt⁹. In diesem Sinne ist die Kritik *anti-teleologisch* zu nennen, die nicht von einer bestimmten politischen Position aus die oberflächlichen Inhalte absurden Denkens mißt, sondern die dem ideologischen Denken Sartres „die Frage nach seinen Fragen“ (Althusser) stellt, um so erst den Sinn seiner Antworten zu verstehen.

III. Ideologische Lesarten: Wiedererkennen oder Revolte

Entscheidend ist die Ausweitung dieses Verfahrens auf literarische Texte. Die Analyse der zentralen Topoi des Sartreschen Denkens (mit ausführlichen Hinweisen auf die je besonderen Ausprägungen bei Camus, Beckett, Ionesco, Borges, Frisch usw.) setzt nämlich in jener Dimension an, „*in der ideologischer und künstlerischer Prozeß zusammentendieren*“ (XXXII). Wenn nun jeder „ontologische Begriff des Absurden konstruiert“ ist, müssen sich die Aporien des absurden Denkens in der Sprache ausdrücken: „Sartre wird fundamental verraten von der Sprache“ (100). Damit hat eine Analyse vornehmlich die Diskontinuitäten, Brüche, die bestimmten Abwesenheiten oder – mit dem Begriff der materialistischen Dialektik – die Widersprüche zu beachten: eine klare Wendung gegen ein von der Totalität des (Kunst-), „Werkcharakters“ bestimmtes Vorgehen in der wissenschaftlichen Erklärung literarischer Texte⁹. Eine weitere Konsequenz aus diesem „Zusammentendieren“ als Prämisse ist, nicht mehr nur Ideologie(n) in der Literatur herauszufiltern (das bliebe nur Ideologiekritik), sondern die Existenz einer Ideologie *der* Literatur bzw. literarische („ästhetische“) Praxisarten *als* ideologische aufzudecken. Ist doch Ideologie nicht einfach (mehr oder weniger) falsches Bewußtsein, sondern umfaßt verschiedene Weisen der Bewußtwer-

dung, zu denen als je besondere Formen auch Literatur und Philosophie gehören. Die Relevanz des Sartreschen Werks macht dann eben nicht nur die bloße Transmission von literarisch verpackten philosophisch-weltanschaulichen Doktrinen aus, sondern deren Konstruktionscharakter bestimmt wesentlich die ideologische Kommunikation, weit mehr noch als der scheinbar explizite „Inhalt“. Die *richtige* Reihenfolge: erst die „detaillierte Beschäftigung mit den ideellen und ästhetischen Materialien und ihrer Verarbeitung“ (XXXIV) lehrt uns das Politische an ihnen; nicht umgekehrt. Die Fragestellung desjenigen, der Sartre liest, verändert sich damit; sie lautet nicht mehr „Was sagt uns Sartre?“ sondern: „Wie, auf welche Weise wird er sich bestimmter Erfahrungen bewußt und *was macht er daraus?*“ Indem die absurdistische „Lösung“ (der „Vermittlungseffekt“) in der Literatur im Hinblick auf ihr Produziertsein betrachtet wird, also nicht abstrahiert wird von den Besonderheiten ihrer literarischen Umsetzung, von der „Arbeit des Schriftstellers“, werden zwei gängige Lesarten von Sartre, die als „kritisch“ gelten wollen, verhindert: 1) Primär für die „Kritik des Absurdismus“ wird nicht – im Sinne historizistischer *literatursoziologischer* Methoden – die Darstellung der konkreten Bedingungen des historischen Phänomens „Absurdismus“, also der „Einflüsse, Hintergründe“ usw., sondern die seiner Struktur, seiner Konstruktion, seiner Mechanismen. Dieses Vorgehen nimmt sich die Marxsche Methode im „Kapital“ zum Vorbild: dort steht ja auch nicht die konkrete Analyse der „ursprünglichen Akkumulation“ am Anfang, sondern die Warenanalyse, die der „Zellform“, des Entwicklungsgesetzes des Kapitalismus¹⁰. Der Bezug von Literatur und Politik, von Literatur und Geschichte ist keine einfache Korrelation, damit auch keine Übersetzung oder Rekonstruktion eines bereits vorher anwesenden und von anderen Wissenschaften bereits analysierten und gewerteten Gegenstands. Das Objekt „Absurdismus“ wird im Gegenteil erst durch eine Methode, die die vom Gebiet selbst vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt, konstituiert. 2) Das Gefährliche, weil Irreführende in Sartres literarischem Werk ist dessen Herausforderung zu einer *ideologiekritischen* Lektüre, die Erkenntnis als Extraktion aufnötigt, d. h. Ideologie(n) aus der Literatur herausfiltern/herausschälen läßt (die alte Philologenfrage: „Was will uns der Dichter hiermit sagen?“). Der Leser (Sartres wie der seiner Kommentatoren) kann so nicht aus dem geschlossenen Zirkel des ideologischen Wiedererkennens/Wiedererkennens herauskommen: entweder er akzeptiert die ihm vorgesetzten Ideologien, erkennt sich in ihnen wieder, unterwirft sich also dem ideologischen System; oder er lehnt diese pauschal ab, „revolviert“ gegen sie: das sind zwei Seiten derselben Medaille. Beide Modalitäten erlauben keine Erkenntnis, sondern halten das Subjekt in der spiegelhaften Struktur des Wiedererkennens von bereits Bekanntem fest: das Urteil des Lesers stand ja bereits vor der Lektüre fest und hat sich nach dieser nur verfestigt.

IV. Materialistische Gegenlektüre: Transformation des Subjekteffekts

Hieraus ist die Betroffenheit zu erklären, die sich bei der Lektüre des Buches einstellt. Der Nachvollzug dieser Material-Entfesselung, die nichts anderes ist als die Re-Konstruktion der Wünsche und Ängste, der Gefühle, Denkweisen und

Haltungen, die unbewußt gelebt werden¹¹, dafür umso wirksamer sind, erlaubt, in den Prozeß der Sinngebung und der Subjektwerdung ein-zusehen, d. h. in die eigene Konstituierung zum (ideologischen) Subjekt, das sich für einzigartig und unverwechselbar hält, in Wahrheit aber von außen fremd-organisiert ist. Gerade Haugs Eingeständnis in der 1976 geschriebenen Einleitung, in der Lektüre Sartres zunächst Vertrautes wiedererkennt und daher sich „spontan“ mit diesem identifiziert zu haben, verweist eine *materialistische* Analyse auf die Analyse des Zustandekommens jener literarischen Mechanismen. Erst wenn erkannt wird, daß „Ekel“, „Scham“, „Sinnlosigkeit“ *Effekte* und nicht Ursachen sind, kann die Erkenntnis möglich werden, daß die Sartreschen „Inhalte“, in denen sich der Leser wiedererkennt, mit denen er sich identifiziert und die er „in der Realität“ wiederfindet, *produzierte* sind. Das Buch, das zur Entwicklung eines *Gegenunterrichs auf dem Gebiet der Lektüre* beiträgt, ermöglicht eine Erfahrung, die das Wiedererkennen (im ideologischen Sinne des Verkennens) durch den Nachvollzug dieser Auflösungs-, Zersetzungsarbeit des organisierenden Systems transformiert. Es gilt: „Nicht der Stoff der Reflexion charakterisiert und qualifiziert die Reflexion, sondern *die Modalität der Reflexion*“.¹² Die neue Modalität jenseits des ideologischen Zirkels von Wiedererkennen und bloßer Revolte ist in diesem Buch nicht explizit vorgegeben, weil sie in der selbständigen Neuorganisation dieses Materials, in der Eigenorganisation zum Subjekt besteht. „Bewußt“ ist dieser Prozeß der Subjektwerdung in dem Sinne zu nennen, als der Leser zum Bewußtsein der objektiven Existenz des Materials und dessen Vorkommensbedingungen gelangt, – jetzt nicht mehr auf der Unmittelbarkeit der Erfahrung beruhend, sondern auf dem Nachspüren des Produktionsprozesses jenes Sinn- und Subjekteffektes, der jedem (wissenschaftlichen, politischen, philosophischen oder literarischen) Diskurs eigen ist¹³. Adornos Verdikt gegen Hegel und Kierkegaard, das Haug zustimmend zitiert, ist generell gültig: „Ob Subjektivität der Wirklichkeit ‚Sinn‘ zumißt oder aberkennt, beide Male tritt sie als Instanz auf, die über den ‚Sinn‘ zu befinden hat, weil er ihr selber innewohnt.“ (9)

Das Programm für eine Ideologietheorie sollte konkretisiert werden; zugleich verweist das in Haugs Buch paradigmatisch durchgehaltene Primat der Analyse der „Modalität der Reflexion“ auf die Forderung, die „Human- und Sozialwissenschaften“ (so auch die Literaturwissenschaft, die Linguistik oder die Soziologie, die mit „Subjekten“ und mit „Sinn“ zu tun haben) in einer Theorie der Ideologie(n) zu gründen.

Anmerkungen

1 S. Tretjakov: Die Arbeit des Schriftstellers, Reinbek 1972, S. 80.

2 Nach wie vor relevant als Objekt ideologietheoretischer Untersuchungen ist die Rolle Spinozas („gleichsam die Sonnenseite der großen Philosophie aus der ersten Blütezeit des Bürgertums“; 153) als Gegenpol zur dualistischen Erkenntnisakzeptation.

3 Althusser/Balibar, Das Kapital lesen I, S. 188.

4 Das „neue Wort für das Absurde“ lautet denn auch: „Die Konstruktion der Vergeblichkeit aller menschlichen Vereinigungsversuche“ (60).

5 Eine Eigenlogik, die an Marx' Bestimmung der „Wahren Kritik“ erinnert, „die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstands zu fassen“ (MEW I, 296), und die den Versuch erlaubt, „das vergewaltigte Material so aus den Fesseln des absurdistischen

Systems zu lösen, daß seine entfaltete Logik es gegen das System, das es stützen sollte, wendet“ (60).

6 Eine Arbeit in der Literaturwissenschaft, die nach diesen Verfahrensprinzipien arbeitet und die „Metapher als Ort von Sinn-Konstitution“ analysiert, ist K.-M. Bogdals Diss. „Die Arbeiterbewegung in der Metaphorik des deutschen Naturalismus“, Bochum 1976 (Ms.), vorauss. Veröff. Frühjahr 1978.

7 B. Brecht, Über das Idealisieren als Operation. In: GW 20, S. 142.

8 In den später verfaßten „Vorlesungen zur Einführung ins Kapital“, (Köln, 1976) weist Haug auf dieses Verfahren der „wahren Kritik“ hin (S. 184 f.).

9 Vgl. auch Brecht, der (Literatur-)Kritik als „analytisches“ Vorgehen bestimmte, das „fertige Werke in unfertige“ auflöst (GW 18, S. 86).

10 Vgl. die „Vorlesungen zur Einführung . . .“, I. und II. Vorlesung, S. 16–39.

11 An diesem Punkt hat die Diskussion um den Begriff der „objektiven Gedankenformen“ anzusetzen, die – so Haug – „zugleich den Gegenstand, das gesellschaftliche Sein, und das Bewußtsein davon“ konstituieren (Vorlesungen . . ., S. 172).

12 L. Althusser, Über den jungen Marx. In: Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg/Westberlin 1977, S. 23.

13 An dieser Stelle muß auf eine grundlegende Arbeit des französischen Linguisten M. Pecheux zum Sinn-/Subjekteffekt aufmerksam gemacht werden (Les vérités de la Palice, Paris 1975). Eine Besprechung dieses wichtigen Buches ist in diesem Rahmen nicht möglich, gleichwohl sei auf bedenkenswerte Zentralbegriffe hingewiesen, die Pecheux mit Haug gemeinsam hat: so der „*Münchhausen-Effekt*“ als jener Mechanismus, der den Prozeß der Subjektkonstitution (als der elementare ideologische Effekt) in den Augen der Subjekte auslöscht und ihnen die Illusion gibt, selbst Produzent, „Schöpfer“ des Sinns zu sein; so die Analyse des *Als-Ob-Mechanismus* als jene Arbeit, welche die sprachlichen Effekte (Sinn-, Subjekt-, Identifikationseffekte) in der Literatur produziert; so die Haltung des „*mauvais sujet*“ als Entweder-oder-Haltung der abstrakten Negation, der „*Revolte*“ im Zusammenhang mit dem von Haug rekonstruierten Topos des „falschen Bewußtseins“ („*mauvaise foi*“) usw. Bei aller Differenz – auch in der Verwendungsweise dieser Begriffe – sind hier gleichwohl elementare ideologische Mechanismen und Effekte auf gänzlich unterschiedlichen Wegen der Analyse ähnlich erfaßt worden.

Michael Masuch

Das Problem der Erklärung des „Stalinismus“¹

I. Phänomenologische Ansätze der Erklärung des Stalinismus

Jean Elleinsteins jüngst erschienenes Buch, *Geschichte des „Stalinismus“*², ist m. E. durchaus repräsentativ für viele andere Stalinismuserklärungen³ und typisch auch für deren Fehler. Es soll darum hier als Repräsentant und Zeuge für die Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus zitiert werden, nicht im Kontext einer Buchbesprechung, sondern einer Auseinandersetzung mit den Konstruktionsfehlern in den bisherigen Stalinismuserklärungen.

Erstes Problem: was soll erklärt werden? Elleinstein läßt sich und seine Leser im Ungewissen. Es fehlt eine Arbeitsdefinition als Ausgangspunkt, so daß aus der Undeutlichkeit über das zu Erklärende Unsicherheit über die Erklärungsfaktoren entstehen muß. So kann man mit dem „stalinschen Phänomen“ sowohl die *Epoche* als auch die *Form* der Herrschaft Stalins assoziieren. Elleinstein selbst schränkt es mal auf die Sowjetunion ein (S. 62 f.), mal behauptet er die Allgemeinheit des Phänomens auch für „alle sozialistischen Staaten, die nach dem zweiten Weltkrieg entstanden sind“ (S. 7). Diese Ambivalenz schlägt auf die Erklärung durch. Je nachdem, welche Faktoren man verantwortlich macht, werden jeweils unterschiedliche Phänomene zu dem, was man dann Stalinismus nennen kann. Bei Elleinstein und in Stalinismuserklärungen im allgemeinen lassen sich vier verschiedene Anläufe unterscheiden, die miteinander und durcheinander benutzt werden, ohne daß dies ausdrücklich kenntlich gemacht wird. Das stalinsche Phänomen erscheint

1. als spezifisch „russisches“ Phänomen in der terroristischen Tradition des russischen Feudalismus, der sich fernab der geistigen Strömungen der Renaissance, des Humanismus, der Aufklärung entwickelt hatte.

2. als Phänomen eines unterentwickelten Sozialismus resp. des Sozialismus in einem oder einigen wenigen, relativ zum Kapitalismus zurückgebliebenen Ländern.

3. als Phänomen der „Bürokratie“, das sich gegen die politischen Intentionen der Partei verselbständigt und dem System seine eigenen Gesetze aufdrängt.

4. als Phänomen von Diktatur, das aufgrund kontingenter Präferenzen der Führung zustandekommt und deshalb selbst kontingent ist, also unabhängig vom Entwicklungsniveau des Systems „eingeführt“ aber auch wieder „abgeschafft“ werden kann.

1. Das russische Phänomen

Für den ersten Ansatz spricht natürlich, daß das stalinsche Phänomen in Rußland entstanden ist und dort seine extremsten Formen angenommen hat: Beseitigung der Demokratie, auch innerhalb der Partei, die ab 1936 in der Konzentration der virtuellen, wenn auch nicht der wirklichen Entscheidungskompetenz bei einer einzigen Person, Stalin, gipfelte⁴; weitgehende Aufhebung der Rechtssicherheit, zugespitzt in persönlicher Willkür. Mißbrauch der Macht im Sinne von Tod und Verfolgung von Millionen Menschen, wirklicher oder vorgeblicher Kulaken (Großbauern), potentieller oder auch nur eingebildeter Gegner innerhalb der Partei und der Intelligenz, Unterdrückung der wissenschaftlichen und kulturellen Freiheit. Willkür im objektiven Sinn, also in Fällen von gravierenden Fehlentscheidungen: die überhastete Durchsetzung der Kollektivierungskampagne an der Schwelle zu den 30er Jahren, durch die die „Smytschka“, das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft, gründlich verstört wurde und die nach einem ungünstigen Sommer schließlich zur Hungersnot von 1933 führte; die voluntaristischen Planungen des ersten Fünfjahrplans, die neben beeindruckenden Wachstumsraten zu jener institutionellen Struktur eines Durcheinanders von formellen und informellen, legalen, halblegalen und illegalen Koordinationsformen der ökonomischen Aktivität führten, die sich als sehr schwer kontrollierbar erwiesen und dem Anspruch planmäßiger Rationalität widersprachen; auf internationalem Gebiet die Durchsetzung der „Sozialfaschismusthese“, die eine Volksfrontstrategie gegen den aufkommenden Faschismus verhinderte; dann die Ignoranz Stalins gegenüber den Warnungen vor einem bevorstehenden faschistischen Überfall, die den Kriegsverlauf des ersten Jahres erheblich bestimmten; schließlich die Antikosmopolitismuskampagne, die Kybernetik, Evolutionstheorie, selbst die Relativitätstheorie als anti-sozialistisch diffamierte, Scharlatanerie Auftrieb gab und den wissenschaftlichen Fortschritt schwerwiegend behinderte⁵.

Elleinstein arbeitet verschiedentlich mit dem ersten Erklärungsansatz, den er wie folgt zusammenfaßt: „Das Phänomen des Stalinismus läßt sich zu *ganz großen Teilen* aus den spezifischen Bedingungen heraus erklären, unter denen die ursprüngliche sozialistische Akkumulation unter Stalin durchgeführt wurde (. . .). Der entscheidende Punkt ist gerade, daß dies Phänomen nicht das Produkt des Sozialismus selbst war, sondern das Produkt der Bedingungen seiner Entwicklung *in einer klar umrissenen historischen Situation, nämlich der Situation Rußlands während der Jahre 1920–1930*“ (S. 62 f., Hervorhebung M. M.). Als spezifische Bedingungen, die die „Situation“ konstituieren, werden im allgemeinen genannt: Mangel an demokratischen Traditionen, so daß die Verfechter der Demokratie im Zweifelsfall zu wenig Bündnisgenossen fanden; die Tradition der zaristischen Bürokratie; die kulturelle Rückständigkeit der bäuerlichen Massen, der Mużik. Diese Faktoren lassen sich historisch genau belegen, sind aber zur Erklärung schließlich doch nicht hinreichend. Denn die Phänomene, die sie erklären sollen, haben sich, wenn auch in abgeschwächten Formen, sowohl in den neuen, nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen sozialistischen Ländern als auch in den „westlichen“ kommunistischen Parteien reproduziert. Personenkult,

Unterdrückung der Parteidemokratie, selbst Schauprozesse und vereinzelte Hinrichtungen demissionärer Politiker gab es in den 50er Jahren in fast allen osteuropäischen Volksdemokratien. Auch die KPF hatte ihren Personenkult und das Ritual einstimmiger Abstimmungen – worauf auch Elleinstein hinweist (S. 62 f., vgl. Kap. 8, S. 197 ff.).

2. *Das Phänomen der Unterentwicklung*

Der erste Erklärungsansatz erweist sich somit als zu speziell, jedenfalls auf der phänomenologischen Ebene, auf der wir uns befinden, weil die Phänomene, die er begründen soll, nicht auf Rußland beschränkt geblieben sind. Das führt zur Überlegung, ihm eine allgemeinere Form zu geben, und somit zum zweiten Erklärungsansatz. Die relative Unterentwicklung des russischen Reiches vor der Revolution, die Isolation – und Gefährdung – des Sozialismus in einem Lande, aber auch die Tatsache, daß der Mangel an demokratischen Traditionen keineswegs auf Rußland beschränkt war, weisen in diese Richtung. So läßt sich historisch gut belegen – und Elleinstein tut das –, daß die antidemokratischen Maßnahmen, die den Weg Stalins zur Macht vorzeichneten und begleiteten, Schritt für Schritt Reaktionen auf systemgefährdende Krisen waren, auf Notstände, die nicht mit dem erfahrungsgemäß elastischen aber schwerfälligen demokratischen Mechanismus hätten „ausdiskutiert“ werden können: Das Verbot bürgerlicher Parteien erfolgte im Zusammenhang mit ihrer konterrevolutionären Teilnahme am Bürgerkrieg 1918–1921. Die Sozialrevolutionäre wurden erst nach dem Kronstädter Aufstand (März 1921) verdrängt, mit dem sie verfilzt waren, obwohl sie bereits im Juli 1918 an einem militärischen Aufstand gegen das Regime teilgenommen hatten. Schließlich besaßen die Kommunisten das politische Monopol im Lande, ausgehend von der nach dem Bürgerkrieg als sehr aktuell eingeschätzten Gefahr, daß jede Fraktionsbildung über Parteispaltung zu neuem Bürgerkrieg hätte führen können – daher das Fraktionsverbot. Die bis weit in sozialistische Gruppen hineinverbreitete Auffassung jedenfalls, daß eine antidemokratische „Haltung“ des Bolschewismus zur Abschaffung der Demokratie geführt hätte, ist historisch falsch, und wenn sie – wie meist – im personalisierten Erklärungsmodell „Lenin wollte . . .“, „Lenin dachte . . .“ vorgetragen wird, zudem naiv-idealistisch⁹.

Festzuhalten ist aber, daß damit noch nicht erklärt worden ist, warum die Maßnahmen nach dem zweiten Weltkrieg, als die Lage sich gebessert hatte, nicht rückgängig gemacht wurden. Resultierte der Druck von außen zunächst in Bürgerkrieg, so führte er weiter zu potentiellen militärischen Spannungen, die Aufrüstung erzwangen und somit Entwicklung in anderen Bereichen abbremsen. Elleinstein beruft sich zur Charakterisierung der Lage zu Recht auf Oskar Lange: „Die Geschichte der UdSSR ist bis 1953 die Geschichte von Kriegen, die ausgefochten wurden, auf die man sich vorbereitete und deren Wunden man dann anschließend pflegte“ (S.193). Nach dem zweiten Weltkrieg, als die unmittelbare Kriegsgefahr abebbte, erschien der Druck von außen in neuer Gestalt, im Systemvergleich, und zwar in besonders scharfer Form in der DDR, dem Land, daß die engsten historischen Bindungen mit Westeuropa hatte. Der fiel nicht

ohne weiteres zugunsten des realen Sozialismus aus. Im Gegensatz zu den Erwartungen nach der Stagnation der 30er Jahre prosperierte der Kapitalismus in den industriellen Ländern beinahe ununterbrochen mehr als 20 Jahre. Die Realeinkommen in der Bundesrepublik wuchsen bis 1973 schneller als in der DDR. (Der Rückstand der Realeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der DDR hatte sich z. B. im Vergleich zur Bundesrepublik von rund 32 % 1960 auf 45 % 1969 vergrößert)⁷. Ein „Orangen- und Schokoladenschleier“ (DDR-Ökonom Behrends) legte sich über die Systemkonkurrenz. Der historische Eid, den die Kommunisten auf die Überlegenheit des Sozialismus abgelegt hatten, erfüllte sich in einigen Bereichen, z. B. Bildungs- und Gesundheitssektor, und in anderen eben nicht. Die Legitimität des Sozialismus, die man ja nicht nur Wissenschaftlern, sondern auch Leuten gegenüber verteidigen mußte, die Wohlstand mit Schaufensterpracht gleichsetzten, wurde prekär. Man kann noch so lange drum herum reden, aber wenn ein politisches System keine politische Opposition mit der praktischen Chance auf Regierungswechsel zuläßt, dann kann es dafür nur zwei Gründe geben: entweder eine antidemokratische Ideologie – was für die kommunistischen Parteien *nicht* zutrifft. Oder die Angst, mit den Wahlen auch die Identität des Systems zu verlieren – eine Angst, die durch die Aufstände in der DDR (1953), Polen und Ungarn (1956), Polen (1970 und 1976) sowie den Ereignissen in der CSSR (1968) sicherlich nicht gedämpft wurde.

Doch der wegen der relativen Unterentwicklung besonders gefährliche Druck von außen kann kaum etwas erklären für Länder, die in einer sicheren nationalen Identität ruhen und sich nicht ständig mit dem reichen Westeuropa vergleichen können oder müssen. Ein weiteres Argument gegen den zweiten Erklärungsansatz findet sich in der Dauer der stalinistischen Phänomene, die in der Perspektive des zweiten Erklärungsansatzes als Folgen mangelnder Demokratie aufgefaßt werden könnten. Man denke an die Ausweisung Biermanns, an das Theater, mit dem der Sicherheitsdienst das Haus von Havemann absperrt, an die Verfolgung der Mitglieder der CSSR-Charta 77 oder der Praxis-Gruppe in Jugoslawien – über deren theoretische Leistungen man sich nur noch schlecht streiten kann, wenn man sich nicht mehr streiten darf. Es muß deshalb nach Mechanismen gesucht werden, durch die sich solche Phänomene gegen die ökonomische und soziale Entwicklung verselbständigen können, so daß sie auch überlebt noch weiterleben.

3. Das bürokratische Phänomen

Es geht dann nicht nur um Gründe fürs *Entstehen* des Phänomens, die sich aus einer geschichtlichen Konstellation ergeben. Historisch können Gründe grundlos werden, und wenn ein Phänomen weiterbesteht, muß sein *Reproduktionsmechanismus* beschrieben werden. Dies führt zur dritten Erklärungsvariante. Ihre zentralen Begriffe sind „Bürokratisierung“ und „Dogmatisierung“, die einen Reproduktionsmechanismus für das stalinsche Phänomen angeben sollen. Aber die Begriffe bleiben unklar, bei Einstein ebenso wie in anderen Erklärungen⁸. Es finden sich Andeutungen, doch sie bleiben metaphorhaft, spielen auf die Mechanismen der Eigendynamik lediglich an, wie etwa, wenn von einer „in-

fernatischen Maschine“ (Elleinstein 1977, S. 120), von „bürokratischer Deformation“ (S. 51), vom „Stalinschen Dogmatismus“ (S. 68) die Rede ist. So „gab es schon 1921 eine ganze Anzahl von Institutionen, Strukturen und Mechanismen, die die Zeit überdauern sollten, welche sie unter bestimmten historischen Bedingungen hat entstehen lassen“ (S. 25). Warum? Oder: „Das stalinsche Phänomen sollte seine Ausgangsbasis im Laufe des historischen Prozesses selbst verbreitern; von einer einmal erreichten Position aus schafft die Geschichte die spätere Geschichte“ (S. 73). Von selbst? Die Antworten fehlen.

Dies scheint mir der wesentliche analytische Fehler von Elleinsteins Stalinismuserklärung zu sein, wobei er auch hier durchaus repräsentativ ist. Ohne das Wort „Bürokratie“ kommt man nicht aus, aber der Begriff bleibt unklar und deshalb bleibt offen, wie weit und wie lange sich Bürokratie „verselbständigen“ kann, wieviel Demokratie sie verhindert, wieviel Dogmatismus sie erzwingt. Bevor man ihre ex definitione selbstreproduktiven Mechanismen nicht *begriffen* hat, wird man sie nicht überwinden können. Elleinstein reproduziert einen typischen Fehler. Daß Bürokratie endlich überwunden werden müsse, wird auf jedem kommunistischen Parteitag gefordert. Bürokratie wurde zum universellen Erklärungsschema, mit dem alle Unbilden des sozialistischen Alltags gleichzeitig begründet und entschuldigt werden können. Wenn etwas nicht funktioniert, wie es „soll“, dann ist's halt die Bürokratie. So wurde der Begriff zum anderen Wort für nichtintendierte Handlungsfolgen schlechthin. Darum trägt das Wort keine Analyse, wirkt im Gegenteil selbst mystifizierend.

Insbesondere in der „westlichen“ marxistischen Diskussion – fernab von den praktischen Entscheidungsproblemen – ist der Begriff unter dem Eindruck des sozialen Konflikts typischerweise zur Frage verfremdet worden, ob die Bürokratie eine soziale Klasse sei; man hat sich über den Inhalt des Begriffs geeinigt, bevor man ihn analysiert hat?. Insofern bleibt auch die Bürokratiethese – zumindest in der von Elleinstein präsentierten Form – unzureichend, läßt unbestimmt, was nicht intendierte Handlungsfolge und was wohlintendierte Unterdrückung war. (Gerade Stalin selbst begründete die Brutalität seiner Maßnahmen häufig mit antibürokratischen Intentionen und schalt seine Gegner, die auf die Schwierigkeiten der Sache hinwiesen, Bürokraten.)

4. *Der phänomenale Diktator*

Bleibt der vierte Erklärungsansatz, der gegenüber dem objektivierenden Charakter einer Entscheidungsstruktur den subjektiven Charakter der historischen Persönlichkeit ins Spiel bringt: Daß der Stalinismus in der auf Stalins *Person* geichteten Entscheidungsstruktur eine Reihe schwerwiegender Fehlentscheidungen zu verbuchen hat, wird sowohl von Elleinstein als auch in anderen Erklärungsversuchen zumindest teilweise mit dessen besonderem Charakter erklärt. Stalin! Er war oder wurde krankhaft mißtrauisch: „Eine schlecht gestellte Frage, ein ungeschickter Blick oder eine unvollständige Beobachtung . . . , kurzum, es bedurfte nicht viel, so Chruschtschow, und Stalin hatte sich eines weiteren Mitarbeiters entledigt“. (Elleinstein 1977, S. 170). Er wurde größenwahnsinnig; schließlich ließ er sein eigenes Standbild in den Wandelgängen seiner Datscha aufstellen.

Sein Ebenbild wurde auf den höchsten Berg des Kaukasus montiert, mit der Inschrift: „Dem größten Manne aller Zeiten“. Er war machtbesessen. Schon Lenin hatte vom Krankenlager aus vor ihm gewarnt: „Nachdem der Genosse Stalin der Generalsekretär geworden ist, hat er in seinen Händen eine unermeßliche Macht konzentriert, und ich bin nicht sicher, ob er es immer verstehen wird, diese Macht vorsichtig genug zu gebrauchen“. Und: „Stalin ist zu grob, und dieser Mangel, der durchaus zulässig in unserer Mitte und in unserem Umgang zwischen uns Kommunisten ist, kann bei einem Generalsekretär nicht geduldet werden. Deshalb schlage ich den Genossen vor, über eine Methode zur Ersetzung Stalins nachzudenken und auf diesen Posten einen anderen Menschen zu setzen, der sich in allen anderen Beziehungen vom Genossen Stalin nur durch einen Vorzug unterscheidet, nämlich, daß er toleranter, loyaler, höflicher, aufmerksamer zu den Genossen, und weniger launenhaft usw. ist“ (zit. nach KPdSU 1977, S. 127). So ließe sich einiges erklären, etwa der voluntaristische Charakter bestimmter Entscheidungen, die sich in reinster Form in den großen Kampagnen nach dem Krieg manifestierten, wie „Stalins Plan der Veränderung der Natur“, mit der der Steppencharakter der südlichen Regionen verändert werden sollte. „The trees refused to obey Stalin and did not grow“, kommentiert Nove seinen Mißerfolg (Nove 1969a, S. 298). Auch der manifeste Terror, sowohl in der Durchsetzung politischer Entscheidungen als auch in der offensichtlich von krankhaftem Mißtrauen geprägten Verfolgung von Parteigenossen kann durch seine Persönlichkeitsmerkmale erklärt werden – eine diktatoriale Entscheidungsstruktur vorausgesetzt. Und sofern man den Stalinismus auf Phänomene des Terrorismus eingrenzen will, könnte er mit der Persönlichkeitsstruktur Stalins vielleicht schlüssig erklärt werden, aber nicht abschließend, denn die Voraussetzungen selbst blieben unerklärt: warum nämlich die Partei sich zum Exekutivorgan der Diktatur eines Mannes ummodelln ließ, warum ausgerechnet ein machtbesessener, vielleicht paranoider Mann – von denen es mehr gibt – die Führung der Partei erringen und trotz vieler Widerstände halten konnte.

Spricht man hingegen von Stalinismus allgemeiner als einer Entscheidungsstruktur, die Voluntarismus begünstigt, so kann Stalins Person selbst gar nichts erklären. Chruschtschow, der sich als Befreier vom Stalinismus verstand, setzte die voluntaristische Tradition ungebrochen fort, mit demselben fragwürdigen Erfolg. Auch er initiierte wieder die großen Kampagnen und reproduzierte die Bürokratie, die er beseitigen wollte, durch ständige administrative Verschiebungen, die schließlich Anlaß seiner Absetzung wurden. (Herausragend ist die „Regionalstruktur“ der Planung, die 1957 eingeführt wurde, um die Schwerfälligkeit des zentralistischen Planungsapparats zu überwinden, ihrerseits aber die Konsistenz des Plans bedrohte und schließlich zu einer Art Lokalegoismus (mestnit-scheðwo) führte, der durch eine unausgesprochene Rezentralisierung überwunden werden sollte. Die Betriebe wurden so gleichzeitig von verschiedenen, einander häufig widersprechenden vorgeordneten Stellen abhängig und die Planmäßigkeit des Systems insgesamt wurde brüchig.) Auch in anderen Ländern führte die Wechselwirkung zwischen Entscheidungsstruktur und Unterentwicklung zu faszinierenden Projekten¹⁰, bei denen ein erheblicher Teil des ökonomischen Potentials gleichsam auf eine Karte gesetzt wurde, häufiger mit zweifelhaftem Er-

folg. So scheiterte das Projekt der 10-Millionen-Tonnen-Zuckerernte 1971 in Cuba, das Automatisierungsprojekt in Nord-Korea (sodaß der Norden gemessen am Nationalprodukt hinter den kapitalistischen Süden zurückfiel) oder das Projekt einer eigenständigen Flugzeugindustrie in der DDR. Nimmt man alle Versprechen, die auf das „Ein- und Überholen in den nächsten 15–20 Jahren“ der kapitalistischen Länder gegeben wurden, beim Wort, so müßten die sozialistischen Länder den Systemvergleich schon längst gewonnen haben – auch in den Schaufenstern, nicht nur in den Statistiken¹¹.

5. Die Kombination der Erklärungsansätze

Wie sich zeigte, ist keiner der verschiedenen Ansätze für sich hinreichend. Sie müssen ineinandergreifen, um zu einer vollständigen Erklärung zu führen. Methodisch akzeptabel wird eine solche Kombination von Erklärungen erst dann, wenn sie miterklärt, *wo* genau die verschiedenen Ansätze ineinandergreifen, wo das Räderwerk der Begriffe sich verzahnt. Bei Elleinstein, auch hierin symptomatisch für andere Erklärungen, bleiben die vier Ansätze unvermittelt nebeneinander stehen. Übergänge von einem zum nächsten Ansatz werden mit verbindenden Worten wie: „hinzu kommen . . .“, „vor allem . . .“, „tat sein übriges hinzu . . .“ bewerkstelligt. Es bleibt offen, wieweit der subjektive Faktor von Stalins Persönlichkeit, wieweit der historische Faktor der Unterentwicklung, wieweit der entscheidungslogische Faktor der Bürokratisierung oder wieweit der kulturelle Faktor russischer Tradition reichen, wo sie sich gegenseitig begrenzen, wo sie sich ergänzen. Die verschiedenen Erklärungen, die gegenwärtig zirkulieren, unterscheiden sich wesentlich durch das „Betonen“ der verschiedenen Faktoren, durch die Verwendung positiver oder negativer Prädikate, nicht in der konstruktiven Substanz. Das gilt auch für explizit bürgerliche Erklärungen¹².

II. Skizze einer integralen Erklärung des Stalinismus

1. Sozialismus als Entscheidungsstruktur

Verschiedene Auswege sind denkbar. Man kann das Erklärungsproblem mit gewissem Recht als historisches Thema darstellen und die Frage nach historischen Alternativen zum Stalinismus als sinnlos, weil im Nachhinein als unentscheidbar, bezeichnen¹³ – zurecht, wenn es darum ginge, die Geschichte Minute um Minute zu verfolgen. Aber das ist nicht das Problem. Die großen Entscheidungen, aus denen sich das Bild des Stalinismus zusammenfügen läßt, sind keine Frage weniger Minuten oder unwahrscheinlicher Zufälle wie im Schillerischen Drama, sondern sie stellen sich als relativ eindeutige Alternativen, über die sehr wohl nachgedacht werden kann – nachgedacht werden muß, wenn man aus der Geschichte lernen will. Wenn – wie in den meisten Stalinismuserklärungen – der Handlungsspielraum in den entscheidenden Fragen der Industrialisierung, der volkswirtschaftlichen Prioritäten und der Kollektivierung als „eng“, „sehr begrenzt“ usw. gekennzeichnet wird, dann ist das nur deshalb möglich, weil mit einem systemlogischen *Entscheidungsmodell* gearbeitet wird, in dem die *Entscheidungskriterien* auf das Überleben des sozialistischen Systems in einem

Land bezogen werden können. Eben deshalb, weil die Entscheidungskriterien durch die elementare Funktionslogik des Systems festgelegt waren – also nicht mit anderen Kriterien ausgetauscht werden konnten, kann der Entscheidungsspielraum *eng* genannt werden, erscheinen bestimmte Entscheidungen gerechtfertigt. Umgekehrt, in der Frage der Parteisäuberungen, der Schauprozesse, der Wahl der äußeren politischen Formen bestanden sehr wohl Alternativen, und andere Entscheidungsperspektiven hätten zu anderen Entscheidungen geführt, die die Identität des Systems keineswegs bedroht, sondern wahrscheinlich gestärkt hätten. Schwierig wird es bei der Frage der Durchführung der Kollektivierungskampagne (die der politischen Führung aus der Hand glitt) oder auch der Methoden des ersten Fünfjahrplans sowie der großen Kampagnen nach dem Krieg. Geht man dem Entscheidungsprozeß nach, so stößt man jeweils auf eine bestimmte Eigenlogik, in der falsche Entscheidungen falsche Entscheidungen induzieren. Die fatalen Nebenfolgen der Kollektivierungskampagne wurden selbstverständlich von niemandem beabsichtigt, aber sie waren in der Entscheidungsstruktur, die mit großen Unsicherheiten, Informationsverzerrungen und -verzögerungen arbeiten mußte, nur schwer vermeidbar und hätten zu ihrer Vermeidung zuvor das Wissen erfordert, über das man erst danach verfügte. Wenn die Informationsstruktur – wie dann in den dreißiger und vierziger Jahren – erst einmal gründlich verzerrt ist, so daß der Diktator, weil er virtuell alle Entscheidungskompetenz auf sich konzentriert, nur noch geschönte Informationen erhält, verschärft sich die Gefahr von Fehlentscheidungen in dem Maße, daß auch Fehler informativ geschönt werden – auch dies ein Mechanismus der Eigendynamik, mit dem die spektakulären Kampagnen der Nachkriegszeit erklärt werden können. Arbeitet man in dieser Richtung weiter, so könnte man durchaus zu Kategorien kommen, in denen der historische Ablauf in seinen wesentlichen Zügen als Kette von Entscheidungen dargestellt und erklärt werden kann.

Man kann aber auch wie z. B. Friedemann Schuster behaupten, daß die KPdSU schon 1956 eine gültige und hinreichende Erklärung des stalinschen Phänomens gegeben hat. „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion selbst war es, die in aller Offenheit und Schonungslosigkeit eine Etappe ihres Wirkens darlegte, die zu den schwierigsten, kompliziertesten und tragischsten seit ihrem Bestehen gehörte. Nicht Elleinstein hat die marxistische Darstellung und Analyse geliefert, sondern die KPdSU“¹⁴. (Schuster 1977). In der betreffenden Erklärung¹⁴ wurde der Begriff Personenkult als Kennzeichnung der Fehler der Stalinperiode eingeführt – was dieser Erklärung von vielen Seiten Kritik einbrachte¹⁵, weil ihr unrichtigerweise unterstellt wurde, daß sie den Personenkult als einzigen Erklärungsfaktor einsetze. In Wirklichkeit ist die Erklärung differenzierter, weist auf die schwierigen externen und internen Bedingungen hin, die „eiserne Disziplin und ständige Erhöhung der Wachsamkeit sowie strengste Zentralisierung der Führung (erforderten) was sich negativ auf die Entwicklung einiger demokratischer Formen auswirken mußte. (. . .) Gewisse Beschränkungen der innerparteilichen und der sowjetischen Demokratie, die während des erbitterten Kampfes gegen den Klassenfeind und seine Agenten und später während des Krieges gegen die deutsch-faschistischen Eindringlinge unumgänglich waren, begann Stalin zur Norm des Lebens innerhalb der Partei und im Staat zu machen

und trat die Leninschen Prinzipien der Führung gröblich mit Füßen . . . Stalin stand faktisch jenseits der Kritik“. (KPdSU 1977, S. 126 f.). Sie unterscheidet sich in großen Zügen von den heute gängigen Erklärungen überhaupt nicht. Innerhalb der Erklärung steht der Begriff Personenkult nicht für den Stalinismus insgesamt, sondern für den blockierenden Mechanismus, der es unmöglich machte, die einmal erstarrte Entscheidungsstruktur zu verändern¹⁶. Daß die KPdSU damit „in aller Offenheit und Schonungslosigkeit eine Etappe ihres Wirkens darlegte“, wie Schuster behauptet, ist jedoch unrichtig. Wir erfahren aus der ZK-Entschließung nicht mehr, als das „gewisse Tatsachen“, „negative Erscheinungen“, „gewisse Probleme“, „gewisse Beschränkungen der Demokratie“, „größte Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit und Massenrepressalien“ die Periode der Herrschaft Stalins kennzeichnen. Insbesondere fehlt eine Erläuterung der Mechanismen des Personenkults im einzelnen wie die Diskussion der Möglichkeit weitere Mechanismen der Reproduktion der stalinschen Phänomene.

Um zu einer besseren Erklärung zu kommen, wird man eine *Arbeitsdefinition* brauchen, auf die sich die Erklärung beziehen kann, sonst bleibt als Erklärungsobjekt nur „die Geschichte“ schlechthin – im Zweifelsfall also auch Minute für Minute – als letztlich unendliche und darum unüberblickbare, subjektiv chaotisch erscheinende Menge von Ereignissen, Tatsachen, Persönlichkeiten, der man nur noch moralisch gegenüber treten kann.

Wenn man aus der Geschichte des Sozialismus lernen will, will man ihre Fehler vermeiden und ihre Erfolge wiederholen. Man sieht sie in virtueller Entscheidungsperspektive. Man faßt sie als *Entscheidungsstruktur*, in der unter bestimmten, im konkreten Fall näher zu spezifizierenden Voraussetzungen (Entwicklungsstand der Produktivkräfte allgemein, Informationsniveau, Informationsverarbeitung, Grad der Homogenität sozialer Interessen usw.) auf verschiedenen Ebenen des sozialen Systems mit bestimmten, mehr oder weniger expliziten Kriterien bestimmte Entscheidungen getroffen und in soziale Praxis umgesetzt werden. Das hat intendierte Folgen und nichtintendierte Nebenfolgen. Nebenfolgen resultieren daraus, daß die entscheidenden Subjekte mit unvollständigen Informationen oder Theorien arbeiten müssen und daß die Entscheidungskriterien, an denen bestimmtes Handeln als richtig oder falsch gemessen werden, sich ändern können. Daraus ergibt sich ein Bild der Geschichte als *Entscheidungskette*. Natürlich ist dieses Bild unvollständig¹⁷, sowenig wie andere Ansätze die Geschichte Minute um Minute, kann sie nun Entscheidung um Entscheidung verfolgen. Es wird zu differenzieren sein nach wichtigen Entscheidungen, die sich durch das gesamte System hindurchvermitteln, also die *Entscheidungsvoraussetzungen* (periodisch) ändern, und anderen, weniger wichtigen, die dann gleichsam als stochastische Komponenten erscheinen, die auf die Entscheidungsstruktur als äußerer Zufall einwirken. Man braucht Begriffe, die Grad und Chance der Richtigkeit von Entscheidungen ausdrücken können. Es wird notwendig werden, den historischen Ablauf auf eine Weise zu rekonstruieren, daß er als Verkettung falscher und richtiger Entscheidungen erscheint, statt lediglich als Medium, das „Ereignisse“ absorbiert, die gleichsam vom Himmel fallen.

Weiter wird man zu unterscheiden haben zwischen dem Entstehen eines sozialen Phänomens und den Gründen für sein Weiterbestehen. Es werden deshalb begriffliche Instrumente eingesetzt werden müssen, in denen die historische Reproduktion von Entscheidungsstrukturen (wie z. B. in der „bürokratischen“ Entscheidungsstruktur) präzise statt wie bislang nur assoziativ dargestellt werden kann. Wiederum sollte differenziert werden nach richtigen und falschen Entscheidungen. Richtige Entscheidungen verbessern – im Lichte der nachträglich geltenden Kriterien – die Lage, bringen die Entwicklung voran. Unter dem Aspekt der Entscheidungssituation heißt das, daß richtige Entscheidungen reflexiv die Voraussetzungen für richtige Entscheidungen vergrößern, also mehr und bessere Informationen, mehr und bessere Theorien hervorbringen. Richtige Entscheidungen wirken dialektisch: je mehr Fortschritt sie bewirken, desto eher sind sie überholt, desto schneller werden sich die Entscheidungskriterien verändern. Falsche Entscheidungen hingegen verschlechtern die Lage, bremsen die Entwicklung. Reflexiv, also mit Bezug auf die Entscheidungssituation selbst, verschlechtern sie die Bedingungen, unter denen entschieden wird, oder bremsen jedenfalls deren Verbesserung. Niemand ist allwissend, auch die Partei hat nicht immer recht. Deshalb ist es unsinnig, von einer Entscheidungsstruktur auszugehen, in der alle Entscheidungen richtig sein könnten und diese als Norm zu unterstellen. Fehler müssen gemacht werden können, und die Entscheidungsstruktur muß falsche Entscheidungen verarbeiten können, ohne aus dem Gleichgewicht zu geraten. Es muß *Kontrollmechanismen* geben, die falsche Entscheidungen auffangen, ihre Folgen zeitlich, sachlich und sozial einkreisen und abbremsen. Solange solche Mechanismen, wie soziale Kontrolle, Öffentlichkeit, Demokratie, Recht, einigermaßen erfolgreich arbeiten können, kann das System die falschen Entscheidungen – die sowieso anfallen – verkraften. Werden solche Mechanismen dagegen durch falsche Entscheidungen selbst gefährdet, dann vergrößert sich die Gefahr, daß Fehler Fehler bewirken, oder, noch einen Schritt weiter, daß Fehler die Bedingungen selbst reproduzieren, die zu ihnen führten, *so daß sie sich selbst bewirken*. Dann ist die Entscheidungsstruktur *blockiert*.¹⁸ Ein Komplex falscher Entscheidungen hat sich verselbständigt und bremst den Fortschritt.

Man kann diese Forderungen zurecht als Forschungsprogramm auffassen und sich dann mit dem Hinweis auf dessen Schwierigkeiten, die Fülle des Materials usw. schweigend hinter den Schreibtisch zurückziehen, mit der ziemlich sicheren Nebenfolge, daß das Programm Programm bleibt, weil seine Konsequenzen unübersichtlich sind. Man kann aber auch das Risiko einer Erklärungsskizze auf sich nehmen, mit der ziemlich sicheren Nebenfolge, daß die Skizze sich später als falsch herausstellt. Ich werde das zweite versuchen, schon deshalb, weil ich den gängigen Typ linker Kritik als Kritik an methodologischen Voraussetzungen, die selbst keine Alternative bietet, langsam unerträglich finde.

2. Arbeitsdefinition des Stalinismus

Der Sozialismus ist die Gesellschaft des bewußt geplanten Überganges zum Kommunismus¹⁹. Seine *Voraussetzung* ist die Aufhebung von *antagonistischen*

Widersprüchen in der Gesellschaft, d. h. von sozialen Gegensätzen, die durch die Art der *Produktionsverhältnisse* immer wieder neu erzeugt werden und deshalb eine Integration sozialer Interessen als Voraussetzung zu gemeinsamem zielgerichtetem Handeln nicht zulassen, so wie durch das System privater Verfügung über die Produktionsmittel im Kapitalismus der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital erzeugt und reproduziert wird. Die *Bedingung* für die erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus liegt im *Niveau der Produktivkräfte*. Die Gesellschaft muß gemeinsame Ziele nicht nur setzen, sondern auch verwirklichen können. Sie braucht nicht nur Konsens, sondern auch Erfolg²⁰. Da jedoch die Zukunft offen und die handelnden Menschen nicht allwissend sind, impliziert gesellschaftliche Praxis die Unvermeidbarkeit von Fehlern im Sinne eines Widerspruchs zwischen Intention und Resultat des Handelns einerseits und verschiedenen Intentionen verschiedener Menschen andererseits – denn die Aufhebung antagonischer Widersprüche beseitigt noch nicht die Möglichkeit divergierender Interessen überhaupt. Es wäre unsinnig, die historische Rationalität des Sozialismus absolut als Vermeidung von falschen Entscheidungen oder von Interessengegensätzen definieren zu wollen. Deshalb läßt sich die zweite Bedingung umformulieren als offene, als *lernfähige Entscheidungsstruktur*. Sie ist der Gegensatz zu blockierten Entscheidungsstrukturen. Rational ist der Sozialismus entscheidungslogisch organisiert, wenn er blockierte Mechanismen minimiert – gänzlich vermeidbar sind sie ebensowenig wie Fehler überhaupt. Irrational, also falsch (denn Rationalität, also selbstbewußte, soziale Zielsetzung der Geschichte durch die Gesellschaft ist der Anspruch des Sozialismus) ist der Sozialismus dann organisiert, wenn seine Entscheidungsstruktur die Lernfähigkeit des Systems gefährdet, wenn Entscheidungen Bedingungen schaffen, in denen sie als Fehler nicht mehr erkannt werden können, und so einen Rattenschwanz weiterer Fehler nach sich ziehen können. Irrational im Sozialismus sind Strukturen, in denen nichtintendierte Handlungsfolgen unkontrollierbar werden, sich verselbständigen, die Bedingungen ihrer eigenen Reproduktion hervorbringen, oder gar Bedingungen, unter denen diese Bedingungen selbst nicht mehr erkannt werden können, so daß sich Fehler gleichsam selbst verschlucken, so wie die „schwarzen Löcher“ im All ihre eigene Schwerkraft. *In diesem Sinne kann der Stalinismus definiert werden als eine exzessive Form blockierter Entscheidungsstrukturen in einer Gesellschaft im Übergang zum Kommunismus²¹.*

3. Bedingungen für blockierte Strukturen

Es folgen systematisch nicht vermittelte, und deshalb als Voraussetzung erscheinende Gründe, die den Entscheidungsspielraum bestimmten, in dem die blockierten Strukturen des Stalinismus entstehen konnten.

1) Die russischen Sozialdemokraten beginnen den politischen Kampf in einem Land mit schwacher, kulturell rückständiger sozialer Basis. Das revolutionäre Bewußtsein soll, wie Lenin sagt, „von außen“ in die Arbeiterklasse „hineingetragen“ werden.

2) Die sozialdemokratische Partei – sie spaltete sich Anfang des Jahrhunderts in einen Mehrheitsflügel (Bolschewiki) und einen Minderheitsflügel (Mensche-

wiki) – war de facto verboten und mußte konspirativ arbeiten. Daraus resultiert die *besondere Form* des „demokratischen Zentralismus“ der Bolschewiki, indem eine ziemlich bedingungslose Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit sowie der nachgeordneten Einheiten unter die vorgeordneten Einheiten praktiziert wurde. (Wir sprechen von besonderer Form des demokratischen Zentralismus, weil begrifflich-abstrakt jede einigermaßen demokratische Organisation diesem Prinzip entspricht, denn jede braucht eine Instanz, die ihre Einheit nach außen und innen vertreten kann, eine „Zentrale“ und wäre somit „zentralistisch“.) Die Partei war vor 1917 unter schwierigen, konspirativen Bedingungen gezwungen, nach außen „eine Linie“ zu vertreten, konnte Dissens nicht öffentlich – nämlich nach außen – austragen. Weil das Medium „Öffentlichkeit“ fehlte, das man braucht, um diskutierend zu einem neuen Konsens zu kommen, mußte Uneinheitlichkeit sofort zur Spaltungsgefahr (in der Terminologie der Partei: zur „Verwirrung“) führen. Das begründet Notwendigkeit und Logik eines hierarchisierten demokratischen Zentralismus.

3) Mangel an demokratischen Traditionen, d. h. Mangel an Erfahrungen, informellen Mechanismen usw., in denen die Schwierigkeiten demokratischer Abstimmung abgearbeitet werden können.

4) Übernahme der Macht unter den denkbar ungünstigsten Bedingungen, einem verlorenen Krieg, der Bedrohung des Sozialismus in einem Land, die zur direkten Intervention des bürgerlichen Auslands in den Bürgerkrieg führt, und der relativen ökonomischen Unterentwicklung. Die Folge ist *Entscheidungsstresß*. Ständig müssen Entscheidungen in relativ hoher Entscheidungsunsicherheit getroffen werden, so wenn man mitten im Bürgerkrieg Produktionsprogramme planen muß, ohne auch nur über die einfachsten technischen Voraussetzungen zu verfügen.

5) Bürgerkrieg, mit der Nebenfolge des Verbots konkurrierender Parteien. Nach dem Ende des Bürgerkriegs besteht die Gefahr des Rückfalls in eine bürgerkriegsähnliche Situation: daraus ergibt sich die Logik des Fraktionsverbots in der bolschewistischen Partei, womit die Legitimität eines mehr als zufälligen Dissens normativ negiert wird.

Damit ist die Situation da. Es gibt keinen unabhängigen Kontrollmechanismus mehr, von dem aus falsche Entscheidungen als falsche Entscheidungen erkannt werden können. Sobald die Partei unter schweren Legitimationsdruck kommt und ihre Entscheidungen gegen widersprechende Interessen als richtig darstellen muß, ist sie zur Blockade von Lernmechanismen gezwungen und kann sich auch nicht mehr selbst kontrollieren, denn Kontrolle muß unabhängig sein. Nicht einfach weil es menschlich sei, eigene Fehler zu verduseln – sondern weil die Perspektive, in der die falsche Entscheidung ursprünglich als richtige Entscheidung erschien, gewechselt werden muß, um den Fehler überhaupt als solchen erkennen zu können. Öffentlichkeit, freie unzensurierte Diskussion bilden, weil sie diffundierende Entscheidungsperspektiven integrieren können, im Prinzip die beste Basis für Kontrollmedien, die aber nur dann erfolgreich arbeiten können, wenn sie periodisch einen Konsens über die „richtige“ Entscheidungsperspektive organisieren können. Diskussionen ohne Folgen bleiben Gerede. Im Grunde ist der Vollzug des demokratischen Mechanismus, die „Abstimmung“,

ein Beweis für die Schwierigkeit eines reinen Konsensus. Die Abstimmung entscheidet nicht über die beste, sondern über die erfolgreichste Alternative, nämlich die, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Der demokratische Mechanismus schafft die Alternativen nicht, er wählt sie nur aus. Deshalb ist Demokratie an sich auch kein Allheilmittel der Schwierigkeiten des Sozialismus. Planung, die die Alternativen erst schafft, ist genauso wesentlich. Hier liegt auch die Gefahr des „Eurokommunismus“, wenn er alle Schwierigkeiten des Sozialismus auf Schwierigkeiten der Demokratie reduzieren will.

4. Blockierte Mechanismen als Reproduktionsbedingungen des Stalinismus

Der Mangel an öffentlicher Kontrolle und an organisatorischen Alternativen der politischen Willensbildung muß – wie gut er auch immer begründet oder entschuldigt sein mag – in einer Entscheidungssituation mit hohen Unsicherheiten, Entscheidungsstreß und hohem Legitimationsdruck in blockierte Entscheidungsstrukturen umschlagen. Es bleibt wegen des schlechten Informationsniveaus unklar, wer die Fehler macht – ob z. B. ein Plan „untererfüllt“ oder nicht vielleicht „übergeplant“ war –, aber die Verteilung der Entscheidungskompetenzen, nämlich die Zentralisierung von Entscheidungen, die aus der Monopolstellung der Partei resultieren muß, führt zu einem Befehlsmodell („die Zentrale erteilt Anweisungen“), in dem im Zweifelsfall die *Ausführung* und nicht der *Befehl* als Fehler erscheinen muß. (Diese Gefahr wurde zweifellos erkannt, denn die Institutionalisierung periodischer Selbstkritiken organisierte einen Gegenmechanismus, allerdings nur auf der moralischen Ebene des sich „Am-Riemen-Reißens“, und hatte deshalb auch wenig Erfolg). Die Partei sieht selbst im Entscheidungsalltag ständig in der Situation einer Organisation, die das beste will, das beste befiehlt, aber der man nicht folgt, aus welchen Gründen auch immer, und die Bedrohung von außen legt Sabotage, Verschwörung, Motive des Klassenfeindes in vielen Fällen nahe. Da keine Öffentlichkeit mehr besteht muß eine Nebenöffentlichkeit organisiert werden, die Geheimpolizei. Sie soll im Geheimen die Geheimniskrämerei durchbrechen. Sie sucht schon wegen des Geheimhaltungssyndroms nach den Gründen immer nur in einer ganz bestimmten Richtung – und erhält immer nur ganz bestimmte Antworten. Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß die politische Führung in dieser Lage über den Dingen stehen sollte, daß sie ein Spiel durchschauen sollte, das bitterer Ernst war oder, wie meist formuliert wird, „historische Tragik“. Terror *erscheint* ihr gar nicht als Terror, sondern als durch und durch funktionale „Strafe“, die absolut nötig ist, um das „von allen Seiten“, nämlich durch scheinbare Sabotage, Schlendrian, Befehlsverweigerung oder schlechte Unfähigkeit bedrohte System zu stabilisieren. Wirklich tragisch ist, daß die Tatsachen die blockierte Entscheidungsstruktur auch noch bestätigten: Es gab wirklich genug potentielle Saboteure. Das Mißtrauen gegen die bürgerlichen Experten, auf das sich die ersten Schauprozesse beriefen, und daß sie mißbrauchten, bestand sicher nicht zu unrecht²². Es gibt bis 1936 genug Hinweise, Kritik, „Plattformen“, oppositionelle Strömungen, die versuchten, die Demokratie in der Partei wieder zu „beleben“, Öffentlichkeit wieder herzustellen, Kontrolle wieder zu aktivieren. Wenn das nicht möglich

war, so wohl kaum wegen der subjektiven Unfähigkeit der Beteiligten oder weil Stalin „dagegen“ war – obwohl in der Geschichtsschreibung häufig der Eindruck geweckt wird, daß Stalin aus subjektiver Borniertheit alle Demokratisierungsbestrebungen verhindert hätte. Nein, der Druck von außen, der Entscheidungsstreß, ließ nicht nach. Um zu einem neuen Gleichgewicht zu finden, die Blockierungen schrittweise zu beheben (aufzuheben), hätte man das Entwicklungstempo entscheidend senken müssen, aber das schien zu Recht unmöglich, wie der faschistische Überfall 1941 bestätigte. Erst nach dem Koreakrieg, dessen Ende mit Stalins Tod zusammenfiel, war das in den Grenzen der Systemkonkurrenz möglich. Eine blockierte Entscheidungsstruktur muß reflexiv sein. Nur dann, wenn man sich auf Grund der Entscheidungsstruktur über ihre Blockierungen nicht mehr klar werden kann, ist der Teufelskreis wirklich geschlossen. Die blockierte Entscheidungsstruktur muß eine Ideologie haben, die sie bestätigt, weil man sich den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis nicht mehr erklären kann, ohne die Voraussetzungen des eigenen Handelns aufzuheben. Deshalb leistet auch die Ideologie keine wirkliche Erklärung, im Gegenteil, sie reproduziert den Widerspruch im Versuch, ihn aus der Welt zu schaffen. In diesem Sinne liegt der allgemeine Nenner der bürokratischen Ideologie in der virtuellen Simplifizierung der Entscheidungsproblematik. Die Wirklichkeit wird analog zu einem nichtreflexiven Befehlsmodell abgebildet, und Nebenfolgen des Handelns (gleichsam als der Nährboden, auf dem sich Blockierungen entwickeln können) werden verdrängt, existieren als explizites Problem nicht mehr. „Die Partei hat immer recht“. Die Welt erscheint als deterministisch beherrschbar. Um dieses Befehlsmodell gruppiert sich ein sprachlicher Code, der für den Jargon kommunistischer Parteien typisch wurde und noch heute nicht überwunden ist. Schwierigkeiten müssen durch „mehr und mehr Anstrengungen“, „glühende Begeisterung“, „Einsatz“, „eine größere Rolle der sozialistischen Moral“ überwunden werden. Kritik erscheint meist als „Abweichung“, so als ob die richtige Linie in Ewigkeit vorgezeichnet sei, oder als „Revisionismus“, so als ob die richtige Theorie ein für allemal gegeben sei – Reflexion eines entscheidungspraktisch statischen Weltbildes. „Immer höher“, „mehr und mehr“, „mit ständig steigender . . .“ entwickelt sich die Welt, so als ob sie auf eine lineare, eindimensionale Entscheidungsstruktur festgelegt sei.

Anmerkungen

1 Für kritischen Kommentar des Manuskriptes ist zu danken: Veit-Michael Bader, René Gulpen, Gert Meyer und Tom Schram

2 Elleinstein 1977, im französischen Original wird von „stalinschem Phänomen“ statt von Stalinismus gesprochen. Da aber weder das eine noch das andere Wort eine nähere begriffliche Bestimmung erfährt, bleibt der Austausch ein Spiel mit Assoziationen.

3 Vgl. Augstein 1974 u. 1977, Bender 1977, Borkenau 1953, Brinkman 1971, Buciglucksmann 1976, Coletti 1970, Gerratana 1976, Hofmann 1967, Kofler 1970, Lock 1976, Marek 1968, Mettick 1973, Medwedew 1973, Nove 1975, Sager 1953, Wolter 1975. Gegen den Strom schwimmt Hofmann, der mit einer Arbeitsdefinition beginnt. Vgl. Fn. 21.

4 Damit soll nicht behauptet werden, daß Stalin die wirkliche Kompetenz hatte, aber er hatte die Kompetenz, Kompetenz im Zweifelsfalle an sich zu ziehen. Am besten läßt sich das durch die Tatsache verdeutlichen, daß, weil Stalin Nachtarbeiter war, das gesamte Top-

management der SU ebenfalls nachts arbeiten mußte um für den Diktator jederzeit erreichbar zu sein.

5 Jede faktische Behauptung über die Periode von Stalins Herrschaft ist schon wegen der Quellenlage problematisch, aber auch wegen der besonderen Selektivität der Wahrnehmung der meisten Quellen. Zum Problem der Demokratie innerhalb der Partei siehe insbes. Carr 1969–1974 und Elleinstein 1977. Zur Rechtssicherheit insb. Medwedew 1973. Zum Problem der Kulaken insb. Carr, sowie Nove 1969a u. 1975 u. Lorenz 1976. Zum Problem der wissenschaftlichen Freiheit siehe die Fallstudien von Lecourt 1974 und Joravsky 1970. Zur ökonomischen Entwicklung während des ersten 5-Jahresplans insb. Dobb 1966 und die Diskussion in *Slavic Review* 1973. Zur institutionellen Struktur der Volkswirtschaft Berliner 1957, Granick 1954, Frank 1957 u. 1958. – Ob die Sozialfaschismusthese lediglich ein Exportprodukt war, ist umstritten. Auch der Vorwurf der Nachlässigkeit gegenüber den Warnungen Sorges und Churchills vor dem faschistischen Überfall ist problematisch, denn natürlich hätten diese Warnungen auch plazierte Windeier sein können.

6 Z. B. Dutschke 1974.

7 Vgl. Bundesminister f. Innerdeutsche Beziehungen 1971 und Mitscherling 1974. Lebensstandardvergleiche sind wegen der Verrechnung des kollektiven Konsums immer problematisch. Im Bericht zur Lage der Nation wird behauptet, daß auch hier die DDR der BRD (jedenfalls 1971) nicht überlegen gewesen sei. Vgl. Ebd. A. 111. Wlodzimierz Brus kommt in seinem neuesten Buch ebenfalls zum Schluß, daß der Vergleich der Einkommensdynamik zwischen Sozialismus und Kapitalismus die These von „der Überlegenheit des sozialistischen Lagers im ‚Wettbewerb der Systeme‘ (nicht erhärte)“, Brus 1976, S. 141, und bezieht sich dabei unter anderen auf eine polnische Quelle. (Jahrbuch, 1970). In den letzten Jahren dürfte die Entwicklung sich jedoch mit Sicherheit umgekehrt haben.

8 Eine Ausnahme ist Hofmann, der in der Weberschen Begriffstradition Bürokratie mit rationaler Organisation assoziiert und ihr als Erklärungsfaktor logischerweise nur eine „untergeordnete Bedeutung zuerkennen will“, a.a.O., S. 44. Vgl. zu den widersprüchlichen Inhalten des Bürokratiebegriffs in der Begriffsgeschichte Albrow 1970.

9 Vgl. z. B. Harman 1974, der sich der begrifflichen Schwierigkeiten in einer „Note on Terminology“ entledigt. „I also refer to the ruling group in these countries at various points as ‚the bureaucracy‘. By this I do not mean that every clerk who works in a government office is somehow a member of a class opposed to the mass of the population. By ‚the bureaucracy‘ I mean a much smaller group, those who occupy the key positions of power in industry and the governmental apparatus, those who gain massive material privileges from enforcing accumulation in competition with other ruling classes and in opposition to the interests of the working class“. S. 7.

10 Die in der Planungstheorie mit dem Begriff „Hauptkettenglied“ (leading link) abgestützt werden. Man macht sich die Implikationen des Begriffs jedoch nicht ausreichend deutlich. Solange man das Hauptkettenglied als Vorbild einer höheren Entwicklung übernehmen kann, ist der Begriff brauchbar. Schwieriger wird es, wenn man sich selbst der Spitze nähert und die Vorbilder verblassen. Vgl. z. B. das Scheitern des „Hauptkettengliedes“ Kernspaltung zur Energiegewinnung.

11 Vgl. Berliner 1966.

12 Vgl. z. B. Augstein 1974 u. 1977 oder Bender 1977 mit Elleinstein, Hofmann oder Wolter 1975.

13 Auch Elleinstein hält sich dies Argument zumindest als Rückzugsweg offen: „In der Tat entwickelte er (Stalin, M.M.) den Sozialismus, obwohl er in despotischer Art vorging. Man kann natürlich der Meinung sein, daß es möglich und notwendig gewesen wäre, anders zu handeln, aber leider ist dies für den Historiker eine rein moralische Frage, denn es geschah so und nicht anders, und es ist eine Eigenart der Geschichte, daß sie einen ohne Zweifel seltsamen Verlauf nimmt“ (S. 109).

14 KPdSU 1977.

15 So z. B. Hofmann 1967, Althusser 1974.

16 „Es kann die Frage entstehen: Warum wandten sich denn diese Leute (das ZK, M.M.) nicht offen gegen Stalin und entfernten ihn von der Führung? Unter den gegebenen Umständen war das nicht möglich (...). Es ist klar, daß niemand, der sich in dieser Atmo-

sphäre gegen Stalin gewandt hätte, die Unterstützung im Volke erhalten hätte“. KPdSU 1977, S. 126 f.

17 Auf den ersten Blick bietet sich der Idealismusvorwurf an. Aber es geht nicht um Ideen, sondern um Entscheidungen, die die Praxis bestimmen. Wenn man die Geschichte verstehen will, wird man diese Entscheidungen verstehen müssen. Man sollte nicht in den z. B. für die Althusser'sche typischen Fehler verfallen, die anonyme Reproduktionslogik des Kapitalismus, in der „die Zusammenstöße der zahllosen Einzelwillen und Einzelhandlungen auf geschichtlichem Gebiet einen Zustand herbeiführen, der ganz dem in der bewußtlosen Natur herrschenden analog ist“ (Engels, 1973), mit der des Sozialismus zu identifizieren.

18 Der Begriff stammt von Ashby, der ihn mit dem Beispiel der Auster einführt. Austern schließen ihre Muschelschalen bei Gefahr und blockieren damit ihre Wahrnehmungssinne, so daß sie Veränderungen nicht mehr wahrnehmen können, also lernunfähig werden. Erst wenn sie sich wieder öffnen – im ungewissen, ob die Gefahr wirklich vorüber ist –, können sie wieder lernen.

19 Folgt man Marx' Bestimmung des Kommunismus als des „Reich der Freiheit“ (vgl. Marx 1970, S. 828), so könnte man den Kommunismus entsprechend als die *reine* Form einer rationalen Organisation der Gesellschaft begreifen, rein, weil „Freiheit“, wenn man sie nicht als Willkür wegdefinieren will, nur als Freiheit des Handelns begriffen werden kann, d. h. als Set von Bedingungen, in denen man (jeder) frei ist, Ziele zu setzen und sie zu erreichen, als die Erfüllung von Rationalität schlechthin also. Ob ein solcher Zustand je erreicht werden kann, ist schwer zu sagen. Auch Marx blieb ambivalent in der Frage, wie weit neben dem Reich der Freiheit ein Residuum als „Reich der Notwendigkeit“ weiterbestehen bleiben müsse. Vgl. Heller 1976, S. 140 f.

20 Theorietechnisch führt der typische Mangel an Differenzierung zwischen diesen zwei verschiedenen Arten von Bedingungen auf einen Weg, der durchs unbewußte quid pro quo der jeweils anderen Bedingung zur Sackgasse wird: Probleme, die in Wirklichkeit aus dem zweiten Bedingungstyp entspringen, werden dem ersten Bedingungstyp zugeschrieben, so daß jeder Fehler sofort als „mangelndes Klassenbewußtsein“, „heimliches Wiederaufleben der Bourgeoisie“ etc. vorgestellt wird, weshalb die Diskussion über den realen Sozialismus auch permanent hinter ihr Thema historisch zurückfällt.

21 Ich spiele auf Hofmanns Definition an: „Unter Stalinismus soll zunächst verstanden werden eine exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des Übergangs zum Sozialismus“. (1967, S. 13) Die Frage bleibt, ob nur „Macht“ mißbraucht wurde, oder nicht auch Solidarität, Vertrauen, Wahrheit, ökonomisches Potential usw. Übrigens gibt Hofmann in einem früheren Werk (Hofmann, 1956) eine andere, eher handlungstheoretisch orientierte Definition: „Wenn der ‚Stalinismus‘ eine besondere Erscheinungsform des Bolschewismus darstellt, so können seine spezifischen soziologischen Merkmale etwa in folgendem gesehen werden: Ausschließliches Denken in materiellen (vor allem militärischen) Potenzen; Entscheidung aller Fragen unter dem Gesichtspunkt des Starkwerdens – dies auch auf das interne Rivalitätsverhältnis der Gruppen und Personen bezogen –; unbedingte Voraussetzung äußerer Zwecke bei gleichzeitiger völliger Wahllosigkeit in den Mitteln und grenzenloser Verachtung ihrer subjektiven Wirkungen; Herausbildung eines bürokratischen, d. h. dem Zweck nach ‚ohne Ansehung der Person‘ und politisch gesinnungslos – d. h. ohne eigene Gesinnung – handelnden Apparats zur Exekution des Staatswillens“ S. 8.

22 Auch der amerikanische Botschafter in Moskau nahm die Beschuldigungen der Schauprozesse für bare Münze.

Literatur

Albrow, M., Bureaucracy, London, 1970.

Althusser, L., Anmerkung zur „Kritik des Personenkults“, in: Arenz, H., J. Bischoff, U. Jaeggi (Hrsg.), Was ist revolutionärer Marxismus? Kontroverse über Grundfragen marxistischer Theorie zwischen Louis Althusser und John Lewis, Berlin/W., 1973, S. 95 ff.

- ders., Geschichte beendet, endlose Geschichte, in: Lecourt, D., Proletarische Wissenschaft, Berlin/W., 1976, S. 7 ff.
- Ashby, W. R., Einführung in die Kybernetik, Ffm., 1974.
- Augstein, R., Ein Betriebsunfall namens Stalin, in: Der Spiegel, 7/74, S. 89 ff.
- ders., Betriebsunfall Kommunismus, in: Der Spiegel, 29/77, S. 134 ff.
- Bender, P., Im Ostblock hat die Ideologie abgewirtschaftet, in: Der Spiegel 25/77, S. 140 ff.
- Berliner, J., *Factory and Manager in the USSR*, Cambridge (Mass.), 1957.
- ders., The Economics of Overtaking and Surpassing, in: H. Rosovsky (Hrsg), *Industrialization in two Systems*, New York, 1966.
- Brinkman, H., Stalin, Theoretiker der Bürokratie, Erlangen, 1971.
- Brus, W., Sozialisierung und politisches System, Ffm., 1976.
- Buci-Glucksmann, C., Über Stalinismuskritik von Links, in: Balibar u. a., *Freiheit der Kritik oder Standpunktlogik. Die Diskussion in der KPF*, Berlin/W., 1976.
- Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Bericht zur Lage der Nation, Bonn, 1971.
- Carr, E. H., *The Bolshevik Revolution*, 3 Bd., Harmondsworth, 1966.
- ders., *The Interregnum*, Harmondsworth, 1969.
- ders., *Socialism in One Country*, 3 Bd, Harmondsworth, 1970.
- ders., *Foundations of a Planned Economy*, 2 Bd, Harmondsworth, 1974.
- Coletti, L., Zur Stalinfrage, Berlin/W., 1970.
- Daniels, R. V., *Soviet Thought in the Nineteen-thirties*, Michigan, 1956.
- ders., *The Stalin Revolution*, Lexington etc., 1972.
- Deutscher, I., *Stalin, A Political Biography*, London, 1961.
- Dobb, M., *Soviet Economic Development Since 1917*, (6. rev. Aufl.), London, 1966.
- ders., Die Diskussion in den zwanziger Jahren über den Aufbau des Sozialismus, in: P. Henricke (Hrsg.), *Probleme des Sozialismus*, Ffm., 1973.
- Dutschke, R., Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen, Berlin/W., 1974.
- ders. (Hrsg.), *Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke*, Reinbek b. Hamburg, 1975.
- Elleinstein, J., *Geschichte des „Stalinismus“*, Berlin/W., 1977.
- ders., *Histoire de l'URSS*, Paris, 1972 ff.
- ders., Interview in: Der Spiegel, 21/77, S. 158 ff.
- Engels, F., Ludwig Feuerbach, in: MEW Bd 21, (1973).
- Frank, A. G., *The Organization of Economic Activity in the Soviet Union*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Nr. 78, 1957 Teil I, S. 104 ff.
- ders., Goal Ambiguity and Conflicting Standarts, in: *Human Organizations*, XVII, 1958/69.
- Gerratana, V., Sur les difficultés de l'analyse du Stalinisme, in: *dialectiques*, Nr. 15/16, Herbst 1976.
- Geschichte der UdSSR*, Berlin/DDR, 3 Bd., 1960 ff.
- Granick, D., *Management of the Industrial Firm in the USSR*, New York, 1954.
- Harman, Ch., *Bureaucracy and Revolution, in Eastern Europe*, London, 1974.
- Harrison, M., *The Soviet Economy in the 1920s and 1930s*, unv. Manusk., University of Warwick, 1977.
- Heller, A., *Theorie der Bedürfnisse bei Marx*, Berlin/W., 1976.
- Hofmann, W., *Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion*, Berlin/W., 1956.
- ders., *Stalinismus und Antikommunismus*, Ffm., 1967.
- Hunter, H., *The Over-Ambitious First Soviet Five-Year Plan*, in: *Slavic Review*, Juni 1973.
- Jahrbuch der internationalen Statistik*, GUS, Warschau 1970.
- Joravsky, D., *The Lysenko Affair*, Cambridge (Mass.), 1970.
- Kofler, L., *Stalinismus und Bürokratie*, Neuwied, 1970.
- KPdSU, Beschluß des Zentralkomitees (30. Juni 1956), in: *Marxistische Blätter*, 3, Mai/Juni 1977, S. 122 ff.

- Kuhner, R., Die wirtschaftspolitischen Kurswechsel in der SU seit dem zweiten Weltkrieg, Diss., Universität Freiburg i. B., 1968.
- Lecourt, D., Proletarische Wissenschaft, Berlin/W., 1976.
- Lewin, M., The Disappearance of Planning in the Plan, in: Slavic Review, Juni 1973.
- Lock, G., Humanismus und Klassenkampf in der Kommunistischen Geschichte, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, 3/76 September 1976, S. 178 ff.
- Lorenz, R., Sozialgeschichte der SU, Bd. 1 (1917–1945), Ffm., 1976.
- Marek, F., Zur Struktur des Stalin-Mythos, in: Weg und Ziel. Nr. 2, Nov. 1968, S. 548 ff.
- Marx, K., Das Kapital, Bd. III, MEW Bd. 25.
- Mattick, P., Bolschewismus und Stalinismus, in: W. Huhn (Hrsg.), Trotzki, der gescheiterte Stalin, Berlin/W., 1973.
- Medwedew, R. A., Die Wahrheit ist unsere Stärke, Geschichte und Folgen des Stalinismus, Ffm., 1973.
- Mitzscherling, P., u. a., DDR-Wirtschaft, 1974.
- Muijen/Delorme, De Sovjet-Unie is een kaartenhuis, Interview mit Jean Elleinstein, in: De Groene Amstammer, 32/77, S. 4 f.
- Nove, A., An Economic History of the USSR, Harmondsworth, 1969a.
- ders., Was Stalin really Necessary, London 1969b.
- ders., Stalinism and after, London 1975.
- Podkolzin, A., A Short Economic History of the USSR, Moskau 1968.
- Sager, P., Die theoretischen Grundlagen des Stalinismus, Bern, 1953.
- Schuster, F., Geschichte des „Stalinismus“, Rezension, in: Marxistische Blätter, Mai/Juni 1977, S. 109 ff.
- Spulber, N., Soviet Strategy for Economic Growth, Bloomington, 1964.
- United Nations, Incomes in Postwar Europe, Genf 1967.
- Wolter, U., Grundlagen des Stalinismus, Berlin/W., 1975.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

104 Staat und Krise

Editorial

1. Staat und Krise in der Bundesrepublik

Wolfgang Abendroth: Die Entwicklung der BRD und die Perspektive der Linken
Michael Krätke: Krise der Krisentheorie
Wolfgang Pfaffenberger: Monopolisierung in der Energiewirtschaft der BRD
J. Breddemann, P. Higer, D. Löber: Sozialliberale Gesundheitspolitik in der Krise

2. Allgemeine Staatstheorie

Karin Priester: Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci
Helmuth Schütte: Resultate und Kritik der neueren staatstheoretischen Diskussion

Diskussionsbeitrag zu Niekisch (A. Klönne)
Kongreßbericht: Theoretische Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus
Besprechungen
Zeitschriftenschau

Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,50 DM; Schüler und Studenten 7,- DM, im Abo 6,- DM.

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

Gert Meyer

Industrialisierung, Arbeiterklasse und Stalinherrschaft in der UdSSR

1. Ausgangsbedingungen der sowjetischen Industrialisierung
2. Außenpolitische Rahmenbedingungen
3. Ergebnisse der ersten Fünfjahrpläne
4. Probleme der industriellen Erziehung der neuen Arbeiterklasse
5. Industrialisierungswidersprüche und Stalinherrschaft
6. Entwicklungstendenzen der fünfziger Jahre*

In den gegenwärtigen Diskussionen über die meist mit dem Begriff des „Stalinismus“ umrissenen historischen und politischen Probleme markiert das Buch von Jean Elleinstein insofern einen Fortschritt gegenüber früheren Positionen, als es auf die Notwendigkeit verweist, die von der „Geschichte genau fixierten zeitlich-räumlichen Bedingungen“ zu klären, „unter denen die ursprüngliche sozialistische Akkumulation unter Stalin durchgeführt wurde“¹. Eine solche Betrachtungsweise kann die Mängel der Totalitarismustheorien vermeiden, die sich meist auf eine Deskription formaler Analogien der Herrschaftsausübung unter Abstraktion von ihren sozialen Inhalten beschränken und die sowjetische Geschichte von Beginn an durch schrankenlose Gewaltausübung minoritärer Gruppen geprägt sehen; weiter impliziert dieser Ansatz eine Kritik an unhistorisch argumentierenden Bürokratietheorien, deren statische Grundmuster gesellschaftliche Veränderungen nicht erfassen; schließlich kann diese Position auch die Defizite einer personalisierenden Geschichtsauffassung überwinden, die in den Charakterstrukturen „führender Persönlichkeiten“ die treibenden Kräfte historischer Prozesse sieht.

Im Verlauf seiner Untersuchung geht Elleinstein jedoch auf die ökonomischen Grundprobleme der 20er und 30er Jahre, speziell die Industrialisierung und Kollektivierung, nur beiläufig ein; dasselbe gilt für die Entwicklung der sowjetischen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Stattdessen versucht der Autor mit dem Hinweis auf die besondere Rolle des Staates („den Schlüssel für das Verständnis des stalinschen Phänomens finden wir in der Analyse des Staates“²) die Repressionswellen der 30er Jahre zu klären. Die Frage nach möglichen gesellschaftlichen Ursachen für die Deformation der Staatsorgane in den 30er Jahren (und für die auf eine Überwindung des „stalinschen Phänomens“ zielenden Tendenzen der 50er Jahre) wird nicht systematisch verfolgt. Die an zentraler Stelle verwendete Kategorie der Demokratie erscheint oftmals klassenunspezifisch gefaßt. Auch erfolgen verschiedentlich Rückgriffe auf die Totalitarismuskonzeption³. So ist Elleinsteins Diskussionsbeitrag vor allem als eine Aufforderung zu

* Die Teile III bis VI erscheinen in den nächsten Heften.

verstehen, die sozialhistorische Entwicklung der UdSSR intensiver zu erforschen, um zu versuchen, „das stalinsche Phänomen aus den spezifisch-historischen Bedingungen der ersten sozialistischen Revolution heraus (zu) erklären“⁴.

Im folgenden werden keine neuen „Stalinismus-Theorien“ entwickelt, sondern nur einige Materialien zur Charakteristik der sowjetischen Arbeiterklasse im Prozeß der nachholenden, beschleunigten Industrialisierung ausgebreitet. Hierbei wird von der These ausgegangen, daß eine Analyse der Genesis und der historischen Rückbildung des „stalinschen Phänomens“ von der besonderen Konstitution der sowjetischen Arbeiterklasse, der politisch und ökonomisch wichtigsten Klasse der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft, in den verschiedenen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses auszugehen hat. Auch eine – hier nicht geleistete – Analyse der politischen und gesellschaftlichen Organisationen, besonders der Kommunistischen Partei, der Sowjets und der Gewerkschaften, hat in der Untersuchung der historischen Entwicklung und der Bewußtseinsformen der sowjetischen Arbeiterklasse ihren Ausgangspunkt zu nehmen⁵.

1. Ausgangsbedingungen der sowjetischen Industrialisierung

Bei einem Vergleich der Perspektiven der russischen und der westeuropäischen Revolution gingen die Bol'sheviki nach 1917 davon aus, daß die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse in den westlichen Ländern angesichts der langen Herrschaftserfahrungen des Bürgertums, des hohen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte und der wirtschaftlichen Organisationsformen sehr schwierig sein würde, wohingegen der anschließende ökonomische Aufbau aufgrund der zahlenmäßig starken, geschulten Arbeiterklasse und des entwickelten technischen Niveaus der Produktion mit weniger Mühen verbunden wäre. Umgekehrt seien in Rußland der Sieg und die Behauptung der Revolution aufgrund der Instabilität des alten Staatsapparates relativ leicht gefallen, wohingegen die Bewältigung der Aufgaben der nachrevolutionären Übergangsperiode – der nachholende industrielle Aufbau, die Modernisierung der Landwirtschaft, die Hebung des noch niedrigen Kulturniveaus – viel größere Anstrengungen kosten würde⁶.

Nach dem Ende des Bürgerkrieges, der die Wirtschaft des Landes weit stärker zerrüttete als der vorangegangene Weltkrieg und die industrielle Produktion auf den Stand der 80er und 90er Jahre des 19. Jahrhunderts zurückwarf, entwickelte sich nach 1921/22 der wirtschaftliche Wiederherstellungsprozeß bedeutend rascher als von sowjetischen und westlichen Ökonomen erwartet worden war. Bereits 1926 – früher als in manchen westeuropäischen Industrieländern – war in den meisten Zweigen der Industrie und Landwirtschaft der Vorkriegsstand der Produktion wieder eingeholt⁷.

Aber die UdSSR war nach wie vor in vielerlei Hinsicht ein unterentwickeltes Land. Der Anteil der Stadtbevölkerung belief sich, wie vor der Revolution, auf nur 20 Prozent – vier Fünftel der Einwohner lebten auf dem Lande. In der Industrie waren die Ausrüstungen oftmals seit 1914 nicht mehr erneuert worden und

physisch und moralisch verschlissen; dies war einer der Gründe für die hohen Selbstkosten der Produktion⁸. Der wichtige Bereich der Metallurgie wies einen starken Rückstand auf; noch 1928 wurde weniger Roheisen und Walzgut erzeugt als 1913⁹. Der Produktionsmittelsektor war gegenüber den Konsumgüterbranchen unterentwickelt. Verschiedene moderne Industriezweige existierten nicht; die sowjetische Industrie war zu Beginn des ersten Fünfjahresplans nicht in der Lage, Mährescher, Diesel- und Elektrolokomotiven, Bagger, Planierraupen, fahrbare Kräne, Baumwoll-Hechelmaschinen oder Kugellager herzustellen. 1928 wurden nur 800 Automobile (700 Lkw und 100 Pkw) produziert¹⁰. Der Werkzeugmaschinenbau, das Kernstück der modernen Industrie, war weit zurückgeblieben. Der Anteil neuester Modelle an der Gesamtproduktion von Werkzeugmaschinen belief sich 1928 auf 4 Prozent. Von den damals entwickelten 500 Typen spanabhebender Werkzeugmaschinen konnten in der UdSSR nur 24 hergestellt werden. Während es im Deutschen Reich 350 Werkzeugmaschinenbetriebe gab, existierten in der Sowjetunion nur 12¹¹. Der Rückstand gegenüber den entwickelten kapitalistischen Staaten, deren Wirtschaft sich Mitte der 20er Jahre relativ rasch entfaltetete, war außerordentlich groß. Die energetische Ausrüstung eines amerikanischen Arbeiters war elfmal so groß wie die eines sowjetischen¹².

*Produktion der UdSSR in Prozent zu den USA (1928)*¹³.

Elektroenergie	4	Zement	6
Erdöl	9	Chemiefasern	0,4
Naturgas	0,7	Baumwollstoff	30
Eisenerz	10	Wollstoff	26
Stahl	8	Zucker	70

Die bevorzugte Förderung der modernen Industriezweige, besonders des Maschinenbaus und der chemischen Produktion, erschien auch aus militärischen Überlegungen notwendig, da die Rote Armee Ende der 20er Jahre schlechter ausgerüstet war als die Truppen westlicher Länder¹⁴.

Die Landwirtschaft, in der 1927/28 98 Prozent der Saatflächen von annähernd 25 Mio privater Kleinwirtschaften bestellt wurden, war der am weitesten zurückgebliebene Bereich. Hier hatte der Mechanisierungsgrad der Arbeit die geringsten Fortschritte gemacht¹⁵. 1928 erfolgte das Pflügen der Sommerkulturen zu zehn Prozent mit hölzernen Hakenpflügen (von denen noch fünf Mio Exemplare in Betrieb waren), zu 89 Prozent mit Pferdepflügen und nur zu 1 Prozent mit Traktorpflügen. Drei Viertel der Getreidefläche wurden von Hand besät, ein Viertel mit Pferdesämaschinen. Die Getreideernte erfolgte zu rund 44 Prozent mit Sense und Sichel, zu 56 Prozent mit Pferdemähmaschinen und zu 0,2 Prozent mit Traktormähmaschinen. Obwohl der absolute Umfang der Agrarproduktion Mitte der 20er Jahre deutliche Fortschritte aufwies, mehrten sich Ende des Jahrzehnts die Symptome dafür, daß die Landwirtschaft kaum mehr in der Lage war, den wachsenden Bedarf der Industrie an Rohstoffen und Getreide zu decken. Die Marktlieferungen lagen 1926 bei sämtlichen Feldfrüchten und Viehprodukten unter dem Vorkriegsstand¹⁶.

Die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs lag bei einigen Bevölkerungsgruppen – besonders bei Industriearbeitern – über dem Vorkriegsniveau, konnte aber dennoch nicht als zufriedenstellend angesehen werden. 1928 wurden pro Kopf 0,4 Paar Lederschuhe, 8,5 kg Zucker und auf 1000 Einwohner sechs Uhren hergestellt¹⁷. Auf den Konsumgütersektoren waren umso größere Anstrengungen vonnöten, als die sowjetische Bevölkerung, die sich auf 150 Mio belief, jährlich um etwa 3,5 Mio Einwohner zunahm (wohingegen alle westeuropäischen Länder bei einer Gesamtbevölkerung von 370 Mio jährlich nur um 2,5 Mio wuchsen¹⁸. Weiter mußte die Einkommensschere zwischen Stadt und Land verringert werden: das durchschnittliche Jahreseinkommen eines ärmeren Bauern wurde 1926/27 auf 127,8 Rubel, eines Mittelbauern auf 174,6 Rubel, eines Arbeiters aber auf 338 Rubel veranschlagt¹⁹. Eines der drängendsten Probleme war die mangelhafte Wohnraumversorgung in den Städten, unter der die Arbeiterklasse – auch nach der Umverteilung der besseren Wohnungen nach der Revolution – besonders zu leiden hatte. Ende der 20er Jahre belief sich die durchschnittliche Wohnfläche pro Stadtbewohner auf 5,9 qm und pro Arbeiter auf 4,9 qm, wobei in einigen Industrierevieren sogar nur 3 qm zur Verfügung standen²⁰. Wasserleitungen, Kanalisation, Stromversorgung, gepflasterte Straßen waren in zahlreichen Arbeitersiedlungen auch noch lange Zeit nach der Revolution unbekannt.

Große Aufwendungen erforderte der Ausbau des Bildungswesens, das seinerseits dadurch, daß es die Qualifikation der Arbeitskräfte erhöhte, eine wichtige Quelle der Industrialisierung darstellte. Der Anteil der Analphabeten belief sich 1926 bei der Bevölkerung im Alter von neun bis 49 Jahren auf 43,4 Prozent, wobei er unter dem weiblichen Bevölkerungsteil und auf dem Lande noch höher lag. Von den Kindern im Alter von fünf bis elf Jahren gingen Ende der 20er Jahre nur 55 Prozent, im Alter von zwölf bis 15 Jahren 10 Prozent in die Schule (in den USA waren es jeweils fast 100 Prozent)²¹. Der Anteil der Facharbeiter an der Gesamtzahl der sowjetischen Industriearbeiter belief sich auf 41,8 Prozent (im Deutschen Reich aber auf 62,6 Prozent). Auf 100 Arbeiter kamen in der UdSSR 1,36 Ingenieure und Techniker (gegenüber 2,2 im Deutschen Reich), von denen ein Teil aus politischen Vorbehalten nur ungern zu einer Kooperation mit der Sowjetmacht bereit war²².

Zwischen den verschiedenen Regionen und Nationalitäten existierten erhebliche Entwicklungsunterschiede, die eingeebnet werden mußten. Mitte der 20er Jahre entfielen in der Russischen Föderation (RSFSR) pro Kopf der Bevölkerung industrielle Produktionsfonds im Wert von 52 Rubel, in Burjatien und dem Autonomen Gebiet der Mari, die zum Verband der RSFSR zählten, waren es nur drei Rubel²³. In der Tadjikischen Republik, in der 1926 93,2 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande lebten, konnten nur 3,8 Prozent der Bevölkerung (6,4 Prozent der Männer und 0,9 Prozent der Frauen) lesen und schreiben; die Zahl der Arbeiter und Angestellten belief sich bei einer Gesamtbevölkerung von 1 Mio auf 25 000 (hiervon waren 1400 Frauen)²⁴.

Über die Möglichkeiten und Quellen der industriellen Akkumulation gab es in den 20er Jahren in den verschiedensten staatlichen, gewerkschaftlichen und wis-

senschaftlichen Organen lebhaft Diskussionen²⁵. Während auf dem Tiefstand der wirtschaftlichen Entwicklung (1920 bis 1923) die Chancen eines raschen Aufschwungs ohne ausländische Hilfen eher skeptisch beurteilt wurden, gewannen in den folgenden außerordentlich erfolgreich verlaufenden Wiederaufbaujahren (1926 wuchs die Produktion der Großindustrie im Vergleich zum Vorjahr um 43,2 Prozent, 1927 um 14,4 Prozent, 1928 um 24,8 Prozent, 1929 um 25,9 Prozent)²⁶ „optimistischere“ Positionen an Gewicht. Und als in den ersten zwei Jahren des I. Fünfjahrplans die Ergebnisse in verschiedenen Bereichen (etwa bei den industriellen Investitionen, bei der Vergrößerung der Beschäftigtenzahl und der Absorption der Arbeitslosen, in der Erdölförderung und der elektrotechnischen Industrie) noch über der Optimalvariante des Plans lagen²⁷, erfolgten 1929/30 abermalige Erhöhungen der ökonomischen Ziele, die heute auch von sowjetischen Historikern als „unrealistisch“ angesehen werden²⁸. So sollte 1931 die Produktion in der Industrie um 45 Prozent (in der Schwerindustrie sogar um 58 Prozent) steigen. Im letzten Jahr des Plans sollten statt zehn Mio Tonnen Roheisen 17 Mio hergestellt werden, statt 55 000 Traktoren 170 000 sowie 40 000 Mähdrescher, deren Bau im ursprünglichen Planentwurf überhaupt nicht vorgesehen war. Die Ziele der Optimalvariante des Fünfjahrplans sollten in vier Jahren realisiert werden²⁹. Unter Verweis auf die Notwendigkeit, die rasch wachsende und die kühnsten Prognosen übertreffende Zahl der Kollektivwirtschaften³⁰ und Sowjetgüter mit modernem Inventar auszustatten, wurden die Wirtschaftsmittel zunehmend auf Schwerpunktbetriebe des Produktionsmittelbereichs konzentriert, wodurch erhebliche volkswirtschaftliche Disproportionen auftraten, die für die 30er Jahre charakteristisch blieben.

Zur Begründung hoher Wachstumsraten wurde in den Industrialisierungsdiskussionen auf die Vorzüge einer geplanten sozialistischen Wirtschaft hingewiesen, deren Reibungsverluste – trotz aller Übergangsschwierigkeiten und Planungsmängel – geringer seien als diejenigen krisenanfälliger Marktwirtschaften. Ferner gebe es große Entwicklungsmöglichkeiten durch die Rationalisierung³¹, Normierung, Standardisierung, Materialökonomie und die intensive Maschinenausnutzung (durch Einführung von Mehrschichtsystemen u. a.) in den nationalisierten Betrieben und nicht zuletzt auch durch die bessere Ausnutzung der großen natürlichen Ressourcen³², eine optimale Standortplanung der Betriebe, die Reduzierung von unproduktiven Verwaltungs- und Handelsausgaben sowie den Wegfall des aufwendigen Luxuskonsums, der im zaristischen Reich für die Angehörigen der Oberklassen charakteristisch gewesen war³³. Weitere Quellen könnten in der Nutzung der Möglichkeiten des staatlichen Außenhandelsmonopols, in der Befreiung von Schuldentzinszahlungen durch die nach der Revolution erfolgte Annullierung der Staatsanleihen³⁴, in der produktiven Verwendung des Heers der städtischen Arbeitslosen und ländlichen Unterbeschäftigten, in der Mobilisierung der Ersparnisse der Bevölkerung sowie in der rationellen Ausnutzung des (in verschiedenen Branchen auf sieben Stunden reduzierten) Arbeitstags gesehen werden. Kontroversen entzündeten sich über die Höhe des Industrialisierungsbeitrags der Bauernwirtschaften³⁵ und des städtischen Privatkapitals. Erörtert wurden schließlich die Möglichkeiten einer engeren Verbindung

von Wissenschaft, Planung und Produktion, einer selektiven Verwendung der neuesten im Ausland entwickelten Technologien, des Abschlusses von technischen Konsultationsverträgen mit ausländischen Firmen und der Vergabe von Konzessionen³⁶.

Als wichtigste Produktivkraft wurde die Arbeiterklasse angesehen, deren gesellschaftliche und politische Positionen durch die Industrialisierung selber gestärkt werden sollte. Dem Anschein nach nahm, nach der Beseitigung der größten Not in den Jahren 1920 bis 1922, mit der den industriellen Wiederherstellungsprozeß begleitenden Rekonsolidierung der Arbeiterklasse deren Produktionsaktivität zu, was sich in den Produktionsberatungen, Arbeitererfindervereinigungen, produktionstechnischen und wissenschaftlich-technischen Zirkel in den Betrieben und Ende der 20er Jahre in neuen Wettbewerbsformen – Industrialisierungssonderschichten, Gegenplänen, Stoßbrigaden, Patenschaften und organisiertem Erfahrungsaustausch zwischen fortgeschrittenen und zurückgebliebenen Produktionseinheiten – zeigte, die an die Traditionen der „Subbotniki“ des Bürgerkriegs anknüpften und insbesondere bei jungen Arbeitern Verbreitung fanden³⁷.

Die zahlenmäßige Entwicklung und innere Struktur der Arbeiterklasse Ende der 20er Jahre ist von der sowjetischen Arbeitsstatistik relativ genau erforscht worden. In der Zensusindustrie wurde die Arbeiterzahl von 1917 im Jahre 1928 wieder eingeholt.

Zahl der Arbeiter in der Zensus- (Groß-)Industrie³⁸
(1917–1936) (in 1000)

1917	2596,4	1923	1434,6	1929	2788,7	1935	5658,3
1918	2011,1	1924	1548,7	1930	3116,2	1936	6173,0
1919	1334,5	1925	1781,9	1931	4256,4		
1920	1222,8	1926	2261,7	1932	5271,3		
1921	1185,5	1927	2365,8	1933	5139,7		
1922	1096,2	1928	2531,9	1934	5215,0		

In der gesamten Industrie wurden 1927/28 3,442 Mio Arbeiter gezählt³⁹. Hinzu kamen 684 000 Bauarbeiter, 957 000 Eisenbahnarbeiter, 2,43 Mio Arbeiter und Angestellte in staatlichen Institutionen und verschiedene weitere Kontingente (Arbeiter im Handel und Kantinenwesen, in der Binnenschifffahrt, im lokalen Transportwesen u. a.), so daß sich die Zahl der Arbeiter und Angestellten im nichtlandwirtschaftlichen Bereich auf 8,95 Mio belief (80,9 Prozent von ihnen arbeiteten im staatlichen, 11,4 Prozent im genossenschaftlichen und 7,7 Prozent im privaten Sektor). In der Landwirtschaft waren etwa zwei Mio Landarbeiter tätig. Zusammen mit ihren Familienangehörigen machten Arbeiter und Angestellte 1928 17,6 Prozent der Gesamtbevölkerung (gegenüber 17,0 Prozent 1913 und 14,8 Prozent 1924) aus⁴⁰.

Eine im Frühjahr 1929 vorgenommene Untersuchung von 382 000 Industriearbeitern⁴¹ ergab, daß 50,7 Prozent von ihnen bereits vor der Oktoberrevolution (21,3 Prozent sogar schon vor 1905) in die Produktion eingetreten waren. Das durchschnittliche Dienstalalter betrug 11,9 Jahre (am höchsten lag es in der Sei-

denindustrie mit 16,4 Jahren, am niedrigsten in der ukrainischen Erzdindustrie mit 8,0 Jahren, in der Metallindustrie entsprach es mit 11,6 Jahren dem Durchschnitt). 52,2 Prozent der Arbeiter stammten aus Arbeiterfamilien, 42,6 Prozent aus Bauernfamilien, 3,3 Prozent aus Angestelltenfamilien und 1,9 Prozent aus Familien von Händlern, Kleingewerbetreibenden u. a. 20,6 Prozent der Arbeiter hatten noch eigenes Land, 9,5 Prozent führten noch eine eigene Wirtschaft. 13,9 Prozent der Arbeiter waren Analphabeten (bei den Männern waren es 8,1 Prozent, bei den Frauen 26,6 Prozent, bei den Arbeitern unter 22 Jahren 5,2 Prozent, bei den Arbeitern über 40 Jahren 30,9 Prozent, bei den Metallarbeitern Leningrads 2,8 Prozent, bei den Erdölarbeitern Bakus 25,0 Prozent). Die durchschnittliche Schulverweildauer betrug 3,5 Jahre (bei Leningrader Metallarbeitern 4,5 Jahre, bei Arbeitern unter 22 Jahren 4,3 Jahre, bei Arbeitern über 40 Jahre 2,9 Jahre). 12,1 Prozent der Arbeiter waren Mitglied der Kommunistischen Partei (bei den Männern waren es 14,8 Prozent, bei den Frauen 6,4 Prozent, bei Leningrader Metallarbeitern 24,6 Prozent, bei den Erzarbeitern des Ural 6,7 Prozent). 8,5 Prozent waren Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (9,2 Prozent der Männer und 7,5 Prozent der Frauen). Untersuchungen der gesellschaftlichen Aktivität ergaben, daß 17,8 Prozent aller Arbeiter Wahlfunktionen in gesellschaftlichen Organisationen ausübten (bei den Männern waren es 19,0 Prozent, bei den Frauen 15,0 Prozent, bei den Metallarbeitern 25,5 Prozent – unter ihnen waren die Frauen mit 28,1 Prozent aktiver als die Männer mit 25,1 Prozent –, bei den Steinkohlenarbeitern des Donbass 8,2 Prozent). An der Arbeit von Zirkeln nahmen 6,9 Prozent der Arbeiter teil (7,6 Prozent der Männer, 4,2 Prozent der Frauen, 15,9 Prozent der Arbeiter unter 22 Jahren, 1,4 Prozent der Arbeiter über 40 Jahren)⁴².

Diese Angaben wären branchenmäßig und für die verschiedenen Altersstufen weiter aufzuschlüsseln und mit den Ergebnissen von Regionaluntersuchungen über materielle Lage, gesellschaftliche Partizipation und politisches Bewußtsein der Arbeiterklasse zu konfrontieren. Die Daten zeigen an, daß sich Ende der 20er Jahre um einen relativ großen „proletarischen Kern“ in der Arbeiterklasse⁴³, dessen Mitglieder selber aus Arbeiterfamilien stammten, bereits vor der Oktoberrevolution mit der Berufsarbeit begonnen hatten, über ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau verfügten und in politischen und gesellschaftlichen Organisationen tätig waren, eine Arbeiterschicht gruppierte, die vom Land stammte, zum Dorf weiterhin Verbindungen aufrechterhielt, geringere Bildungsvoraussetzungen und Berufserfahrungen hatte. Zur ersten Gruppe waren u. a. Metallarbeiter in Leningrad und Moskau, zur zweiten etwa Steinkohlen-, Erz- und Bauarbeiter in der Ukraine und im Ural zu rechnen; zwischen beiden Gruppen ließen sich jedoch nicht immer klare Grenzen ziehen. Aufgabe der angestammten Industriekader war es, im Kontext der Industrialisierung die neuen, aus der bäuerlich-kleinbürgerlichen Umwelt stammenden Schichten der Arbeiterklasse „umzuschmelzen, umzuformen, umzuerziehen“⁴⁴. Ein solcher Prozeß benötigte längere Fristen. Lenin war Anfang der 20er Jahre davon ausgegangen, daß eine etwa zehnjährige Arbeit in der Großindustrie proletarisches Klassenbewußtsein hervorrufen könne⁴⁵.

2. Außenpolitische Rahmenbedingungen

In den Diskussionen um das Tempo und die Schwerpunktsetzung der Industrialisierung ist seit Mitte der 20er Jahre mit wechselnder Intensität die Bedeutung des – schwer kalkulierbaren – außenpolitischen Faktors hervorgehoben worden. Der beschleunigte Wirtschaftsaufbau wurde als wesentliche Voraussetzung für die Stärkung der Roten Armee angesehen, jedoch gingen der erste und auch noch die Erstfassung des zweiten Fünfjahrplans von relativ stabilen außenpolitischen Verhältnissen aus⁴⁶. Im Unterschied zu den 20er Jahren, in denen sich – mit Ausnahme des Krisenjahres 1927 – die internationalen Positionen der UdSSR im wesentlichen positiv entwickelten, war die Zeit Mitte der 30er Jahre durch relativ große Unsicherheiten gekennzeichnet⁴⁷.

Positive Tendenzen konnten sicherlich in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA (1933), in dem 1934 erfolgenden Beitritt zum Völkerbund (der sich nach den Austritten Japans und des Deutschen Reiches in ein Instrument der Friedenssicherung verwandeln konnte), schließlich auch in den Beistandspakten der UdSSR mit Frankreich und der Tschechoslowakei (1935) und der Erweiterung der Beziehungen zu den südlichen Grenzländern Türkei, Persien und Afghanistan gesehen werden. Dennoch sprechen Gründe gegen die Auffassung, daß die Sowjetunion „in der Außenpolitik . . . zwischen 1934 bis 1941 nur Erfolge verbuchen (konnte)“⁴⁸. Durch die aggressiven außenpolitischen Bestrebungen der faschistischen Staaten, besonders des Deutschen Reiches, Japans und Italiens, durch die Tendenz der westlichen Demokratien, besonders Großbritanniens, aber auch Frankreichs, im Rahmen einer Tolerierungs- und Appeasement-Politik zu einem Arrangement mit diesen Bestrebungen zu gelangen, und durch das letztliche Scheitern der sowjetischen Bemühungen um ein System der kollektiven Sicherheit in Europa traten im außenpolitischen Umfeld zahlreiche Unsicherheits- und Krisenmomente in Erscheinung, die sich vermittelt auch auf den inneren Entwicklungsprozeß der sich industrialisierenden sowjetischen Gesellschaft übertrugen.

Daß sich die außenpolitische Szenerie mit dem Jahre 1933 deutlich geändert hatte, zeigte sich bereits Mitte Juni 1933 auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz, als Reichswirtschaftsminister Alfred Hugenberg ein Memorandum unterbreitete, in dem ein „Kolonialreich in Afrika“ zurückverlangt und weiter gefordert wurde, daß in Osteuropa „dem ‚Volk ohne Raum‘ Gebiete eröffnet würden, in denen es seiner tatkräftigen Rasse Siedlungsraum schaffen und große Werke des Friedens aufbauen könnte“⁴⁹. Als dieses Programm sowohl von sowjetischer Seite wie in der westlichen Öffentlichkeit scharfer Zurückweisung begegnete, wurde es zurückgezogen; gleichwohl beleuchtete es schlaglichtartig die außenpolitischen Zielvorstellungen der neuen deutschen Regierung.

Am 15. Juli 1933 wurde der von Mussolini vorgeschlagene Viermächtepakt zwischen Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien geschlossen, der eine Politik der Zusammenarbeit auf Basis der Gleichberechtigung (und mithin der Rüstungsgleichberechtigung des Deutschen Reiches) bei Ausschluß der UdSSR vorsah. Obwohl der Vertrag dann keine größere praktische Bedeutung

erlangte, deutete er neue Konstellationen in der internationalen Zusammenarbeit an.

Konfliktpotentiale entwickelten sich auch an den östlichen Grenzen der UdSSR. Die Eroberung immer größerer nordchinesischer Territorien durch japanische Truppen gefährdete zunehmend die sowjetischen Ostgrenzen: „Seit dem Jahre 1933 sah sich die Sowjetunion außenpolitisch immer stärker einer drohenden Umklammerung von Ost und West ausgesetzt“⁵⁰.

Im Januar 1934 wurde ein Nichtangriffspakt und Freundschaftsvertrag zwischen Polen und dem Deutschen Reich geschlossen, der als ein erster großer außenpolitischer Erfolg der nationalsozialistischen Regierung zu werten war. In der zweiten Hälfte des Jahres 1934 scheiterten französische und sowjetische Bemühungen um einen kollektiven Nichtangriffspakt zwischen den osteuropäischen Staaten („Ostpakt“).

Im Februar 1935 verkündete Hitler die Schaffung einer Luftwaffe, im folgenden Monat sagte er sich von den Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrags los und führte die allgemeine Wehrpflicht ein. Das deutsch-englische Flottenabkommen vom Juni 1935 erlaubte, entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags, die deutsche Aufrüstung zur See und stellte einen weiteren Erfolg der Revisionspolitik Hitlers dar.

1935/36 erfolgte der italienische Einfall in Äthiopien, ohne daß die vom Völkerbund angekündigten Sanktionen in irgend einer Weise befolgt wurden (im April 1938 wurde Äthiopien seitens der britischen Regierung de jure als italienische Kolonie anerkannt).

Anfang 1936 wurde der sowjetische Vorschlag, einen Vertrag über gegenseitigen Beistand mit Großbritannien zu schließen, in London abgelehnt.

Im März 1936 kündigte Hitler die Locarno-Verträge; deutsche Truppen besetzten das entmilitarisierte Rheinland, ohne in England und Frankreich auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. „Wiederum begnügten sich die Westmächte mit bloßen Protesten. So gewann Hitler die Möglichkeit, durch den Bau von Westbefestigungen den Rücken freizubekommen für seine osteuropäischen Pläne“⁵¹.

Der im Sommer 1936 beginnende spanische Bürgerkrieg zeigte, daß den Regierungen in Paris und London eine Verteidigung der spanischen Republik ferner lag als die Tolerierung der Unterstützung Francos durch Hitler und Mussolini.

Nach dem im September 1936 auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg proklamierten Vierjahresplan sollte die deutsche Armee in vier Jahren einsetzbar sein, um die „Erweiterung des Lebensraumes“ zu sichern. Deutschland und Italien hätten, so führte Hitler aus, eine besondere Rolle bei der Eroberung zu spielen; alle anderen Länder seien „unfähig, jemals einen aussichtsreichen Krieg gegen Sowjetrußland zu führen“⁵².

Im Oktober 1936 wurde die „Achse Berlin-Rom“, im November 1936 der „Antikominternpakt“ zwischen dem Deutschen Reich und Japan zum Zweck der Koordinierung der Politik gegenüber der UdSSR geschlossen, dem ein Jahr später Mussolini beitrug⁵³.

1937 häuften sich die Zwischenfälle an den östlichen Grenzen der Sowjetunion. Die japanische Regierung widersetzte sich friedlichen Regelungen, und

ein von der UdSSR vorgeschlagenes gemeinsames Vorgehen gegenüber der japanischen Expansion war aufgrund der negativen Haltung Großbritanniens und der USA nicht zustandezubringen. „Wahrscheinlich verhinderte nur der Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges im Jahre 1937 einen militärischen Zusammenstoß zwischen Japan und der UdSSR“⁵⁴.

Im März 1938 erfolgte die Annexion Österreichs, die von der britischen und französischen Regierung hingenommen und bald auch diplomatisch anerkannt wurde.

Im Juli und August 1938 kam es zu größeren Kampfhandlungen mit japanischen Truppen an den fernöstlichen Grenzen.

Die Konferenz von München gab Hitler am 29. September 1938 freie Hand zur Zerschlagung der Tschechoslowakei und „Neuordnung“ der osteuropäischen Verhältnisse in seinem Sinne. Offensichtlich war den Westmächten weniger daran gelegen, ein internationales Sicherheitssystem mit antifaschistischer Stoßrichtung aufzubauen, als vielmehr die Kooperationsbeziehungen zum Deutschen Reich zu entwickeln und die außenpolitische Aggression der Nationalsozialisten zu kanalisieren und nach Osten zu lenken⁵⁵.

So sah sich die UdSSR in der internationalen Krisensituation Anfang 1939 (als das Restterritorium der Tschechoslowakei zerschlagen wurde (15. 3.), das Memelgebiet okkupiert wurde (23. 3.), Rumänien durch Wirtschaftsabkommen in eine deutsche Halbkolonie verwandelt wurde (23. 3.), Albanien von Italien besetzt wurde (7. 4.), der „Stahlpakt“ zwischen Hitler und Mussolini geschlossen wurde (22. 5.) und es zu erneuten Kämpfen mit Truppenverbänden Japans kam, dessen Eroberungen in China am 22. 7. 1939 durch Großbritannien anerkannt wurden) außenpolitisch weitgehend isoliert.

In welcher Weise sich die in den 30er Jahren auftauchenden außenpolitischen Rückschläge und Krisenmomente und ihre Rezeption durch die sowjetische Regierung auf die Innen- und Wirtschaftspolitik der UdSSR ausgewirkt haben, ist noch nicht systematisch untersucht worden. Sicherlich existieren keine gradlinigen Kausalketten; außenpolitische Spannungen schlagen sich nicht unmittelbar in inneren nieder. Wahrscheinlich haben sich jedoch im sowjetischen Industrialisierungsprozeß, dessen außenpolitische Absicherung erstrangige Aufgabe der sowjetischen Diplomatie war⁵⁶, durch die in dieser Schärfe kaum erwarteten externen Krisenfaktoren größere Komplikationen ergeben und Tendenzen Vorschub geleistet, den wirtschaftlichen Aufbau abermals zu beschleunigen und „anzupeitschen“⁵⁷, die Investitionen vorrangig im Produktionsmittelbereich zu konzentrieren und ökonomische Alternativen, die für ein proportionaleres Wachstum eintraten, abzuwehren und zu diskreditieren; politische und ökonomische Entscheidungen weiter zu zentralisieren und der öffentlichen Diskussion zu entziehen (und damit die Gefahr von Fehlentscheidungen zu vergrößern); ein rigoroses Freund-Feind-Denken und die für eine „belagerte Festung“ charakteristische Mentalität zu entwickeln; die Suche nach subjektiv oder objektiv, tatsächlich oder vermeintlich Schuldigen zu intensivieren.

In den 30er Jahren wurden bedeutend mehr Mittel für die Rüstung ausgegeben als in den 20er Jahren. Die ursprünglichen, auf strikte Vermeidung von Disproportionen orientierten Zielsetzungen des zweiten Fünfjahrplans (die sogar ein

im Vergleich zum Produktionsmittelsektor rascheres Wachstum des Konsumgüterbereichs vorgesehen hatten), wurden Mitte der 30er Jahre – vermutlich aufgrund der sich häufenden außenpolitischen Gefahrenmomente – tiefgreifend revidiert⁵⁸. Dies war einer der Gründe für die Tatsache, daß die Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs im Gegensatz zu den Planabsichten lange Jahre über stagnierte oder sich nur langsam besserte.

Die Gesamtstärke der Roten Armee, die zum 1. Januar 1922 1,6 Mio und zwischen 1924 und 1927 562 000 Mann betragen hatte, wurde bis 1930 auf 800 000, bis 1938 auf 1,5 Mio und bis Anfang 1941 auf 4,2 Mio Mann erhöht⁵⁹. In diesen Jahren wurden bedeutende Mittel für ihre Modernisierung (die Entwicklung neuer Artillerie, Panzer und Flugzeuge) aufgewendet. Die Mittel für die sowjetische Landesverteidigung wurden von 1933 bis 1939 um mehr als das 27fache gesteigert und machten schließlich mehr als ein Viertel der Haushaltsausgaben aus⁶⁰.

Entwicklung der sowjetischen Verteidigungsausgaben 1933–1940 (in Mio Rubel)

	Budgetausgaben insgesamt	davon Verteidi- gungsausgaben	in Prozent zu den Gesamtausgaben
1933	42 080	1 421	3,4
1934	55 444	5 019	9,1
1935	73 571	8 186	11,1
1936	92 480	14 883	16,1
1937	106 238	17 481	16,5
1938	124 038	23 200	18,7
1939	153 299	39 200	25,6
1940	174 350	56 800	32,6

So wurde ein wachsender Teil des gesellschaftlichen Arbeitskräftepotentials und Mehrprodukts aufgrund politischer Prioritätensetzungen produktiven ZweKken entzogen.

Anmerkungen

1 J. Elleinstein, *Geschichte des „Stalinismus“*, Westberlin 1977, S. 157 und 62–63. Auf die schwerwiegenden Mängel der deutschen Übersetzung dieses Buches ist bereits verschiedentlich hingewiesen worden.

2 Ebenda, S. 212.

3 Ebenda, S. 83, 120, 139, 140, 155 und passim.

4 Ebenda, S. 8.

5 Die sowjetische Geschichtsschreibung hat in letzter Zeit zahlreiche Monographien zur Entwicklung der Arbeiterklasse vorgelegt; vgl. I. E. Vorožekjin, *Očerki istoriografii rabočego klassa SSSR*, Moskau 1975 (mit Bibliographie); I. E. Vorožekjin, *Rabočij klass — veduščaja sila sovetskogo obščestva. Voprosy metodologii i istoriografii*, Moskau 1977. Für die 30er Jahre sind ergiebig: *Izmenenija v čislennosti i sostave sovetskogo rabočego klassa. Sbornik statej*, Moskau 1961; R. P. Dadykin, *O čislennosti i istočnikach popolnenija rabočego klassa SSSR (1928–1937 gg.)*, in: *Istoričeskie zapiski*, Bd. 87, Moskau 1971, S. 28–56; *Veduščaja rol' rabočego klassa v rekonstrukcii promyšlennosti SSSR*, Moskau 1973; S. L.

Senjavskij/V. B. Tel'puchovskij, *Rabočij klass SSSR (1938–1965 gg.)*, Moskau 1971 (deutsche Ausgabe: *Die Arbeiterklasse der UdSSR*, Berlin 1974); A. I. Vdovin/V. Z. Drobižev, *Rost rabočego klassa SSSR 1917–1940 gg.*, Moskau 1976. Die Aussage L. Althussers: „Die UdSSR lebt daher in einem systematischen Schweigen in bezug auf ihre eigene Geschichte. Man muß annehmen, daß dieses Schweigen mit ihrem System zusammenhängt: es ist das Schweigen ihres Systems“ (Vorwort zu: D. Lecourt, *Proletarische Wissenschaft? Der 'Fall Lyssenko' und der Lyssenkismus*, Westberlin 1976, S. 12) erscheint in dieser Form kaum zutreffend.

6 „Jedem, der sich in die ökonomischen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in Europa hineingedacht hat, muß es klar sein, daß es in Europa unermeßlich schwieriger ist, die Revolution anzufangen, daß es bei uns unermeßlich leichter ist, anzufangen, aber schwieriger als dort sein wird, die Revolution forzuführen.“ (Rede vom 7. März 1918; W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 27, Berlin 1972, S. 79–80). Ähnlich argumentiert N. Bucharin in: *Ökonomik der Transformationsperiode*, Hamburg 1922, S. 188–189.

7 Zahlenangaben u.a. bei G. Grinko, *Der Fünfjahrplan der UdSSR. Eine Darstellung seiner Probleme*, Wien/Berlin 1930, S. 39. Auch die früheren volkswirtschaftlichen Grundproportionen wurden wieder eingeholt: nach N. Oganovskij wurden 1913 54,1 Prozent des Volkseinkommens in der Landwirtschaft und 45,9 Prozent in Industrie, Handel, Transport, Bauwesen erzeugt; 1925/26 entfielen — Vorkriegspreise angenommen — 57 Prozent auf den landwirtschaftlichen und 43 Prozent auf den industriellen Sektor. Vgl. *Ekonomičeskoe obozrenie* 1927, Nr. 6, S. 22.

8 „Wenn wir die Sowjetunion mit den weiter entwickelten kapitalistischen Staaten vergleichen, dann bemerken wir, daß die UdSSR hinsichtlich des Verbrauchs von Industrieprodukten an letzter Stelle steht; was jedoch den Preis, die Kosten dieser Industrieprodukte angeht, so steht sie an erster Stelle“ V. P. Miljutin in: *Vestnik Kommunističeskoj Akademii*, Kn. XVI, Jg. 1926, S. 221–222.

9 40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen, Berlin 1958, S. 124.

10 Ebenda, S. 104. 1928 wurden 64 Prozent der benötigten Automobile, 66 Prozent der Traktoren und 79 Prozent der spanabhebenden Werkzeugmaschinen importiert (ebenda, S. 81).

11 V. I. Kas'janenko, *Zavoevanie ekonomičeskoj nezavisimosti SSSR (1917–1940 gg.)*, Moskau 1972, S. 95.

12 G. Grinko, a.a.O., S. 65.

13 *Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1974 g.*, Moskau 1975, S. 118–121.

14 Vgl. die Rede K. E. Vorosilovs auf dem XV. Parteitag (Pjatnadcatyj s-ezd VKP(b). *Sten. očet*, Moskau 1962, Bd. II, S. 973–994) und die Resolution „über die Direktiven zur Erstellung des Fünfjahrplans der Volkswirtschaft“: „Bei der Ausarbeitung des Fünfjahrplans ist die Möglichkeit eines bewaffneten Überfalls seitens der kapitalistischen Mächte auf den proletarischen Staat in Betracht zu ziehen und eine besondere Aufmerksamkeit auf die möglichst rasche Entwicklung jener Zweige der Volkswirtschaft und speziell der Industrie zu verwenden, die eine zentrale Rolle für die Sicherung der Verteidigung und der ökonomischen Stabilität des Landes in Kriegszeiten spielen“ (ebenda, S. 1442).

15 Die folgenden Angaben nach 40 Jahre Sowjetmacht in Zahlen, a.a.O., S. 186. Die Energiekapazität der Landwirtschaft belief sich 1929 auf 21,3 Mio PS (1913 waren es 23,9 Mio), von denen 94,8 Prozent auf Arbeitsvieh und nur 5,2 Prozent auf Motoren entfielen (ebenda, S. 182).

16 Die einzige Ausnahme waren Sonnenblumen; vgl. ebenda, S. 188.

17 Ebenda, S. 82.

18 G. Grinko, a.a.O., S. 116 und 263.

19 A. M. Panfilova, *Formirovanie rabočego klassa SSSR v gody pervoj pjatiletki*, Moskau 1964, S. 14.

20 „Die Liquidierung des drückenden Erbes des kapitalistischen Systems, das den russischen Arbeiter in Wohnbedingungen hielt, die entsetzlicher waren, als Engels sie in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ schilderte, ist eine der wichtigsten und gleichzeitig schwierigsten Aufgaben des Wirtschaftsaufbaus in der Sowjetunion.“ G. Grinko, a.a.O., S. 212.

21 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972, Moskau 1972, S. 35; Pjatiletnyj plan narodno-chozjajstvennogo stroitel'stva SSSR, Bd. II/1, Moskau 1929, S. 212; U. Zänker, Industrialisierung und Qualifizierung. Produktivkraftentwicklung und schulische Qualifizierung am Beispiel der UdSSR (1927–1930), Marburg/L. 1976, S. 239.

22 Daten nach G. Grinko, a.a.O., S. 228 und 237.

23 Rabočij klass i industrial'noe razvitie SSSR, Moskau 1975, S. 120.

24 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau 1972, S. 644–655.

25 Vgl. die Dokumentation von N. Spulber (Hrsg.), Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth, Selected Soviet Essays (1924–1930), Bloomington 1964, sowie die neuere sowjetische Arbeit von A. M. Beljanova, O tempach ekonomičeskogo razvitija SSSR (Po materialam diskussij 20-ch godov), Moskau 1974.

26 Socialističeskoe stroitel'stvo SSSR. Statističeskij ežegodnik, Moskau 1936, S. 2.

27 Einzelheiten bei G. Grinko, a.a.O., S. 15 sowie E. Zaleski, Planning for Economic Growth in the Soviet Union, 1918–1932, Chapel Hill 1971, S. 74 ff. und 148 ff.

28 So die Autoren des Bandes Veduščaja rol' rabočego klassa v rekonstrukcii promyšlennosti SSSR, a.a.O., S. 48.

29 J. W. Stalin, Werke, Bd. 12, Berlin 1954, S. 290 und 302 (Rede vom 27. Juni 1930). Vgl. auch R. A. Medwedew, Die Wahrheit ist unsere Stärke, Geschichte und Folgen des Stalinismus, Frankfurt/Main 1973, S. 121. Wie diese oft als „voluntaristisch“ bezeichneten Planrevisionen im einzelnen zustandekamen, und welche Rolle Stalin hierbei gespielt hat, ist noch ungeklärt.

30 Ursprünglich sollten nach der Optimalvariante des Fünfjahrplans bis 1932/33 9,6 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung, 10,3 Prozent der Saatflächen, 11,3 Prozent der Bruttogetreideproduktion und 25,3 Prozent der Marktgetreideproduktion auf den kollektivwirtschaftlichen Sektor entfallen (Pjatiletnyj plan narodno-chozjajstvennogo stroitel'stva SSSR, Bd. II/1, Moskau 1929, S. 336–337). Aus welchen Gründen diese Ziele bereits kurze Zeit nach Verabschiedung des Plans obsolet wurden, bleibt hier unerörtert. Zur Vorgeschichte der Kollektivierung vgl. u.a. M. Lewin, La paysannerie et le pouvoir soviétique 1928–1930, Paris/La Haye 1966; R. Lorenz, Sozialgeschichte der Sowjetunion, Bd. 1, Frankfurt/M. 1976.

31 In den Direktiven des XV. Parteitages der VKP(b) zur Erstellung eines volkswirtschaftlichen Fünfjahresplans wurde der Zusammenhang zwischen Rationalisierung der Wirtschaft und Demokratisierung der ökonomischen Entscheidungen hervorgehoben: „Die wichtigste und grundlegende Voraussetzung dieser Arbeit zur Rationalisierung der gesamten Volkswirtschaft ist die umfassende Einbeziehung der Massen der Arbeiter und Bauern. Es ist die Aufgabe aller Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts-, Genossenschaftsorganisationen und anderer Verbände, in einer intensiven Aufklärungskampagne den Gedanken zu propagieren, daß der endgültige Sieg der Werktätigen nur möglich ist, wenn unproduktive Ausgaben, Schlamperei und Nachlässigkeit bei der Arbeit, unachtsames Verhalten gegenüber den Produktionsmitteln und der eigenen Arbeit, rückständige technische Formen des Wirtschaftens (veraltete Technik in der Industrie; Dreifelderwirtschaft, Holzpflug u.a. in der Landwirtschaft) entschieden bekämpft werden. Notwendig ist ein konsequenter Kampf gegen den Bürokratismus des staatlichen und wirtschaftlichen Apparats, gegen rückständige, routinemäßige Verhaltensweisen unter den Massen, in den Organisationen, unter den leitenden Kadern dieser Organisationen, in den Organen des Staats, der Gewerkschaften, Genossenschaften und auch in den Organen der Partei selbst. Notwendig ist ein energischer Kampf für eine tiefgreifende Umstrukturierung der täglichen Gewohnheiten, für eine höhere Kultur, gegen die Trunksucht, für beharrliche Anstrengungen bei der Beseitigung des Analphabetentums, für eine bewußte Einstellung zur Arbeit und für die Entwicklung der Arbeitsdisziplin der Massen der Arbeiter und Bauern.“ (Pjatnadcatyj s-ezd VKP(b), Sten. očet, Moskau 1962, Bd. II, S. 1452).

32 Vor der Revolution waren nur etwa 10 Prozent des Gesamtterritoriums geologisch erschlossen. Die für geologische Erkundungen verwendeten Mittel wurden 1928 bis 1932 von 52,5 Mio auf 328 Mio Rubel vergrößert. In der geologischen Hauptverwaltung ('Sojuzgeologorazvedka') waren damals etwa 3 000 Spezialisten tätig, die bis 1932 über 35 Prozent des Landes geologisch untersucht hatten; vgl. Geologičeskaja izučennost' i mineral'no-

syr'evaja baza SSSR k XVIII s-zda VKP(b), Moskau/Leningrad 1939, S. 9–18; V. I. Kas'janenko, a.a.O., S. 21, 88, 124.

33 Bereits am 28. Dezember 1917 (a.St.) hatte eine Verordnung des Obersten Volkswirtschaftsrats die Einfuhr von Luxuswaren verboten (Sobranie zakonienij i rasporjaženij rabočago i krest'janskago pravitel'stva 1918, Nr. 15, Art. 221).

34 Die zaristische Regierung mußte früher erhebliche Mittel für die Zinsen und die Rückzahlung der Anleihen aufwenden; im Staatshaushalt von 1914 machten die „Zahlungen für die Reichsschuldentilgung“ 402,1 Mio Goldrubel (12,15 Prozent der ordentlichen Ausgaben) aus; vgl. O. Hoetzsch, Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912, Berlin 1915, S. 559.

35 Bekannt sind die Diskussionen um das Buch E. A. Preobraženskij: *Novaja Ekonomika*, Moskau 1926. Kontrovers ist nach wie vor die Frage, inwieweit die Übertragung des landwirtschaftlichen Mehrprodukts die rasche Industrialisierung im Rahmen der ersten Fünfjahrpläne ermöglicht habe. Die meisten westlichen Autoren gehen von einem sehr hohen Industrialisierungsbeitrag der Landwirtschaft aus; Stalin habe in den 30er Jahren die Konzeption Preobraženskij in übersteigerter Form durchgesetzt. Auch J. Ellenstein schreibt (a.a.O., S. 72), daß die Bauern „den Preis für die Industrialisierung zu zahlen“ hatten. Die seit Ende der 60er Jahre veröffentlichten Arbeiten des sowjetischen Historikers A. A. Barsov, in denen der Werttransfer zwischen Stadt und Land auf Grund neuer Quellen erstmals genauer untersucht wird, kommen hingegen zu dem Ergebnis, daß die Landwirtschaft keinen nennenswerten Industrialisierungsbeitrag geleistet habe, wohingegen innerindustrielle Akkumulationsquellen eine viel größere Rolle gespielt hätten. U. Weissenburger kommt aufgrund eigener Forschungen zu ähnlichen Ergebnissen: „Es kann daher nicht bezweifelt werden, daß ... die industrielle Kapitalbildung keineswegs überwiegt auf Kosten eines aus der Landwirtschaft abgeschöpften Mehrprodukts erfolgt ist ... Sowohl aufgrund der mengenmäßigen Entwicklung der Warenströme zwischen Landwirtschaft und nichtlandwirtschaftlichem Sektor als auch der Entwicklung der Terms of Trade läßt sich demnach auch für den Zeitraum ab 1933 für den Agrarsektor insgesamt keine prinzipielle Verschlechterung in den Austauschbeziehungen mit dem nichtlandwirtschaftlichen Bereich erkennen. Es ist Barsov folglich zuzustimmen, daß ein aus der Landwirtschaft abgeschöpftes Mehrprodukt keinen entscheidenden Beitrag zur Industrialisierung 1928–1940 geleistet hat.“ U. Weissenburger, *Der Beitrag der Landwirtschaft zur Industrialisierung der Sowjetunion 1928–1940. Bemerkungen zu den Untersuchungen von A. A. Barsov*, Kassel 1977, S. 13 und 18 (Man.). Literatur zu diesem Problem: A. A. Barsov, *Sel'skoe chozjajstvo i istočniki socialističeskogo nakoplenija v gody pervoj pjatiletki*, *Istorija SSSR* 1968, Nr. 3, S. 64–82; ders., *Balans stoimostnych obmenov meždu gorodom i derevnej*, Moskau 1969; J. R. Millar, *Soviet Rapid Development and the Agricultural Surplus Hypothesis*, *Soviet Studies*, Vol. 22, Jg. 1970/71, Nr. 1, S. 77–93; ders., *Mass Collectivization and the Contribution of Soviet Agriculture to the First Five-Year Plan: A Review Article*, *Slavic Review* 1974, Nr. 4, S. 750–766.

36 Einzelheiten bei V. I. Kas'janenko, a.a.O.

37 Vgl. den Dokumentenband *Političeskij i trudovoj pod-em rabočego klassa SSSR (1928–1929 gg.)*, Moskau 1956, sowie G. Erler, *Kollektivierung, Industrialisierung, Kulturfeldzug. Entwicklungslinien der Sowjetgesellschaft zwischen 1927 und 1933*, in: *Kunst in die Produktion! Sowjetische Kunst während der Phase der Kollektivierung und Industrialisierung 1927–1933*, Berlin-West 1977, S. 184–200. Untersuchungen der Formen der Betriebsdemokratie in den 20er Jahren, etwa der Produktionsberatungen, würden die Aussage Ellenstein's, damals hätte „jegliche Demokratie“ gefehlt (a.a.O., S. 56), relativieren.

38 Sie umfaßte Betriebe mit mehr als 15 Arbeitern bei Vorhandensein eines Motors und mit mehr als 30 Arbeitern bei Fehlen von Motoren, wobei es in einigen Industriezweigen geringfügige Abweichungen von dieser Definition gab; vgl. *Izmenenija v čislennosti i sostave sovetskogo rabočego klassa*, Moskau 1961, S. 9. Daten nach ebenda, S. 9, 13, 15. — Gegen Ende des Bürgerkriegs hatte die Zahl der Industriearbeiter — aufgrund der Einberufungen in die Rote Armee, der Abwanderung aufs Land und in das Kleinergewerbe, der Mobilisierung für die Arbeit in den neuen staatlichen Organen — stark abgenommen, doch ist schwerlich von einer „völligen Auflösung des Proletariats“ (J. Ellenstein, a.a.O., S. 12) zu

sprechen. Eine „völlige Auflösung“ hätte den sofortigen ökonomischen und politischen Zusammenbruch der Sowjetmacht zur Folge gehabt. Auch die Aussage von P. W. Schulze: Die Arbeiterklasse „stagnierte quantitativ in der NEP-Phase aufgrund der sehr langsamen Rekonstruktion der industriellen Produktion“ (Herrschaft und Klassen in der Sowjetgesellschaft. Die historischen Bedingungen des Stalinismus, Frankfurt/M./New York 1977, S. 152) läßt sich nicht verifizieren.

39 Trud v SSSR. Spravočnik 1926–1930 gg. Moskau 1930, S. 1.

40 Narodnoe chozjajstvo SSSR 1922–1972 gg., Moskau 1972, S. 35.

41 Die folgenden Angaben entstammen dem Band Trud v SSSR. Spravočnik 1926–1930 gg., Moskau 1930, S. XII und 26 (Beschäftigungsdauer), 27–29 (soziale Herkunft und Verbindung zum Land), 30–31 (Analphabetenquote und Schulverweildauer), 34–35 (Parteizugehörigkeit und gesellschaftliche Aktivität). Eine ausführliche Interpretation der Angaben ist von U. Zänker (a.a.O., S. 192–250) vorgenommen worden. Die Ende der 20er Jahre ermittelten Daten erscheinen relativ zuverlässig, obgleich bei einigen Fragen (etwa nach dem Besitz von Land aus steuerlichen Erwägungen heraus) unrichtige Antworten gegeben worden sein mögen.

42 Die meisten Arbeiter lasen regelmäßig Zeitungen, wobei es erhebliche branchenmäßige und regionale Unterschiede gab. Männliche Leningrader Metallarbeiter lasen zu 86,8 Prozent regelmäßig und zu 9,7 Prozent unregelmäßig die Tagespresse, bei den männlichen Steinkohlenarbeitern des Donbass waren es 45,5 bzw. 29,4 Prozent, bei den Arbeiterinnen der Baumwollindustrie im Gebiet von Ivanovo waren es 33,6 bzw. 22,5 Prozent. Jüngere, männliche, qualifiziertere Arbeiter, die in der Kommunistischen Partei organisiert oder gesellschaftlich tätig waren, lasen häufiger Zeitungen als dem Durchschnitt der Arbeiterklasse entsprach. Vgl. A. Rašin, Sostav fabrično-zavodskogo proletariata SSSR. Moskau 1930, S. 152–158.

43 „Die Daten zeigen, daß die alten Kader in unserer Großindustrie zu einem großen Teil erhalten geblieben sind, sich durch den Bürgerkrieg und die wirtschaftlichen Zerstörungen im wesentlichen nicht aufgelöst haben und nach einer gewissen Zwischenperiode wieder in die Produktion zurückgekehrt sind.“ N. Evreinov im Vorwort zu A. Rašin, a.a.O., S. V. In der Baumwollindustrie des Moskauer Gebiets waren 25,5 Prozent aller Arbeiter mehr als 20 Jahre beruflich tätig gewesen (ebenda, S. VIII).

44 „Die historische Aufgabe des Proletariats ist es, alle Elemente der alten Gesellschaft umzuschmelzen, umzuformen, umzuerziehen, die diese ihm in Gestalt der aus dem Kleinbürgertum stammenden Menschen hinterläßt. Dazu ist es aber erforderlich, daß das Proletariat diese Menschen umerzieht und auf sie Einfluß ausübt, nicht aber jene auf das Proletariat.“ (V. I. Lenin, Polnoe sobranie sočinenij, Bd. 19, Moskau 1961, S. 107).

45 Briefe Lenins an V. M. Molotov vom 24. und 26. März 1922, in: ebenda, Bd. 45, S. 17–21. A. I. Vdovin argumentiert, daß in den 30er Jahren eine etwa fünfjährige Betriebsarbeit für den Erwerb der „sozialen Psychologie der Arbeiterklasse“ ausgereicht hätte (Socialističeskaja rekonstrukcija narodnogo chozjajstva i social'naja psihologija novych popolenij rabočego klassa, in: Rabočij klass i industrial'noe razvitie SSSR, Moskau 1975, S. 101–110).

46 Punktuell ist jedoch auch in dieser Zeit auf die Bedeutung des Außenfaktors hingewiesen worden. Immer wieder zitiert wurde eine Passage aus der Rede Stalins vom 4. Februar 1931: „Das Tempo verlangsamten, das bedeutet zurückbleiben. Und Rückständige werden geschlagen. Wir aber wollen nicht die Geschlagenen sein. Nein, das wollen wir nicht! Die Geschichte des alten Rußland bestand unter anderem darin, daß es wegen seiner Rückständigkeit fortwährend geschlagen wurde. Es wurde geschlagen von den mongolischen Khans. Es wurde geschlagen von den türkischen Begs. Es wurde geschlagen von den schwedischen Feudalen. Es wurde geschlagen von den englisch-französischen Kapitalisten. Es wurde geschlagen von den japanischen Baronen. Es wurde von allen geschlagen wegen seiner Rückständigkeit. Wegen seiner militärischen Rückständigkeit, seiner kulturellen Rückständigkeit, seiner industriellen Rückständigkeit, seiner landwirtschaftlichen Rückständigkeit. Es wurde geschlagen, weil das einträglich war und ungestraft blieb. ... Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zustande,

oder wir werden zermalmt.“ (J. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 398–399).

47 Die folgende Chronologie ist alles andere als vollständig und systematisch; sie soll dazu anregen, die Auswirkungen der internationalen Mächtokonstellation auf die Entwicklung der UdSSR weiter zu untersuchen. Literatur: D. Geyer (Hrsg.), Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion. Außenpolitik I (1917–1955), Köln/Wien 1972 (mit weiterführender Literatur); Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, 1. Teil (1917–1945), Berlin 1969; I. K. Kobljakow, Die UdSSR im Kampf für den Frieden gegen die Aggression 1933–1941, Moskau 1977; M. Beloff, The Foreign Policy of Soviet Russia 1929–1941, 2 Bde., London 1955–1956.

48 J. Elleinstein, a.a.O., S. 124.

49 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie C: 1933–1937, Bd. 1, 2, Göttingen 1971, S. 557–562, hier S. 561.

50 H.-A. Jacobson in: Osteuropa Handbuch, a.a.O., S. 266.

51 K. D. Erdmann in: B. Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4 (8. Aufl.), Stuttgart 1961, S. 255.

52 Denkschrift Hitlers über die Aufgaben eines Vierjahresplans, in: Vierteljahresshfte für Zeitgeschichte 1955, S. 204–210, hier S. 205.

53 G. L. Weinberg (Hrsg.), Die geheimen Abkommen zum Antikominternpakt, Dokumentation, Vierteljahresshfte für Zeitgeschichte 1954, S. 193–201.

54 H. A. Jacobson, a.a.O., S. 268.

55 Gründe für eine solche Interpretation nennt I. K. Kobljakow, a.a.O., S. 123–165.

56 „Der grundstürzende Umbau der sozialökonomischen Basis setzte eine Periode friedlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Staaten voraus. Die Aufrechterhaltung des Friedens war das vordringliche Interesse der sowjetischen Außenpolitik. Diese Vorbedingung konnte nicht unter allen Umständen als gesichert gelten.“ D. Geyer in: Osteuropa-Handbuch, a.a.O., S. 59.

57 Dieser Ausdruck ist von Stalin wiederholt verwendet worden: „Bei der Verwirklichung des Fünfjahrplans und bei der Organisation des Sieges auf dem Gebiete des industriellen Aufbaus hat die Partei die Politik des maximal beschleunigten Tempos der Entwicklung der Industrie durchgeführt. Die Partei hat das Land gleichsam angepeitscht, um seinen Vormarsch zu beschleunigen... Nur auf diese konnte dem Lande die Möglichkeit gegeben werden, in aller Eile auf der Basis der neuen Technik umzurüsten und endlich die breite Heerstraße der Entwicklung zu betreten.“ (Rede vom 7. Januar 1933, in: Fragen des Leninismus, a.a.O., S. 455).

58 Dies deutete V. M. Molotov auf dem XVIII. Parteitag an: „Wir müssen konstatieren, daß auch im zweiten Fünfjahrplan das Wachstum der Schwerindustrie bedeutend schneller war als das der Konsumgüterindustrie. Der Hauptgrund lag darin, daß wir während des zweiten Fünfjahrplans bedeutende Veränderungen im Plan für die industrielle Entwicklung vornehmen mußten. Wir hatten, wie auch während des ersten Fünfjahrplans, angesichts der internationalen Verhältnisse das vorgesehene Tempo für die Entwicklung der Verteidigungsindustrie zu erhöhen, und hierfür wurde ... nicht wenig aufgewendet. Dieser Umstand erforderte eine bedeutende Beschleunigung der Entwicklung der Schwerindustrie, teilweise auf Kosten des Wachstumstempo der Leichtindustrie.“ Vgl. XVIII sjezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj Partii (b), 10–21 mart 1939 g., Moskau 1939, S. 282–315, hier S. 284–285. Vgl. auch M. Dobb, Soviet Economic Development Since 1917, London 1972, S. 279–280; R. Lorenz, a.a.O., S. 228 ff.

59 Daten nach: Itogi desjatiletija Sovetskoj vlasti v cifrach (1917–1927), Moskau o.J., S. 74; Osteuropa-Handbuch, a.a.O., S. 265; 50 let Vooružennyh Sil SSSR, Moskau 1968, S. 198 und 234. J. Elleinstein nennt (a.a.O., S. 201) für 1922 irrtümlich 5 Mio Soldaten.

60 Die folgenden Daten nach: A. Nove, An Economic History of the USSR, Harmondsworth 1969, S. 227–228; V. I. Kas'janenko, a.a.O., S. 220. Bei ihrer Bewertung ist zu berücksichtigen, daß die Kaufkraft des Rubel in den 30er Jahren nicht stabil war, sondern oftmals sank.

Hannes Heer, Dirk Hemje-Oltmanns, Volker Ullrich

Organisationsgeschichte oder Geschichte der „eigentlichen Arbeiterbewegung“?

Zu neueren Veröffentlichungen über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und die verschiedenen Formen ihrer historiographischen Verarbeitung war Thema in *Argument* 63 (1971) und in dem Sonderband „Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)“ (1972). Das zunehmende Interesse, das die Geschichte der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren in der Bundesrepublik bei der Geschichtsschreibung gefunden hat, wurde danach nur noch in der Rezensionsabteilung registriert. Eine Fortsetzung der Diskussion über „Geschichte und Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung“ erscheint auch deshalb notwendig, weil gerade in letzter Zeit neuere Entwicklungen in der Historiographie dieses Gebiets zu beobachten sind. Die unterschiedlichen Ansätze, die sich hierbei herausdifferenziert haben, sollen im folgenden anhand einiger Exponenten dargestellt werden.

I.

Überblickt man die Veröffentlichungen der SPD-nahen Historiographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der letzten Jahre, so lassen sich vor allem zwei Tendenzen feststellen: Das bislang mit frühen Ausnahmen (v. Oertzen) dominierende integrationistische Geschichtsbild über die Arbeiterbewegung ist partiell ins Wanken geraten. Ansätze einer historiographischen Emanzipation vom traditionellen historischen Selbstverständnis der SPD-Führung lassen sich erkennen. Damit einher geht der Versuch, das methodische Instrumentarium zu überprüfen und zu ergänzen. Das zeigt sich vor allem in der Absicht, aus den eingefahrenen Geleisen der Organisations- und Ideologiegeschichte herauszutreten und die Geschichte der Arbeiterorganisationen auf ökonomische und gesellschaftliche Strukturen, auf Lage und Bewußtsein der Arbeiter und ihre politischen und sozialen Kämpfe zu beziehen. Wieweit dies gelingt, soll im folgenden exemplarisch an der Studie von D. Groh „Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges“ (1973) untersucht werden. Sie repräsentiert zweifellos den fortgeschrittensten Erkenntnisstand innerhalb der SPD-nahen akademischen Geschichtsschreibung.

Grohs Arbeit ist in doppelter Hinsicht um Modernität bemüht: Zum einen betrachtet sie Organisation, Ideologie und Politik der Sozialdemokratie im Zusammenhang mit gesamtgesellschaftlichen Prozessen im Kaiserreich. Insofern erhebt sie den Anspruch einer umfassenden, alle Teilaspekte integrierenden „allgemei-

nen Geschichte“ (20) der Arbeiterbewegung. Zum anderen versucht Groh, sozialpsychologische Methoden und Fragestellungen für die Untersuchung der Geschichte der Arbeiterbewegung nutzbar zu machen. Hier beansprucht er sogar, Pionierarbeit zu leisten, da die Geschichtswissenschaft in der BRD und in der DDR nach seinem Urteil den Erklärungswert sozialpsychologischer Theorien und Kategorien noch nicht hinreichend erkannt und in die methodologische Reflexion aufgenommen habe (50).

Bei der Darstellung der gesellschaftlichen Strukturen des Kaiserreichs greift Groh auf eine – letztlich bereits von Max Weber formulierte – „Modernisierungstheorie“ zurück, derzufolge der Prozeß der Industrialisierung sich reibungslos nur vollziehen lasse, wenn er von demokratischen Reformen begleitet werde. Die gesellschaftlichen Führungsgruppen im wilhelminischen Deutschland hätten indes Industrialisierung gewollt, „ohne den Preis, nämlich politische Innovationen, dafür zu zahlen“ (30). Die Folge sei gewesen, daß die herrschenden Klassen mittels „cäsaristisch-bonapartistischer Herrschaftstechniken“ (29) die sozialdemokratische Arbeiterschaft bekämpfen und niederhalten mußten und diese daher nur „negativ“ in das wilhelminische System integriert werden konnte. Den Prozeß der „negativen Integration“ sieht Groh kennzeichnet „durch zunehmende ökonomische Besserstellung und Tendenzen zur rechtlichen und faktischen Gleichberechtigung einerseits bei gleichzeitiger grundsätzlicher Verweigerung der Gleichberechtigung in Staat und Gesellschaft und Fortdauer der Ausbeutung und Unterdrückungsmaßnahmen andererseits“ (36). Ihm habe auf seiten der Sozialdemokratie „das Verhaltensmuster des revolutionären Attentismus“ entsprochen, dessen Inhalt Groh durch ein „Konglomerat von politischer Abwartehaltung, auf Umsturz der bestehenden Verhältnisse zielender Revolutionshoffnung und verbalem Radikalismus“ (36) bestimmt sieht.

Auf der Grundlage der behaupteten Dialektik von „negativer Integration und revolutionärem Attentismus“ verfolgt Groh die Entwicklung der Sozialdemokratie vom Zerfall des Bülowblocks 1909 bis zum Kriegsausbruch 1914. Dabei gelingt es ihm, auf der Beschreibungsebene über die bisher übliche starre Dreiteilung hinaus differenzierte Unterscheidungen zwischen den einzelnen Parteiflügeln vorzunehmen. Diese bildeten, wie Groh nachweist, keineswegs homogene Gruppierungen, sondern wiesen vielfältige Zwischentöne und fließende Übergänge auf. So unterscheidet Groh ein zwischen dem Parteizentrum und dem linken „Flügel“ vermittelndes „Linkes Zentrum“ (149), dem er u. a. auch Karl Liebknecht zurechnet.

Die Darstellung der politischen Praxis des Parteizentrums – nicht seiner theoretischen Konzeption, deren Essenz Groh in Übereinstimmung mit Matthias' „Kautskyanismus“-Interpretation als „Integrationsideologie“ bestimmt (198) – bilden die stärksten Parteien der Arbeit. Groh kann – besonders eindringlich am Beispiel der preußischen Wahlrechtsbewegung von 1910 (128 ff.) – zeigen, daß die zentristische Parteiführung ihre Energien zunehmend darauf konzentrierte, jede auf gesellschaftliche und politische Veränderung gerichtete Aktivität der Mitglieder zu dämpfen und zu neutralisieren, nicht nur um Konflikte größeren Ausmaßes mit der als übermächtig interpretierten Staatsmacht, sondern auch um eine von rechts befürchtete Abspaltung zu umgehen. In dieser Vermei-

dungsstrategie sieht Groh – schon angedeutet in der von ihm erstmals umfassend analysierten „Partei­krise“ von 1913 (461 ff.) – eine langfristig wirkende Ursache für die dann im Weltkrieg eingetretene Parteispaltung, da sie die für gesellschaftliche Umgestaltung ungenutzten Potentiale und Energien der sozialdemokratischen Organisationen gleichsam nach innen umlenkte und so „die Einheit der Partei und darüber hinaus die der gesamten Arbeiterbewegung gefährdete“ (490). In diesem Zusammenhang verdienen auch die von Groh beigebrachten empirischen Belege für die seit 1910 systematisch betriebene Ausschaltung der linken Parteiintellektuellen aus ihren Positionen, vor allem aus den Redaktionen der sozialdemokratischen Tageszeitungen (200 ff.), Beachtung. Die Praxis der Gängelung und Disziplinierung der Linken in der Partei, wie sie sich dann im Kriege einbürgerte und mit deren Herausdrängung aus der SPD endete, war hier bereits vorgezeichnet.

So minuziös Grohs Arbeit Politik und Taktik der SPD-Parteiführung in Auseinandersetzung mit den Repressions- und Integrationsstrategien der konservativen Führungsschichten beschreibt, so wenig erfaßt sie, was sich an Basisprozessen in der Partei abspielte. Geschichte der Sozialdemokratie wird von Groh reduziert auf eine Geschichte ihrer Führungsgruppen. Die Mitglieder fungieren bei ihm lediglich als Kulisse, was sich immer wieder in verallgemeinernden Wendungen wie „die Masse der Mitglieder und Sympathisanten“ (193) ausdrückt. Präzise Aufschlüsse über die dominierenden Bewußtseinslagen der sozialdemokratischen Mitglieder und Anhänger wie auch über die soziale Basis der verschiedenen Richtungen in der Partei sucht man bei Groh vergebens. Deutlich ist die Tendenz, die Auffassungen der „Masse der Parteimitglieder“ mit denen der zentristischen Parteiführer zu identifizieren und diesen zu bescheinigen, sie hätten „die unbewußten und bewußten Wünsche der großen Mehrheit der Partei artikuliert“ (206).

Indem Grohs Optik vorwiegend der Handlungsebene der oberen Parteigremien und Führungsgruppen im Staatsapparat verhaftet bleibt, führt ihn sein sozialpsychologischer Ansatz, der im übrigen an keiner Stelle der Arbeit systematisch entwickelt, sondern nur sporadisch mit der Darstellung verknüpft wird, häufig in die Nähe individualisierender bzw. biologisierender Deutungen, etwa wenn Bebels Krankheit für die „Malaise der Partei“ (188 f.) oder Moltkes „schweres Leberleiden“ für „die stark pessimistische Tendenz“ (623) bei den deutschen Militärs am Vorabend des Weltkrieges mitverantwortlich gemacht wird. Manchmal hat es den Anschein, als diene die sozialpsychologische Begrifflichkeit dem Autor lediglich dazu, objektive gesellschaftliche Tatbestände zuzudecken bzw. subjektivistisch umzubiegen. So werden z. B. die sich verschärfenden Klassengegensätze vor 1914 darauf zurückgeführt, daß die herrschenden Klassen „die aus dem Beharren auf ihre ökonomische Ausbeuterposition und ihrem Herrschaftsvorteil entstehenden unbewußten Schuldgefühle durch Projektion auf die unterdrückte Klasse“ (49) hätten abwehren wollen.

Insgesamt verbleibt Grohs Arbeit trotz angestrebten Bemühens um Detailgenauigkeit und Vielfalt der Fragestellungen stärker im Rahmen der sozialdemokratisch-integrationistischen Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung, als es zunächst den Anschein hat. Das zeigt sich daran, daß unbefragt in die Analyse

zwei Prämissen eingehen, die den Interpretationsrahmen auf problematische Weise konstituieren: die eine, daß das repressive Verhalten der herrschenden Klassen im Kaiserreich gegenüber der Arbeiterbewegung auf einen Mangel an „aufgeklärtem Selbstinteresse“ zurückzuführen sei, „freiwillig auf einige ihrer wesentlichen Vorrechte zu verzichten“ (55), als hätte es bei der vorliegenden Klassenkonstellation im wilhelminischen Deutschland überhaupt eine Alternative geben können. Die andere, daß die Emanzipationsbewegung des Proletariats sowohl von ihrer objektiven Interessenlage wie von deren subjektiver Wahrnehmung her vor allem eine Bewegung mit dem Ziel der politischen Gleichberechtigung gewesen sei (35). Hier nähert sich Groh stark dem herkömmlichen Erklärungsschema der sozialdemokratischen „Hausgeschichtsschreibung“ an, das eine ungebrochene Reformlinie und Integrationsbereitschaft in der deutschen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis zum Godesberger Programm konstruiert.

II.

In Abgrenzung von solcher Richtung sozialdemokratischer Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung, wie sie von Groh vertreten wird, haben sich in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Ansätze herausgebildet, die sich zur Aufgabe stellen, die Geschichte der Sozialdemokratie – auch ihrer revolutionären Elemente – von einem materialistischen Standpunkt aus aufzuarbeiten. Dieser Anspruch wird jedoch in sehr unterschiedlicher Weise eingelöst. So verspricht z. B. P. Strutynski – von einer „richtigen, d. h. materialistischen Methode des Denkens und Handelns“ ausgehend – durch eine „möglichst genaue Wiedergabe der theoretischen Auseinandersetzungen“ zwischen Marxisten und Revisionisten um die Jahrhundertwende Aufschluß über den „tatsächlichen Stand der Sozialdemokratie um 1900“ (3) zu geben. Die Frage, ob die Rekonstruktion der Theoriediskussion ausreicht, um den realen Entwicklungsstand der Sozialdemokratie um 1900 zu erfassen, wird von Strutynski nicht einmal ansatzweise problematisiert. Weil er die soziale Basis der revisionistischen Strömung und ihre Verankerung in der Partei- und vor allem in der Gewerkschaftspraxis nicht in den Blick bekommt, muß es ihm z. B. „unbegreiflich“ bleiben, „daß auch auf dem Dresdener Parteitag (von 1903) der Kampf gegen den Revisionismus verbal blieb und keine verbindlichen Formen annahm“ (199).

In der Vorgehensweise unterscheidet sich diese Arbeit in keiner Weise von den – vom Vf. als unbrauchbar abgetanen – ideengeschichtlichen Untersuchungen von E. Matthias oder H. J. Steinberg. Was sie allerdings von diesen trennt, ist außer der negativen Bewertung des Revisionismus eine geringere materiale Kenntnis der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Auf sie trifft das schon von Engels in seinem Brief an Conrad Schmidt vom 5. 8. 1890 geäußerte Verdikt zu, daß „die Phrase des historischen Materialismus nur zu vielen jüngeren Deutschen nur dazu (dient), ihre eigenen relativ dürftigen Kenntnisse (. . .) schleunigst systematisch zurechtzukurieren und sich dann sehr gewaltig vorzukommen“ (MEW 37, S. 437).

Von der Studie Strutynskis scheint sich die im Umfeld der Marburger Abendroth-„Schule“ entstandene Arbeit von G. Fülberth und J. Harrer über „Die

deutsche Sozialdemokratie 1890 – 1933“ (1974) dadurch zu unterscheiden, daß sie nicht auf eine ideen- oder ereignisgeschichtliche Rekonstruktion der Parteienentwicklung Wert legt, sondern vielmehr darauf, die jeweils eingetretenen Veränderungen in Struktur und Funktion der Sozialdemokratie aus den objektiven Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems in Deutschland herzuleiten.

Die Verfasser bemühen sich einleitend um eine Definition des Begriffs „Reformismus“. Sie wollen darunter „eine Richtung der Arbeiterbewegung“ verstanden wissen, „die eine Verbesserung und Stabilisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen unter grundsätzlicher Beschränkung auf Reformen, die innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und ihrer politischen Verfassung ökonomisch möglich und juristisch erlaubt sind, herbeizuführen sucht“ (7). Dieser sozialdemokratische Reformismus zergliedert sich für die Verfasser in zwei Hauptkomponenten, eine „sozialliberal-integrative“ und eine „reformsozialistische“.

Die letztere unterscheidet sich von der ersteren dadurch, daß sie „grundsätzlich am Ziel der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und – teilweise – auch der Terminologie der Marxschen Kapitalismuskritik und am Klassenkampfpostulat“ festhält, in den anzuwendenden Mitteln sich allerdings „auf das politische Instrumentarium des bürgerlichen Staates beschränkt und den Ziel-Mittel-Konflikt zugunsten des parlamentarischen Verfahrens (...) entscheidet“ (14). Ausgehend von dieser Begriffsbestimmung unternehmen es Fülberth/Harrer, „die Entfaltung der durch die Parallelität und Vermischung von sozialliberalem und sozialistischem Reformismus geprägten politischen Struktur der Sozialdemokratie in Deutschland bis zur Zerstörung der Weimarer Republik nachzuzeichnen“ (19).

So dankenswert es ist, daß die Autoren ihr Erkenntnisinteresse explizit benennen, so ist doch zu fragen, auf welcher Basis eine solche formale, rein politologische Definition steht. Sie wird auch im folgenden Gang der Darstellung nicht entwickelt, sondern geht als unabgeleiteter Maßstab in die Analyse ein. Dabei lassen sich die von Fülberth/Harrer benutzten Begriffe „sozialliberal-integrativ“ bzw. „reformsozialistisch“ schwerlich auf die Verhältnisse der SPD vor 1914 anwenden. Sie scheinen eher aus einer aktuellen Diskussion über den inneren Zustand der heutigen SPD und möglicher Anknüpfungspunkte für Bündnispolitik zu entstammen.

Ähnlich unverbunden bleibt der Versuch, „Rahmenbedingungen“ für das anzugeben, was dann Geschichte der SPD heißt. Denn diese Rahmenbedingungen sind in sich selbst vielfach nicht schlüssig interpretiert, falsch gewichtet, lückenhaft und vor allem: sie stehen in keinem stringenten Bezug zu dem, was die Autoren als Parteigeschichte entwickeln wollen. Einige Beispiele: „Die Große Depression *fiel* seit 1876 mit einer (...) Agrarkrise *zusammen*“ (38). „Zu den Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung *gehört weiterhin*“ und dann folgt – in einem Atemzug – der Hinweis auf eine längere außenpolitische Ruhelage und den Übergang Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat (40). Später heißt es: „*In den Zusammenhang* enger Kooperation zwischen Staatsapparat und Interessen der Schwerindustrie (...) gehört der Bau einer großen

Kriegsflotte seit 1898“ (73). Dieser lediglich einige Stichworte assoziativ aneinanderreihenden Technik entspricht es, wenn die Autoren ökonomische und gesellschaftliche Prozesse nur als voneinander graduell, nicht aber qualitativ unterschieden beschreiben. So ist z. B. für die Zeit von 1873 bis 1896 davon die Rede, daß die Banken „wachsenden Einfluß auf die Produktion nahmen und deren Konzentration ihrerseits vorantrieben“ (37). Hier wüßte man gerne, ob es sich um eine qualitativ neue Erscheinung, wie sie Hilferding in seinem „Finanzkapital“ beschrieben hat, handelt, und in welchen Industriesektoren die Konzentration durch das Bankkapital „vorangetrieben“ wurde. Oder, wenn von der „wachsenden Differenzierung der Belegschaften“ (42) gesprochen wird: in welchen Industrien vollzog sie sich, in welchen Proportionen und durch welche technischen Neuerungen? Wie sehr die von Fülberth/Harrer beschriebenen Rahmenbedingungen wirklich nur ein Rahmen sind, der mit der Parteientwicklung nur die raum-zeitliche Übereinstimmung gemeinsam hat, also in einer äußerlichen Relation zu ihr steht, zeigt sich immer wieder: Was folgt z. B. aus den auf S. 41 mitgeteilten Fakten über die materielle Lage der Arbeiterklasse für die Entwicklung von unterschiedlichen Bewußtseinsformen? Was ergibt sich aus der S. 48 f. mitgeteilten starken Fluktuation bei den Gewerkschaften, dem höheren Organisationsgrad der Facharbeiter, der Zunahme der Industriearbeiterschaft für die inneren Prozesse in Partei und Gewerkschaften? Solche Fragen werden von den Autoren nicht systematisch aufgegriffen und diskutiert. Auch sie können deshalb nicht genau angeben, wo eigentlich die materiellen Ursachen für die Entstehung und Durchsetzungsfähigkeit des Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung lagen. Ausdruck dieses Erklärungsdefizits ist der Rückgriff auf die alte These von der Arbeiteraristokratie. Sie erscheint bei Fülberth/Harrer allerdings in einem neuen Licht. Die Zugehörigkeit zur Arbeiteraristokratie wird nicht mehr allein durch die materielle Situation (Lohnhöhe) konstituiert, sondern auch durch eine auf Integration in das imperialistische Gesellschaftssystem abzielende Politik. Da eine solche vor 1900 nicht vorliegt, existiert für die Autoren – trotz schon bestehender ökonomischer Differenzierung – das Problem der Arbeiteraristokratie in diesem Zeitraum nicht, abgesehen von einigen Partei- bzw. Gewerkschaftsführern, die „unter Umständen“ mit der politisch „zurückgebliebenen Majorität des Proletariats“ konvergieren (52). Erst nach dem Übergang zum Imperialismus – den die Autoren mit der Jahrhundertwende ansetzen (72) – wird die Arbeiteraristokratie eine massenhafte Erscheinung. Sie wird jetzt gebildet von zwei Blöcken: 1. von Gewerkschaftsführern und besserbezahlten Arbeitern, die aber nicht in der Partei waren (91); 2. von Parteiführern und Mitgliedern in ländlichen Gebieten bzw. SPD-Wählern, die nicht Mitglied waren (92).

Über die Zugehörigkeit zur Arbeiteraristokratie entscheidet – nach dieser Analyse – Politik und Bewußtsein. Deren materielle Quellen aber werden gerade nicht dargelegt. Materielle Bedingungen sind nur noch Zusatz-Determinanten – so der Hinweis auf die Diäten beziehende Parlamentsfraktion – oder völlig willkürliche: einmal sind die schlechtbezahlten nichtgewerkschaftlichen Schichten Bestandteil der Arbeiteraristokratie, dann die gutbezahlten nurgewerkschaftlichen. Das, was die Leninsche These an materiellem Kern enthielt, hat sich vollends verflüchtigt.

Lenin gegen Fülberth/Harrer verteidigen, heißt nicht, ihn zu akzeptieren: Die Beschränkung auf den Lohn-Faktor blendet die Vielzahl von weiteren bestimmenden Faktoren – Qualifikation, Herkunft, Grad der Teilung der Arbeit, Wohnviertel usw. – aus einer Analyse von vornherein aus. Zudem: der Bestechungsvorgang ist – spätestens von Lenins Epigonen – als ein von der Bourgeoisie mit Wissen und Willen unternommener, also nicht objektiv-klassenmäßiger interpretiert worden.

Können Fülberth/Harrer schon keine plausible materialistische Erklärung für die sozialen Wurzeln des Reformismus in der SPD vor 1914 anbieten, so bleibt die Herausbildung der zentristischen Strömung in der Vorkriegssozialdemokratie gänzlich unerhell. Dieser Mangel setzt sich fort in einer ungenauen Standortbestimmung der USPD. Die These, daß „mit MSPD und USPD (. . .) während des ersten Weltkrieges die beiden Hauptkomponenten sozialdemokratischer Politik: integrationistischer und parlamentarisch-sozialistischer Reformismus, in organisatorischer Verselbständigung nebeneinander“ (126) traten, wird erstens der heterogenen sozialen Struktur und der ambivalenten Funktion der USPD nicht gerecht und widerspricht zweitens auch der von den Autoren selbst geäußerten Auffassung, daß sich auch in der Weimarer SPD „dauerhaft eine linksreformistische Komponente halten“ konnte, die „mit sozialistischem Anspruch gegen die Koalitionspolitik auftrat und deren eindimensionale Durchsetzung blockierte“ (139).

Eine weitere Schwachstelle der Interpretation von Fülberth/Harrer ist die Beurteilung der Rolle der Linken in der Vorkriegs-SPD. Die vornehmlich an R. Luxemburgs Massenstreikkonzeption geübte Kritik, sie hätte die Rolle der Partei vernachlässigt, weil die SPD „für eine solche revolutionäre Tätigkeit ungeeignet war“ (100), ist insofern borniert, als sie die subjektiven Erkenntnismöglichkeiten der Vertreter der Linken am abstrakten Postulat der Leninschen Parteitheorie mißt. Die kritische Perspektive der Verfasser gegenüber den Linken vor 1914 findet im übrigen in der Bewertung der Politik der KPD in der Weimarer Republik nicht immer ein Pendant. Hier werden manchmal Formulierungen gebraucht, die deutlich apologetische Tendenz tragen. So werden z. B. die katastrophalen Stimmenverluste der KPD in den Reichstagswahlen von 1924 mit dem bloßen Hinweis auf „heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen und eine nur mangelhafte taktische Umstellung auf die veränderte Situation“ (195) kommentiert. Die Mängel in der Darstellung von Fülberth/Harrer sind zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß sie keine eigenen Forschungen betrieben haben, sondern aus zweiter Hand schöpfen, vor allem aus den einschlägigen Untersuchungen der DDR-Geschichtsschreibung. Das Buch bietet keine neuen, die Diskussion vorantreibenden Fragestellungen, sondern bewegt sich in den engen Bahnen einer Parteigeschichte, für die die Politik der Parteispitzen allemal den Vorrang vor den Bewußtseinslagen und Verhaltensformen der ‚Basis‘ besitzt. Auf ihren eigentlichen Kern reduziert finden sich im übrigen die Thesen der beiden Autoren in dem von ihnen mit herausgegebenen Sammelband „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975“, der 1975 im Pahl Rugenstein Verlag veröffentlicht wurde. Wie stark bei diesem Unternehmen die acht-

bändige DDR-„Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ als Vorlage gedient hat, läßt schon ein einziger Blick in den Anmerkungsapparat erkennen.

III.

Marx hat in einer Fußnote des Maschineriekapitels die künftige materialistische Geschichtswissenschaft auf eine noch zu leistende Aufgabe hingewiesen – eine „*kritische Geschichte der Technologie*“: „Darwin hat das Interesse auf die Geschichte der natürlichen Technologie gelenkt, d. h. auf die Bildung der Pflanzen- und Tierorgane als Produktionsinstrumente für das Leben der Pflanzen und Tiere. Verdient die Bildungsgeschichte der produktiven Organe des Gesellschaftsmenschen, der materiellen Basis jeder besonderen Gesellschaftsorganisation, nicht gleiche Aufmerksamkeit?“ (MEW, 23, S. 392 f.). Die Stelle, an der eine solche Geschichte der Technologie vor allem einzusetzen und dem Verständnis weiterzuhelfen hätte, ist der Übergang von der absoluten zur relativen Mehrwertproduktion; letztere „revolutioniert durch und durch die technischen Prozesse der Arbeit und die gesellschaftlichen Gruppierungen“ (MEW, 23, S. 532 f.).

Marx hat selbst in einer kurzen Skizze den Zusammenhang zwischen den technischen Prozessen der Arbeit und dem Bildungsprozeß von Proletariat und Arbeiterbewegung dargestellt: die Manufaktur verwandelt den Handwerker in das „automatische Triebwerk einer Teilarbeit“ (MEW, 23, S. 381) und unterwirft ihn einer nach unterschiedlichen Qualifikationsstufen gegliederten Hierarchie. Beim Übergang zum modernen Fabriksystem wird der Maschinenautomat das Subjekt des Arbeitsprozesses, die Arbeiter sind nur noch als „bewußte Organe seinen bewußtlosen Organen beigeordnet“ (MEW, 23, S. 442); an die Stelle der Hierarchie tritt die Tendenz der Nivellierung mit dem Ergebnis einer umgeschichteten Arbeiterklasse: neben Maschinenarbeitern und Handlangern steht ein qualifiziertes Reparatur- und Kontrollpersonal. Diese Umwälzungen „der gesellschaftlichen Gruppierungen“ vollziehen sich gegen den Widerstand vor allem der qualifizierteren Arbeiter; dabei wird in der modernen Industrie die Maschine selbst „das machtvollste Kriegsmittel zur Niederwerfung der periodischen Arbeiteraufstände, Streiks usw.“ (MEW, 23, S. 459). Hier wird deutlich, wie eine die geschichtlichen Phasen der kapitalistischen Produktion präzisierende kritische Geschichte der Technologie die Darstellung der Struktur der Arbeiterklasse und ihrer Insubordination erst ermöglicht und daß nur die Synthese der genannten Elemente die Bezeichnung materialistische Geschichtswissenschaft verdient.

Während für die Frühzeit der englischen Arbeiterbewegung in den Studien von Hobsbawm, Thompson und zuletzt Vester bemerkenswerte Ansätze zu einer solchen Synthese vorliegen, sucht man solche in der Historiographie zur deutschen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik wie in der DDR vergebens. Nichts kennzeichnet ihren Stand besser als die Tatsache, daß die Frage nach den Gründen der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse – angesichts des Sieges des Faschismus, wie wir meinen, eine brennende Frage – bisher immer noch auf der Ebene der politischen Taktik beantwortet wird. Versuche, sie aus den Konstitutionsbedingungen des deutschen Kapitalismus inclusive seiner Überbaureflexe

abzuleiten, setzen zu spät ein und sind je nach politischem Standort zumeist über Kautsky/Levi oder Lenin/Rühle nicht hinausgekommen: die einen sehen in den unqualifizierten und lumpenproletarischen Massen die Basis der KPD und finden in ihrer Politik deren gesellschaftliche Stellung widergespiegelt, die andern begreifen den Reformismus der SPD als Programm einer aus qualifizierten und besserbezahlten Lohnabhängigen bestehenden Arbeiteraristokratie.

Zwei neuere Studien, obwohl sie vorgeben, auf der Basis einer kritischen Geschichte der Technologie Arbeitergeschichte zu schreiben, ordnen sich in diese Tradition ein. Wir meinen: K. H. Roth, „Die ‚andere‘ Arbeiterbewegung und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart“ (1974) und E. Brockhaus, „Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem 1. Weltkrieg“ (1975). Inspiriert wurden die beiden Neudeutungen durch eine italienische Veröffentlichung (S. Bologna, M. Cacciari, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, 1973). Roths Gang durch das erste halbe Jahrhundert Arbeiterbewegung läßt sich so knapp zusammenfassen:

1. Es gibt spätestens seit der Jahrhundertwende in Deutschland zwei Arbeiterbewegungen. Die eine ist die von Facharbeitern personell und ideologisch dominierte. Sie ist reformistisch. Die andere setzt sich zusammen aus den unqualifizierten und meist in Großbetrieben konzentrierten Arbeitern der Bergbau- und Schwerindustrie, den osteuropäischen Saison-Landarbeitern und den Werft- und Hafentarbeitern der Küstenstädte. Dieser Teil der Klasse ist ihre Avantgarde. – 2. Seit dem 1. Weltkrieg versucht das Kapital durch verstärkten Einsatz von Maschinerie und Ausdehnung der Frauenarbeit – dabei unterstützt von SPD und Gewerkschaften –, die qualifizierte Arbeit und damit die professionelle Arbeiterbewegung zu liquidieren und zu einer neuen Zusammensetzung der Klasse zu kommen. Diese Offensive wird durch die militärische Niederlage und die Novemberrevolution unterbrochen, die zunächst den gescheiterten Versuch der – in USPD und KPD organisierten – Facharbeiter zur Durchsetzung der Räteautonomie, dann 1920 und 21 die revolutionären, gleichfalls niederkartätschten Aufstandsversuche der „anderen“ Arbeiterbewegung auslösen. – 3. Mit dem kalkulierten Vorspiel der Inflation leitet das Kapital auf den Trümmern der beiden Arbeiterbewegungen die unterbrochene Rationalisierungsoffensive ein. Das Ergebnis dieses Vorstoßes auf der Basis eines modifizierten Ford-Taylor-Programmes plus spezifischer Unterdrückungsorgane ist die weitgehende Auflösung der alten Klassenpolarisierung in der neuen Kategorie des angelernten Fließbandarbeiters und zugleich eine neue Form der Arbeiterinsubordination. Diese besiegelt das Scheitern der Rationalisierung, löst die große Krise 1929 aus und läßt – als die Disziplinierung der Klasse mit Arbeitslosigkeit und Schupo nicht gelingt – dem Kapital keine andere Wahl, als den Faschismus auf den Plan zu rufen.

Es ist bei dieser Darstellung genauer zu fragen, welche Vorstellungen der Autor von den beiden Hauptklassen, deren Kampf er schildert, besitzt. Das Kapital betreffend finden sich solche Beschreibungen: auf dem Höhepunkt des Weltkrieges gibt es eine „Strategiedebatte der herrschenden Klasse“ und als deren Ergebnis den Plan, „den Gesamtarbeiter (...) nach einzelnen Produktionssektoren aufzuspalten und völlig neu zusammensetzen“ (41). Schon vor der sich abzeichnenden militärischen Niederlage ist das „kapitalistische Hirn“ bei neuen

Plänen und bald bei einem „konkreten Kampfprogramm“ (56 f.), das „die reaktionäre Avantgarde“ (72) in der Folge „unheimlich systematisch“ durchsetzt (70). Da die „deutschen Unternehmer sich bis ins Detail mit der Frage auseinandergesetzt (hatten), wie nach der Niederwalzung der proletarischen Insurrektionsbewegung (1918–21) die Reorganisation ihres Kommandos auf Fabrikebene auszusehen hätte“ (82), läuft die Rationalisierung planmäßig an – bis auf die unvorhergesehenen Hindernisse ab 1929. Aber auch darauf weiß es – siehe oben – unisono und eiskalt zu antworten (99 f.). Integraler Bestandteil der Offensive des Kapitals ist eine ständig wuchernde Fauna von halblegalen, zivilen, paramilitärischen, uniformierten Gewaltorganisationen: „Es sind (. . .) der ‚Landschutz‘, die Werftpolizeien, die ‚Zechenwehren‘ und die ‚Diebstahlvereine‘, welche die allgegenwärtige Peitsche des Meisters und immer schnell aufmarschierenden Truppen der Generalkommandos ergänzen.“ (37 f.). Bewegt werden diese vielfältigen Gewaltapparate von dem „Unternehmerstaat“ (105), von der Kapital, Staatsapparat und SPD-Führer umfassenden „Vaterlandspartei“ (46) oder – später – der „sozialdemokratisch-militärischen Reorganisationspartei“ (76). Roth nennt diese staats-kapitalistischen Zentren eine „eiserne Gewaltmaschine“ bzw. das „kapitalistische Monstrum“ (19). Faßt man diese einzelnen Aussagen zu einigen Hauptsätzen zusammen, so erscheint das Kapital als ein mit Hirn und Muskel begabter lebendiger Korpus; sein Hauptzweck besteht darin, die Arbeiterklasse durch Strukturierungs- und Repressionsmanöver niederzuhalten; das gelingt dem Kapital nach Roth – von zeitweiligen Rückzügen abgesehen – bruchlos. Eine solche Deutung wird der kapitalistischen Wirklichkeit nicht gerecht. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß Oberst Bauer oder Rathenau, das Kriegsamt oder der Verein deutscher Ingenieure nicht das Kapital sind und ihre Machinationen nicht der Motor seiner Entwicklung, sondern daß das Kapital ein „gesellschaftlicher Charakter“ ist (MEW, 25, S. 887), seine Aktivitäten „Wirkungen des gesellschaftlichen Mechanismus“ sind (MEW, 23, S. 618), weshalb Marx von den „Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion“ spricht (MEW, 23, S. 765). Das höchste Ziel, auch eines einzelnen Kapitalisten, ist dabei, „die Produktion von Mehrwert oder Plusmacherei“ (MEW, 23, S. 647). Die Arbeiterklasse ist als Lieferant lebendiger Arbeit dabei nur Mittel zum Zweck, ihr Einsatz erfolgt unter Gesichtspunkten der Profitrate und nicht denen des Unternehmersadismus. Schließlich entscheidet nicht das imaginäre Großhirn des Kapitals über die Krise, sondern die kapitalistische Eigenart, daß der Umfang der erzeugten Warenmassen „nicht von zu befriedigenden Bedürfnissen“ ausgeht, sondern bestimmt ist „durch die Stufenleiter der Produktion und das Bedürfnis der beständigen Ausdehnung dieser letzteren“ (MEW, 24, S. 80). Auch die Omnipotenz des Kapitals ist also Fiktion. Was hier stattfindet, ist eine gefährliche Subjektivierung objektiver, weil verdinglichter Verhältnisse.

Es geschieht aber mehr. Indem das „kapitalistische Monstrum“ identisch wird mit dem Staat, wird das für die kapitalistische Produktionsweise typische und notwendige Auseinanderfallen von Staat und Gesellschaft negiert, verlagert sich der Standpunkt der Betrachtung aus der Produktions- in die Zirkulationssphäre. Die Zirkulationssphäre ist es aber, in der der bürgerliche Staat fungiert, damit beauftragt, die formelle Gleichheit der Warenbesitzer und damit auch die ihr impli-

zite und vorangehende Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, also auch die Mehrwertproduktion, zu garantieren. Die Verlagerung der Betrachtung in die Zirkulationssphäre, dieses „wahre Eden der Menschenrechte“ (MEW, 23, S. 189), macht es erklärlich, wenn Roth bei Charakterisierung des Massenarbeiters und der Produktionsbedingungen, denen er unterliegt, zu Begriffen der bürgerlichen Revolution Zuflucht nimmt: der revolutionäre Massenarbeiter erscheint als „absolut *rechtlose* Pariaschicht“ (27), die sich in einem „*feudalen* Herr-Knechtsverhältnis“ (29) befindet oder der „*nackten Grubendespotie*“ (28) ausgeliefert ist. Konsequenterweise bezeichnet der Autor auch das gesamte System als „preußisch-deutsche *Wirtschaftsdespotie*“ (21 f.). Der „*eherne Gewaltmechanismus*“, der „*Despotismus*“, der von außerhalb der Produktionssphäre wirkende und vor-kapitalistische Zwang wird für den Autor das Typische. Marx hatte den Kapitalismus im Unterschied zu anderen Gesellschaftsformationen u. a. dadurch charakterisiert, daß er, einmal etabliert, weitgehend auf direkte Repression verzichtet: „der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den ‚Naturgesetzen der Produktion‘ überlassen bleiben.“ (MEW, 23, S. 765)

So wenig es Roth gelingt, die Geschichte der Arbeiterbewegung von der Produktion her zu entwickeln, als „Geschichte der verschiedenen Formen der Mehrwertproduktion“ (M. Tronti, Arbeiter und Kapital, 1974, S. 129), so wenig vermag er, das zweite sich selbst gesteckte Ziel zu erreichen: der Arbeiterklasse behilflich zu sein, „die Erfahrungen ihrer eigenen Kampfgeschichte“ sich anzueignen, indem er deren „systematischer Zerstörung“ entgegentritt (19). Der Autor scheitert deshalb, weil er sich der Arbeiterklasse in einem Verfahren nähert, das die spiegelbildliche Umkehrung der Behandlung des Kapitals ist: während er dieses vor allem als *außerökonomische* Gewaltmaschine beschrieb, begreift er die Arbeiterklasse als von *bloß* ökonomischen Faktoren bestimmte. Ein Beispiel – die Facharbeiter: „Es war kein ‚Verrat‘ sondern politischer *Ausdruck der Stellung des Facharbeiter-Technikers in der Produktion*, daß für ihn die proletarische Revolution eine Sache des geduldigen Abwartens, der kleinen Schritte, des ‚Hinüberwachsens‘ durch kontinuierlichen institutionellen Druck, des kontinuierlichen und reibungslosen Fortgangs des Produktionsflusses, kurzum: eine Sache jenseits der Unordnung, der revolutionären Gewalt und des bewaffneten Aufstands war.“ (24) Währenddessen die Facharbeiter-Techniker nach Roth nicht nur mühelos den Fetischcharakter der Warenwelt erkennen und zum Konzept eines – wenngleich revisionistisch verbogenen – Sozialismus vorstoßen, dies alles nur „aufgrund ihrer Stellung in der Produktionsorganisation“, kommen die Massenarbeiter ebenso gradlinig aufgrund anderer Verhältnisse zu einem entgegengesetzten Weltbild. Die Leuna-Proleten z. B. sind „einer weitverzweigten verfahrenstechnisch organisierten und in sich geschlossenen Maschinerie“ ausgeliefert, bestimmend ist „das Chaos und der Dreck der Baustelle, die massenhafte Kasernierung, die soziale Entwurzelung“ (53). Solche Produktionsbedingungen lassen eine „am Produktionsablauf fixierte Arbeitsideologie und Selbstbescheidung der Proletarier gar nicht erst aufkommen“ (53), machen diese Schichten „unfähig,

einen fragwürdigen Status quo mit dem Kapital zum Ausgangspunkt von ‚sozialistischen‘ Strategien für eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung zu machen“ (37), zwingen sie von vornherein und à tout prix „zur direkten Konfrontation mit dem Ausbeuterstaat“ (33). Von daher sind sie z. B. in der Lage, 1919 aus dem Stand heraus die von den geschlagenen Facharbeitern geräumte politische Walstatt zu erobern, „vollbewußt, daß die Zeit reif ist, um einen zweiten revolutionären Ansturm zu versuchen“ (67).

Ohne Zweifel, diese Analyse ist ein gelungener Beweis dafür, wie man mit der materialistischen Erkenntnis – „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ – den Materialismus erschlagen kann, dann nämlich, wenn man meint, in diesem Satz erschöpfe sich der dialektische Materialismus, und zusätzlich noch den Begriff „Sein“ durch „Fabrik“ ersetzt. Bei Roth findet sich kein Wort zur sozialen Herkunft der Facharbeiter, den sozialen Zusammenhängen außerhalb der Produktionsorganisation, der Geschichte ihrer Kämpfe gegen Kapital und Staat, zu den Lernprozessen, die sie dabei durchmachten, mit Hilfe oder gegen ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Und umgekehrt: keine Hinweise auf die meistens bäuerliche Herkunft der Unqualifizierten, ihre Beeinflussung durch klerikale und konservative Ideen, die sie oft einen antigewerkschaftlichen Standpunkt einnehmen, nicht einfach zu einem andern Konzept von Sozialismus, sondern zum Anti-Sozialismus kommen ließen, keine Hinweise, daß viele von ihnen in den Gewerkschaften organisiert waren aufgrund der Erfahrung gemeinsamer Kämpfe mit den Facharbeiter-Kollegen.

Wohin es führt, solche den *gesamten* Lebenszusammenhang der Klasse betreffenden Fragen zu unterschlagen, zeigt sich z. B. bei der Darstellung der Geschichte der Arbeiterbewegung der norddeutschen Küstenstädte: der Hafendarbeiterstreik von 1896/97 wurde nicht von den mobilen Massenarbeitern, sondern von den privilegiertesten, den Kontraktarbeitern der Hamburg-Amerika-Linie, ausgelöst; der Werftarbeiterstreik 1913 in Hamburg wurde nicht von den Facharbeitern des Deutschen Metallarbeiter-Verbands abgewürgt, sondern diese stellten gerade den Kern der Radikalen; ebensowenig läßt sich die Bremer Räterepublik als Ergebnis des Kampfs des Rothschen Arbeitertyps reklamieren. Gerade die Radikalisierung und theoretische Aufarbeitung *im Rahmen* von SPD und Gewerkschaften machte die zeitweilige Machtergreifung in Bremen möglich. In Hamburg kam es gar nicht zu einem solchen Versuch, weil, entgegen der Behauptung des Verfassers, hier der Reformismus eine starke Bastion hatte und die vorhandenen Linksradikalen es gerade nicht vermochten, sich eine solche institutionelle Basis zu verschaffen.

Roth wirft der traditionellen Geschichtsschreibung vor, sie behandle die Arbeiter „als Marionetten oder bestenfalls als Kulisse einer arbeiterbewegten Institutionengeschichte“ (373). So berechtigt dieser Vorwurf ist, so muß doch daran festgehalten werden, daß – um eine Klassifikation von Marx zu verwenden – einer bürgerlichen Geschichtsschreibung, solange sie eine „beschreibende“ ist, der Vorrang gebührt vor einer „vergleichenden“ proletarischen im Stile Roths. Die erstere ist immerhin imstande, empirisches Material umzuwälzen und neue Erkenntnisse zu ermöglichen, die letztere kann nur abstrakte Deduktionen, eine

Welt aus Willen und Vorstellung des Verfassers aufhäufen. Ihr ideologisches Substrat ist – ökonomische Romantik.

Das Buch von E. Brockhaus „Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem 1. Weltkrieg“ nimmt den Rothschen Ansatz explizit als Basis der eigenen Untersuchung. Die Studie hebt sich in drei Punkten vorteilhaft von der Rothschen Publikation ab: 1. Sie beschränkt sich auf einen überschaubaren Zeitraum; 2. sie untersucht den Zusammenhang von Neustrukturierung und Klassenkampf in drei für die Massenarbeiter-These wichtigen Bereichen: Bergbau, Schwerindustrie und Maschinenbau; 3. sie belegt die Veränderungen im Arbeitsprozeß und Arbeiterbewußtsein mit zeitgenössischem Material und neueren Untersuchungen. Diese Vorzüge sind schon beträchtlich, weil damit nicht mehr die politische Konzeption des Autors, wie im Falle Roth, sondern die Geschichte der Arbeiterbewegung unter tatsächlichen wie methodischen Gesichtspunkten ins Zentrum rückt. Betrachten wir am Beispiel des Maschinenbaus, was sie zum einen wie zum anderen beiträgt.

Die deutsche Maschinenbauindustrie gegen Ende des 19. Jahrhunderts wird als ein Sektor beschrieben, der durch das Überwiegen von Klein- und Mittelbetrieben, eine weitgehend ungeteilte Hand-Kopfarbeit und eine fehlende Spezialisierung auf wenige Produkte charakterisiert wurde. Die Arbeiterschaft setzte sich dementsprechend in der Mehrheit aus handwerklich vorgebildeten Arbeitern zusammen. Die relative ökonomische Rückständigkeit dieses Sektors begründet der Verfasser mit dem Übergewicht der Grundstoffindustrien und dem von den Facharbeitern erkämpften status quo. Die von Elektrokonzernen wie Siemens, Bosch und AEG seit Beginn des Jahrhunderts eingeleitete Rationalisierung ergreift nach der Krise von 1907–1909 auch die Betriebe der übrigen Maschinenbauindustrie. Dabei kann das in Deutschland mittlerweile bekannte Taylor-System wegen des Arbeiterwiderstands nur partiell durchgesetzt werden. Das Ergebnis ist immerhin eine Abnahme der gelernten – darunter vor allem der älteren – Arbeiter und die Herausbildung einer neuen Schicht angelernter Arbeiter. Diese Schicht von unqualifizierten und vor allem angelernten Arbeitern bildet eine neue Arbeiterklasse und repräsentiert den Typ des Massenarbeiters.

Gegen diese Darstellung lassen sich eine Reihe Einwände erheben: 1. Der Autor unterläßt es, den komplexen Bereich Maschinenbau zu differenzieren. Immerhin waren darunter sowohl feinmechanischer Instrumentenbau, Herstellung von Elektromotoren, Massenproduktion von Glühlampen und Großschiffbau subsumiert, allesamt mit unterschiedlicher Produktionsstruktur und unterschiedlichem ökonomischem Wachstum. Desgleichen differenziert der Verfasser nicht nach der Betriebsgröße. Die von ihm beschriebenen Prozesse schufen nicht erst den Typ des Großbetriebes, sondern fanden ihn als bestehende Form bereits teilweise vor. Die Folgen der Rationalisierung waren dort andere als in Klein- und Mittelbetrieben. – 2. Brockhaus bedient sich einer höchst unklaren Begrifflichkeit: Rationalisierung ist nicht gleich Taylorismus und schon gar nicht, wie er im Falle Siemens behauptet, gleich Faschismus („Siemens-Faschismus“). Die zwei von Brockhaus darunter verstandenen Vorgänge – Mechanisierung und Durchsetzung des Taylorismus – laufen, phasenverschoben, in den einzelnen Industriezweigen nacheinander ab. So wälzt die Mechanisierung durch technische Neue-

rungen wie der Elektromotor und der Schnellschnittstahl Ende der 90er Jahre fast alle Bereiche des Maschinenbaus um. Der Taylorismus ist in seiner „Generaltendenz“ in den Großbetrieben bereits in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts durchgesetzt. – 3. Die Gründe, die der Verfasser für die „Rationalisierung“ angibt, sind falsch. Er berücksichtigt nicht die Entwicklung der Gesamtproduktion, die nach 1895 einsetzende „3. Phase der deutschen Industrialisierung“ (J. Kocka), sondern sieht die entscheidende Ursache in der Stärke der Facharbeiterbastionen. Diese soll schon in den Gründerjahren die erste Mechanisierungswelle provoziert haben (23). Sie habe Siemens zur Neustrukturierung seiner Belegschaft getrieben (48), ja, sie wird generell für Veränderungen der Kapitalverwertung verantwortlich gemacht: „Auf die erfolgreiche Taktik der professionellen Gewerkschaften . . . antwortet das Kapital ökonomisch mit Konzentration und Zentralisation . . .“ (69). Abgesehen von diesem idealistischen Unsinn, der die organische Zusammensetzung des Kapitals nicht von den Akkumulationsbedingungen des Einzel- wie des Gesamtkapitals abhängig macht, verdient die angebliche Stärke der Arbeiterbewegung beleuchtet zu werden. Um die Behauptung, die Facharbeiter hätten „durch die Kontrolle des Arbeitsmarktes und durch Kontrolle der Produktion sowohl den Lohn wie die Arbeitsleistung wesentlich mitbeeinflussen können“ (37) zu beweisen, erwähnt er Betriebe wie Zeiss, die in der Maschinenbauindustrie eine absolute Sonderstellung einnahmen, oder beruft sich auf wissenschaftliche Klopffechter bzw. Funktionäre der Arbeitgeberverbände. Diese propagierten, um die Notwendigkeit einer weiteren Intensivierung der Arbeit nachzuweisen, überall und allenthalben, die Arbeiter hätten das Akkordlohnsystem weitgehend unterlaufen (36). Daß einzelne Branchen wie die Drucker und Stukkateure, die Maurer und Holzarbeiter aufgrund spezifischer Bedingungen günstigere Arbeitsbedingungen sich erkämpfen konnten, ist bekannt. Währenddessen tat sich der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV) gegenüber den in seinem Bereich forciert aufgebauten Großbetrieben mit dem dahinterstehenden konzentrierten Kapital und stark zentralisierten Arbeitgeberorganisationen viel schwerer. Hier von einer „Kontrolle des Arbeitsmarktes und der Produktion“ zu sprechen, ist eine Verdrehung der Tatsachen. Der DMV reagierte auf diese Situation in der Weise, daß er schon in den 90er Jahren als eine der ersten Gewerkschaften den Übergang zum Industrieverband vollzog. Bei B. erfährt man stattdessen: „die Gewerkschaften finden keinen Anschluß an die grundsätzlichen Bemühungen des Kapitals, die Arbeiterklasse völlig neu zusammenzusetzen“ (67).

Von dem festen Eckstein der behaupteten Facharbeiterkontrolle über die Betriebe aus wird an dem nach dem Rothschen Grundriß entworfenen Gemäuer weitergebaut: Hier reformistische Facharbeiter, dort revolutionäre Massenarbeiter, hier Qualifikation und Beständigkeit, dort höchste Mobilität und Nichtqualifikation. Dabei werden die schon von der zeitgenössischen empirischen Sozialforschung entwickelten verfeinerten Begriffe, obwohl der Autor diese Studien anführt, einfach unterschlagen. (Vgl. z. B. M. Bernays, Berufswahl und Berufschicksal des modernen Industriearbeiters, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (AfSS), Bd. 35, 1912).

Brockhaus läßt es sich auch angelegen sein, den von Roth gelieferten Gedanken, daß Gewerkschafts- und SPD-Führung sich von ihrer traditionellen Facharbeiterbasis „absetzen“, weiter auszuführen. In der Situation der Krise der traditionellen Facharbeiterbewegung, da die Linken mit ihrem Projekt des Massenstreiks wohl Applaus, aber keinen Einfluß gewannen, die „Masse der Funktionäre“ zurückwich, sieht er die Stunde für den Sieg der Revisionisten (9). Sie bauen, um ihrem Ziel, dem bürgerlich-parlamentarischen Sozialstaat, näher zu kommen, die Arbeiterorganisationen zu Arbeiter-Unterdrückungsorganisationen um: das „Vertrauensleutesystem“ wird eingeführt (83), das in Wirklichkeit bereits lange existierte, verstärkt einsetzende gewerkschaftliche Schulung wird für den Autor zur „permanenten ideologischen Indoktrination“ (83). Schließlich behauptet er, die Vertrauensleute seien allesamt auf „Aufseher- und Vorarbeiterpositionen“ placiert worden (84).

Wie die materialreich ausgebreitete Darstellung der technischen und ökonomischen Verfassung der Maschinenbauindustrie zu Beginn zu solch hanebüchenen Ergebnissen führen kann, läßt sich nur daraus erklären, daß der Autor von zwei verschiedenen Standorten ausgeht: ein Stück Wegs verfolgt er die Produktionswirklichkeit, um dann von dem Phantom des Massenarbeiters überwältigt zu werden. Da über die Maschinenarbeiter und ihre Kämpfe einiges Material vorliegt, vermag er die Differenz zwischen Wirklichkeit und Phantasie mit einigen bunt zusammengewürfelten Details zu vernebeln. Für den Bereich der Schwerindustrie will auch das nicht gelingen. Die deutschen Stahlarbeiter, als angelernte Arbeiter in weitgehend mechanisierten und taylorisierten Großbetrieben konzentriert, also die klassischen Repräsentanten des Typs Massenarbeiter vor dem 1. Weltkrieg, wollen die für diesen Typ behauptete „permanente Tendenz zur Revolte“ (66) partout nicht demonstrieren. E. B. muß zugeben: „Wie bereits eingangs gesagt wurde, ist es zu spektakulären Massenstreiks im Eisen-Stahlsektor vor dem Krieg nicht gekommen“ (143). Er weiß von einer einzigen Aktion zu berichten. Diese wurde ausgelöst „von der relativ qualifizierten Berufsgruppe der Maschinisten“ (144).

IV.

Im Rahmen einer vorläufigen Systematisierung der zahlreichen Darstellungen der Geschichte der Arbeiterbewegung wird außerhalb des traditionellen Ansatzes inzwischen von zahlreichen Autoren versucht, weniger die Geschichte der Ideen und der Führer in den Vordergrund der Betrachtung zu rücken, vielmehr „basisorientiert“ umfassendere Dimensionen der Arbeiter und ihrer Kämpfe zu erfassen (s. u. a. die Arbeiten von H. Krause über Hanau, V. Ullrich über Hamburg, E. Lucas über die Märzrevolution 1920 im Ruhrgebiet, D. Hemje-Oltmanns und P. Brandt über Bremen). Dieser Wandel in der Herangehensweise vieler jüngerer Historiker vollzog sich in zwei Phasen: Im Zuge der Studentenbewegung seit Mitte der 60er Jahre erfolgte zunächst die Ablösung von überkommenen historischen Wertmustern und damit implizit von Methoden der bürgerlichen Geschichtsschreibung und die Hinwendung zum historischen Materialismus. In dieser Phase der proklamatorischen Konfrontation zweier Prinzipien in der Ge-

sichtsbetrachtung – der bürgerlich-positivistischen und der historisch-materialistischen Methode – war es legitim, nur das Grundsätzliche zu betonen, wodurch die konkrete Anwendung der materialistischen Methode auf den historischen Gegenstand vernachlässigt wurde. Erst nachdem die Sterilität links-kommunistischer und orthodox-marxistischer Erklärungsmuster, in denen sich vielfach die Aneignung des historischen Materialismus vollzog, erkannt wurde, war es möglich, sich dem zuzuwenden, was der wirkliche Anspruch des historischen Materialismus ist, die konkrete Untersuchung der wirklichen Geschichte der von Menschen hergestellten gesellschaftlichen Verhältnisse. Das bedeutet in der Tat mehr als der Nachvollzug von Organisationsgeschichte und Ideologieproduktion.

Das Postulat, der „wirklichen sozialen Bewegung“ beizukommen, geistert nicht erst seit dem Vorwort von Brandis/Brockschmidt durch die einführenden Worte vieler Arbeiten über die deutsche Arbeiterbewegung. Nimmt man z. B. das 1976 erschienene Traktat von M. Scharrer „Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat“, so findet sich natürlich auch dort der Begriff Engels' von der „eigentlichen Arbeiterbewegung“. Nach einer sicher immer wieder lobenswerten Zusammenfassung der Arbeits- und Lebenserfahrungen eines Moritz Bromme befindet sich der Leser wieder flugs in der Theoriedebatte der Vorkriegssozialdemokratie und konfrontiert mit der Aussage, daß die dogmatische Trennung von Ökonomie und Politik in der Theorie von SPD/Generalkommission der freien Gewerkschaften die eigentliche Ursache für den revisionistischen Niedergang der Sozialdemokratie gewesen sei. Und mit diesem Schlußsatz ist dann das, was zu Beginn reklamiert wurde, nämlich die wirkliche Bewegung verstehen zu wollen, endgültig unter den Tisch der papiernen Ideologiegefechte gefegt worden.

Die Vorstellung von zwei Arbeiterbewegungen – und dies sicher nicht auf deutsche Verhältnisse beschränkt – ist über die Arbeiten von Bologna/Cacciari und später Roth in die Diskussion der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor wenigen Jahren eingedrungen. Obwohl gerade beim letzteren diese Begrifflichkeit – wie oben aufgezeigt – zu einem Kampfbegriff antagonistischen Charakters geronnen ist, wirkte sie gleichwohl als Stachel, der im Fleische der Historiker der Arbeiterbewegung saß und den es zu ziehen galt.

Genau dies versucht E. Lucas mit seiner neuen Arbeit „Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung“ (1976). Er untersucht die Lebens-, Arbeits- und Kampferfahrungen der qualifizierten Metall-Facharbeiter der mittelständischen Industriestadt Remscheid und konfrontiert sie mit denen der ungelerten Bergarbeiter aus Hamborn, einer aus dem Boden gestampften Industriesiedlung, in der der Großbetrieb dominiert. Was Lucas damit erklären will, ist das unterschiedliche politisch-revolutionäre Verhalten während der ersten Jahre der Weimarer Republik, was zusammengefaßt von ihm so bestimmt wird: „Die Hamborner Arbeiter entfalten abseits der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen eine revoltenartige Massenbewegung . . . Remscheid dagegen ist das Zentrum eines Radikalismus, der sich über Partei und Gewerkschaft artikuliert und fest durch sie organisiert ist.“ (11) Damit ist allen Versuchen eine Absage erteilt, den einen Radikalismus gegen den anderen, den Facharbeiter gegen den Massenarbeiter auszuspielen. Darüber hinaus ist mit dieser Feststellung bereits

die traditionelle Erkenntnislinie – wie steht's mit der Organisation? – verlassen und die Dimension angeschnitten, wie die Qualität des realen Kampfverhaltens bestimmter Arbeiterschichten zunächst einmal eigenständig zu betrachten und schließlich zu bewerten ist. Aufgrund dieser viel tiefer gehenden Fragestellung bemüht sich Lucas um Konsequenz und skizziert zunächst unter dem Oberbegriff „Lageanalyse“ einen sozialgeschichtlichen Abriss der Arbeits- und Lebensräume der Remscheider und Hamborner Arbeiterklasse, wobei hier weit über den Rahmen der bloßen Arbeitsplatzbeschreibung hinausgegangen wird. Vielmehr werden all jene Faktoren, die als prägend für soziales und damit politisches Verhalten sich auswirken, eingeführt: Wohnsituation, Situation der Frauen, Sexualität, Erziehung, Arbeiterkultur, Kriminalität. Allein daß Lucas in dieser Weise überhaupt Fragestellungen aufwirft und damit völlig neue Ebenen der „proletarischen Lebenssituation“ zu erfassen versucht, macht bereits die besondere Qualität seiner Untersuchung aus.

Wie lassen sich nun Verbindungslinien zwischen dieser „Lageanalyse“ der Hamborner und Remscheider Arbeiterklasse und ihrem sozialen Verhalten bzw. Handeln ziehen? Oder anders: wie unterschiedlich wirken sich diese Faktoren aus? Lucas hebt folgende Punkte als Merkmale des Hamborner bzw. Remscheider Arbeitertypus hervor (249–256):

1. Das unterschiedliche Organisationsverhalten: Während die Remscheider Metallarbeiter ein sehr nahes und selbstverständliches Verhältnis zu den formellen Arbeiterorganisationen entwickeln, ist das der Hamborner Bergarbeiter um so distanzierter, was sich deutlich im Wahlverhalten und im gewerkschaftlichen Organisationsgrad niederschlägt. Die Verstreutheit der Betriebe in Remscheid erfordert geradezu eine zentralisierende Organisation, um überhaupt erfolgreiche und kontinuierliche Arbeitskämpfe führen zu können. Ein Problem, was sich für die in sog. Riesenbetrieben arbeitenden Bergarbeiter zweifellos ganz anders stellt. Weiterhin ist die Wirkungsweise *einer* Metallarbeitergewerkschaft im Rahmen der klein- und mittelbetrieblich strukturierten Stadt Remscheid effektiver als die der zudem noch untereinander konkurrierenden Bergarbeitergewerkschaften gegenüber einem stark zentralisierten Zechenkapital. Eine weitere Erklärung findet Lucas in der unterschiedlichen Lebensperspektive, die in der überschaubaren gesellschaftlichen Struktur Remscheids kontinuierlich, dagegen in den „Arbeiterkasernen“ und Schächten Hamborns jeden Tag aufs neue ungewiß war.
- 2. Verhältnis Führer-Massen: Die Remscheider Arbeiter zeigen, mitbedingt durch eine stark autoritär-patriarchalische Familienstruktur gerade in den Facharbeiterhaushalten, eine starke Abhängigkeit von ihren gewählten Führern. In Hamborn gibt es keine Führer, ein Tatbestand, der der Konterrevolution viel zu schaffen machte.
- 3. Verhalten in ökonomischen Kämpfen: Aufgrund der unterschiedlichen sozialen Existenzbedingungen stellte sich auch das Problem der auf Zeit berechneten, allmählichen Verbesserung der Lohnsituation in Remscheid anders als in Hamborn. Während die einen die Kontinuität gewerkschaftlicher Tarifpolitik als ihren Interessen gemäß ansahen, spielt bei den ständig um das Existenzminimum kämpfenden Hambornern immer wieder die Forderung nach einer einmaligen Zahlung eines Lohnausgleiches eine große Rolle.
- 4. Kampfformen: Die großteils ungelerten Bergarbeiter Hamborns zeigen eine spezifische Form

von Aggressivität. Dies zeigt sich im alltäglichen Leben in der großen Häufigkeit sog. Eigentumsdelikte und in politischen Situationen in direkt ausbrechenden „Gewalttätigkeiten“ gegen Polizei und Militär. – 5. Lokale oder nationale Politik: Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer formellen Organisation über den eigenen Betrieb hinaus ermöglicht es den Remscheider Facharbeitern, sehr viel schneller die Grenzen betrieblicher bzw. lokaler Borniertheit zu überwinden, als es die Hamborner vermögen.

Wie wirken diese Faktoren in der für die deutsche Arbeiterbewegung so entscheidenden historischen Situation der Revolutionsmonate von 1918/19, in denen Remscheid und Hamborn die herausragenden radikalen Zentren des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sind? (228) Die Situation in Remscheid ist nach Lucas dadurch gekennzeichnet, daß die Arbeiter nach einem Konzept vorgehen, das an die Stelle der sozialdemokratischen Reichsregierung die Arbeiter- und Soldatenräte setzen will. Ein Konzept also, das von vornherein jede lokale Borniertheit überwunden hat und jede Einzelfrage im nationalen Rahmen sieht.

Die Kehrseite dieser Konzeption bestand darin, daß die jeweiligen lokalen Konflikte bzw. Streikbewegungen in ihrer Relevanz als Voraussetzung weitergehender Arbeiterkämpfe im Bewußtsein der revolutionären Arbeiterführer Remscheids zurücktreten. (231) Bei auftretenden lokalen Konflikten oder Streiks wurde ein „aktionsarmer Führungsstil“ (223) praktiziert, der bemüht war, die Arbeiter von allzu offensiven Aktionen zurückzuhalten. Organisatorischer Ausdruck dieser auf die zentrale Staatsebene orientierten Konzeption war die Propagierung von Arbeiter- und Soldatenräten, die von der unmittelbar betrieblichen Ebene abgehoben waren. Die Stärke der Remscheider Arbeiterbewegung, ihre Politik aus einer klaren Analyse der Gesamtverhältnisse zu entwickeln, wird in den Revolutionsmonaten zum Moment der Schwäche. „Demgegenüber warteten die Hamborner Arbeiter nicht ab, sondern gingen unbekümmert darum, wer die Zentralgewalt in Berlin in Händen hatte, in ihrem lokalen Bereich gegen das Kapital vor. Die Forderungen, die sie erhoben, beinhalteten zwar ‚nur‘ unmittelbar materielle Besserstellungen, aber die Radikalität, mit der sie ihre Bewegung führten, läßt erkennen, daß sie aufs Ganze gingen.“ (232) Lucas verschweigt nicht die Grenzen dieser Art von Arbeiterkampf: Unfähigkeit zu einer offensiven und effektiven Gegeninformation. Unkenntnis dessen, was sich in ganz Deutschland ereignete, deshalb die vertane Chance, den regionalen Konflikt in die Waagschale der gesamten Klassenauseinandersetzungen zu werfen. Fehlende Verarbeitung der eigenen Kämpfe (189 ff.).

Lucas vermag ein letztlich durch die Struktur des Arbeitsprozesses bedingtes, aber sich darin nicht erschöpfendes Bild von proletarischen Lebensweisen zu vermitteln, das unterschiedliches politisches Handeln plausibel macht. Insofern die Darstellung nicht unterhalb der Ebene von Organisation und Strategiedebatte haltmacht, sondern diese als Element oder genauer Produkt der beschriebenen Lebenszusammenhänge miteinbezieht, wird die seinem Ansatz implizite Kritik an der herkömmlichen Betrachtungsweise positiv entfaltet. Eine Vielzahl von Fragen, die die „Parteigeschichte“ auf Grundlage einer bestimmten Parteilinie

glaubt beantwortet zu haben, werden neu gestellt: Warum gelang es nicht, die auf Lösung der politischen Machtfrage eingesetzten Energien einer schmalen Avantgarde mit dem Kräftepotential zu verbinden, das die breite ökonomische Kampfbewegung des Jahres 1919 demonstrierte? Warum stand für breite Teile der Arbeiterklasse die Frage der Räte *nicht* auf der Tagesordnung, während USPD und Spartakusbund/KPD keinen Weg wußten, die von ihnen propagierten Räte zu erobern? Konnte die USPD, die sich auf solche Arbeiterschichten wie die von Remscheid stützte, überhaupt ein anderes Revolutionskonzept entwickeln als ein aktualisiertes Erfurter Programm? Oder konnte von der KPD nach 1920 angesichts einer so schwankenden, in jedem Fall aber uneinheitlichen Basis eine Homogenisierung und damit eine Verankerung in breiten Massen erreicht werden? Durch den Lucas'schen Ansatz ist es möglich, solche Fragen erstmals nicht mit dem allzu oft verwandten Maßstab der historischen Notwendigkeit, sondern mit der Elle des in einer bestimmten Situation Möglichen zu messen.

Lucas unternimmt selbst einen solchen Versuch, wenn er seine Ergebnisse dazu nutzt, den Gründen für die Niederlage der Novemberrevolution auf die Spur zu kommen. Allerdings zeigen sich hier auch die Grenzen, und zwar nach zwei Richtungen, wie wir meinen. Die erste ist eine methodische. Sie tritt zu Tage, wenn der Autor die Gründe für das „zentralistische Ideal“ der Remscheider, ihre immer in „nationalen Dimensionen“ reflektierte und praktizierte Politik, die eine Politik der „Aktionen auf eigene Faust“ ausschloß, auf „traumatische Ursprünge“ zurückführt, auf eine kollektiv vollzogene Kritik an dem „Fehlen eines einheitlichen Vorgehens“ im Bauernkrieg (230).

Hier wird spätestens deutlich, daß eine materialistische Geschichtsschreibung in bestimmte Zonen ohne die Hilfe von Nachbarwissenschaften nicht vordringen kann. Von daher ist die bloß beiläufige Erwähnung des Ansatzes von Michael Vester („Wertmusterkonflikt“) zu bedauern (256).

An eine zweite Grenze stößt der Verfasser, wenn er darangeht, Alternativen zu entwickeln: 1. Es hätte mehr Belegschaften vom Hamborner Typ geben müssen. 2. Auf einer solchen Basis hätte eine Kombination beider Stränge von Arbeiterradikalismus zustandekommen müssen (232 f.). Es ist ganz offensichtlich, daß Lucas in dem Hamborner Typ den zukunftsträgigeren sieht. Aber aus seinem Material kann er das nicht ableiten. Die Sympathie für eine basisorientierte, spontane Arbeiterbewegung wird noch verdeutlicht, wenn der Autor sich gegen „zentralistisch-etatistische“ Revolutionskonzepte wendet (228) und darin das Fortleben der verhängnisvollen „Trennung von Ökonomie und Politik“ (230) zu erkennen glaubt, wenn er sein Mißtrauen gegenüber der „Struktur von Parteibüros“ deshalb artikuliert, weil diesen per se die Gefahr der „Instrumentalisierung der Basiskämpfe“ innewohne (234). Aber auch diese Erklärungen bleiben unbelegt und sind daher auch für die Abstützung seiner Alternativformel kaum zu verwenden.

Die Grenze, an die Lucas hier kommt, ist unseres Erachtens eine objektive. Man kann nicht von der Materialbasis der Arbeiterbewegung zweier Städte aus-

kampf in der damaligen Periode aufwarf, die – auf der Ebene des Faktischen – in der Auseinandersetzung *aller* Klassen gelöst wurde, beantworten. Damit die gehend, eine Frage wie die der Novemberrevolution, die der *gesamte* Klassenmöglich wird, bedarf es noch einer ganzen Menge Studien in der Art der hier zuletzt besprochenen. Erhard Lucas sollte diese Schwelle beachten. Was er zu ihrer Überwindung bisher beigetragen hat, ist beachtlich.

Literatur

- Brandis, Kurt (d. i. Karl Friedrich Brockschmidt): Der Anfang vom Ende der Sozialdemokratie. Die SPD bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Berlin-West 1975.
- Brandt, Peter: Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976.
- Brockhaus, Eckhard: Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg. Zur Krise der professionellen Arbeiterbewegung, München 1975.
- Butterwegge, Christoph: Zur Typologie sozialdemokratischer Parteihistoriographie, in: Sozialistische Politik 37/38, 8. Jg. (1976), S. 139–166.
- Bologna, S./Cacciari, M.: Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin/West 1973.
- Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1973.
- Freyberg, Jutta v./Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen/Hebel-Kunze, Bärbel/Hofschen, Heinz-Gerd/Ott, Erich/Stuby, Gerhard: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, Köln 1975.
- Fülberth, Georg: Zur Genese des Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, in: Das Argument 63, 13. Jg. (1971), S. 1–21.
- Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen: Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933, Darmstadt und Neuwied 1974.
- dies.: Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung (= Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 22), Köln 1975.
- Heer, Hannes: Ernst Thälmann in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten (= Rowohlt Monographien 230). Reinbek bei Hamburg 1975.
- Hemje-Oltmanns, Dirk: Materielle Bedingungen der Entwicklung des Verhältnisses von Sozialreform und Revolution in Deutschland (1890–1924) unter besonderer Berücksichtigung der Bremer Werftarbeiterbewegung, Diss. Bremen 1977 (masch.)
- Krause, Hartfrid: Revolution und Konterrevolution 1918/19 am Beispiel Hanau, Kronberg Ts. 1974.
- Lucas, Erhard: Märzrevolution im Ruhrgebiet, Bd. 1: Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand März–April 1920, Frankfurt/M. 1970; Bd. 2: Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches, Frankfurt/M. 1973.
- ders.: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976.
- ders.: Die ‚andere‘ Arbeiterbewegung, in: Politikon 46 (1975), S. 17–21.
- Roth, Karl Heinz: Die ‚andere‘ Arbeiterbewegung und die Entwicklung kapitalistischer Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1974.
- Scharrer, Manfred: Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat. SPD und Gewerkschaft nach dem Sozialistengesetz, Berlin-West 1976.

- Schmidt, Rudi: Die Geschichtsmythologien der „anderen“ Arbeiterbewegung, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 11. Jg. (1975), S. 178–199.
- Strutynski, Peter: Die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten in der deutschen Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende, Köln 1976.
- Ullrich, Volker: Die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, Hamburg 1976.
- ders.: Emanzipation durch Integration? Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung bis 1914, in: Das Argument 75, 14. Jg. (1972), S. 104–147.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin Band 2

Fortsetzung der in Band 1 begonnenen breiten Diskussion möglicher Verbesserungen im Gesundheitswesen. Wieder kommen vor allem diejenigen zu Wort, die in der medizinischen Praxis tätig sind. Fallberichte sollen dazu beitragen, die Erfahrungen einzelner zu verallgemeinern. Zur vergleichenden Orientierung bringt der Band Informationen über das Gesundheitswesen anderer, vorwiegend westeuropäischer Länder.

H.-H. Abholz, W. Bichmann, H.-U. Deppe, F. Elgeti, U. Gerhardt, D. Hall, R. Hartog, R. Höh, W. W. Holland, W. Karmaus, B. Lemmer, G. Marxen, D. C. Morrell, B. Nemitz, H. Pauli, J. Pelikan, M. Pflanz, J. Ricke, R. Robson, U. Schagen, U. Schultz, F. Tennstedt, Th. Thiemeyer schreiben über
Gesundheitswesen und Sozialpolitik
Grundlagen gesundheitspolitischer Entscheidungen
Ausbildung
Medizinische Primärversorgung
Gesundheitliche Versorgung und soziale Lage
Medizin in der Dritten Welt

Mit einer Beilage

**Volkmar Sigusch: Medizinische Experimente am Menschen.
Das Beispiel Psychochirurgie**

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

Kongreßbericht

**„Die demokratische Bewegung in Mitteleuropa
im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert“**

Internationale Arbeitstagung Berlin/West, 19.–21. Mai 1977

Der Gegenstand der Tagung, die von der Historischen Kommission zu Berlin zu Ehren Walter Grabs veranstaltet wurde, besitzt zweifellos Aktualität. So spielten sich auch die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um demokratische Rechte in der wissenschaftlichen Diskussion. Wer Erbe der Jakobiner sei, an dieser Frage schieden sich die verschiedenen Positionen: ob nämlich der Theoriegehalt des Jakobinismus in den westlichen Gesellschaften verwirklicht sei – so Jörn Garber (Marburg) –, ob die Differenz von Verfassungsidee und Verfassungswirklichkeit die Kontinuität begründe (Jürgen Schlumbohm/Göttingen), ob von der revolutionären Funktion des Jakobinismus eine allgemein-emanzipatorische Linie im Sinne aufklärerischer Opposition zur Gegenwart führe (Axel Kuhn/Remshalden) oder ob seine sozialhistorische Widersprüchlichkeit Aktualität besitze (Klaus Scherpe/Berlin-West). Vor diesen grundlegenden Differenzen gab es jedoch ein breites Feld der Übereinstimmung, wie die Diskussion über Walter Grabs großes Einleitungsreferat „Zur Definition des mitteleuropäischen Jakobinismus“ zeigte, in der frühere publizistische Kontroversen zwischen einzelnen Forschern einer Annäherung wichen. Als entscheidendes Kriterium der französischen Jakobiner der Mittelperiode (Juli 1791 bis Oktober 1792) wie der „mitteleuropäischen“ erwies sich die Orientierung bürgerlicher Demokraten (politische Freiheit und Gleichheit, Primat der Legislative) auf die Interessen der Volksmassen (Eingriffe ins Eigentum, Appell ans Volk zur revolutionären, gewaltsamen Veränderung, Recht auf Erziehung u. a.). Die Zusammengehörigkeit von gesellschaftspolitischer Zielsetzung und Handlungskonzepten (Helmut Reinalter/Innsbruck), Inhalt und Form jakobinischer Politik (Kuhn) wurde hervorgehoben. Der Definition entspricht, daß das Interesse nicht mehr ausschließlich den Ideologen des Jakobinismus gilt, sondern dem Jakobinismus als sozialer Bewegung. So wird die Untersuchung der objektiven Lage und der Aktionen der Volksmassen besonders wichtig (Schlumbohm). Grab unterschied im deutschen Jakobinismus die bürgerlichen Aufklärer, die Volksunruhen und Protestbewegungen und die linksrheinischen konstitutionellen Klubs. Wesentlich für die Analyse der deutschen jakobinischen Ideologen bleibt das von Grab betonte Moment der Entwicklung: „Die ideologischen Unklarheiten der deutschen Jakobiner, die Vermengung von reformistischen und revolutionären Losungen, wurzeln nicht nur in der relativen Rückständigkeit der deutschen Verhältnisse, sondern auch in den Widersprüchen zwischen der kompromißbereiten und der konsequent revolutionären Fraktion der französischen Bourgeoisie. Um die Errungenschaften der Revolution zu retten, verbündete sich der demokratische Flügel des französischen Bürgertums mit der Sansculotterie und dem Bauerntum.“ Diese Volksverbundenheit war bei den deutschen Ideologen in der Regel das Resultat eines politischen Lernprozesses.

Um Volksverbundenheit als entscheidendes Kriterium kreiste die Diskussion der Arbeitssitzung „Die deutschen revolutionären Demokraten“. Während einige Diskussionsteilnehmer (ständische) Volksbewegungen als food riots vom Jakobinismus schroff trennen wollten, um eine um so engere Verbindung zwischen Lesegesellschaften oder Logen und Klubs zu ziehen, war anderen das Massenbasis-Problem (Schlumbohm) weitere Untersuchungen wert. Umstritten blieb Kuhns Versuch, die 21 von ihm analysierten Klubs des Linksrheinischen einerseits als soziale Bewegung, die sich aus vorjakobinischen ständischen Unruhen entwickelte, andererseits als erste politische Parteien zu fassen. Ein spezieller Aspekt des Verhältnisses zu den Volksmassen ist die im bürgerlichen Moralismus („Tugend“) wurzelnde Frontstellung der Jakobiner gegen die Paupers, die außerständischen Menschen, über deren Lage Karl Ludwig Ay (Puchheim) referierte.

Die Einwände, die bereits in der ersten Diskussion gegen die zusammenfassende Bezeichnung der deutschen und österreichischen Jakobiner als „mitteleuropäisch“ erhoben worden waren, wurden in der dritten Arbeitstagung bestätigt: Ernst Wangermann (Leeds), Franzjosef Schuh (Hamburg) und Edith Rosenstrauch (Wien), die sich mit der Jakobinerbewegung in der Habsburger Monarchie beschäftigten, benutzten nämlich den weiten, noch von der zeitgenössischen Konterrevolution geprägten Jakobinerbegriff: Die Verfolgung durch die Habsburger Monarchie entschied darüber, wer Jakobiner war. Folglich dominierte in der Diskussion erstens die These von der einfachen Kontinuität von Aufklärung und Jakobinismus, leider zum Teil in Gestalt der von Habermas positiv und von Koselleck negativ wiederaufgefrischten zeitgenössischen Lesegesellschafts- bzw. Ordens-Legende, zweitens die von der Realität des „aufgeklärten Absolutismus“. So wurde eher verdeckt, daß in der Orientierung auf die Volksmassen und dem Bejahen der Gewaltsamkeit gesellschaftlicher Veränderung das Moment der Diskontinuität zwischen Aufklärung und Jakobinismus liegt.

Die notwendige Interdisziplinarität von Jakobinerforschung belegte die vierte Arbeitssitzung, die literarischen und philosophischen Aspekten des Jakobinismus galt. Inge Stephan (Hamburg) untersuchte das Literaturkonzept der Jakobiner, wies hier auf Traditionszusammenhänge vom Sturm und Drang bis zum Vormärz hin (die allerdings auch typologisch noch genauer zu fixieren wären) und demonstrierte Volksverbundenheit als inhaltlich-formales Zentralkriterium jakobinischer Literatur und zugleich als deren „grundsätzliches Dilemma“: die „Doppelorientierung in der Adressatenfrage“ spiegele „etwas sehr Widersprüchliches“, nämlich „Orientierung an den Zielen der bürgerlichen Revolution, d. h. Engagement für die Interessen der Bourgeoisie, und zugleich Parteinahme für die Unterschichten, d. h. tendenzielles Überschreiten der Grenzen der bürgerlichen Revolution und Orientierung hin auf die soziale Revolution“. Die Diskussion problematisierte Stephans Neigung zur direkten Aktualisierung des Jakobinismus für den proletarischen Klassenstandpunkt. Die Referate Hans-Wolf Jägers (Bremen) und Klaus R. Scherpes führten zur Widersprüchlichkeit des Jakobinismus zurück: beide befaßten sich, wohl auch aus aktuellem Anlaß, mit der reaktionären, antijacobinischen Literatur. Jäger führte die Wirkungsabsichten konservativer Dramen vor, denen die Revolution zum Werk eigensüchtiger, landfremder Verschwörer gegen einen fürsorglichen, allenfalls von bösen Räten umgebenen Landesvater wurde, gegen die das gute Volk zu mobilisieren war. Die konservative Dramatik wirkte mittels der Taktik der gestohlenen Losungen; nicht nur einzelne Leitworte, sondern auch formale Muster aufklärerischer Lite-

ratur konnten gegen die Revolution genutzt werden, wie Jäger eindrucksvoll am Genre bürgerliches Trauerspiel nachwies: „Der familialen, alpatriarchalisch wie sentimental verstandenen, Grundfigur von Staat und Familie gegenüber wird die republikanische Vorstellung von ‚Brüderlichkeit‘ der Verachtung preisgegeben.“ Scherpe analysierte verschiedene Formen konterrevolutionärer Agitationsliteratur, deren Wirklichkeitsverhältnis nur im Funktionszusammenhang mit der revolutionär-demokratischen Literatur geklärt werden könne: „die reaktionäre Machtposition, die sich stärkt, indem sie die Kluft aufreißt zwischen dem ‚Sirenengesang‘ von Freiheit und Gleichheit, den die bürgerlichen Demokraten anstimmten, und den realen Bedingungen im Sozialen und Politischen, die das alte System immer noch mit sich brachte und die neue bürgerliche Gesellschaftsordnung schon wieder in Gestalt der Eigentumsgarantie und der freien Konkurrenz in Aussicht stellte.“ Nicht die sozialhistorische Widersprüchlichkeit jakobinischer Volksverbundenheit, sondern der bürgerliche Moralismus als Wirkungsbedingung jakobinischer Rhetorik stand im Zentrum von Peter Schmidts (Aachen) Referat „Die Rhetorik der Cisrhenanen“, das die Adressatenbezogenheit der Rhetorik unterschiedlicher Klubs am Verhältnis von politischen Zielen, Redehalten und -formen nachwies, so auch das Fehlen einer Agitationsliteratur im Umkreis der großbürgerlichen konstitutionellen Klubs der zweiten Besatzungszeit.

Die drei Referate zu demokratischen Bestrebungen im frühen 19. Jahrhundert konstatierten den Mangel von Kontinuität zwischen den deutschen Jakobinern und Büchner (Thomas Michael Mayer/Marburg), der Dramatik des Vormärz (Horst Denkler/Berlin-West) und den österreichischen Revolutionstheoretikern Violand und Springer (Wolfgang Häusler/Wien). In der Diskussion wurde die jetzt erfolgende Differenzierung zwischen Demokraten und Liberalen vor allem an der nationalen Frage erörtert. Häusler hob bei Violand die Überschreitung des kleinbürgerlich-demokratischen Horizonts hervor, derzufolge die neue „soziale Demokratie“ von der älteren jakobinischen zu unterscheiden sei: „Die vom Anbeginn der neuzeitlichen Revolutionsbewegung Europas gegebene Dialektik von bürgerlicher Freiheits- und demokratischer Gleichheitsforderung vertiefte und komplizierte sich durch das Auftreten des Proletariats als selbständig handelnder revolutionärer Kraft, dessen Ansprüche sich nicht mehr unter dem großbürgerlich-liberalen, aber auch nicht mehr unter dem kleinbürgerlich-demokratischen Programm subsumieren ließen. Die ‚soziale Demokratie‘ repräsentierte die erste Stufe der theoretischen Formulierung der Forderungen dieser außerhalb der alten Ständeordnung stehenden gesellschaftlichen Unterschichten durch die revolutionäre Intelligenz.“

Das die Tagung abschließende Referat Walter Grabs fragte nach der Kontinuität demokratischer Bestrebungen 1792 bis 1848. Grab verwies einerseits auf die durch die napoleonischen Kriege bedingte, unter Ausschluß der Volksmassen vor sich gehenden Konstitutionalisierung Deutschlands, auf die „Stafettenübergabe“ in einzelnen Familien wie den Venedeys oder Metternichs, andererseits auf den reaktionären Einfluß der Romantik und auf die Änderung im Charakter der Massenbasis durch das Auftreten des Proletariats, das die Neigung der bürgerlichen Führung zur „Vereinbarungspolitik“ verstärkte. Otto Büsch (Berlin-West) forderte in der Diskussion außer der biographisch-personellen und der sozialgeschichtlich-soziologischen Untersuchung von Kontinuität und Diskontinuität die ideologisch-verfassungsrechtliche und die organisatorisch-institutionelle. Im Unterschied zur umstrittenen Kontinuität in Deutschland gab es, so Jacques Droz/

Paris und Jacques Grandjonc/Aix en Provence, eine direkte, den durchaus nicht unkritischen Erben der Jakobiner bewußte Kontinuität in Frankreich.

Trotz der Beschränkung der Kontinuitätsdiskussion auf den Zeitraum 1792 bis 1848 brachen, nicht zuletzt weil einige Teilnehmer die Frage prinzipiell ablehnten, Fronten auf: Kuhns These von der Kontinuität des Scheiterns aufklärerisch-emanzipatorischer Opposition in Deutschland und Scherpes von der Kontinuität der Widersprüche des Jakobinismus als eines konsequenten bürgerlichen Demokratismus, dessen Freiheits- und Gleichheitsversprechen an die Realität des Privateigentums an den Produktionsmitteln gebunden bleibt, standen gegen die etwas zu zufriedenen Feststellungen Büschs, wie herrlich weit wir es doch gebracht hätten. Gerhard Steiners Hinweis auf Forsters späte Lektüre utopischer Sozialisten und der Grandjoncs auf Blanqui unterstrichen, von welcher Klasse die notwendig ungelösten Widersprüche des Jakobinismus aufzuheben sind. Wie Walter Markov 1955 in der Festschrift für Ernst Block schrieb: „Darin aber, daß die idealistisch-kleinbürgerliche Abstraktion des Citoyen im Jakobinerstaat der Mehrwertrate unterlag, provozierte sie die Entscheidung: entweder ihre bürgerliche Verhaftung oder aber den Traum nach vorn, auf die Emanzipation des Menschen hin, preiszugeben.“

Helmut Peitsch (Berlin/West)

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

103

Marxismus und Einzelwissenschaft

K. Holzkamp, Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben?

Ideologie-Diskussion

D. Krause, Der Ideologiebegriff im Marxismus

R. Nemitz, Technik als Ideologie

Literaturbericht: Wissenschaftliches Arbeiten

Diskussionsbeitrag zu Blochs „Experimentum Mundi“ (D. Horster)

Kongreßbericht: Internationaler Kongreß Kritische Psychologie

31. Historikertag

Besprechungen

Zeitschriftenschau

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

Aufruf zur Gründung der Zeitschrift

Forum Kritische Psychologie

Unter den Erfahrungen, die durch den 1. Internationalen Kongreß Kritische Psychologie in Marburg vermittelt worden sind, erscheint uns eine besonders wichtig: Die Kritische Psychologie ist mehr als eine regionale, etwa auf Westberlin beschränkte Erscheinung. In ihr zentrieren sich vielmehr die wissenschaftlichen und politischen Interessen einer Vielzahl von Wissenschaftlern im In- und Ausland. Dem objektiven Interessenzusammenhang zwischen diesen Wissenschaftlern korrespondiert aber gegenwärtig keinesfalls ein entsprechender realer Arbeits- und Diskussionszusammenhang. Auf dem Kongreß zeigte sich dies u. a. darin, daß bestimmte Klärungen nicht erreicht, bestimmte wissenschaftliche Fortschritte nicht erzielt werden konnten, weil bei der Kongreßvorbereitung verschiedene regionale Gruppen und Einzelpersonen isoliert voneinander gearbeitet und bestimmte Bornierungen, die eine Verständigung und Kooperation erschweren, sich herausgebildet hatten. Auf dem Kongreß sind dann teilweise im Ansatz jene Gespräche zustandegckommen, die vorher hätten geführt werden müssen.

Um die objektiven Entwicklungsnotwendigkeiten der Kritischen Psychologie mit den konkreten Arbeitsformen bei ihrer Realisierung in Einklang zu bringen, reicht es u. E. nicht aus, nur weitere Kongresse mit verbesserten Diskussionsmöglichkeiten abzuhalten (so notwendig diese als Marksteine des jeweiligen Entwicklungsstandes auch sind). Es muß vielmehr eine *Kontinuität der überregionalen Zusammenarbeit zwischen den Kongressen erreicht werden*, durch welche wechselseitige Lernprozesse möglich werden, sachlich unausgewiesene Divergenzen und Mißverständnisse durch Diskussion von Anfang an vermeidbar sind und eine effektivere Forschung und Praxis erreichbar ist. Weiterhin muß dabei auch die Möglichkeit bestehen, wann immer es politisch und/oder wissenschaftlich geboten ist, an eine begrenztere oder weitere Öffentlichkeit zu treten und gemeinsam die demokratischen Alternativen der Kritischen Psychologie zur Geltung zu bringen.

Um solchen Kooperationsnotwendigkeiten die angemessene organisatorische Form zu geben und sie damit realisierbar zu machen, schlägt die Vor- bzw. Nachbereitungsgruppe des Kongresses (die Angehörigen des Kongreßbüros und ihre unmittelbaren Helfer) in Verarbeitung eines Vorschlags der Münsteraner Kollegen die Gründung einer

Arbeitsgemeinschaft Kritischer Psychologen

vor. Damit soll auch dazu beigetragen werden, die vom Bund Demokratischer Wissenschaftler beschlossene Fachkommission zur Vorbereitung des 2. Interna-

tionalen Kongresses Kritische Psychologie in einen übergreifenden und sinnvollen Arbeitszusammenhang zu stellen.

In diesem Zusammenhang soll auf die Gründung der *Zeitschrift*

Forum Kritische Psychologie

hingewiesen werden, die mit zunächst jährlich zwei Ausgaben in der Reihe der *Argument-Sonderbände* erscheinen wird.

In dieser Zeitschrift sollen regelmäßig Berichte über die Arbeitsgruppen, deren öffentliche Veranstaltungen und Arbeitssitzungen, erscheinen, wobei sowohl die Referate wie die Diskussionsergebnisse publiziert werden. Für die Zeitschrift bietet dies den Vorteil, daß hier nicht mehr oder weniger zufällige Beiträge einzelner Autoren, sondern Resultate kooperativer, auf öffentliche Wirksamkeit wie wissenschaftliche Vertiefung gerichteter Arbeit Kritischer Psychologen veröffentlicht werden können. Damit ist garantiert, daß die wesentlichen Entwicklungen einschließlich der jeweils zentralen Kontroversen und Perspektiven das Bild der Zeitschrift bestimmen. Durch die Arbeitsgruppen entsteht durch die Verbindung zur Zeitschrift der Vorteil, daß von vornherein eine umfassende Publikationsmöglichkeit der geleisteten Arbeit besteht, was auch rückwirkend die Konzentration und Qualität der wissenschaftlichen Produktion erhöht. Außerdem soll die Zeitschrift auch hochschulpolitisches Forum wie auch Organ des Austauschs berufspraktischer Erfahrungen Kritischer Psychologen werden, um praktische Aktionen in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen, die für die Kritische Psychologie von Relevanz sind, zu initiieren und anzuleiten.

Ferner wollen wir an dieser Stelle schon darauf verweisen, daß wir gegenwärtig in der Nachbereitungsgruppe bereits über die thematische Schwerpunktsetzung des 2. Internationalen Kongresses diskutiert haben. Es erscheint uns wenig sinnvoll, wiederum unter einer so allgemeinen Themenstellung wie „Kritische Psychologie“ zu tagen, sondern wir sollten ein Thema wählen, welches die Fähigkeit der Kritischen Psychologie dokumentiert, zu aktuellen Fragen prinzipiell Stellung zu nehmen aufgrund wissenschaftlicher Analyse und damit praktische Perspektiven aufweisen zu können: Damit können auch die Bündnismöglichkeiten, besonders mit den Gewerkschaften, eröffnet bzw. erweitert werden. Wir schlagen daher – mit aller Vorläufigkeit – als Thema vor:

Arbeit und Arbeitslosigkeit aus kritisch-psychologischer Sicht.

Interessenten wenden sich bitte an K.-H. Braun, Schwanallee 22 a, 3550 Marburg.

Forschungsprojekt

Erasmus Universiteit Rotterdam
Faculty of Social Sciences

Anarchism and Legal Sciences

1. Many people have stated in recent times that anarchism – used here as a generic term – is the subject of renewed interest. As a political theory for a given sort of social organisation, anarchism has been described, lauded and criticised in a wide variety of ways. One aspect, however, has received very little attention, namely the relation between anarchism and legal sciences. People such as Eltzbacher in the past and Cattepoel in our day have done excellent work in this field, but a great deal of research still needs to be undertaken. It is for this reason that the Constitutional Law Section of the Social Sciences Faculty at the Erasmus University in Rotterdam intends to tackle the subject and if possible to bring about some advances in this field. A modest research project has been set up entitled “*anarchism and legal sciences*”, and consideration is also being given to organising a conference or seminar on this subject to take place in the autumn of 1978.

2. We are taking as our basic premise the statement that anarchism has both a too naive and a too limited view of the law. It is too naive in supposing that “bourgeois” or socialistic law would allow itself to be dispensed with without more ado and too limited in concentrating in general on the imperative concept of law and in particular on criminal law. Quite apart from this, anarchism gives the impression of having a set and preconceived view of the law of contract (Proudhon) and custom (Kropotkin). The above can be reduced to three questions: What criticism does anarchism make of the law? Does anarchism have a set and preconceived view of the law? If so, what can legal sciences do about anarchism’s preconceived view of the law? It is to answering these questions that we shall be directing our studies.

3. Since it is not our intention that the work should be done in isolation, we should be grateful to know whether the relation between anarchism and legal sciences is also being studied elsewhere and if so, how. It may be possible to devise some means of cooperating with or participating in our project. We shall be pleased to supply further information on request. Anyone interested should contact Thom Holterman of the Constitutional Law Section of the Social Sciences Faculty at the Erasmus University, Rotterdam. The full address of the University is: Erasmus Universiteit, Postbus 1738, Rotterdam.

Besprechungen

Philosophie

Ritter, Joachim †, und Karlfried Gründer (Hrsg.): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 4 (I–K). Schwabe Verlag, Basel – Stuttgart 1976 (745 S., Ln., 160,- DM).

Rund 20 größere Stichworte gehören in diesem Bande dem Themenbereich „Idealismus“, 10 dem der „Kunst“. In beiden darf man die Höchstleistung dieses Wörterbuchs erwarten. Tatsächlich zeigen sich seine besten Eigenschaften beim Stichwort „Idealismus“: knapp, wesentlich, klar behandelt, gut eingeteilt, mit Sorgfalt in der terminologischen Bestimmung und einer sehr guten Grunddokumentation. Nicht so erfreulich ist die seit früheren Bänden zunehmende Länge der Beiträge: 80 Spalten für „Idee“ sind zu viel des Guten, wobei Calcidius allein mit einer Spalte dreimal (Bonaventura neunmal, die Schule von Chartre 14mal) so viel Raum beansprucht wie die Junghegelianer, Marx und der ganze Marxismus zusammen. Auch der Anmerkungsapparat erreicht teilweise bei „Ideologie“ – einem sehr informativen Beitrag – ein Höchstmaß an Dichte und Undurchdringlichkeit. Es sollte doch ein Wörterbuch bleiben!

„Kunst“ (110 Spalten) und die dazugehörigen Stichworte („je ne sais quoi“, „Idylle“, „Imagination“, „Inspiration“, „Kontrast“, u.s.w.) zeigen eine weitere Stärke dieses Wörterbuchs: neben der guten Aufarbeitung der Antike wird die Aufklärung förmlich ausgegraben. Das läßt unsere Ideengeschichte viel unabhängiger von „Genialitäten“ als kontinuierliche Anstrengung ganzer geschichtlicher Epochen erscheinen. Allerdings bleiben hier die in früheren Bänden schon spürbaren Lücken erhalten. Bei „Konsumgesellschaft“ werden die diesbezüglichen Theoreme der Aufklärung übersprungen (wohl weil das *Wort* für die Aufklärung nicht typisch ist); „Kind“ ist nicht nur eine pädagogisch-psychologische Kategorie sondern eine geschichtliche der „Querelle“ (Drei-Stadien-Theorien); übrigens hätte man vielleicht auch die „Kinderarbeit“ einbeziehen müssen; bei „Kirche“ fehlt die aufklärerische Deutung der „unsichtbaren Kirche“; auch bei „Incarnation“ wird vor allem vom christlichen Standpunkt ausgegangen, während ihre philosophische Bedeutung in den Jahren vor dem absoluten Idealismus vernachlässigt wird. Bei „Judentum (Wesen des)“ hat man erstaunlicherweise von der Aufklärung (M. Mendelssohn, dem jungen Hegel, der Kritik an Klopstocks „jüdischer Phantasie“ durch Lessing und Herder, u.s.w.) abgesehen. Die Polemik Hegels gegen Fr. Schlegel bezüglich der „Ironie“ wurde auch nicht erwähnt.

Schwerer als diese Detailanmerkungen wiegen die prinzipiellen Feststellungen: 1) Die Aufklärung und die Antike fungieren zusammen mit der jüdisch-christlichen Tradition als normierende Vergangenheit zum Verständnis der Gegenwart. Das bringt mit sich zuerst einen starken *Ethnozentrismus*, sehr spürbar bei „Kosmogonie“, „Inspiration“, „Kommunismus“, „Inkarnation“. 2) In diesem Rahmen werden fast nur die *semantischen Entwicklungen* der Begriffe verfolgt, nicht

auch die Inhalte selbst – die durchaus älter als die Begriffe sein können – und auch kaum neue geschichtliche Inhalte bei abstrakter Bedeutungsinvarianz. So z. B. fehlt bei „Konservatismus“ seine Entwicklung seit dem zweiten Weltkrieg, wie sie etwa in den U.S.A. durch Horowitz studiert wurde. Ähnliches gilt für „Industrie“, „Klasse“ (nicht aber für vor Kurzem aktuell gewordene Begriffe wie „Kulturrevolution“). 3) Am Wichtigsten dürfte es sein, daß im Zuge einer semantischen, eklektischen Allberücksichtigung, auf jede *Genealogie der Begriffe* und selbst ihrer semantischen Entwicklung – sei es im Sinne von Marx, Nietzsche, Freud oder Feuerbach – verzichtet wurde. Aus dieser grundsätzlichen Grenze einer konservativ bürgerlichen Begriffsgeschichte entstehen direkte Lücken. Ein Beispiel: Obwohl in der Philosophie Hegels die „Idylle“ eine bescheidene Rolle spielt, ist sie von grundlegender Bedeutung für die Entstehung eben dieser Philosophie und eröffnet wichtige Richtungen eines nichtphilosophischen und doch immanenten Verständnisses der Hegelschen Philosophie. In dieser genealogischen Rahmenlosigkeit bleiben auch die verschiedenen Begriffe nur zu leicht zusammenhangslos: beim modernen „Krieg“ geht es nicht nur um Massen, Technologie und Internationalisierung – wie der betreffende Artikel sagt – sondern um die „Nationalarmee“, die Goethe und Hegel dermaßen beeindruckte und auch eine grundlegende andere Gesellschaft voraussetzt; sie hat sich bis zu den heutigen „Befreiungskriegen“ – von denen der erwähnte Artikel nichts weiß – fortentwickelt.

Aus diesem dritten Mangel entsteht auch der Eindruck von Eklektizismus vor allem bei der diesmal – im Unterschied zum 1. Band – entspannten und oft wertvollen Einbeziehung marxistischen Gedankengutes. Dasselbe wiederholt sich mit der Psychoanalyse: „Kastration“, „Katharsis“, „Konstanzprinzip“, „Isolierung“, „Imago“ fehlen; über das „Ich“ wird nur wenig in dieser Hinsicht gesagt; bei „Idealisierung“, „Imagination“, „Konstruktion“, „Konversion“ überhaupt nichts. Vor allem werden die Freudschen Begriffe nur *neben andere* Begriffe und Bedeutungen gesetzt, obwohl sie doch zum Verständnis des gesamten Philosophierens Grundsätzliches beigetragen haben. Dasselbe gilt von den marxistischen Kategorien, was zunächst zu eklatanten Unterlassungen geführt hat. Vor allem fehlt „Kapital“ (!), aber auch „Kolonialismus“, ein Begriff, der nicht nur einen Platz in verschiedenen Theorien hat, sondern auch in der Geschichte der modernen Philosophie Einwirkungen von außen vertritt. „Klassenkampf“ wird nur unter „Klasse“ und „Kampf“ ungenügend behandelt, die Ansätze von „Industrie“, „Kind“, „Krieg“, „Krise“, bleiben aus diesem Mangel spezifisch unbefriedigend. Das gilt aber grundsätzlich vom ganzen Wörterbuch.

Es ist gut und recht, daß man sich um die Begriffe des Rechts (wie „Interessenjurisprudenz“, „Körperschaft“) kümmert, sei es auch so weitschweifig und unausgewogen im Vergleich mit lückenhaft behandelten Gebieten. Aber die öffentliche Dimension der philosophischen Begriffe läßt sich mehr an ihrer Konstituierung als „Handlung“ (Kant) und Passivität (Freud) fassen. Alles andere heißt die Begriffe wie eine Ware verdinglichen und zur Schau stellen. Das Gedächtnis – Hegel dixit – ist der Galgen; an ihm hängt hier erwürgt, unkenntlich, fachmännisch ausgebreitet, was menschliche Produktion und menschliches Leben war.

José-Maria Ripalda (Madrid)

Fichte, Johann Gottlieb: *Ausgewählte politische Schriften.*
Hrsg. von Zwi Batscha und Richard Saage. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M.
1977 (416 S., br., 14,- DM).

Der Band enthält drei Schriften Fichtes, den „Geschlossenen Handelsstaat“ von 1800, die „Vorlesungen über die Freimaurerei“ von 1801 und das „System der Rechtslehre“ von 1812. Unzugänglich waren davon bislang nur die „Vorlesungen“. Sie verdienen ihre Neupublikation unbedingt. Weniger weil sie, wie die Herausgeber meinen, eine neue Stufe der politischen Philosophie Fichtes markieren, als vielmehr weil in ihnen einige Motive des Fichteschen Denkens mit unübertroffener Klarheit zum Ausdruck kommen. Wie ein Resümee zum „Atheismusstreit“, in dessen Verlauf Fichte ein Jahr zuvor seine Jenaer Professur verloren hatte, lauten die folgenden Sätze zur Konstruktion einer innerweltlichen Orientierung: „Der einzige Zweck des menschlichen Daseins auf der Erde ist, weder Himmel noch Hölle; sondern allein die Menschheit, die wir hier an uns tragen, und ihre höchstmögliche Ausbildung. Etwas anderes kennen wir nicht; und was wir göttlich, teuflisch, tierisch nennen, ist nichts – als menschlich“ (175 f). Fichte beschreibt den Zustand seiner Gesellschaft als aufgespalten in Privatinteressen, so daß ein Allgemeininteresse sich nur noch zufällig oder gar nicht durchsetzen kann. Verantwortlich macht er dafür die Arbeitsteilung: „So herrscht überall eine, hier nützliche dort schädliche, Einseitigkeit, so ist jedes Individuum nicht bloß ein Gelehrter, sondern ein Theologe oder Jurist oder Arzt, (. . .) nicht bloß ein Mensch, sondern ein Politiker, ein Kaufmann, ein Krieger; und so wird überall durch die höchstmögliche Standesbildung, die höchstmögliche Ausbildung der Menschheit (. . .) gehemmt“ (178). Wie in dieser Situation ein Gesamtzweck der Menschheit sich realisieren lasse, ist das weitere Thema der „Vorlesungen“. Wenn Fichte die Ziele aufstellt: „Die Menschheit soll eine einzige reinmoralische und gläubige Gemeinde ausmachen“, und „Die ganze Menschheit soll einen einzigen durchaus rechtlichen Staat ausmachen“ (194), so ist damit die reale Konstitution des Gattungssubjekts intendiert.

Eduard Zeller hat schon vor über 100 Jahren hervorgehoben, daß „Fichte einer der ersten (war), welcher in Deutschland die soziale Frage ernstlich in Angriff genommen hat“. (Vorträge und Abhandlungen Bd. I, S. 162). Davon legt vor allem der „Geschlossene Handelsstaat“ Zeugnis ab. Ganz im Gegensatz zum Liberalismus kommt diesem Staat nicht die Aufgabe zu, den Eigentümern ihr Eigentum zu sichern, „sondern ihn in sein Eigentum erst einzusetzen.“ (71 – insofern ist es mir unklar, wo Z. Batscha bei Fichte liberale Denkelemente in dieser Phase sieht). Sollte die bisherige Eigentumsverteilung so ausgefallen sein, daß einige im Überfluß lebten, während andere darben, so wäre das vom „Vernunftstaat“ zu überdieren. „Es sollen erst alle satt werden und fest wohnen, ehe einer seine Wohnung verziert, erst alle bequem und warm gekleidet sein, ehe einer sich prächtig kleidet. (. . .) Es geht nicht, daß einer sage: ich aber kann es bezahlen. Es ist eben unrecht, daß einer das Entbehrliche bezahlen könne, indes irgendeiner seiner Mitbürger das Notwendige nicht vorhanden findet, oder nicht bezahlen kann; und das, womit der erstere bezahlt, ist gar nicht von Rechts wegen und im Vernunftstaate das Seinige“ (79). Der „Handelsstaat“ entwickelt sodann die Konzeption einer staatlich organisierten Arbeits- und Einkommensverteilung zur Realisierung maximaler Gleichheit unter den Bürgern. Wegen solcher Ausführungen wurde Fichte von F. Lassalle, Max Adler u. a. als „der erste deutsche Sozialist“ gefeiert. Aber auch Arnold Gehlen (Deutschtum und Chri-

stentum bei Fichte) u. a. legitimierten ihre Vorstellung eines „völkischen Sozialismus“ mit dem „Geschlossenen Handelsstaat“, und man kann beiden Seiten nicht vorwerfen, Fichte mißverstanden zu haben. Richard Saage versucht in seinem Nachwort, in dem er sich mit neueren Fichte-Interpretationen auseinandersetzt, dieses Problem unter dem Titel einer „Ambivalenz im politischen Denken Fichtes“ (387) zu begreifen. Ich möchte hier offenlassen, ob diese Ambivalenz Fichte anzulasten ist oder der Sozialismus-Vorstellung Lassalles und anderer.

Wenn Fichte in den erwähnten „Vorlesungen“ als drittes Menschheitsziel angibt: „Das vernünftige Wesen soll durchaus über die vernunftlose Natur herrschen“ (194), so kann man R. Saage zustimmen, wenn er schreibt: „Indem er (Fichte) nämlich das Ding an sich und das transzendente Subjekt zu einer einzigen Instanz, dem absoluten Ich, zusammenzieht, gewinnt sein Vernunftbegriff zwar an logischer Stringenz und Einheit, zugleich aber wird die Welt ihm subsumiert. Eine so strukturierte Vernunft kann Herrschaft im letzten nicht auflösen. Weil das empirische Ich nur Substanz besitzt, insofern es am absoluten Ich partizipiert, hat seiner Allgemeinheit das empirisch Besondere sich bedingungslos zu unterwerfen“ (S. 390). Diese, die Herrschaft trotz aller Kritik bestätigende Struktur der Fichteschen Philosophie, die in ihrer Innenwelt das Gesetz der Außenwelt reproduziert, ist in der „Rechtslehre“ von 1812 offengelegt. „Also, die Aufgabe, das Recht zu konstituieren, welche jetzt auf die zurückgeführt worden ist, den Gerechtesten seiner Zeit und seiner Nation zum Herrscher derselben zu machen, ist durch menschliche Freiheit nicht zu lösen. Es ist darum eine Aufgabe an die göttliche Weltregierung. (...) Irgend einmal muß und wird einer kommen, der als der Gerechteste seines Volkes der Herrscher desselben ist; dieser wird auch das Mittel finden, eine Sukzession der Besten zu erhalten (...). Bis dahin werden die Regierungen so gut sein, als sie uns Gott gibt“ (341). Auf diesem Hintergrund fehlen den Versuchen Zwi Batschas, liberale und demokratische Gedankengänge bei Fichte zu retten, textliche Belege.

Manfred Hinz (Berlin/West)

Loer, Barbara: *Das Absolute und die Wirklichkeit in Schellings Philosophie.* Mit der Erstedition einer Handschrift aus dem Berliner Schelling-Nachlaß. Walter de Gruyter, Berlin/West-New York 1974 (288 S., Ln., 108,- DM).

Daß Schellings Philosophie in den letzten Jahren wieder stärker Gegenstand philosophischen und – mehr oder minder verdeckt – politischen Interesses geworden ist, kann kein Zufall sein. Eine philosophische Position, die sich zu ihrer Zeit explizit als Gegenposition zu der Hegels einbekannte, kann unter Himmelsstrichen, deren politisch restaurative Physiognomie gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt deutlicher denn je sichtbar wird, allemal auf Sympathie rechnen. Hans Jörg Sandkühlers Urteil, dem sich Barbara Loer im wesentlichen anschließt (13), Schellings Philosophie sei ein „Angebot“ an die politische Restauration im Nachkriegswestdeutschland, besitzt unbestreitbare Evidenz.

Loer kann aber zeigen – und damit liegt sie auf der Linie einer eindeutig *nicht* restaurativ interessierten Schelling-Rezeption (hingewiesen sei auf die neuen Arbeiten von Frank und Frank/Kurz) –, daß Schelling mißversteht, wer diesen kurzschlüssig der Kehrseite der historischen Aufklärung zurechnet. Wie Hegel, wie Hölderlin und Fichte begriff Schelling sich als Erbe der Französischen Revo-

lution; aber anstatt wie Hegel der Vernünftigkeit des Wirklichen zu vertrauen und eine Logik des Wirklichen zu entwerfen, fragt Schelling nach dem, was der Vernunft vorausgeht: „Allem natürlichen Gefühl zufolge ist es so, daß das Wissen den Gegenstand *voraussetzt* . . . Also wo kein Gegenstand, da ist auch kein Wissen. Aber eben dieses, wie es überhaupt so etwas, wie einen Gegenstand geben könne, ist die Frage“ (30). Es ist mithin die „Fragwürdigkeit des bloßen Denkens“ (70), das Mißtrauen gegenüber der Annahme einer „Präexistenz des Wissens“ (73), das Schellings Philosophieren antreibt. Loer: „Logisch deduzieren und auseinanderlegen läßt sich allein dasjenige, dessen Natur selbst Logos oder in dem wenigstens nichts ist, was sich dem Logos widersetzt“ (86). Freiheit aber, um deren Begründung und Möglichkeit Schellings Philosophie kreist, ist logisch grundlos, sie kann nur absolut, d. h. ihrer Struktur nach a-logisch und unvernünftig gedacht werden; „lautere Freyheit“ „ist Einfach und ohne alle Unterscheidung“, sie ist „reine Frohheit“, „die sich selbst nicht kennt“ (34). Freilich – und hier liegt die Aporie, in die sich Schellings Denken notwendig verstrickt –: Wie kann Freiheit *wirklich* werden, wenn sie, um Freiheit bleiben zu können, in ihrer Absolutheit und Unbedingtheit verharrt? Schellings Absolutes, jenes hedonistische (80) Unbewußte, das sich nicht wissen *darf*, um eben seine Qualität als absolute Freiheit nicht einzubüßen, bleibt der Wirklichkeit gegenüber indifferent, ja feindlich. „Das geschichtliche Absolute“ (189 ff) ist, streng genommen, ein Widerspruch in sich selbst: Wo das Absolute sich geschichtlich vermitteln will, muß es entweder seinen Absolutheitsanspruch aufgeben oder aber die Wirklichkeit, so wie sie ist, verleugnen. Das Resultat, zu dem Loer im Verlauf ihrer Untersuchung gelangt, ist denn auch schlüssig: „Der Glanz der Freiheit, die zu begründen und zu erhalten Schelling sich unablässig bemühte, ist dergestalt allmählich aus Schellings Schriften und endlich auch aus der endlichen Wirklichkeit geschwunden – am Ende existiert Freiheit allein noch über, nicht mehr in der Welt“ (280).

Schellings Philosophie darf – dies läßt sich an Loers Arbeit gut zeigen – weniger als blanke geschichtslose Antithese zu Hegel denn vielmehr als komplementär zu diesem gesehen werden. Beiden, Schelling wie Hegel, ging es um die vernunftgeleitete Realisation der Freiheit in der Geschichte. Fraglos hat Hegels Lösung den Vorzug, realistisch zu sein: Wo Schelling den dunklen Urgrund des Absoluten in Anschlag bringt, um die Theorie der Freiheit zu retten, argumentiert Hegel auf der Basis dessen, was historisch geworden ist. Freilich hat solcher Realismus seinen Preis: Er muß, mit Hegels eigenen Worten, „Frieden machen mit der Wirklichkeit“, um der Wirklichkeit beizukommen. Dagegen beharrt Schelling auf der Unmittelbarkeit eines Seins, das sich gegen alle Vermittlungen sperrt. Deshalb Schelling den Vorwurf der Absage an die Geschichte machen zu wollen, geht am Kern der Sache vorbei. Die Insistenz auf einem schlechterdings Unmittelbaren – bei Schelling: Freiheit, Absolutes, Natur – ist die, vielleicht resignative, sicherlich aber realistische Einsicht in die Präexistenz einer Natur, die zugleich Grundlage und Schranke menschlichen Wollens und Handelns ist. Dieser Schellingsche – und materialistisch gefärbte – Realismus zeigt sich dem Hegelschen zumindest ebenbürtig.

Die vorliegende Arbeit präsentiert einen bislang nicht veröffentlichten Text aus dem Berliner Schelling-Nachlaß unter dem Titel „Fragment einer Abhandlung zur Strukturtheorie des Absoluten“ (30–52), dessen genaue Datierung trotz Loers philologischer Präzisionsarbeit nicht auszumachen ist. Ein Vergleich mit anderen Schriften Schellings, der einen breiten Raum des Buches beansprucht

(145–276), erlaubt es jedoch, die Entstehungszeit des Fragments „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ (278) für das Jahr 1819 oder 1820 anzusetzen. Dieser Vergleich erbringt auch den Nachweis, daß Schellings Philosophie durch die Jahrzehnte hindurch im wesentlichen gleichgeblieben ist: „Der vielberufene Wandel in Schellings Denken, ohnehin sekundär, vollzieht sich . . . nicht in Sprüngen und darauf folgenden, unvermittelten Neuansätzen . . . ; Schelling ist vielmehr, den inneren Widersprüchen der Philosophie des Absoluten ständig nachgehend, schrittweise von einem Ergebnis zum nächsten gelangt, ohne früher entworfene Theorien regelrecht verleugnen zu müssen“ (279).

Trotz seiner hohen editorischen und herstellerischen Qualität ist der immense Ladenpreis des Buches nicht gerechtfertigt.

Hans-Martin Lohmann (Frankfurt/M.)

Frank, Manfred: *Das individuelle Allgemeine. Textstrukturierung und -interpretation nach Schleiermacher.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (383 S., br., 32,- DM).

Frank bemüht sich um die sprachphilosophische Rettung der Subjekttheorie Schleiermachers vor deren wirkungsgeschichtlicher Verzerrung von Dilthey bis Gadamer (315). Ausgangspunkt ist die Frage nach einer Methodologie der Literaturwissenschaft angesichts des Konfliktes zwischen Strukturalismus und Hermeneutik. Den Rekurs auf Schleiermachers „positive Formel“ der Hermeneutik teilt Frank in vier Abschnitte. Teil I behandelt die Konfrontation von Existenzialhermeneutik und strukturaler Textanalyse, ohne alternativ in ein Entweder-Oder zu münden. Teil II antizipiert bereits die Schleiermachersche Perspektive der Versöhnung der beiden Verfahrensweisen. Den Vorzug dieser Position gegenüber Gadamer oder Ricoeur sieht Frank darin, daß sie die strukturalistische These eines Primats des Signifikanten vor dem Signifikat anerkennt, weil etwas seinen Sinn nur in der Ordnung des Ausdrucks erhält, d. h. als Signifikat das Prägemal des Signifikanten benötigt, um ein solches zu sein. Zugleich aber verteidigt sie den Anspruch des Subjekts auf Mitwirkung am Sprachgeschehen, da die Wahrheit prädikativer Ausdrücke nur durch Übereinstimmung verständiger Individuen begründet werden kann (145/6). In Teil III bekennt sich Frank zum Universalitätsanspruch der Hermeneutik Schleiermacherscher Provenienz, weil diese nicht allein fremden Sinn an eigenem ausrichtet, sondern das Rationalitätskonzept, den Begriff, der die eigene Interpretation vorgängig leitet, dialektisch einbezieht. Damit wird die hermeneutische These der Nicht-Methodisierbarkeit von Wahrheit rational ergänzt, anstatt in der Kommunikation als einer Art letzter Instanz des Wahrheitsanspruches steckenzubleiben. Die Universalität der Hermeneutik lebt von der kritischen Reflexion, die intersubjektiv auf den Sinn von Sein zielt, der nicht als ein für alle mal herausbringbar zu verstehen ist, sondern sich in einer permanent sich vollziehenden Totalisierung realisiert, die infolge der ontologischen Differenz von Sein und Seinsweise den Untergang des je konstituierten Systems als dessen zukünftiges Schicksal schon in sich trägt (160). Der letzte Teil legt die methodologische Konsequenz offen, welche die Überwindung des Konfliktes zwischen strukturaler Textanalyse und sinnverstehender Interpretation leisten soll, ohne die Bedeutung der beiden Vorgehensweisen herabzumindern. „Zuerst ist das Zeichengeflecht eines Diskurses, wie ihn der Autor auf der Basis eines bestimmten geschichtlich-semiotischen Bewandniszusam-

menhangs komponiert, zu analysieren. Aber um das tun zu können, muß der Interpret dann auch den Sinn des Textes erstehen lassen, und das heißt (da es keine Gewähr dafür gibt, daß er den originalen Sinn „errät“), ihn im Lichte eines neuen Sinnentwurfs ursprünglich konstituieren“ (363). Während der erste Aspekt unter dem Primat der grammatischen Analyse steht, erhält der zweite sein Gewicht durch die „divinatorische“ Fähigkeit des Interpreten, die Schleiermacher als Zuwachs im Hinblick auf die uneinholbare Sinnfülle des Textes und als asymptotische Annäherung an die Totalität der Interpretation verstand (363). Der Leser und Interpret betätigt sich schöpferisch als „erweiterter Autor“; er ist mehr ein Schöpfer als ein Rekonstrukteur (357), denn über den Sinn eines Textes entscheidet nicht der Autor allein, sondern wenigstens ebensosehr der Leser (352). Erst mit Eintritt in eine für alle daseiende symbolische Ordnung erhält der Sinn eines Werkes die Chance, daß sein Imperativ rezipiert und damit in den Status der Objektivität gehoben wird. Seine Realsetzung ist damit von fremdem Sinn abhängig, wie ihn der Interpret dem Werk zufügt; bis dahin hat es den erkenntnistheoretischen Status der Imagination, denn es existiert überhaupt noch nicht als vom Subjekt unabhängig Seiendes (354). Erst durch die „Divination“ des Interpreten tritt der Gegenstand aus bloßer Imagination in die Realität; seine Wirklichkeit hängt von der reflexiven Interpretationsleistung des Rezipienten ab; die Dialektik bleibt auf den „Kopf“ gestellt.

Hätte Frank den Begriff des „Werks“ nicht wesentlich ästhetisch gefaßt, sondern als allgemeine Äußerung menschlicher Produktivität, wäre ihm der Mangel seines eindimensionalen, praxisabstinenten Geschichtsbezuges wohl aufgefallen; so aber bleibt er hinter der Hermeneutikdiskussion der frühen siebziger Jahre zurück, die sich weder auf Literaturtheorie noch auf den Konflikt mit dem Strukturalismus (als dessen Austragungsort bereits der „Positivismusstreit“ der sechziger Jahre gelten kann) beschränkt, sondern sich den psychologischen, soziologischen, ökonomischen und politischen Problemen der Gesellschaft stellt. (Vgl. H. J. Sandkühler: Zur Begründung einer materialistischen Hermeneutik, in: *Argument* 77).
Karin Bruns-Weingartz (Düsseldorf)

Gadamer, Hans-Georg, und Gottfried Boehm (Hrsg.): Seminar: Philosophische Hermeneutik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M 1977 (339 S., br., 12,- DM).

Zweifellos entstammt das Interesse an der Hermeneutik dem andauernden Methodenstreit in den Geisteswissenschaften, in dem sie *die* Angegriffene war. Dies Interesse historisch aufzuklären, beansprucht die vorliegende Text-Sammlung (vgl. 7). Sie enthält, vollständig oder auszugsweise (A), untadelig nachgedruckte Schriften von Matthias Flacius Illyricus (1567), Baruch de Spinoza (A, 1670), Joh. Martin Chladenius (A, 1742), Karl Philipp Moritz (A, 1788), Sigmund Jacob Baumgarten (A, 1769), Joh. Gottfried Herder (1769), Anton Friedrich J. Thibaut (A, 1806), Friedrich Ast (A, 1808), Friedrich Schleiermacher (1829), Heymann Steinthal (1877/78), Joh. Gustav Droysen (A, 1868), Wilhelm Dilthey (A, 1890), Erich Rothacker (1959), Rudolf Bultmann (1933/34), Martin Heidegger (A, 1927), Hans Lipps (A, 1939), Hans-Georg Gadamer (A, 1960; 1967).

Die Textauswahl zur Geschichte der Hermeneutik bis Dilthey ist mit dem Ursprung der Methode im Kampf um die Bibelauslegung zwischen Protestanten und der Katholischen Kirche und mit ihrer wissenschaftlichen Fundierung durch den deutschen Idealismus und die Historische Schule begründet. Die Hrsg. orientieren sich hier an den – ausführlich zitierten – Studien Diltheys zur „Vorgeschichte der romantischen Hermeneutik“ (9). Daß ihr eigener Kommentar zu den ausgewählten Autoren auch solche vermerkt, die dann doch nicht mit einem Text vertreten sind (vgl. 29), irritiert; daß sie G. B. Vico hingegen nicht einmal erwähnen, ist eine unverständliche Unterlassung: Vicos „Neue Wissenschaft“ (1725) hat mit der ersten Darstellung des historischen Bewußtseins die „erkenntnisanthropologische“ (K.-O. Apel) Voraussetzung des Wahrheitsanspruchs der „romantischen Hermeneutik“ formuliert.

Die Textauswahl zur „philosophischen Hermeneutik“ ist vom Standpunkt Gadamers bestimmt. Sie ist nicht dazu geeignet, über die entscheidende Frage nach der Wahrheit respektive Gewißheit dieser Methode und nach ihren historischen Bedingungen kritisch zu informieren. Zwar ist das auch nicht der Anspruch der Herausgeber, dennoch einer, der an einen Band „Seminar: Philosophische Hermeneutik“ zu stellen wäre.

Gisela Müller (Hamburg)

Weischedel, Wilhelm: Skeptische Ethik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (221 S., Ln., 32,- DM).

Das gegenwärtige Philosophieren enthält – nach Weischedel – zwei „unabdingbare Elemente“: Skeptizismus und Ethik. „Der Mensch kann nicht, ohne sich selbst aufzugeben, auf die ethische Problematik verzichten. Er kann aber auch nicht aus der ihm in seiner geschichtlichen Situation auferlegten skeptischen Haltung . . . herauspringen“ (13). Beides aber scheint unvereinbar: „Ethik fordert Verbindlichkeit, Skeptizismus leugnet Verbindlichkeit“ (43). Weischedel machte in diesem postum veröffentlichten Werk den gewagt-interessanten Versuch, „herauszubringen, ob es tatsächlich bei dem aufgewiesenen Widerspruch bleiben muß, oder ob sich am Ende doch noch die Möglichkeit einer Skeptischen Ethik zeigt“ (43). Im Schlußsatz steht fest: „Was zunächst unwahrscheinlich erschien, (ist) möglich: eine Skeptische Ethik“ (221). Doch: Wie ist sie möglich? Wie sieht sie aus?

Die Überlegungen sind klar gegliedert: Das 1. Kapitel gibt einen Überblick über Begriff und Charakterisierung der Ethik bei Aristoteles, Augustin, Platon und Kant. Im 2. Kapitel wird Entsprechendes für den Skeptizismus zusammengetragen: Spätantike, Montaigne, Charron, Pascal, Descartes, Hume, Kant, Hegel, Nietzsche, Camus. Im 3. Kapitel konfrontiert Weischedel beide Problemfelder miteinander, konstatiert den scheinbaren Widerspruch (wobei der Begriff „Widerspruch“ nicht im dialektischen Sinne gebraucht wird; damit hat Weischedel nichts im Sinn) und stellt seine Aufgabe (s. o.). Jetzt kann das Werk beginnen: Zunächst (im 4. Kap.) prüft Weischedel „skeptisch“ (was in seinem Verständnis bedeutet, daß sich der Skeptiker „nicht auf die skeptische Position versteifen“ darf, sondern „offen“, „mitten inne zwischen Bejahung und Verneinung“ bleiben muß [37]) „metaphysische Ethiken in neuerer Zeit“ (Kant, Fichte, Hegel, Scheler, Hartmann, Jaspers), die jedoch als „gescheitert“ angesehen werden müssen, da sie sich „von ‚oben‘“, d. h. „philosophisch-theologisch“ zu

begründen suchten (78). Aber auch Versuche, „von ‚unten‘“, „vom Menschen her“ eine Ethik zu begründen (Nietzsche, Marxismus, Gehlen, Kamlah, Schulz) oder ganz auf eine Ethik zu verzichten (Analytische Philosophie), die Weischedel im 5. Kapitel sichtet, müssen verworfen werden, da sie „der philosophischen Begründung und Ausweisung“ entbehren (106). Somit erweisen sich alle bisherigen Versuche einer Ethik als unzureichend, dem Weischedelschen Skeptizismus nicht standhaltend. „Ganz neue Wege“ (106) müssen begangen werden.

Im II. Teil diskutiert Weischedel die für ihn wichtigen „Grundprobleme der Ethik“: Freiheit (6. Kap.) und Gewissen (7. Kap.).

Endlich, im III. Teil, stellt Weischedel auf rund 40 Seiten seine Skeptische Ethik vor: Vier „Grundentschlüsse“ (8. Kap.) sind zunächst erforderlich: der zum Skeptizismus, der zur Freiheit, der zum Dasein und der zur Gestaltung des Daseins. Auf dieser Grundlage können aus drei „Grundhaltungen“ (9. Kap.) heraus direkt ethische Forderungen abgeleitet werden (10.–12. Kap.): aus der Grundhaltung der Offenheit folgen Wahrhaftigkeit, Sachlichkeit, Gelassenheit und Toleranz, Mitleid; aus der Grundhaltung der „Abschiedlichkeit“ (d. h. Abschied nehmen zu können, fähig zur Distanzierung zu sein) folgen Entsagung, Selbstbescheidung, Demut und Selbstaufgabe, Selbstbeherrschung und Besonnenheit, Tapferkeit und Freimut, Großmut und Güte, Gelassenheit und Geduld; aus der Grundhaltung der Verantwortlichkeit folgen Solidarität, Gerechtigkeit, Treue.

Im einzelnen soll zur Beurteilung ein sinnentstelltes Zitat bezüglich der Ethik Friedrich Nietzsches (Nietzsche hat nicht geschrieben, daß Leben „mildeste Ausbeutung“ [84], sondern mindestens [!] Ausbeutung bedeute) ebenso erwähnt werden, wie – schon gewichtiger – der pars-pro-toto-Irrtum, daß für die marxistische Ethik „wahr ist, was Zukunft heraufführt“ (89). Egal welche? Allgemein ist das Buch als ein später Versuch bürgerlicher Moralideologie zu werten, die im Gegensatz zur Lebenspraxis stehen muß. Daß Weischedel diesen auch von ihm konstatierten Gegensatz bedauert, ändert nichts daran, daß er selbst dazu beiträgt, ihn zu verfestigen. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, müssen die von Weischedel ausgeblendeten Fragen nach den Möglichkeiten und dem Subjekt der Verwirklichung einer Ethik in die Ethik hineingenommen werden. Eine solche Ethik veränderte sich, würde kämpferisch konkret-parteilich, zielte dennoch auf das Allgemeine.

Alfred Kolberg (Dortmund)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Gloy, Klaus: Sprachnormen I. Linguistische und soziologische Analysen. Frommann-Holzboog Verlag (problemata 46), Stuttgart/Bad Cannstatt 1975 (169 S., br., 28,- DM). zit. a

Presch, Gunter, und Klaus Gloy (Hrsg.): Sprachnormen II. Theoretische Begründungen – außerschulische Sprachnormpraxis. Frommann-Holzboog Verlag (problemata 47), Stuttgart/Bad Cannstatt 1976 (207 S., br., 28,- DM). zit. b

Gloy, Klaus, und Gunter Presch (Hrsg.): Sprachnormen III. Kommunikationsorientierte Linguistik – Sprachdidaktik. Frommann-Holzboog Verlag (problemata 48), Stuttgart/Bad Cannstatt 1976 (169 S., br., 28,- DM). zit. c

In der alltäglichen Sprachpraxis werden ständig – meist unbewußt – Normen befolgt, die sich beileibe nicht beschränken auf die Bereiche syntaktisch richtigen Sprechens oder orthographisch korrekter Schreibweise. Sprachnormen sind vielschichtiger: Sie reichen von Vorschriften über situations- und partneradäquate Anredeformen in der täglichen Kommunikation über die Höherbewertung einer möglichst lautreinen Hochsprache gegenüber Dialekten und Soziolekten, den Sinn oder Unsinn des Fremdwortgebrauchs bis hin zu festen Kriterien für Gliederung und Argumentation in einem Schulaufsatz. Außerhalb des Deutschunterrichts als normenvermittelnder Instanz werden Sprachnormen zumeist nur dann bewußt bzw. problematisch, wenn sie gebrochen werden, d. h., wenn bewußt oder unbewußt gegen sie verstoßen wird, wenn das, was stillschweigend immer schon als gültig unterstellt, plötzlich nicht mehr befolgt wird.

Abgesehen von der periodisch immer wieder aufkommenden Diskussion um Rechtschreibnormen und Orthographiereform hat die Linguistik den mit der (Nicht-)Befolgung von Sprachnormen verbundenen Problemen wenig Aufmerksamkeit geschenkt; das Feld blieb weitgehend den verschiedensten Institutionen der Sprachpflege überlassen. Ein wichtiger Grund für diese Vernachlässigung liegt im Selbstverständnis der Linguistik als einer beschreibenden und möglichst auch erklärenden Wissenschaft, die sich dem wissenschaftstheoretischen Postulat einer strikten Wertneutralität verpflichtet fühlt.

Mit der Einführung des linguistischen Regelbegriffs allerdings wurde letztlich doch – unfreiwillig – auf die Sprachnormenproblematik aufmerksam gemacht. Zwar wurden die linguistischen Regeln nicht als vorschreibende, sondern als beschreibende verstanden, nichtsdestoweniger mußten sie zumindest dem theoretischen Anspruch nach auf den faktischen Sprachgebrauch beziehbar sein. Die Distanz aber zwischen hochabstrakten linguistischen Produkten wie etwa den Regeln der Generativen Transformationsgrammatik auf der einen und dem je aktuellen praktischen Sprachverhalten der Sprecher auf der anderen Seite konnte nicht überbrückt werden. Damit blieb das, was die Menschen tatsächlich tun, wenn sie sprechen, merkbar aus dem Untersuchungsbereich der Systemlinguistik ausgeschlossen. Erst linguistische Disziplinen wie die Soziolinguistik, die näher an der (sprachlichen) Realität operierten und die nicht zuletzt als Reaktionen auf die Versäumnisse der deskriptiven Systemlinguistik entstanden sind, brachten die Problematik der Sprachnormen wieder vermehrt an die Fachöffentlichkeit.

Auf die Vielschichtigkeit dieser Probleme weiter aufmerksam zu machen, ist Hauptabsicht und zugleich Verdienst des dreibändigen Readers, insbesondere

des ersten Bandes. Gloy's Ziel dabei ist es, Sprachnormierungen „sowie die Affirmation und die Herleitung normativer Orientierungen über korrekte Sprache bewußt zu machen und sie als soziale Prozesse zu interpretieren.“ (a 9) Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß zu den Institutionen, die Sprachnormen explizit oder implizit propagieren, auch „maßgeblich die Sprachwissenschaft selbst (zählt).“ (ebda.) Um Legitimierungsstrategien und Legitimität von Sprachnormen adäquat einschätzen zu können, diskutiert Gloy nicht nur die verschiedensten sprachwissenschaftlichen Normdefinitionen, sondern entwickelt selbst eine Normentypologie (a 21 ff.), die die Vielzahl der Definitionsversuche zu systematisieren imstande ist. Dabei stellt sich heraus, daß die Problematik von Sprachnormen zwar auch in z. T. irrationalen Begründungszusammenhängen zu suchen ist, besonders aber darin, daß die Vertreter solcher Ansätze „sozialpolitische Schlüsselpositionen“ bezogen haben und entscheidend an der Verbreitung und Durchsetzung dieser Normen beteiligt sind (vgl. a 85). Angesichts dieser Tatsache muß sich die Linguistik die Frage gefallen lassen, inwieweit in ihre Gegenstandskonstitutionen, Methoden und in ihre Praxis als Wissenschaft bei der Beschreibung und der Erklärung sprachlicher Phänomene hinterrücks Normen eingehen, die den selbstformulierten Anspruch auf Deskriptivität, Wertneutralität und Objektivität (vgl. a 87 f.) disqualifizieren (vgl. a 122). Weder eine empiristische Ausrichtung der Linguistik am „faktischen Sprachgebrauch“ (a 98) noch die idealisierenden Grundaxiome der Generativen Transformationsgrammatik (vgl. a 106 f.) lassen eine schlüssige Lösung der Sprachnormenproblematik zu, da die eine Position den Sprachgebrauch und die in ihm wirkenden Normen nicht zu erklären vermag, die andere mit der Annahme einer homogenen Sprachgemeinschaft und der Vorstellung des kompetenten Sprechers zu weit von der Sprachrealität, der alltäglichen Sprachpraxis entfernt ist.

Sprachliche Normen sind also nicht nur praktische Probleme (die sich etwa im Sprachunterricht stellen), sondern ein zentraler Aspekt der sprachwissenschaftlichen Gegenstandskonstitution. Hier entscheidet sich bereits, wie präzise das Funktionieren von kommunikativen Prozessen und der in ihnen wirkenden Normen beschrieben und erklärt werden kann.

Daß Sprachnormen und Konventionen nicht durch einmalige Entscheidungen der Sprecher geschaffen werden und dann stabile Regeln für interaktionales (Sprach-)Handeln abgeben, weisen Gloy/Presch (c 9–26) nach. Das aber bedeutet, daß Begriffe wie Konvention und Norm nicht einfach als Erklärung eingeführt werden dürfen, sondern selbst erklärt werden müssen. Zwar scheint unstrittig, daß die Sprachteilhaber regelhaft verfahren, wenn sie kommunizieren, da erst die Befolgung von Regeln eine gemeinsame Basis liefert, Verständigung also ermöglicht. Um allerdings das Entstehen, Stabilisieren und Verändern von Normen und Regeln erfassen zu können, muß weiter ausgegriffen werden. Die Herausgeber schlagen vor, „in einem ersten Schritt nicht auf die *Inhalte* handlungsleitender Sprecherregeln (abzuzielen), sondern auf deren *allgemeine Entstehungsbedingungen in Kommunikationssituationen*. Ein erfolgversprechender Ansatzpunkt erscheint uns hier die allgemeine Frage nach den Entstehungsbedingungen von Konventionen in Interaktionssituationen, . . .“ (b 15). Das Ausgreifen bezieht sich konsequenterweise auch auf Theorien, die nicht in erster Linie linguistische sind. So ergibt die Diskussion handlungstheoretischer Ansätze (Lewis, Parsons, Mead, Luhmann): „Konventionen beruhen auf der Existenz und dem gegenseitigen Unterstellen von wechselseitigen Erwartungen. Diese Erwartungen und die Kenntnis ihrer Existenz entstehen entweder durch Abmachung oder in

stillschweigender Praxis.“ (b 26) Mit dem Luhmannschen Konzept dieser „Erwartenserwartungen“, die die an der Interaktion Beteiligten haben, soll – allerdings nur im Rückgriff „auf in Sprache verfügbar gemachte und aufgehobene soziale Erfahrung“ (Presch, b 87) – auch die Konstitution von Bedeutung erklärbar sein, da nicht nur die Regeln, sondern auch Bedeutungen einen weitgehenden Grad von Konventionalität und Verbindlichkeit besitzen. An dieser Stelle aber scheint die Reichweite handlungstheoretischer Ansätze für die Analyse sprachlicher Kommunikationsprozesse überinterpretiert: Das (vorläufige, vgl. b 15) Absehen vom jeweiligen Inhalt der Interaktionen wirft ja nicht nur die Frage auf, wie im Konzept der Erwartenserwartungen ein infiniter Regreß vermieden werden kann (vgl. b 37), sondern auch die Frage, was bedeutsam ist und zu – sprachlicher – Bedeutung wird. Bedeutungsgebung aber in der der konkreten Alltagssituation vorgängigen sozialen Erfahrung, die immer schon *Erfahrung von etwas* ist (wobei dieses „etwas“ sich nicht erschöpft in Erfahrungen von Interaktionen), also geschichtlich und phylogenetisch zu analysieren, wäre ein Weg, um der Aporie zu entgehen, daß „diese (im Alltag vollzogenen Sinndeutungs-)Prozesse die (...) soziale Realität des Alltagslebens konstituieren“ (Gloy, b 141).

Normen und normierende Prozesse sind nun aber Bestandteile dieser „sozialen Realität des Alltagslebens“. Hierfür liefern die Beiträge des Readers eine Fülle von Material.

P. Hartmann (c 28–58) versucht zunächst, sich den Normen der alltäglichen Sprachpraxis von der Theorie her zu nähern. Seine Bestimmung von Sprachnormen als „erlernte Regularitäten“ (c 35) verdeutlicht einmal, daß sich die Normenproblematik nicht durch den Rückzug in privatistische Willkür lösen läßt (vgl. auch Gloy/Presch, c 9–26), sondern daß als Regularitäten begriffene Normen notwendig sind, sonst würden sie nicht gelernt.

Darüber hinaus setzt Lernen aber immer Subjekte voraus, die dies tun. Daraus leitet Hartmann die Forderung ab, daß der linguistische Erfahrungsbereich erweitert werden muß, damit „unter dem schon etwas verbrauchten Topos der Interdisziplinarität auch *nichtwissenschaftliche* Partner bzw. Erfahrungsträger ernstgenommen und berücksichtigt werden“ (c 29, vgl. auch c 38 f.).

Für den schulischen Bereich, in dem Lernen in organisierter Form stattfindet und in dem sich Normierungen am deutlichsten zeigen und auch am ungefähretsten existieren, kommt es in erster Linie darauf an, die Rolle des Lehrers als normierender Instanz schon in der Lehrerausbildung zu problematisieren, um möglichst frühzeitig den Charakter des Naturwüchsigen auszuräumen und der Reflexion von Lehrern und Schülern zugänglich zu machen (vgl. Ivo, c 129 ff.). Gelänge dies, würde sich auch die Bewertungs- und Beurteilungsproblematik prinzipiell anders stellen. Hier allerdings ist noch die meiste Arbeit zu leisten. Die entscheidende Frage, deren Beantwortung auch für die Rolle des Lehrers als normierender Instanz von erheblicher Bedeutung ist, ist die danach, *wer* normiert und mit welchen Interessen, Zielen und Absichten dies geschieht.

Ein Beispiel dafür liefern Presch/Gloy (b 168–181). Verschlüsselte Formulierungen in Arbeitszeugnissen werden in ihrer Doppeldeutigkeit und ihrer doppelten Funktion untersucht: Oberflächlich betrachtet ist der Text eines verschlüsselten Arbeitszeugnisses normenkonform, er enthält keine negativen Formulierungen und ist „von Wohlwollen getragen“. Auf einer unterlegten, zweiten Bedeutungsebene aber vollzieht sich, quasi „unsichtbar“ für den Beurteilten, ein bewußter Normenbruch, indem den einzelnen Formulierungen neue Bedeutungen zugeordnet werden. An diesem Beispiel wird deutlich, daß die Normenfrage

auch eine eminent politische ist: Durch Normenbruch und gleichzeitige normenkonforme Kommunikation werden Machtverhältnisse zugleich verschleiert und perpetuiert.

Daß dies nicht nur geheim, sondern auch öffentlich geschieht, erläutern Ostermeyer am Beispiel der Gerichtsreportage (b 182–194) und Rucktäschel in ihrer Untersuchung zum Sprachgebrauch der politischen Propaganda (b 195–207). Normiert wird in beiden Beispielen dadurch, daß Personen und/oder Sachverhalten explizit oder implizit-suggestiv Eigenschaften zugesprochen werden, die sie nicht unbedingt haben müssen; die Möglichkeit, die entsprechenden Aussagen in Frage zu stellen, wird durch ihre Normativität aber gerade verhindert. Sprachnormierung kann also auch zur ideologischen Bewußtseinsbeeinflussung beitragen.

In den Analysen und Beispielen des Readers wird – in Theorie und Praxis – die Brisanz der Sprachnormenproblematik deutlich, sowohl was die wissenschaftliche Beschäftigung mit Sprache und Sprachunterricht angeht, als auch die alltägliche Sprachpraxis, in der Sprachnormen Ausdruck von Herrschafts- und Machtverhältnissen sein können. Den Blick auf diese Probleme gelenkt zu haben, Lösungsmöglichkeiten anzubieten und zu diskutieren und auch offene Fragen nicht zu verschweigen, machen die drei Sprachnormen-Bände nicht nur wichtig, sondern auch sympathisch.

Jürgen Ellerbrock (Bremen)

Barck, Karlheinz, und Brigitte Burmeister (Hrsg.): Ideologie – Literatur – Kritik. Französische Beiträge zur marxistischen Literaturtheorie. Akademie Verlag, Berlin/DDR 1977 (413 S., br., 13,- M).

Der Band will „als erster Einblick in einen unabgeschlossenen Prozeß der theoretischen Arbeit“ (9) gelten. Repräsentative und bisher schwer zugängliche Texte (von 1965–1974) wurden mit ausführlichen, das Verständnis oft erst ermöglichenden Anmerkungen versehen. Die Einleitung gibt einen wissenschaftsgeschichtlichen Überblick und eine Kritik der Methodenparadigmen, mit denen jeder Studierende der Literaturwissenschaft sich zwangsläufig beschäftigen muß (Sartre, Barthes, Goldmann, Garaudy, Tel Quel, die Psychoanalyse). Zudem ist über das Medium der französischen Beiträge – übrigens allesamt von Mitgliedern der FKP – zugleich der Anfang einer direkten Aufarbeitung der Verdienste der russischen Formalisten und des LEF (Linke Kunstfront – Name der 1922 von Majakovskij in Moskau gegründeten Gruppe linker avantgardistischer Künstler) in der DDR-Literaturwissenschaft ermöglicht, die bislang noch auf sich warten ließ (sieht man von wenigen disparaten Aufsätzen und Mieraus Buch zu Tretjakov ab).

Das Bemerkenswerteste ist die Einleitung. Ihr Neuheitscharakter manifestiert sich vornehmlich in zwei Punkten: 1. in einer grundlegenden Neubesinnung über die Rolle der Psychoanalyse für eine Theorie des (literarischen) Subjekts, wie man sie in der Diskussion auch westdeutscher Marxisten kaum gewohnt ist. Die Herausgeber kommen zu dem Schluß, daß Freuds Theorie des Unbewußten „Elemente einer neuen Sicht der Subjektivität und ihrer kulturell-sprachlichen Determiniertheit“ erbracht habe (52) und mit ihrer Verdrängungskonzeption Analogien zu einer marxistischen Theorie der Ideologie(n) nahelege: „Das biographische Erleben des Individuums deckt sich also nie mit den Ursachen, die es

determiniert haben, ganz so wie das ideologische Erleben sich nicht deckt mit der materiellen Realität und mit der ökonomischen Basis, dessen nachträgliches Ergebnis es ist“ (53); 2. in der bereits im Titel der Sammlung angezeigten Verbindung von „Literatur“ und „Ideologie“, die anders als in Lukács' Tradition gefasst wird, welche Literatur als „Ausdruck“ oder „Widerspiegelung“ gesellschaftlicher Realität versteht und Ideologien in der Literatur herauszufiltern sucht, um diese (ideologische) Lektüre mit einer sozialhistorischen „Hintergrunds“-Analyse und der „Klassenlage des Autors“ in Verbindung zu setzen.

Das Neue an diesem Band ist die durchgehende Forderung nach einer vorgängigen *Fundierung der Literaturtheorie in einer wissenschaftlichen Theorie der Ideologien*. Wie die Herausgeber aufzeigen, ist *eine* grundlegende Frage der Mehrzahl der Beiträge gemeinsam: als vorrangig stellt sich nicht mehr die Frage nach den Ideologien *in* der Literatur (der Schriftsteller spiegelt die oder jene besondere Ideologie einer bestimmten Klasse wider), sondern die nach der Ideologie *der* Literatur oder nach dem Funktionieren der Literatur als Ideologie in der Rede über Literatur (z. B. in der *Literaturkritik*), damit aber nach der Funktionsweise des Ideologischen im allgemeinen, das die Literatur als eine ihrer Formen umfaßt, ohne sie darin aufgehen zu lassen. Der Literaturprozeß besitzt demzufolge keine die vorhandenen Ideologien nur reproduzierende und in eine Form bringende Funktion, sondern läßt sich selbst als ideologische Praxis-Art definieren und zugleich als spezifischer *Umgang mit* Ideologie; Literatur bestimmt sich in ihrer Spezifität nicht als ein Zeichensystem unter anderen, sondern zuerst als eine soziale Praxisart.

Diese Auffassung eines „ideologischen Status literarischer Texte“ (57), von „Literatur als besonderer ideologischer Form“ (58) ist radikaler als eine nur ideologiekritische oder soziologische Methode: sie denkt Literatur *materialistisch* (als determiniert) und *historisch* zugleich („Literatur“ hat nicht immer existiert; so wurde Homer z. B. zu „Literatur“ erst gemacht). Sie provoziert damit nicht mehr die Frage nach dem *Wesen* der Literatur („Was ist Literatur?“) oder nach einem Modell der Literarität („Was ist Poetizität?“). Vielmehr befragt sie „die Grenzen dessen... was sich in einer konkreten Gesellschaft als Literatur behauptet, d. h. als literarischer Text eine selbständige Existenz und damit eine bestimmte gesellschaftliche Funktion erlangt hat“ (Buci-Glucksmann, 119). Die notwendige Konsequenz ist die Einbeziehung des Klassencharakters einer gegebenen literarischen Praxis, nicht nur des besonderen Werks als „ästhetische Umsetzung von Ideen“ (u. a. bei Lukács), sondern „als praktische und institutionelle Realität in den ‚Ideologischen Staatsapparaten‘“ (62) über die Literaturvermittlung durch Schule und Universität (die Herausgeber diskutieren die These Althussers von der materiellen Realisierung der Ideologie(n) in den „Ideologischen Staatsapparaten“ wie Schule, Kirche, Justiz, Familie, Information usw.). Für die Literaturproduktion wie -kritik bedeutet dies die Voranstellung des funktionalen Gesichtspunktes, d. h. kein Plädoyer für eine neue „Literatur der Praxis“, sondern „für eine neue Praxis der Literatur“ (58). Die Wendung gegen Lukács erfährt ihre Zuspitzung durch den Beitrag des bis 1971 der Gruppe Tel Quel angehörenden Jean Thibaudau, der den Versuch einer „Theorie der Lektüre“ (297) unternimmt, um „mit dem religiösen Mythos des Lesens“ zu brechen und der durch seine „Lektüre einer Lektüre“ (wie liest Lukács Flaubert in seinem „Historischen Roman“?) nachweist, wie dessen Lesart innerhalb der bürgerlichen Literaturkritik befangen bleibt (287). Folgerichtig ist auch der Hinweis auf die besondere Beachtung, die die im Band vertretenen Literaturtheoretiker (v. a. *Gisselbrecht*) der

„zweiten Linie der marxistischen Literaturtheorie“ schenken: Eisenstein, Tretjakov, Bachtin, Benjamin und v. a. Brecht, – Namen, die mit dem generalisierenden Begriff des „operativen Schreibens“ (Tretjakov) bzw. der „operativen Kritik“ oder des „eingreifenden Denkens“ von Brecht charakterisiert werden können. In dieselbe Richtung zielt *Aragons* Bezugnahme auf die „textes de ruptures“ (Malarmé, Laucréamont) als Garanten für sein „experimentelles Realismuskonzept“ (247).

Das Zentrum der gegenwärtigen literaturtheoretischen Auseinandersetzungen um Realismustheorie, Widerspiegelung usw. wird damit direkt angegangen: Literatur läßt sich nicht mehr vorrangig aus ihrer Widerspiegelungsfunktion gesellschaftlicher Verhältnisse definieren (die sie zweifellos hat), sondern daraus, wie sie mit dieser Wirklichkeit und den Beziehungen des literarischen Subjekts zu dieser umspringt, was sie daraus macht als spezifische (ideologische) Praxis. Die Hauptfrage der meisten Texte ist die nach der Weise, in der die gesellschaftlichen Widersprüche in und durch literarische Texte am Werke sind. Hier treffen sich auch die Texte von *Macherey* und *Althusser* mit Positionen in diesem Band, die von der Psychoanalyse her entwickelt wurden (*B.-Clément, Roudinesco*): die Kategorie der „expressiven Totalität“ (Literatur als unmittelbarer Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse) wird zurückgewiesen zugunsten der Auffassung von der Besonderheit der Ideologie, bestimmte Seiten notwendig nicht zu sehen, zu verdrehen, auf eine andere Ebene zu verlagern oder auf widersprüchliche Weise zu verleugnen. Dies soll den Blick des Literaturkritikers nicht mehr auf den organisch-geschlossenen Charakter des Werks (Lukács) lenken, sondern auf dessen Mängel, Lücken, Deformationen, Auslassungen, von denen angenommen wird, daß sie sich oft nur in scheinbar unwesentlichen Aspekten, ja Nebensätzen manifestieren. Problematisch ist die Verabsolutierung: „Das Werk ist durch genau das, was ihm fehlt, zu bestimmen, durch seine Unvollständigkeit“ (*Macherey*, 180). Demnach liefert materialistische („realistische“) Literatur keine (Illustration von) Erkenntnis der Realität, sondern produziert „eine neue Sehweise“, durch welche „Sprache und Rede nicht mehr als transparenter Ausdruck behandelt (werden), sondern als Ort der Erarbeitung von Sinn und Bedeutung“ (*Vernier*, 322), d. h. die Ablehnung der „Reduktion aller Texte auf einen Inhalt“ (326) gegen die aufgezwungenen Gebrauchsanweisungen oder „Lektürecodes“ als Teil der herrschenden Ideologie, die durch Schule und Universität vermittelt werden. Nicht die Frage nach dem, was uns der Autor sagen will oder nach der Entzifferung eines verschlüsselten Inhalts stellt sich als primär für den Literaturkritiker, sondern die *Textarbeit*, der Prozeß der Übersetzung, die Frage, was hat der Autor aus dem Vorgefundenen gemacht?

In der Tradition Brechts insistiert dieses Buch darauf, daß der Marxismus nicht an ästhetisch begründete philosophische Fragestellungen angepaßt werden darf (an von der literarischen Ideologie produzierten, also selbst ideologischen Fragestellungen und Antworten), sondern auf diesem Gebiet *angewandt* werden muß.

Harold Woetzel (Heidelberg)

Powroslo, Wolfgang: Erkenntnis durch Literatur. Realismus in der westdeutschen Literaturtheorie der Gegenwart. Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976 (155 S., br., 16,- DM).

„Realismusforschung ohne Realismusbegriff“, das ist der Vorwurf des Autors an die westdeutsche Germanistik und ihre wichtigsten Vertreter (Brinkmann, Welck, Kayser, Martini, Sengle). Richtig fordert er, sich zuvor über das, was „die Wirklichkeit“ ist, zu verständigen (27). Dementsprechend geht es um die Diskussion eines verbindlichen Wirklichkeitsbegriffs und der Funktion von Literatur, die nicht als „Abbild“, sondern „Bestandteil der Wirklichkeit selbst“ begriffen wird (74). – Die positiven Seiten des Buches ergeben sich aus seiner konkreten Beschäftigung mit der zeitgenössischen westdeutschen Literatur(theorie), besonders dem „Neuen Realismus“. Realismus wird von Powroslo – in Übereinstimmung mit Wellershoff – nicht als Adäquationsverhältnis oder als Frage des literarischen Stils verstanden, sondern als „Erkenntniswert“ (14). Realistische Literatur sei kein Transportmittel oder Anschauungsmaterial für politische Meinungen, sondern ein „Verhalten gegenüber dem Gegebenen“, Praxis (74), ein Schreiben als „Expedition mit ungewissem Ausgang“, als „unabschließbare Entdeckungsreise“ (26). Realistische Literatur als „unbeschönigte Darstellung der Widersprüche und Komplexheit der Erscheinungen“ (22) stellt in Frage, was wir für Wirklichkeit halten, ist die Auflösung und Veränderung der konventionellen Ansicht eines bekannten Vorgangs und einer bekannten Situation, so daß eine neue Erfahrung entsteht. Das Bekanntsein, die „Pseudokonkretheit der alltäglichen Welt“ (Kosík) ist gerade das Hindernis für Erkenntnis; demnach hat realistische Literatur kein Wissen zu vermitteln, sondern bewirkt die „Umwälzung des Wahrnehmungsverhaltens“ (120) durch „die Negation des Konventionellen“, die „neue Differenzen, Informationsdefizite, Widersprüche“ aufreißt (91). Realismus erfährt durch die schriftstellerischen Verfahren: Abweichung, Innovation, Irritation, Verfremdung seine rezeptionsästhetische und pragmatische Ausweitung. Wird das Gesellschaftliche von Literatur nicht mehr außerhalb, sondern in ihr selbst gesucht, entfällt auch die herkömmliche Scheidung in „fiction“ und „non-fiction“: jeder narrative Text wird fiktiv rezipiert, damit – so folgert der Leser – kann in den Mittelpunkt der Realismus-Diskussion die *Textstruktur* gestellt werden.

Die schwachen Punkte des Buches ergeben sich bei Powroslos Versuch einer Überwindung des „Sprache-Welt-Dualismus“ (68), d. h. des Verständnisses von „Wirklichkeit“ als Ding an sich, als vorab bestimmter nicht-sprachlicher Realität, das angeblich auch „der sozialistischen Literaturtheorie“ eignen soll (69). Die Kritik letzterer perpetuiert im wesentlichen die vorhandenen Vorurteile. Ärgerlich ist das *reduzierende* Verfahren, das Powroslo erlaubt, solche heterogenen Diskussionsrichtungen, wie sie bezeichnet sind durch die Namen: Lukács, Goldmann, Fischer, Metscher, Träger, Koch, Pracht, Girnus, Redeker, auf *einen* gemeinsamen Nenner zu bringen: „die“ Widerspiegelungstheorie, die Literatur immer auf „etwas ontologisch Primäres („Wirklichkeit“)“ verpflichte, „dem gegenüber die Literatur ein Abgeleitetes, eben Darstellendes“ sei (52), womit alle diese Ansätze verworfen werden können. Symptomatisch das Nichtaufnehmen jener Positionen, die den eigentlichen Bruch mit dieser Art von Widerspiegelungstheorie darstellen (z. B. Heise, Mittenzwei, Naumann, Barck und Burmeister usw.). Auch über Brecht als positiven Gegenpol in dieser Negativ-Reihe erfahren wir nur längst Bekanntes. Impertinent wirkt dieser pauschalisierende Gestus in dem

auf 3(!) Seiten geführten Prozeß gegen Lukács, dem vorgeworfen wird, „Erkenntnis (. . .) – völlig undialektisch – (als) einen reproduktiven Akt“ zu verstehen, „der diese ‚eine und einheitliche Wirklichkeit‘ widerspiegelt. Erkenntnis spielt keine aktiv eingreifende Rolle, sondern gründet sich auf die ruhige Allgemeinheit des Wesens.“ (45) Wenn’s so einfach wäre! Lukács-Kennern fiel es leicht, diese Formel mit Lukács selbst zu widerlegen (vgl. z. B. Siemek: In Lukács‘ Dialektik sei „das Subjekt nicht nur Beobachter des Objekts, sondern Schöpfer und Produkt zugleich“ oder: „Die Erkenntnis ist gleichzeitig und direkt ‚Handlung‘ . . .“ In: *Phänomenologie und Marxismus 2*, Frankfurt/M. 1977, S. 72 und 74). Das simplifizierende Vorgehen macht das vorliegende Büchlein für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Problematik wertlos.

Dem so denunzierten „naiven Realismus“ stellt P. – es ist doch immer wieder das alte Lied – eine „intersubjektiv definierte Wirklichkeit“ (70) entgegen: „Wirklichkeit“ sei „nicht ein Jenseits der Kommunikation, sondern diese selbst“ (69). Zum Konventionalismus ist es nur noch ein Schritt: Wirklichkeit ist „ein Konsensus oder das allgemeine Bekenntnis, das die Realität konstituiert“, ist „das, was eine intersubjektive Stabilität besitzt“ (70). Die Unsicherheit in der philosophischen Fundierung (Gewährsleute sind Kosik und Habermas) führt zum unsauberen Umgehen mit Schlüsselbegriffen: „Wirklichkeit wird durch Erkenntnis konstituiert“ – Wirklichkeit ist Erfahrung, die stets „schon in bestimmtem Sinnverständnis präformiert“ ist – Erfahrung ist „Lebenspraxis, die stets durchtränkt ist mit Tradition und falschem Bewußtsein“, schließlich „Wirklichkeit ist Praxis“, „Literatur ist Praxis“, „Erkenntnis ist Praxis“ (72 ff.), sowie als „Folgerung“: „Aus den Erfahrungen der Praxis entsteht das Modell einer kontrastierenden Wirklichkeit.“ (80) Also ist Wirklichkeit = Erkenntnis = Praxis = Literatur?! Dem gutwilligen Leser dreht sich der Kopf, bis er schließlich vermutet, daß Konfusion hier mit Dialektik verwechselt bzw. eine anthropomorphisierende *Bewußtseinsdialektik* in Szene gesetzt worden ist, welche objektive Strukturen (zu denen die Praxis-Art „Literatur“ im komplexen Ganzen der sozialen Praxis-Arten gehört) durch Bewußtseinsstrukturen ersetzt. Die Konzeption der Habermasschen „Interaktion“ (statt „Produktionsverhältnisse“) als Surrogat eines Ideologie-Begriffs fordert die „Selbstreflexion“ als zentrale Kategorie (80), wodurch Ideologie nur noch kommunikationstheoretisch verstanden wird. Der Begriff der „Intersubjektivität“, der – wie Theunissen an Habermas gezeigt hat – „nur eine erweiterte Subjektivität“ ist und die „Überforderung des empirischen Subjekts“ zur Folge hat (vgl. Theunissen, *Gesellschaft und Geschichte*, Berlin/West 1969, S. 13, 24), hypostasiert „Subjektivität“ und „Reflexion“; „Ideologiekritik“ wird identisch mit „Erkenntnis“.

Harold Woetzel (Heidelberg)

Soziologie

Mauss, Marcel: *Soziologie und Anthropologie*. Teil I und II. Mit einer Einleitung von Claude Lévi-Strauss. Carl Hanser Verlag, München – Wien 1974, 1975 (278 u. 255 S., br., 39,80 DM und 45,- DM; in der „Syndikat-Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur“, Frankfurt/M. 28,- DM und 31,50 DM).

Die Sammlung anthropologischer Arbeiten des französischen Soziologen und Durkheim-Neffen Marcel Mauss (1872–1950) macht die meisten der zwischen 1902 und 1938 veröffentlichten Essays erstmals einem deutschen Publikum zugänglich. – Wie *Max Weber* gewann Mauss, ohne je selbst Feldforschung betrieben zu haben, aus der Sekundäranalyse ethnologischen Materials allgemein-soziologische Kategorien. Obwohl beide nur wenig Notiz voneinander genommen haben, läßt sich aus Mauss' Arbeiten eine bemerkenswerte Gegenposition zu Weber herauslesen. Während der Machtpolitiker Weber die Entwicklung kapitalistischer Rationalisierung zu ergründen sucht, interessiert sich der Sozialist und Kriegsgegner Mauss für „die Institutionen und ökonomischen Vorgänge, die nicht von jenem ökonomischen Rationalismus geleitet werden“, der den Menschen zum „ökonomischen Tier“ erniedrigt hat (II, 135). So meint er nicht berechnendes Kalkül, wenn er von „Vernunft“ spricht, sondern eine ratio, die friedliche Kooperation kriegerischer Auseinandersetzung vorzieht (II, 141). Stützen einer solchen ratio findet Mauss in vielen Institutionen des Rechts, der Religion und der Moral, die er als Funktion vorindustrieller Sozialstrukturen analysiert. Besonders eindrücklich zeigt das die Studie „Über den jahreszeitlichen Wechsel der Eskimogesellschaften“: wenn die Familien im Sommer einzeln zur Jagd ausziehen, herrschen Patriarchat und individuelles Eigentumsrecht; das winterliche Zusammenleben in den Clans dagegen regelt sich über gleichberechtigt-kollektive Konsumtion (I, 183–278). In seinen Aufsätzen über „Beziehungen zwischen Soziologie und Psychologie“ (II, 149–173) und über „kollektive Todesuggestionen“ (II, 178–195) setzt sich Mauss mit individualistischen Erklärungsmustern auseinander, ohne direkt Webersche Konstrukte wie „rein ideelle Interessen“ oder „religiöse Virtuosen“ zu nennen. Gegenstand der Soziologie seien „faits sociaux totaux“, körperliche, geistige und gesellschaftliche Phänomene als soziale Totalität (II, 166). Schon in der „Theorie der Magie“ von 1902 (I, 43–179) entwickelt er eine solche Perspektive: das Handeln der Magier sei eine Form der Naturerkenntnis, deren Bedeutung für die Gemeinschaft durch gruppenbildende und -erhaltende Riten und Verbote abgesichert sei. Damit setzt er sich wie Weber von individualistischen Deutungen der Magie ab, ohne ihre Bedeutung auf „überwiegend ökonomische Zwecke“ (Weber) einzugrenzen. Seine bekannteste Studie „Die Gabe“ (II, 11–144) untersucht die Verbreitung der Verpflichtungen des Gebens, Nehmens und Erwiderns verbaler und materieller Geschenke in archaischen Gesellschaften. Zwar enthalten solche Traditionen schon Prozesse des Tauschhandels und auch der Kreditgewährung, doch ist nicht individuelle Bereicherung das Ziel des Gabentauschs, sondern ein Leben, in dem gefeiert, auch verschwendet werden kann und in dem Gruppenidentitäten rituell festigt werden (II, 64 f., 38 ff.). Anders als Weber gewinnt Mauss in seiner Totalperspektive vorindustrieller Gesellschaften Kategorien der Kooperation und des Austauschs, die heutige Sozialbeziehungen als defizitär erscheinen lassen. Möglichkeiten zum Ausgleich solcher Defizite sieht Mauss in den (nach Weber

„irrationalen“) Traditionen der Gastfreundschaft, der gegenseitigen Verpflichtung beim Austausch von Geschenken und Einladungen und der Verschwendung an Festtagen (II, 123 ff.).

In vielem kann man Mauss heute freilich nicht mehr folgen: So ist seine spirituelle „Erklärung“ des Gabentauschs (II, 23 f.) durch neuere ethnologische Arbeiten (M. Sahlins) überholt, und seine Erwartung, die Völker würden kriegerische Auseinandersetzungen in dem Maße verringern, in dem sie ihren kulturellen und ökonomischen Austausch steigerten (II, 142), klingt moralisierend. Doch davon abgesehen sind seine Essays auch heute noch wichtige Versuche, soziale Totalität zu greifen. Ganz aktuell liest sich der Aufsatz „Die Techniken des Körpers“ (II, 199–220) – ein Thema, das sich zum geheimen Renner der Ethnologie zu entwickeln scheint. Der sprachkundige Leser sollte allerdings zur französischen Gesamtausgabe greifen (Oeuvres I – III, Hg. Victor Karady, Paris: Edition Minuit 1969–1970), die problemorientiert aufgebaut ist und damit den Zusammenhang der Arbeiten von Mauss wesentlich deutlicher als die deutsche Auswahl macht.

Traugott Schöffthaler (Berlin/West)

Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen: Kommunikative Sozialforschung. W. Fink Verlag, München 1976 (382 S., br., 28,- DM).

Die Verfasser streben gegenüber herkömmlicher Sozialforschung die Ausarbeitung eines Forschungsansatzes an, der in spezifischer Weise das klassische Problem des Verhältnisses zwischen Forscher und Forschungsgegenstand lösen soll: „Konstitutiv für diesen Ansatz ist das Postulat, daß sozialwissenschaftliche Forschung ihren Ausgangspunkt bei der Wirklichkeitskonzeption der Handelnden nehmen muß. . .“ (7). Seine theoretische Herleitung bezieht der Ansatz aus einem Agglomerat von Anthropologie, Ethnomethodologie, Ethnotheorie und Soziologie. Gemeinsam ist diesen Forschungsrichtungen nach Auffassung der Autoren, daß in ihnen die Struktur des Forschungsgegenstands völlig unbekannt ist. In jedem Fall hat sich der Forscher den Gegenstand ganz neu anzueignen. Die sich im Rahmen dieses Ansatzes zur Datenerhebung anbietenden Verfahrensweisen der teilnehmenden Beobachtung und des unstrukturierten Interviews sollen mit herkömmlichen Verfahren (Fragebogen, Interview, Inhaltsanalyse, Einstellungstests, Gruppendiskussionen) kombiniert werden, um so außer einer Kontrolle der Methoden untereinander die Erschließung des Gegenstandsreichs zu ermöglichen. Die Anwendung der Verfahren wird an drei Projekten der Universität Bielefeld demonstriert:

F. Schütze untersucht die krisenhaften Entwicklungen, die sich im Verlauf von Gemeindezusammenlegungen in Gemeinden ergeben können. Da für ihn die Gemeinden „Umschlagstellen makrostruktureller Faktoren der Gesellschaftsformation in mikrostrukturelle Phänomene“ (161) darstellen, hofft er, hier auf empirischem Wege makrostrukturelle Ursachen von Krisenereignissen aufzufinden. Erzählungen und Interpretationen von Gemeindepolitikern sind sein Material. Schütze arbeitet ein Konzept des narrativen Interviews aus, in dem es darauf ankommt, die in einer Geschichtenerzählung auftretenden Gestaltschließungs- und Detaillierungszwänge auszunützen, um an Informationen zu kommen, die oft unbewußt und aufgrund ihrer Brisanz auch kaum abfragbar sind. Schütze reduziert die Darstellung der Gemeindegkrise auf die Interpretationen der Gemein-

depolitiker. Probleme des Zusammenhangs zwischen objektiver Situation und Bewußtseinsstruktur der Gemeindepolitiker sowie deren Widerspiegelung in den Erzählungen werden durch die methodische Annahme verniedlicht, daß eine „inhaltliche Homologie zwischen dem Erzählbild und den tatsächlichen Handlungsabläufen“ (199) bestehe. Bemerkenswert und brauchbar im Sinne der Verfeinerung des Forschungsinstrumentariums sind jedoch die Hinweise, die Schütze zum Verhalten des Forschers und zur Inhaltsanalyse des Erzählten gibt (228 f.).

R. Bohnsack arbeitet differenziert das Verhältnis zwischen Polizeibeamten und Tatverdächtigen unter kommunikations- und interaktionstheoretischen Aspekten auf. Determinanten dieses vorstrukturierten Kommunikationsprozesses sind (auf der Seite der Beamten) „Theorien zur Legitimation ihrer Entscheidungs- und Selektionskriterien“, auf der Seite der Tatverdächtigen sind es mangelnde Handlungskompetenz als schichtenspezifisches Merkmal unterprivilegierter Personengruppen. Sie setzt die Verdächtigen außerstande, sich zu verteidigen oder einen Verdacht abzuwenden. Diese Art von ungleicher Kommunikation hat für Bohnsack zur Folge, daß die Beamten gerade unter diesen Unterprivilegierten eine höhere Kriminalitätsrate vermuten, ohne zu merken, daß diese Vermutung ursächlich im Interaktionsprozeß selbst begründet liegt. Teilnehmende Beobachtung, unterstützt von Gruppendiskussionen mit Beamten und Inhaltsanalysen ihres Schulungsmaterials sind die Methoden, mit denen diese interaktiven Prozesse erfaßt werden können.

A. Weymann befaßt sich mit der Messung des Lernerfolgs in der Erwachsenenbildung. Er benutzt dabei Elemente der teilnehmenden Beobachtung, der quantitativen Inhaltsanalyse und sprachpsychologische Assoziationstests. Da für ihn die Techniken der teilnehmenden Beobachtung und der Datenanalyse im Gegensatz zur Sprachpsychologie nicht zufriedenstellend entwickelt sind (353), verlegt er die Untersuchungsmethoden und damit auch den Gegenstand der Untersuchung (gesellschaftliches Bewußtsein, Veränderung durch Lernen) auf die Ebene der Sprache. Negts Topoi werden zu einer Sprache verkürzt, die es wie Vokabeln zu lernen gilt. Solche herausdestillierten Vokabeln werden den Befragten dann in mehreren Verfahren vorgelegt und differenzierte Gedächtnis- und Assoziationstests vorgenommen. Die gesellschaftliche Problematik der Erwachsenenbildung, ja sogar der Begriff des Lernerfolgs als Teilproblem, gehen dabei verloren. Die Kompliziertheit der Methode hat zu ihrer Verselbständigung geführt und Teilergebnisse werden überrascht gefeiert: „Die Versuchspersonen benötigen mehr Zeit zu einer Antwort auf die Frage, ob ein Dackel ein Säugetier ist als zu der, ob der Dackel ein Hund ist. Die Verzögerung der Antworten läßt sich mit der Stoppuhr messen“ (369).

Trotz solcher grundsätzlicher Probleme besticht die empirische Umsetzung der Forschungsziele vor allem durch die sorgfältig durchgeführten Operationalisierungsschritte und die Differenziertheit der explorativen Verfahren. Der in diesem Zusammenhang notwendig zu betreibende forschungspraktische Aufwand setzt der Anwendung der Verfahrensweisen kommunikativer Sozialforschung allerdings enge Grenzen. Im übrigen erweisen sich diese explorativen Verfahren auf den Teilgebieten als fruchtbar, wo tatsächlich kommunikative und interaktive Aspekte wesentlich sind und sie nicht anstelle einer Gesellschaftstheorie treten sollen. Problematisch ist ihre Anwendung dort, wo mit der Wahl der Methode gesellschaftliche Verhältnisse mit Teilaspekten identifiziert werden. Dieser Gefahr sind die Autoren erlegen. Ursula Koch und Harro Ohlenburg (Emden)

Noelle-Neumann, Elisabeth (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974–1976. Bd. VI. Institut für Demoskopie Allensbach. Molden Verlag, Wien 1977 (355 S., geb., 68,- DM).

Das Allensbacher Jahrbuch enthält die systematisch geordneten Befragungsergebnisse des Instituts aus den Jahren 1974–76. Ein ausführliches Stichwortregister erleichtert die Benutzung des Jahrbuches und erschließt die vielfältigen Befragungsergebnisse. Neben dem jährlich erscheinenden statistischen Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes ist das Allensbacher Jahrbuch eine wichtige Quelle für jede Gesellschaftsanalyse der BRD. Mit gewissen Einschränkungen geben die Befragungsergebnisse Momentaufnahmen der Gefühle und der politischen Einstellungen eines jeweils repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung wieder, die so aus anderen Materialien wie Zeitungsberichten, Statistiken und Behördenakten nicht gewonnen werden können. An vielen Stellen wird durch die Aufnahme früherer Befragungsergebnisse ein Trend sichtbar zu machen versucht: Es bleibt die Frage, ob hier sich tatsächlich Einstellungen verändern oder ob durch die Änderung des Befragungsinstruments schon allein Veränderungen sich in den Ergebnissen niederschlagen. Der dem Jahrbuch vorangestellte Aufsatz über die Erstellung eines Fragebogens diskutiert ausführlich das Problem der Veränderung der Befragungsergebnisse durch die Veränderung der Frage-technik.

Einige aus dem Jahrbuch willkürlich ausgewählte Ergebnisse mögen deutlich machen, wie schwierig eine Interpretation der Befragungsergebnisse ist! Im März 1976 sind 51 % der Befragten (N = 2000) für „hart bleiben“, wenn wieder eine Botschaft, mit der Absicht durch Geiselnahme Gefangene zu befreien, überfallen würde. Im April 1975 wollen 45 % der Befragten „hart bleiben“, wenn ein Politiker entführt wird, aber 64 % wären für nachgeben, wenn ein Kind entführt würde. (N = 1000).

Den gezielten Todesschuß durch die Polizei halten im August 1975 56 % der Befragten (N = 2000) mit den Prinzipien des Rechtsstaates vereinbar. 63 % würden sogar seine Einführung begrüßen. Die Zahl derer, die gegen die Einstellung eines DKP-Mitgliedes als Richter sind, steigt von 1973 von 58 % auf 65 % 1975 (N = 1000). Kann man diese Einstellungsänderung auf die verschärfte Anwendung des Radikalenerlasses und die Verschärfung des innenpolitischen Klimas zurückführen oder liegen ganz andere Gründe dieser auffälligen Steigerung zugrunde?

Die Lektüre des Jahrbuchs zeigt oft überraschende Einstellungen des repräsentativen Querschnitts und macht deutlich, wie weit der Weg zu einer wirklich aufgeklärten Gesellschaft noch ist. Thomas Berger (Göttingen)

Tanić, Živan: Seljaci na evropskim raskrsnicama (Die Bauern am europäischen Kreuzweg). Verlag des Institutes für Gesellschaftswissenschaft, Belgrad 1974 (311 S., 100 Dinar).

In Jugoslawien liegen leider nur wenige Studien über die Gastarbeiterproblematik vor, obwohl 1974 fast jeder fünfte Jugoslawe im Ausland beschäftigt war. Das Institut für Gesellschaftswissenschaft hat jetzt soziologische Probleme der Emigration aus den Dörfern der Republik Serbien erforscht. – Als erstes Ergeb-

nis wird festgehalten, daß die Bauern nicht aus armen Gebieten ins Ausland abwanderten, sondern vielmehr der größte Prozentsatz der Emigranten aus entwickelten landwirtschaftlichen Zonen kam (11). Als Ursache wird zunächst auf den schlechten Zustand der landwirtschaftlichen Produktion verwiesen. Hinter dieser allgemeinen Formulierung stehen hunderte von „individuellen“ Ursachen und Erscheinungen, als deren gemeinsamer Nenner sich die inadäquate materielle Bewertung der bäuerlichen Arbeit herausstellt: Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte unterliegen häufigen Schwankungen, wobei der Bauer allein das Risiko trägt. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften gewähren den Produzenten ungenügende Hilfe, ihre Beziehung zu den Bauern ist nach deren Meinung stark bürokratisiert. Die Genossenschaften befassen sich meist mit dem Handel, der Getreideabnahme etc., die fachliche Beratung der Bauern über moderne Anbaumethoden kommt demgegenüber zu kurz. Darüberhinaus erweist sich die landwirtschaftliche Kooperation zwischen den Genossenschaften und Bauern für letztere als ungünstig, da sie sich für den Ankauf von Saatgut, Düngemittel etc. verschulden müssen und zusätzlich das Risiko eventueller Mißernten zu tragen haben (57). Die schlechte Infrastruktur ist ein weiteres Hauptmotiv für die Abwanderung aus den Dörfern. Es fehlen Straßenverbindungen, die Gesundheitsversorgung ist ungenügend und Dorfgemeinschaftshäuser fehlen (63). Trotz hoher Belastungen für die Krankenversicherung sind die Bauern nicht voll versichert. – Neben diesen Hauptursachen für die Emigration darf die Wirksamkeit sozialpsychologischer Faktoren innerhalb der Dorfgemeinschaft, in der schnell kollektive Psychosen entstehen und sich Statusdenken entwickelt, nicht unterschätzt werden: Häufig genügt es, daß nur einige Ortsbewohner die Zeichen ihres Erfolgs im Ausland (Auto, neues Haus usw.) vorweisen, und schon kann ein Anlaß für die Abreise anderer Mitbewohner ins Ausland gegeben sein (97).

Die Frage nach den Auswirkungen dieser Abwanderung steht im Zentrum der weiteren Untersuchung. Grundsätzlich geht der Autor von dem Standpunkt aus, daß die massenhafte Abwanderung ins Ausland für die weitere Entwicklung des Dorfes und der Gesellschaft negative Auswirkungen habe (110). Gleichzeitig jedoch fällt die Bemerkung, die Emigration sei – zwar nur als vorübergehende Erscheinung – in jenem Stadium der sozialistischen Entwicklung notwendig, in dem die Aufgabe des Überganges von der agrarischen Gesellschaft zur intensiven Wirtschaft und Vollbeschäftigung bestehe (120). Weitergehend wird die These vertreten, die Emigration könne zum Faktor schnellerer Entwicklung der Regionen und des Ganzen werden, ihre ökonomischen Effekte könnten u. U. ihre Ursachen beheben (237). „Für die Pragmatiker und die ökonomistischen Utilitaristen . . . (sei) das Spektrum der positiven Auswirkungen größer als für den Psychologen, den Soziologen oder den nüchternen Politiker“ (238). Von positiver Bedeutung seien jene Effekte, welche die Abwanderung aus den Dörfern ins Ausland stoppen und die Rückkehr ins Heimatland ermöglichen: Die Emigration trage z. B. zum Ausgleich zwischen Arbeitskräfteangebot und Produktionskapazitäten bei und eröffne den Weg für produktive Vollbeschäftigung. Die Beschäftigung einer großen Zahl von Arbeitskräften aus dem Dorf im Ausland sei dann sinnvoll, wenn Lohn Einkommen aus dem Ausland in Gebiete investiert würden, in denen die Heimkehrer Beschäftigung finden und zur Erhöhung des Lebensstandards beitragen können (271). Ersparte Teile des Lohn Einkommens könne der rückkehrende Bauer für die Mechanisierung der Landwirtschaft verwenden und so die Produktivität der Arbeit auf dem Lande heben. Dienstlei-

stungsbetriebe könnten eröffnet und so in den Dörfern neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein wichtiger Nebeneffekt der Arbeitsemigration sei ferner die höhere Bereitschaft zur Mobilität, denn die Rückkehrenden seien im Unterschied zu früher bereit, in allen Teilen Jugoslawiens zu arbeiten (308). – Um diese positiven Elemente der Arbeitsemigration wirksam werden zu lassen, ist nach resümierender Auffassung des Autors eine verstärkte gesellschaftliche Lenkungs-tätigkeit erforderlich. Zvonimir Herget (Frankfurt/M.)

Berger, John, und Jean Mohr: *Arbeitsemigranten*. Erfahrungen, Bilder, Analysen. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1976 (237 S., br., 7,80 DM).

Arbeitsemigranten kommen aus einer anderen Lebenswelt. Ihre Verhaltens- und Denkweisen, ihr Erleben der Wirklichkeit in den Metropolen, kann durch politökonomische Analysen allein für uns nicht begreiflich gemacht werden. Die Vorurteile, die wir Ihnen gegenüber hegen, lassen sich nicht durch begriffliche Anstrengungen aus der Welt schaffen. „Um die Erfahrungen eines anderen zu verstehen, ist es notwendig, die Welt, so wie man sie von seinem eigenen Platz in ihr sieht, auseinanderzunehmen und sie wieder so zusammensetzen, wie er sie von seinem sieht. Um zum Beispiel die Entscheidungen zu verstehen, die ein anderer trifft, muß man sich in der Phantasie die mangelnden Entscheidungsmöglichkeiten vergegenwärtigen, mit denen er sich auseinandersetzen muß. Die Wohlgenährten sind unfähig, die Entscheidungen der Unterernährten zu verstehen. (. . .) Die Subjektivität eines anderen stellt nicht einfach eine andere Einstellung gegenüber den gleichen äußeren Fakten dar. Die Konstellation von Fakten, deren Mittelpunkt er ist, ist anders“ (93/94). Berger/Mohr vollziehen in ihrem Buch den Weg der Arbeitsemigranten nach. Zunächst die Lage im Heimatdorf; die Gründe und die Bedeutung der Entscheidung fortzugehen. Die Prozeduren der Auswahl und Anwerbung im Heimatland. Die Situation der Ankunft. Die Arbeits- und Lebensbedingungen hier. Die Rückkehr. Im Text wechseln die Darstellung subjektiver Erfahrungen, die Beschreibung der Vorgänge und die politökonomische Analyse der Bedingungen miteinander ab. Gleichzeitig ist dieses Buch ein Fotoband, wobei die Bilder bereits für sich die Situation der Emigranten eindrucksvoll verdeutlichen. Dieses Buch ermöglicht nicht nur ein besseres Verständnis für die Lage der Arbeitsemigranten sondern macht auch ein Stück unserer eigenen Zurichtung deutlich, einer Zurichtung, deren Entstehungszusammenhang längst aus unserem Bewußtsein getilgt ist. Verhaltenszumutungen im entfremdeten Arbeitsprozeß, in den Lebensbedingungen der Großstadt, werden wohl von den anatolischen Bauern sensibel registriert, während sie für uns längst schon selbstverständlich geworden sind. Die Arbeitsemigranten haben häufig in wenigen Jahren das an Sozialisation nachzuholen, was bei uns über Generationen verinnerlicht wurde – vermittelt über die strukturelle Gewalt der kapitalistischen Verhältnisse. Der Arbeitsemigrant erfährt diese Gewalt noch bewußt. Eggert Holling (Berlin/West)

Geschichte

Sieyes, Emmanuel Joseph: Politische Schriften. 1788–1790. Übersetzt und herausgegeben von Eberhard Schmitt und Rolf Reichardt. Luchterhand Verlag Darmstadt-Neuwied 1975 (342 S., br., 55,- DM).

Dem revolutionären Wirken Sieyes' in der Anfangsphase der Französischen Revolution ist diese Ausgabe von neun Reden und Schriften (eine erstmals in deutscher Sprache) aus den Jahren 1788–1790 gewidmet. Seine propagandistischen Vorbereitungen auf die Generalstände, sein noch kompromißbereites Eintreten für die politische Gleichberechtigung des 'Dritten Standes' („Was ist der Dritte Stand?“), sein schließliches Votum zur Ausrufung der Nationalversammlung finden sich ebenso dokumentiert wie seine wichtigsten Beiträge in der Konstituante zur ersten Menschenrechtserklärung, zum königlichen Vetorecht und zur Anpassung von Justiz und Polizei an die veränderten gesellschaftlichen Erfordernisse.

Wenn auch Sieyes wie kaum ein anderer die Kontinuität der Französischen Revolution bis hin zu Napoleon personifizierte, so ist die zeitliche wie thematische Beschränkung des vorliegenden Bandes geeignet, Schwerpunkt und historische Bedeutsamkeit seines revolutionären Wirkens hervorzuheben.

Neben einer sicherlich zu knappen Einführung in die politische Bedeutung dieses wandlungsfähigen Revolutionärs, die durch eine chronologische Übersicht ergänzt wird, verdienen ein recht umfangreiches Glossar (16 Seiten) sowie eine kritische Sieyes-Bibliographie die Aufmerksamkeit des historisch interessierten Lesers. Wäre es auch angezeigt, die einzelnen Quellenstücke durch Erläuterungen stärker in die konkrete historische Situation einzubetten, so steht doch fest, daß diese Edition für all jene Leser von Nutzen ist, die ihre Kenntnisse über diesen Publizisten der Bourgeoisie und ‚Vater‘ der ersten bürgerlichen Verfassung der Französischen Revolution vertiefen und ihre Studien über bürgerliche Revolutionen vorantreiben wollen.

Susanne Petersen (Hamburg)

Aubin, Hermann, und Wolfgang Zorn (Hrsg.): Handbuch der Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Bd. 2. Das 19. und 20. Jahrhundert. Klett-Verlag, Stuttgart 1976 (XIV, 998 S., Ln., 175,- DM).

Der erste Abschnitt des Bandes gibt einen Überblick über Quellen und Hilfsmittel der Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Anschließend kommen Kapitel über Bevölkerungsentwicklung, Technik, Vorstellungen über Wirtschaftsordnungen, staatliche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik. In Einzeluntersuchungen für die Zeitabschnitte 1800–1850, 1850–1914/18, 1914–1970 werden dann wirtschaftliche Wechsellagen, Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Bergbau, tertiärer Sektor, Sozialgeschichte thematisiert. Eine Behandlung von Klassenkämpfen war nicht zu erwarten, warum aber Sozialgeschichte so deutlich unterrepräsentiert ist, bleibt unerfindlich.

Die Ausstattung der Kapitel mit Statistiken, Graphiken und Karten ist ebenso unterschiedlich wie die Qualität der jeweiligen Bibliographien. Die 13 Autoren sind sämtliche bekannte Wissenschaftler wie Conze, Franz, Treue. Wenn der

Herausgeber Zorn rühmt, man habe der Versuchung zur Ausrichtung auf irgendeine „vorherrschende Gesamtheorie oder auf einheitliche Modelle“ widerstanden, bedeutet dies faktisch die Beschränkung auf das traditionelle methodische Spektrum. Es fehlen z.B. Vertreter einer sozialwissenschaftlich orientierten Historie. Das hat den weitgehenden Verzicht auf die Anwendung systematischer Untersuchungsmethoden sowie mangelnde Verarbeitung von Informationen zu Daten sozialwissenschaftlicher Theoriebildung zur Folge. Deutlich wird die traditionelle Ausrichtung bereits an der Gliederung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte nach politischen Ereignissen (48er Revolution, I. Weltkrieg).

Das Problem dieses Werkes — wie jedes Handbuchs — liegt aber darin, daß es gerade jenen Lesergruppen, die aus Zeitmangel eben wesentlich Handbücher zur Information benutzen, unabsichtlich suggeriert, nach der Lektüre „wüßten sie Bescheid“. Es fehlt die Aufklärung darüber, daß hinter Tatsachenfeststellungen, Thesen, Wort- und Stoffauswahl Vorentscheidungen stehen, die oft wissenschaftsimmanent wie politisch durchaus umstritten sind.

Bei einem Satz wie: „Ändert sich das gesellschaftliche Wertesystem, so ändert sich die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung“ (142) müßte konkreter diskutiert werden, in welchem Maße Ideologie treibende Kraft der Geschichte sein kann. Pauschale Verweise auf „gegenseitige Abhängigkeiten“ von „Kapitalakkumulation“ und „Wertesystemen“ bleiben sonst nichtssagend. Daß auch Tatsachenfeststellungen der genaueren Analyse bedürfen, zeigt eine Aussage zur Revolution 1918/19: „Die Entscheidung für die schnelle allgemeine Verhältniswahl ... hielt die Gleichheit des Wettbewerbs um die Wählermehrheit aufrecht ...“ (899). Hier wäre zu fragen, ob 1918/19 alle Parteien gleichermaßen über Organisationen, Publikationsmöglichkeiten, Geldgeber verfügten, ob alle von Terror bedroht waren, ob gegen alle in Schule, Kirche, Öffentlichkeit und Militär gehetzt worden war. Die Beschränktheit des Werkes zeigt sich besonders an der Darstellung des Verhältnisses von Kapitalismus und Nationalsozialismus, die eine Kritik des Kapitalismus nur ausnahmsweise (s.u.) zuläßt. Das Fehlen des Terminus Faschismus deutet an, daß die Autoren Wesen und Erscheinung des Nationalsozialismus gleichsetzen und ihn für ein einmaliges, nicht wiederholbares Phänomen halten. Im Handbuch ist zu lesen, „daß auch in Deutschland der Tiefpunkt der Depression“ im Sommer 1932 durch „Selbsteilungskräfte“ der Wirtschaft bereits durchschritten war (709). Damit wird implizit behauptet, daß das Kapital staatliche (Rüstungs-)Aufträge und faschistische Expansion weder benötigte noch wünschte. Der Autor formuliert diese Folgerungen nicht direkt, er geht noch weiter. Denn selbst wenn das Kapital Reproduktionsschwierigkeiten gehabt hätte, wäre das kapitalistische System nicht Ursache des Nationalsozialismus, denn die Wirtschaft sei 1929 durch staatliche Eingriffe so deformiert gewesen, daß sie die Herausforderung der Krise „nicht mehr in der klassischen Weise ausgleichend“ bewältigen konnte (693). Hier gerät der Faschismus zum Produkt eines Staatssozialismus, vor dem ja Verteidiger (wirtschaftlicher) Freiheit stets warnen. Im weiteren schreibt Zorn, daß die „Frage der Unterstützung der NSDAP durch Wirtschaftsverbände, Konzerne und Großunternehmer ... vor allem in Gruppenanklagen von marxistischer Seite überbetont worden“ sei (901), während der von einem wirtschaftstheoretischen Ansatz ausgehende W. Fischer ausführt, es sei „allgemein anerkannt, daß die Wirtschaftskrise ... den Aufstieg des Nationalsozialismus ... und die innere Festigung des Regimes begünstigte“, den Eroberungskrieg erleichterte und Vertreter der Wirtschaft sich „dauerhaften Einfluß auf die staatliche Rüstungs- und Wirtschaftspolitik sichern konnten“

(817). Diese kontroversen Aussagen sind untypisch, verweisen aber auf den – neben seinem Umfang – wesentlichen Vorzug des Bandes gegenüber anderen Wirtschafts- und Sozialgeschichten. Denn die Behandlung einzelner Zeitabschnitte durch verschiedene Autoren unter spezifischen Fragestellungen erweitert und vertieft Erkenntnismöglichkeiten. Um diese voll zu erschließen, wären allerdings mehr Querverweise und ein vollständigeres Register erforderlich.

Jörg Berlin (Hamburg)

Braun, Christel: Die Entstehung der Demokratie. Modelle für den politischen Unterricht. Diesterweg Verlag, Frankfurt/M. 1976 (Arbeitsheft 25 S., 2,80 DM, Lehrerheft 35 S., 4,80 DM).

Das Unterrichtsmodell, geeignet für die Mittelstufe, beschränkt sich auf den Zeitraum der Französischen Revolution. Soziale und wirtschaftliche Probleme werden ausführlich behandelt, die Ereignisgeschichte tritt stark in den Hintergrund. Die Stoffreduktion erscheint in mancher Hinsicht problematisch, so etwa wenn ideengeschichtliche Momente, z.B. die Aufklärung, völlig vernachlässigt werden. Die Verfasserin stützt sich vielfach auf neuere marxistische Literatur zum Thema (Kühnl, Mathiez, Rudé, Soboul, Grab), ohne allerdings deren Interpretation insgesamt zu übernehmen.

Die Stoffarbeit soll – darauf sind die zahlreichen Aufgaben für Einzel- und Gruppenarbeit im Schülerheft ausgerichtet – unter starker Beteiligung der Schüler erfolgen. Insgesamt entspricht das Modell dem Trend zu einem eher sozial- und „struktur“-geschichtlich orientierten Geschichtsunterricht, wie er in den letzten Jahren in einschlägigen Publikationen der Fachlehrer und -didaktiker zu beobachten war und der sich auch schon in anderen Publikationen für den Geschichtsunterricht niedergeschlagen hat (vgl. die Reihe von Unterrichtsmodellen von Anette Kuhn u.a. bei Kösel und das mehrbändige Unterrichtswerk „Fragen an die Geschichte“ von H.D. Schmid bei Hirschgraben).

Birgit Scherer (Köln)

Vondung, Klaus (Hrsg.): Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1976 (208 S., br., 15,80 DM).

Das deutsche Kaiserreich, vor allem die ‚wilhelminischen Jahrzehnte‘ um die Jahrhundertwende, sind seit einiger Zeit Gegenstand verstärkten Interesses in der deutschen Geschichtswissenschaft. Die Ursache sieht Vondung in dem Bedürfnis, angesichts gegenwärtiger gesellschaftlicher Probleme in der BRD die zunächst mit Bezug auf den Nationalsozialismus gestellte Frage nach der Kontinuität in der deutschen Geschichte zeitlich wie auch thematisch weiter zu fassen und auch Teilaspekte gründlicher zu untersuchen. In diesem Rahmen gewinnt die Beschäftigung mit dem Bildungsbürgertum im wilhelminischen Deutschland seine Relevanz: als Produzenten und Multiplikatoren von Realitätsentwürfen und Deutungen wirkten Bildungsbürger auf die gesellschaftliche Wirklichkeit, indem sie Verhalten und Handeln nicht nur ihrer eigenen Schicht prägten. Die

methodischen Schwierigkeiten bei der Rekonstruktion einer solchen „Sozialgeschichte der Ideen“ (Zmarzlik, nicht Wehler!), die sich vor allem bei dem Versuch ergeben, das Verhältnis von sozialer Realität zu individueller Erfahrung, von Erfahrung zu Denken und Wirken, von diesem wiederum zu sozialer Realität stringent zu beschreiben, werden vom Herausgeber in seinen einleitenden Bemerkungen klar gesehen. Gerade die „Zwischenschicht“ des Bildungsbürgertums kann nämlich in ein Schichtenmodell der hochindustrialisierten kapitalistischen Gesellschaft nur schwer eingeordnet werden, denn „in keiner gesellschaftlichen Tätigkeit ist die Beziehung zwischen Einkommen, Kapital und Ideologie so kompliziert, so locker wie in der Intelligenz (einschließlich der künstlerischen Berufe)“. (Kuczynski, zit. S. 11). Angesichts dieser besonderen Schwierigkeiten erstaunt es nicht, daß der Versuch einer Aufhellung der Beziehungen zwischen gesellschaftlichem Sein und individuellem Bewußtsein bzw. dem Bewußtsein einer Klasse auch in den hier zusammengestellten Aufsätzen nur partiell oder annäherungsweise gelingt, indem methodisch und thematisch sehr heterogene Aufsätze zwar kein Gesamtbild, aber eine Zusammenstellung verschiedenartiger, für sich relevanter Faktoren ergeben.

Von den neun Aufsätzen – je drei sind aus nicht völlig erfindlichen Gründen den Überschriften „Rahmenbedingungen“, „Positionen und Exponenten“ und „Widerstandsphänomene“ zugeordnet – behandeln 5 bzw. 6 mehr oder weniger monographisch „Leben und Werk“ von Persönlichkeiten (Vischer, Ihering, Gierke, Max Weber, Riezler, Thomas Mann, Wyneken), wobei methodisch vor allem mit den Mitteln der geistesgeschichtlichen Analyse gearbeitet wird, ergänzt durch literaturwissenschaftliche und annäherungsweise organisationssoziologische Ansätze (Hollweck: Thomas Mann/ Linse: Jugendkulturbewegung). Die Aufsätze über „sozioökonomische und psychische Hintergründe der bildungsbürgerlichen Imperialbegeisterung“, „Die Lebensreformbewegung“ und „Deutsche Apokalypse 1914“ unterscheiden sich davon vor allem durch das Fehlen einer Person als Kristallisationspunkt der Ausführungen; die Analyse der sozioökonomischen Hintergründe beschränkt sich übrigens auf ein Referat der einschlägigen Arbeiten von Wehler und Rosenberg.

Fazit: Die generalisierbaren Aussagen über soziale Merkmale und charakteristische Denk- und Handlungsmuster des Bildungsbürgertums, die sich aus der Lektüre der Aufsätze ableiten lassen, werden im wesentlichen bereits in der Einleitung dargestellt (S. 27 ff.) und bieten wenig Neues. Die Aufsätze selbst ergänzen diese Aussagen um an sich und im Rahmen spezifischerer Fragestellungen interessante Einzelergebnisse. Die vom Herausgeber in seinem einleitenden Aufsatz „Zur Lage der Gebildeten in der wilhelminischen Zeit“ scharf und überzeugend herausgearbeitete Aufgabenstellung aber, nämlich „durch die interdependenten Operationen einer Symbolanalyse (von) Realitätsbildern und einer Sozialgeschichte ihres Erfahrungskontexts auf Erfahrungen durchzustoßen, um in deren Licht auf die Realitätsadäquanz der Erfahrungsexegesen, sekundären Reflexionen, Institutionalisierungen und Verhaltensweisen zu prüfen“ (S. 15) wird nirgendwo explizit zur methodischen Grundlage einer Untersuchung gemacht und bleibt deshalb Postulat.

Dorothea Berger-Thimme (Göttingen)

Soziale Bewegung und Politik

Fabre, Jean, François Hincker und Lucien Sève: Les communistes et l'État. Editions sociales, Paris 1977 (253 S., br., 16 frs).

Ausgangspunkt und Bezugspunkt des Buches ist der 22. Parteitag der FKP, der eine „historisch neuartige, grundlegend demokratische Konzeption von Natur, Rolle und Formen der politischen Macht und des Staates“ (14) für den Übergang zum Sozialismus geliefert hat. Diese strategische Neuorientierung, Resultat einer veränderten politischen Praxis, läßt es den Autoren notwendig erscheinen, die vorhandenen theoretischen Konzeptionen der Partei zu überprüfen und zu modifizieren (15), um dadurch ihrerseits zu einem besseren Verständnis der strategischen Neuorientierung beizutragen (16). Es geht ihnen um eine „marxistische Analyse des Staates“, die in einem ersten Teil untersucht, wie die neuen Ideen der französischen Kommunisten über den Staat zu den Theorien der marxistischen Klassiker stehen und die im zweiten Teil der „politisch entscheidenden Frage“ nachgeht, inwieweit die neuen Ideen den Besonderheiten der gegenwärtigen Situation in Frankreich Rechnung tragen (14f).

Die Klassiker werden einer „historischen Lektüre“ (15) unterzogen: Aussagen zu Staat und Revolution, die sich aus spezifischen historischen Situationen erklären, sollen von Aussagen allgemeiner Geltung unterschieden werden. Im Mittelpunkt steht der Begriff der „Diktatur des Proletariats“, den die FKP mit ihrem 22. Parteitag aus ihrer Satzung gestrichen hat. Die Analyse der verschiedenen Äußerungen Lenins zu diesem Komplex führt die Autoren zu der These, Lenins Konzeption der Diktatur des Proletariats sei bestimmt durch die Tatsache, daß damals eine politische Mehrheit aufgrund der Klassenstruktur Rußlands zwar für demokratische Ziele, nicht aber für den Sozialismus zu gewinnen gewesen sei. Sozialistische Ziele wurden nur vom zahlenmäßig schwachen Proletariat unterstützt, was die revolutionäre Macht – neben dem Widerstand des Klassegegners – zu diktatorischen Herrschaftsformen zwang (54f). Die Autoren sehen „Diktatur des Proletariats“ nicht nur als Gegenbegriff zu „Diktatur der Bourgeoisie“ verwendet, sondern auch als Bezeichnung für eine bestimmte Form sozialistischer Herrschaft, die sich allein auf die proletarische Minderheit der Bevölkerung stützt und die übrigen Klassen und Schichten von der Teilnahme an der Macht ausschließt (144). Sie sehen dieses Herrschaftskonzept – wie das des bewaffneten Aufstands – an besondere historische Bedingungen geknüpft, im Gegensatz zu den allgemeinen Theoremen der marxistischen Revolutionstheorie: Klassencharakter des bürgerlichen Staates, Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht, Umwandlung des Staatsapparats und der Produktionsverhältnisse in Richtung auf eine klassenlose Gesellschaft, führende Rolle der Arbeiterklasse in allen Transformationsprozessen (63).

Nach den Erfahrungen der Klassiker ist die Entwicklung der kommunistischen Bewegung seit Lenin Gegenstand der Reflexion. Weiterzuentwickeln war vor allem die Theorie der Entstehung von Klassenbewußtsein, für Lenin direktes Resultat von „Enthüllungen“ über die konkreten Ursachen des Leidens der Volksmassen – eine in Rußland 1917 wirksame Konzeption, die freilich auf die „komplexen und raffinierten Bedingungen der ideologischen Dominanz der Bourgeoisie in den entwickelten kapitalistischen Ländern“ nicht unmittelbar übertragbar ist (68f). Hier werden die Überlegungen Gramscis wichtig, bürgerliche Herrschaft nicht nur als Zwangsverhältnis zu begreifen, sondern als ein auf

„Konsensus“ beruhendes System ideologisch-politischer „Hegemonie“, das die Arbeiterklasse nur durch die Herstellung eines breiten Bündnisses, eines „national-populären Blocks“ überwinden kann (70–72). Die Herstellung eines breiten Bündnisses gegen das Monopolkapital wurde für die FKP im antifaschistischen Kampf der 30er Jahre und in der Zeit nach der Befreiung vom deutschen Faschismus zur zentralen politischen Aufgabe, mit der sich bereits die Perspektive einer Allianz von Arbeiterklasse und Mittelschichten zur Überwindung des Kapitalismus andeutete (80, 82). Nach der Unterbrechung dieser Politik durch die Einflüsse des Kalten Krieges und des Stalinismus entwickelte die FKP 1959 den Vorschlag eines „Gemeinsamen Regierungsprogramms“ als Lehre aus den Erfahrungen von Volksfront und Résistance, wo die gemeinsamen Beschlüsse nur unzureichend verwirklicht wurden (99). Der Mai 1968, wo das Fehlen einer politischen Alternative erneut den Wunsch nach Veränderung der Verhältnisse konterkariert hatte (104), gab der FKP den Impuls, ihr Konzept sozialistischer Macht im „Manifest von Champigny“ erstmals als nicht ausschließlich „proletarisch“ und als nicht „diktatorisch“ zu formulieren (107).

Der zweite Teil des Buches beginnt mit einer Darstellung der gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des französischen Kapitalismus, die bestimmt sind durch eine chronische Überakkumulationskrise, die auch durch die zunehmenden Staatsinterventionen nicht gelöst werden kann (125 f.) und die objektive Notwendigkeit der „Sozialisierung“ immer deutlicher sichtbar werden läßt. Dieser Prozeß ist verbunden mit zwei anderen Tendenzen, mit einer „Polarisierung“ der Sozialstruktur in Lohnabhängige und monopolistische Führungsschicht und mit einer „Politisierung“ aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, die das politische Problembewußtsein und die Kampfbereitschaft breiter Schichten vergrößert (145). Zusammen mit den Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses sind dies die neuen Bedingungen, die einen „demokratischen Weg“ zum Sozialismus nicht nur ermöglichen, sondern erfordern (144).

Bei der Beschreibung der Funktionen und Formen des „demokratischen Staates“ auf Basis des „Gemeinsamen Regierungsprogramms“ der Linksparteien legen die Autoren den Akzent auf den antibürokratischen, „anti-etatistischen“ Charakter des neuen Staates (162). An die Stelle des gegenwärtig herrschenden „bürokratischen Zentralismus“ (135) soll ein Staatsapparat treten, dessen wichtigste Aufgabe die Organisation von Masseninitiative auf allen Ebenen der Gesellschaft ist (161). Transparenz der Entscheidungsprozesse, Dezentralisierung der Verwaltung und Leitungsautonomie der vergesellschafteten Betriebe (163f) als institutionelle Veränderung sind Mittel, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft grundsätzlich zu verändern und von Anfang an das „Absterben des Staates“ in Angriff zu nehmen (167). Die Beschreibung der Veränderungen, die in den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aufgrund der neuen Staatstätigkeit möglich werden, bleibt dann freilich, wie die Autoren selbst schreiben, „eine noch abstrakte, noch ungenaue Vorwegnahme“ (238) der wirklichen Bewegung, da hier nur das konfliktfreie Modell vorgestellt wird und z. B. die aus den zu erwartenden ökonomischen und zu befürchtenden militärischen Gegenmaßnahmen des Klassengegners resultierenden Probleme nur gestreift werden. Trotz dieser Einschränkung: das gegenwärtig informativste Buch über die politischen Traditionen und die aktuellen strategischen Konzeptionen der FKP.

Eckhard Volker (Berlin/West)

Lefébvre, Henri: Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse. List-Taschenbuch, München 1974 (230 S., br., 10,80 DM).

Lefébvre beansprucht nicht, neue Aspekte der politischen Ökonomie zu liefern, sondern den Versuch zu einer (umfassenderen) „Theorie der Macht“. Der Frage nach der Fähigkeit des Kapitalismus, seine kritischen Momente zu überdauern, wird mit der Entfaltung des Begriffs der „Reproduktion der Produktionsverhältnisse“ nachgegangen: Mit seiner Einrichtung zu einem globalen System umfasse der Kapitalismus *alle* gesellschaftlichen Bereiche, seine Reproduktion sei somit eine gesamtgesellschaftliche geworden und nicht mehr nur auf die der Produktionsmittel beschränkt. Aus der so verstandenen Globalität zieht der Kapitalismus Lefébvre zufolge die Mittel, mit denen er sich am Leben erhalten, d. h. seine immanenten Widersprüche steuern und ausgleichen kann. Das bedeute nicht, daß der Kapitalismus nun ein widerspruchsfreies System wäre, in der Lage, alle virtuellen Widerstände zu integrieren. Lefébvre macht diese Widersprüche nicht mehr im Bereich der Produktion aus: denn gerade der verwissenschaftlichte Produktionsprozeß sei in höchstem Maße von kapitalistischer Rationalität durchdrungen und weise bereits viele Merkmale eines annähernd geschlossenen, „kohärenten“ Systems auf. Die kapitalistischem Produzieren eigenen Widersprüche sollen vielmehr jetzt im alltäglichen Leben zur Wirkung gelangen. Die Einverleibung des Alltagslebens, d. h. der Denk- und Verhaltensweisen der Menschen, verschaffe dem kapitalistischen System einerseits seine Flexibilität und Lebensfähigkeit. Andererseits aber war zwangsläufig mit dem „Globalisierungsprozeß“ verbunden, daß die der kapitalistischen Produktion inhärente Arbeitsteilung die Lebensformen außerhalb der unmittelbaren Produktion durchdrang: in erster Linie das Alltagsleben ist immer schärfer von den Dissoziationen der Arbeitsteilung geprägt. Weil sich damit gerade im Alltag „Regelverletzungen“ der Reproduktion vollziehen, die Widersprüche des „globalen“ Kapitalismus also zum Konflikt geraten sollen, ist für Lefébvre der Alltag auch der Ort der Krise der Reproduktion der Gesellschaftsverhältnisse, der Ort des Widerstandes. Da alle gesellschaftlichen Institutionen, die in den Alltag hineinreichen, Produkte kapitalistischer Rationalität seien, könne Widerstand gegen den Kapitalismus unmöglich über seine Institutionen zu Erfolg führen, er müsse vielmehr „unterhalb der Wurzeln des institutionellen gesellschaftlichen Lebens“ ansetzen, d. h. er könne „seine negativen Leistungen nur vollbringen, wenn er aufs Ganze geht“ (148). Ausschau auf die Zukunft des Kapitalismus bedeutet für Lefébvre damit Untersuchung der Bedingungen des Widerstandes gegen ihn als einer umfassenden Lebensform. Wie ist es um diese Bedingungen bestellt? Die organisierte Arbeiterklasse hat für Lefébvre mit der Bourgeoisie die „ökonomische Rationalität“ des Kapitalismus gemein und neigt deshalb dazu, Kohärenz in die Gesellschaftsverhältnisse bringen, Widersprüche mildern zu wollen. Die Möglichkeit, daß die reformistischen Organisationen der Arbeiter ebenfalls vom Druck der Widersprüche erfaßt werden könnten, nimmt er gar nicht erst in den Blick, weil seine Aufmerksamkeit sich sehr schnell von der Arbeiterklasse abwendet. Es entgeht ihm deshalb auch, daß sich Teile der französischen Gewerkschaftsbewegung gerade zum Zeitpunkt der Zusammenstellung des Buches (1973) anschickten, mit der kapitalistischen Wachstumsideologie abzurechnen und statt der Reform der Institutionen ihre Aufhebung anzusteuern.

Lefébvres theoretischer Ansatz läßt letztlich nicht die Erstellung einer politischen Strategie, etwa ein Konzept zur „Politisierung des Alltags“ oder dergleichen, zu. Für ihn ist nämlich eine der kapitalistischen alternierende Praxis *bereits existent*: in der Studentenbewegung der 60er Jahre, deren Leistung es war, das kapitalistische System der Illusion einer widerspruchsfreien Rationalität entkleidet zu haben und deren maximalistische Forderungen „aufs Ganze“ gingen, soll diese neue Praxis in Erscheinung getreten sein. Auf dem Wege einer „Mutation“ (178 f.) gleichsam *von selbst* soll diese neue „städtische Praxis“ aus den Widersprüchen kapitalistischen Alltags erwachsen. Statt in den vom Alltag hervorgebrachten Ansätzen zu neuen Verkehrsformen *Möglichkeiten* einer planvollen und zielgerichteten antikapitalistischen Praxis zu sehen und, an diese Möglichkeiten anknüpfend, Widerstandsstrategien zu entwickeln, werden diese Möglichkeiten für die „neue Praxis“ selbst genommen. Intentionalität, Arbeit fallen aus diesem Begriff von Praxis heraus. So können Lefébvres Hypothesen auf einen politischen Attentismus hinauslaufen, der seine Theorie in die Nähe zu den von ihm verworfenen Kohärenz-Theoretikern bringt, die mit Adorno angesichts einer vermeintlich absoluten und geschlossenen Tauschgesellschaft die Vertagung der Praxis auf unabschbare Zeit postulieren. Peter Meisenberg (Köln)

Ihla, Olaf, und Miodrag Vukić (Hrsg.): Jugoslawien – Modell im Wandel. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1973 (240 S., br., 4,80 DM).

In der Diskussion um verschiedene Wege zum und Modelle des Sozialismus hat innerhalb der westdeutschen Linken auch der jugoslawische „Selbstverwaltungs-Sozialismus“ eine zeitweilig große Rolle gespielt. Das offenkundige Manko derartiger Diskussionen bestand aber nur allzu oft darin, daß kaum auf Veröffentlichungen jugoslawischer Autoren – abgesehen etwa von Arbeiten von Vertretern der „Praxis“-Gruppe – in deutscher Sprache zurückgegriffen werden konnte. Diesem Umstand kann der vorliegende Band abhelfen. Er sammelt 15 Beiträge jugoslawischer Autoren, zumeist von Staats- oder Parteifunktionären. Diese werden ergänzt durch den kurz als „pišmo“ bekanntgewordenen Brief Titos und der BdKJ-Parteispitze an die Mitglieder des BdKJ vom September 1972, in dem die Parteiführung die Richtung der weiteren politischen Entwicklung Jugoslawiens markiert und auf einige innen- und wirtschaftspolitische Schwierigkeiten eingeht, die im westlichen Ausland damals als „Kroatische Krise“ hochgespielt wurden.

Die Beiträge befassen sich mit der inneren Entwicklung Jugoslawiens, wirtschaftspolitischen Fragestellungen und der jugoslawischen Außenpolitik, wobei den Beziehungen zur BRD und der „deutschen Frage“ allein drei Beiträge gewidmet sind. Mit R. Supek und P. Vranicki kommen auch zwei im Westen bekannte „Praxis“-Theoretiker zu Wort, die sich mit theoretischen Fragen der Selbstverwaltung beschäftigen. Wichtiger, weil hierzulande weit weniger beachtet, erscheinen die Beiträge jugoslawischer Politiker, die als „offizielle“ Stellungnahmen angesehen werden dürfen. Lesenswert sind hier vor allem die Aufsätze von Bilić und Hadživasilev, die sich mit dem für Jugoslawien eminent wichtigen Problem des Nationalismus befassen. Allerdings tragen terminologische Ungenauigkeiten der Autoren bzw. die allzu häufige Anwendung politi-

scher Begriffe als Leerformeln (was heißen „Etatismus“, „bürokratischer Zentralismus“, „Separatismus“ usw. im jugoslawischen politisch-historischen Kontext genau?) nicht gerade zum besseren Verständnis der jugoslawischen Entwicklung bei, um das es ihnen eigentlich wohl gegangen ist. Insbesondere im Beitrag von Hadživasiljev hätte man sich – bei der Erörterung des Bruchs mit der Sowjetunion im Jahre 1948 (25), den zu entmythologisieren es dringend bedürfte, und der dauernden Erwähnung „nationaler Widersprüche“ und „Besonderheiten“ (welcher denn?) – mehr definitorische und damit auch politische Klarheit gewünscht. – Schließlich sei noch kurz auf den Beitrag Jovičić aufmerksam gemacht, der eine Unmenge von Daten verarbeitet und in dem – dies sei ausdrücklich positiv hervorgehoben! – bestehende ökonomische Schwierigkeiten deutlich benannt werden. Besonders dieser Beitrag ist geeignet, die nur allzu häufigen, gleichsam mystischen Verzerrungen des „Selbstverwaltungs-Sozialismus“ innerhalb der bundesrepublikanischen Linken zurechtzurücken.

Klaus Priester (Frankfurt/M.)

Unger, Peter: Die Ursachen der politischen Unruhen in Polen im Winter 1970/71. Eine ökonomische und politische Analyse. Herbert Lang Verlag, Bern – Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. 1975 (278 S., br., 43,20 DM).

Mit seiner von der Deutschen Forschungsgemeinschaft ermöglichten Untersuchung erhebt Unger den Anspruch einer objektiven Untersuchung (6), mit deren Hilfe „die Wissenslücke“, die „auf dem Gebiet der Sozialwissenschaften in den Ostblockländern klafft“ (5), gefüllt werden soll. Dies sei um so notwendiger, da „im sozialistischen Lager“ nicht von Fakten, sondern „immer nur vom Dogma und von der Theorie“ (4) ausgegangen werde. Da die Entstehung der Unruhen auf komplexe Gründe zurückzuführen sei, gibt Unger eine „Theoretische und geschichtliche Einführung in die Problematik des polnischen Sozialismusmodells“ (Kap I, 8–54). Der Leser erfährt, daß „die sozialistischen Ideen . . . bereits vor Marx und Engels bekannt“ waren (9) und die kommunistischen Ideen auf den Gründer einer Sekte, Schah Kawad (490–531 n. Chr.), zurückzuführen seien (10). Ein paar Zitate aus Marxens Frühschriften und Engels' „Antidürring“ sollen dann belegen, daß „die Praxis in den Staaten, die sich als ‚sozialistisch‘ bezeichnen, . . . von Marx und Engels soweit ab(weichen), daß sich nicht selten herausstellt, daß in den entwickelten ‚kapitalistischen Staaten‘ – eben alles viel besser sei (17). „Exemplarisch“ will Unger weiter aufzeigen, „daß man sich in Polen bemüht, die politischen und ökonomischen Entscheidungen nachträglich mit den Anschauungen von Marx, Engels und Lenin, aber auch von Lange, Kallecki und zeitweilig auch Brus zu rechtfertigen“ (35). Warum nun zwischen sozialistischem Ideal und sozialistischer Realität beim „Aufbau des Sozialismus“ in Polen so ein Unterschied besteht – und dieser Frage messen polnische Sozialwissenschaftler erhebliches Gewicht bei –, darüber erfährt der Leser so gut wie nichts. Ein Hinweis auf die immensen Probleme ökonomischer, sozialer, politischer und sozialpsychologischer Art müßte sich aus der Entstehungsgeschichte der VR Polen ergeben. Leider ist diese geschichtliche Einführung geradezu peinlich. Unger beginnt mit dem September 1939; Kriegsverlauf und Okkupation durch die deutschen Faschisten – deren Auswirkungen mit keinem Wort er-

wähnt werden! – erscheinen als eine einzige Aneinanderreihung von Verbrechen Stalins gegenüber der polnischen Nation.

In Kap. III (106–138) geht Unger auf ökonomische und politische Ursachen der Preiserhöhungen im Dezember 1970 und ihre Rücknahme Ende Februar 1971 ein. Neben Mißernten (127 ff.), Planungsfehlern (129 ff.) und Machtkämpfen zwischen Zentrale und den mächtigen Wojewódschaftsfürsten – insbesondere E. Gierek – (133 ff.) werden die Schwierigkeiten vor allem auf das sozialistische Wirtschaftssystem selbst zurückgeführt, dessen Ineffektivität „in erster Linie in der mangelhaften Organisation des Wirtschaftsprozesses zu sehen sei“ (125). So komme es in allen sozialistischen Ländern zu einer großen Verschwendung von Gütern und Arbeitskräften (vgl. 246), was wiederum zu einem erhöhten Konsumverzicht von breiten Teilen der Bevölkerung geführt habe (124 f.). Es vergrößere sich „im Resultat . . . in allen sozialistischen Ländern kontinuierlich die anfangs niedrige Einkommensspanne zwischen besser und schlechter Bemittelten“ (126). – Tatsächlich sind die Einkommensunterschiede in Polen erheblich. Ein hochqualifizierter Facharbeiter bspw. verdient mehr als ein durchschnittlich verdienender Arzt oder gar als ein Lehrer. Bekannt ist auch, daß Gemüsebauern und private Handwerker zu den Spitzenverdienern im Lande gehören. Wünschenswert wäre gewesen, wenn Unger hier gründlicher recherchiert hätte. Anhand des von ihm vorgelegten Materials läßt sich jedoch nicht belegen, daß sich „die anfangs niedrige Einkommensspanne“ in allen sozialistischen Ländern kontinuierlich vergrößert. Rätselhaft ist auch die Behauptung, es fehle jeder ökonomische Ansporn (103, 125). Vor allem aber scheint Unger entgangen zu sein, daß es sich bei Polen um ein Land handelt, welches gerade seine grundlegende Industrialisierungsphase abgeschlossen hat und dessen Nationaleinkommen entsprechend ungleich niedriger sein muß als das der BRD. In umfangreichen Tabellen weist Unger im IV. Kap. (139–204) nach, daß der Industriearbeiter in der BRD weit mehr verdient als sein polnischer Kollege und folgert aus allem, daß „einsichtig (werde), daß der Durchschnittspole schlecht ernährt und bekleidet sein muß, obwohl die ähnlichen klimatischen Verhältnisse beider Länder und die Zugehörigkeit Polens zum mitteleuropäischen Kulturkreis vergleichbare Bedürfnisse erwarten ließen“ (200). So verwundert es denn nicht, wenn Unger in den Ursachen politischer Unruhen in Polen vor allem das westliche Vorbild sieht.

Nach dieser „Analyse“ folgt logisch Ungers Prognose, die nicht nur für Polen, sondern gleich für alle sozialistischen Länder Geltung haben soll: Ständige Verschlechterung des Lebensstandards im Verhältnis zu anderen (?) Ländern und zunehmender Polizeiterror bei heftiger werdenden Ausbrüchen der Unzufriedenheit (268 f.). Diese Prognose steht allerdings im Widerspruch zu dem, was Unger selbst andeutet (229): Das Selbstbewußtsein und das Klassenbewußtsein der polnischen Arbeiter ist im Laufe der Entwicklung der VR Polen enorm gewachsen. Hieraus und unter Berücksichtigung der objektiven Schwierigkeiten einer jeden Industrialisierung sowie der spezifisch polnischen geopolitischen und soziohistorischen Bedingungen hätten sich Ansätze zu einer realistischeren Analyse ergeben.

Henry Beland (Göttingen)

Ökonomie

Bärtschi, Wolfgang: Ausbeutung und Einkommensumverteilung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Duncker & Humblot, Berlin/West 1976 (166 S., br., 66,60 DM).

Bärtschi übernimmt aus der Theorie des ungleichen Tauschs á la Kohlmeys das Exploitationstheorem, ohne auf das Problem einzugehen, ob im internationalen Maßstab bei den existierenden sehr unterschiedlichen Produktivitäts- und Intensitätsniveaus gleiche Arbeitsquanta überhaupt einen sinnvollen Tauschmaßstab abgeben können. Dagegen wird in dem vorliegenden Band der konkrete Nachweis eines nichtäquivalenten Tauschs zwischen den Entwicklungsländern und den Industrienationen auf der Preisebene geliefert. Die preistheoretische Komponente in die Theorie des ungleichen Tauschs integriert zu haben, ist nach Bärtschi das eigentliche Verdienst Kohlmeys (29), auch wenn eine systematische Abhandlung der damit gemeinten Phänomene bei ihm nicht stattfindet. Eine solche findet sich für Bärtschi dagegen bei Raúl Prebisch, der Anfang der 50er Jahre auf die säkulare terms-of-trade-Verschlechterung für die Entwicklungsländer hingewiesen hatte, und das trotz der wesentlich größeren Produktivitätsfortschritte in den Industrieländern (37). Dies bedeutet nämlich nichts anderes, als daß die Zentren den gesamten Nutzen des technischen Fortschritts für sich behalten, und sich zusätzliche Teile der produktiven Anstrengungen der Peripherie aneignen. Als Ursache führt Prebisch die durch Gewerkschaften in den Zentren erwirkten Lohnsteigerungen an, die den Produktivitätsanstieg überflügelt und dadurch zwangsläufig Preissteigerungen hervorgerufen hätten. Die Prebisch-These der Realeinkommenstransfers von der Peripherie in die Zentren ist in der Folgezeit heftig angegriffen worden (39ff). Die Kritik konzentrierte sich im wesentlichen auf die Behauptung der säkularen terms-of-trade-Verschlechterung, die tatsächlich empirisch nur sehr schwach untermauert war. Hier ist Bärtschi nun in der Lage, genaues empirisches Material vorzulegen, das Prebisch recht gibt. Es handelt sich dabei um eine Studie für 87 Entwicklungsländer und 24 kapitalistische Länder, die den Zeitraum 1954–1970 abdeckt. Die Studie weist eine Verschlechterung der terms-of-trade für die Gesamtheit der Entwicklungsländer von 12 % aus (56), bei einer gleichzeitigen positiven terms-of-trade-Entwicklung der Industrieländer von 9 % (59). Darüber hinaus gelingt es Bärtschi, die Behauptung Prebischs bezüglich der ungleichen internationalen Produktivitäts- und Lohnentwicklung, die den Kern der These der Realtransfers ausmacht, trotz statistischer Lücken überzeugend empirisch zu fundieren. Vermißt werden allerdings Zahlen über die Profitentwicklung in den Metropolen, die endgültig die Frage beantworten könnten, ob die Lohnerhöhungen in den Zentren tatsächlich zu Lasten der Entwicklungsländer gegangen sind. Der Aussage, „daß bereits die nationale Einkommenspolitik der Industrieländer internationale Ausbeutung erzwingt und umgekehrt ermöglicht“ (92) kann daher nicht ohne weiteres gefolgt werden.

Weiter widmet sich der Autor den Einkommensumverteilungseffekten der tendenziell wachsenden internationalen Faktormobilität, zu deren Analyse allerdings den terms-of-trade vergleichbare außenwirtschaftstheoretische Instrumente nicht zur Verfügung stehen. Dies gilt insbesondere für die internationale Wanderung von Arbeitskräften aus der – vornehmlich europäischen – Peripherie in die Zentren, die grundsätzlich nichts anderes darstellt als eine „ausländische Aneignung nationaler Exploitationspotential“ (96). Der Autor muß sich daher mit ei-

ner Gegenüberstellung des von den Gastarbeitern erwirtschafteten Anteils am Bruttosozialprodukt (für die BRD im Jahre 1972 ca. 7 %) mit den Geldtransfers der Gastarbeiter in ihre Heimatländer, die im Fall der BRD nur etwa ein Viertel ihres Nettolohnes ausmachen, behelfen. Der Vorteil der Immigrationsländer wird damit hinlänglich deutlich. Etwas besser ist die theoretische Ausgangsposition im Fall der internationalen Kapitalbewegungen, mit deren Umverteilungs- bzw. Ausbeutungseffekten sich die Imperialismustheorie ja seit jeher beschäftigt. Ein umfassender Index – etwa „terms of capital-mobility“ (116) – existiert jedoch auch hier nicht und würde auch an statistischen Problemen scheitern. Bärtschi beschränkt sich im wesentlichen darauf, in Verfolgung der bekannten Hilferdingschen Kapitalexportdefinition eine Relation zwischen den Direktinvestitionen der Industrieländer, die zunächst einmal einen Wertezufluß der Entwicklungsländer bedingen, und den Profitretransfers, mit denen etwa die Vorteile des kapitalexportierenden Landes zu beschreiben sind, herzustellen. Das kaum überraschende Ergebnis für die Summe von 56 Entwicklungsländern in der Periode zwischen 1966–1970 sind mehr als 300 % höhere Kapitalrückflüsse als laufend getätigte Direktinvestitionen. (130) Die Faktormobilität verstärkt also im Ergebnis die nachteilhafte Position der Entwicklungsländer im internationalen Warenaustausch. Der abschließende Versuch des Autors eine Art „Ausbeutungsbilanz“ (143) zu erstellen, muß allerdings an der Unzulänglichkeit der Aggregationsinstrumentarien Zahlungsbilanz, Wechselkurs und Vermögensbilanz scheitern. – Trotz aller instrumenteller und statistischer Probleme ist dies endlich eine Arbeit, die sich um Operationalisierung und Konkretisierung der Außenwirtschaftstheorie bemüht und mit wichtigen Indikatoren für den Realeinkommenstransfer aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer aufwarten kann.

Peter Richter (Berlin/West)

Probst, Albert J.: *Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in der BRD in den siebziger Jahren.* Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1975 (81 S., br., 8,- DM).

Mit dieser Broschüre aus der Reihe IMSF-Informationsberichte (Bd. 19) „solten Charakter, Ausmaß, Umfang und Perspektiven der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit statistisch erfaßt und beschrieben werden; die soziale Lage der Arbeitslosen dargestellt, und die Hauptursachen von Arbeitslosigkeit im kapitalistischen System überhaupt und in ihrer gegenwärtigen Zuspitzung aufgezeigt werden. Im abschließenden Teil werden Möglichkeiten des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes gegen Arbeitslosigkeit aufgezeigt“ (1).

Die Studie vermittelt in der Tat an Hand umfangreichen statistischen Materials einen guten Überblick über die Entwicklung und Struktur der Arbeitslosigkeit und der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung in der BRD im Zeitraum 1950–1974. Im Einzelnen werden die Verteilung auf die Wirtschaftsbereiche, die Entwicklung der Industriebeschäftigung nach Industriezweigen sowie das Verhältnis von Arbeitern und Angestellten in der Industrie dargestellt. Als Abschluß des informativen Materialteils wird die Problematik von Arbeitsmarktprognosen behandelt und der Versuch gemacht, diese „ihres schönfärberischen Charakters“ (30) zu entkleiden. Die dabei vorgenommenen Korrekturen erscheinen uns gerechtfertigt, können jedoch nicht mehr als Plausibilität verlangen. –

In den beiden abschließenden Teilen werden die Ursachen der Arbeitslosigkeit herausgearbeitet und in Kritik an der Wirkungslosigkeit und Konzeptlosigkeit der staatlichen Arbeitsmarktpolitik ein Katalog von Vorschlägen im „antimonopolistischen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ (52) vorgestellt. Bei der Ursachenanalyse erhält die Frage besonderes Gewicht, inwieweit es sich bei den aktuellen Beschäftigungsproblemen um strukturelle Arbeitslosigkeit handelt, die der zu geringen Mobilität und Flexibilität der Arbeitskräfte und/oder des Kapitals geschuldet ist, oder ob es sich um ein kurzfristiges, konjunkturpolitisches Problem handelt, das durch den nachfolgenden Aufschwung beseitigt wird. Der Autor gibt Hinweise, daß die Periode mit hohem Beschäftigungsstand eher eine Ausnahme war, und die Besonderheiten der jüngsten Krise auf eine endgültige Freisetzung von Arbeitskräften hindeuten, es sich also um eine beginnende Dauerarbeitslosigkeit (51) handelt. Deren Besonderheiten beständen darin, daß einerseits „strukturelle“ Ursachen sich mit „zyklischen“ vermischen, andererseits die „zyklische“ Krise „insbesondere in ihrer neuen Phase“ (43) durch eine „allgemeine Krise des Kapitalismus“ (38, 43) eine neue Qualität erhalte.

Hiermit sind wesentliche, noch nicht gelöste Probleme der momentanen marxistischen Krisendiskussion angesprochen. Man kann sicherlich nicht erwarten, daß in einem Informationsbericht zur Arbeitslosigkeit von 81 Seiten Umfang diese Probleme im Einzelnen dargestellt werden. Dies gilt es auch bei der Betrachtung der vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, da deren Wirksamkeit u. E. nur im Rahmen einer konsistenten Krisentheorie richtig beurteilt werden könnten, was im besonderen für bestimmte, vom Autor selbst relativierte traditionell „linkskeynesianische Forderungen“ zutrifft. Probst betont, daß die „Hebung der Massenkaufrkraft“ (53) und die „Maßnahmen zur Verminderung des Arbeitskräftepotentials“ (54) wenn überhaupt, dann nur kurzfristig wirksam werden können, da sie einerseits u. U. durch Preiserhöhungen rückgängig gemacht werden können, andererseits bei Dauerarbeitslosigkeit möglicherweise überhaupt nicht greifen. Sie haben mit den Vorschlägen zu einer „antimonopolistischen Beschäftigungspolitik“ (56) gemeinsam, daß es zu ihrer genaueren Einschätzung einerseits einer konsistenten Krisentheorie bedarf, andererseits die Frage der Durchsetzbarkeit im politischen Kampf der Lohnabhängigen in Gewerkschaft und Partei genügend berücksichtigt werden muß. Es muß also genauer, als dies angedeutet wird (58f.), herausgearbeitet werden, daß gerade angesichts von Dauerarbeitslosigkeit alle Forderungen politische Forderungen an und durch die Organisationen der Arbeiterklasse in der spezifischen historischen Situation der Bundesrepublik sind, die die Grenzen der kapitalistischen Ordnung der Dinge tangieren.

Reinhard Ost und Dieter Grünh (Berlin/West)

Luft, Hans, u.a.: Ökonomische Gesetze und sozialistische Planwirtschaft. Verlag Die Wirtschaft, Berlin/DDR 1975 (102 S., br., 4,80 M).

Das Problem des Charakters der „ökonomischen Gesetze im Sozialismus“, Thema vor allem des ersten Kapitels des vorliegenden Textes, ist seit den 20er Jahren aktuell: Einerseits sind die Menschen auch im Sozialismus nicht schrankenlos *frei*, sondern abhängig von ökonomischen und sozialen Bedingungen, die

nicht beliebig veränderbar sind. Andererseits können durch bewußte, zweckmäßige Praxis diese Bedingungen doch schrittweise verändert werden; es besteht also ein Spielraum der Wahl zwischen alternativen Möglichkeiten und nach Maßgabe dieses Spielraums *relative* Freiheit. Die Forderung nach *planmäßiger* Organisation der Wirtschaft impliziert ja eine Handlungsstruktur, in der Pläne sowohl gemacht als auch erfolgreich ausgeführt werden können, in der die Menschen „ihre Geschichte selbst machen“, wie die Verfasser des vorliegenden Textes Engels zitieren (8). Die Frage nach dem bestimmten Charakter ökonomischer Gesetze ist also das Problem der Vermittlungsformen von *subjektivem* Willen der Menschen und *objektiven* Gegebenheiten. Die Verfasser gehen bei ihrem Lösungsversuch wie folgt vor: Sie setzen die Kategorie „objektives Gesetz“ absolut, wobei objektiv von ihnen als „vom Willen und Bewußtsein der Menschen unabhängig“ definiert wird (10). Dem Objektivitätspostulat stellen sie die abstrakte Alternative eines „Subjektivismus“ gegenüber, der die Existenz von Gesetzen im Sozialismus überhaupt leugne und deshalb – selbstverständlich – indiskutabel sei. Jeder Vermittlungsversuch, der das Wirken der Gesetze in irgendeiner Form an eine Äußerung des Willens der Menschen koppeln will, erscheint deshalb in der Konstruktion des Textes sofort als „Subjektivismus“. Der Grundfehler dieser theoretischen Konstruktion liegt in der Flachheit der Relation „unabhängig – resp. abhängig – von“, mit der eine Vermittlung zwischen Subjekt und Objekt gar nicht gefaßt werden kann. So entsteht das Scheinproblem, wie eine sozialistische Ökonomie unabhängig vom Willen der Menschen funktionieren kann, während sie doch planmäßig (also mit bewußter Bestimmung der Ziele, also mit von Menschen abhängigem Willen) funktionieren soll. Hilfe versprechen sich die Verfasser von einigen Klassikerzitaten, die sich aber gar nicht auf den Sozialismus, sondern auf seinen kapitalistischen Vorgänger beziehen, der von der „unsichtbaren Hand“, vom anonymen Vergesellschaftungsmechanismus des Marktes beherrscht wird und hypostasieren so spezifische Aussagen über die bürgerliche Gesellschaft zu allgemeinen Aussagen über die Gesellschaft überhaupt. Schließlich versuchen sie eine Lösung mit der Formulierung, daß im Sozialismus Gesetze zwar unabhängig vom Willen der Menschen wirken, aber mehr oder weniger vollständig erkannt und entsprechend besser oder schlechter ausgenutzt werden können (13). Doch damit verwickeln sie sich in neue Widersprüche: Denn einige der Gesetze, die sie selbst nennen, passen so, wie sie sie formulieren, gar nicht in den begrifflichen Rahmen des „objektiven Wirkens“. So z.B. das Gesetz von der „planmäßig proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft“ (46); entweder das Gesetz wirkt sowieso, dann müßten sich die Autoren die Frage gefallen lassen, wie wer unabhängig vom Willen der Menschen die entsprechenden Proportionen hergestellt hat; *oder* das Gesetz müßte anders formuliert werden (etwa als Gleichgewichtsbedingung, die, wenn sie erfüllt wird, proportional, und wenn nicht, dysproportional „wirkt“). Analoges gilt für das „Grundgesetz über die maximale Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Des weiteren wird der Versuch unternommen, bestimmte Gesetzmäßigkeiten an aktuellen Problemen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus zu illustrieren, was für den Leser unbefriedigend bleiben muß, der mit dem Text in der Ebbe einer flachen Begrifflichkeit gestrandet ist.

Michael Masuch (Amsterdam)



11 '77

AIB: Aktuell: Biko – kein Einzelfall

B. Greiner: Carters Dritte Welt-Politik der „friedlichen Aggression“

W. Brönner: Die Schlüsselrolle des Numerai-Regimes

KP Südafrika: Lehren des Widerstands nach Soweto (Teil 2)

Edith Laudowicz: Alltag israelischer Besatzung

Kommuniqué des 1. ZK-Plenums der KP Chiles nach dem Putsch

Kommuniqué des Initiativausschusses XI. Festival und der Jugend der Unidad Popular

F. Noll: Che Guevara – die Unvergänglichkeit der Revolution

Literatur über und von Che Guevara

Kurzinformationen über Paraguay, Kolumbien, Puerto Rico, Vietnam-BRD, Naher Osten

Kommentar: Solidaritätsbewegung – „Sympathisantensumpf“ des Terrorismus?

8. Jg. 1977

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

1 '78

Bahroismus – Die Alternative? Kritik von Rudolf Bahros Bestseller

BRD: Mehrwert- und Profittaten des Kapitals

USA: Recht auf Elend, Armut und Unterdrückung. Krise und Massenarbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

Interview: Politik der KPUSA und die Situation der Linken

Portugal: F.O. Wolf: Phönix in der Asche. Die Politik der Linksparteien

Kommentare / Literatur

Bücher und Zeitschriften

2 '78

Bundesrepublik 77/78: Verschärfung der Krise. Der unaufhaltsame Aufstieg des Polizeistaats? Ökonomische und soziale Lage. Klassenverhältnisse und die Lebenslage der Lohnabhängigen

Großbritannien: Die Gewerkschaften im Kampf um die Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen. Die Labour Party vor der neuen ökonomischen Krise. Programmdiskussion der KP Großbritannien

Der eurokommunistische Weg zur politischen Hegemonie. Carrillo-Kritik

Faschismus: Zur Kritik der Analyse von Thalheimer/KPO

H. Ganßmann: Marxistische Milchmädchenökonomie. PKA-Kritik

Kommentare / Literatur

Bücher und Zeitschriften

5. Jg. 1978

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, W. Brönner, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski, H. Lederer, S. Lehndorff, E. Rudolf, P. Tanzmeister, F. Werkmeister, E. Wulff. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15.– DM. – AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

Redaktion: J. Bischoff, W. Breum, A. Zieher. – Erscheint zweimonatlich. – Einzelheft 9.– DM. Jahresabo 44.– DM. VSA Verlag, Postfach 260 230, 2000 Hamburg 26.

Blätter für deutsche und internationale Politik

11 '77

Kommentare und Berichte

G. Matthiessen: Zur Auseinandersetzung um die Neutronen-Bombe
K. Krusewitz: Motto: Haltet den Dieb!
Zum Streit um die Weser-Verschmutzung

Hauptaufsätze

W. Abendroth: Terroristen, Pharisäer und Nutznießer. Überlegungen zur Einführung des BDI/BDA-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer

L. Knorr: Friedliche Koexistenz – gestern, heute, morgen. Gedanken anlässlich des 60. Jahrestages der Oktoberrevolution

H. H. Holz: „Werte“ contra Demokratie? Zur Grundwerte-Diskussion

D. Hensche: Mitbestimmung, Grundgesetz und politisches Kräfteverhältnis. Zur Verfassungsbeschwerde der Unternehmer gegen das Mitbestimmungsgesetz

G. Fülberth: Zum Entwicklungsstand der Bewegung demokratischer Wissenschaftler in der Bundesrepublik und Westberlin

B. Braun: Die Misere der Studenten. Veränderungen der Lebens- und Studienbedingungen

W. Tumanow: Über die neue Verfassung der Sowjetunion

C. Mattern: Frauen und Arbeitsmarkt

22. Jg. 1977

12 '77

Kommentare und Berichte

K. D. Bredthauer: Antideutsche Welle? Wie das Ausland die Bundesrepublik sieht

H. J. Andel: Besorgnis in den Benelux-Ländern

E. Biondi: Zur Entwicklung des gemeinsamen Regierungsprogramms in Italien

Hauptaufsätze

G. Stuby: Abschied vom Bürgertum? Ist der Rechtstrend in der Bundesrepublik noch reversibel?

Zur Strategie der Studentenbewegung und den Möglichkeiten alternativer Politik in der BRD. Eine Diskussion zwischen Mechthild Jansen (SHB), Beate Landefeld (MSB), Albrecht Schmeissner (Basisgruppen) und Manfred Sieg (LHV)

D. Peukert: Antifaschistischer Konsens als Voraussetzung einer demokratischen Nachkriegsentwicklung

E. Gärtner: Die Krise der französischen Linksunion

A. Breinlinger: Vorwärtsverteidigung gegen die Krise. Anmerkungen zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland

Medienkritik

G. Giesenfeld: Nachrichten-Sperre

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Steuerpflichtige Vermögen in der BRD

22. Jg. 1977

democrazia e diritto

Demokratische Erziehung

3 '77

L. Berlinguer, A. Bolaffi, U. Cerroni, S. Passigli, S. Rodotà, F. Stame: Un dibattito su „Democrazia autoritaria“, sistema delle libertà e trasformazione sociale

Parlamento

S. D'Albergo: L'accordo di programma in Parlamento

A. D'Alessio: Per la democrazia nelle forze armate

F. Colonna: Il procedimento di delega legislativa nella 382

R. De Liso: Decreti-legge, indirizzo politico legislativo e programmazione dei lavori delle camere

A. Baldassarre: Quattro saggi sul Parlamento

Magistratura

L. Violante: Nuova legislazione e professionalità del giudice

D. Greco: Un anno di dibattiti sul giudice onorario

G. Cotturri: Associazionismo e politica nella magistratura

u. a.

17. Jg. 1977

5 '77

R. Seidel, G. Ulmann: Begabungstheorie und Intelligenzbegriff

Schafft die Noten ab? Stellungnahmen von L. Doormann, R. Winkel, J. Dietrich und G. Auernheimer

L. Doormann: Lernen mit Leben und Arbeit verboten

A. Ratzki: Kleingruppen und Lehrerteams. Möglichkeiten zur Verringerung von Schulangst

I. Lohmann, B. Scheuermann: Auf Prometheus ist zu beharren. Zur Entschuldungsdiskussion in der BRD

H. Holzer: Hauptschule heute. Von der „Humanisierung“ einer Katastrophe

F. Haug, R. Nemitz: Wer ist das Projekt Automation? (Zu einem Aufsatz von Werner Rügemer)

6 '77

G. Schefer: Tendenzen deutscher pädagogischer Sonderentwicklung

K. Mancke: Aspekte der Schulreform am Beginn der Nachkriegszeit

D. Stock: Bildungspolitik in Preußen nach 1848

Grotz/Joachim/Keller/Neumann: Wider die Legende vom „Alleingänger“ Hitler

B. Jentsch: Freiheit, Gleichheit, Dummheit

3. Jg. 1977

dialectiques

21

Anthropologie tous terrains

L'idéologie, supplément au voyage?

M. Abeles: La grande bouffe (de l'Éthiopie aux bistros de Paris)

J. Copans: Politique et religion

M. Godelier: Infrastructures, société, histoire

M. Auge: L'ethnologue, les symboles et l'histoire

M. Izard: L'odyssée du pouvoir

Ici, c'est comme ailleurs

G. Althabe: Le quotidien en procès

H. Giordan: Culture(s) dans l'espace occitan

Dossiers africains: Une politique d'édition

Les femmes, les cadets, les esclaves et les autres: le partage des classes

P. Bonte: Parenté et classes dans les sociétés segmentaires

P.-P. Rey: Contradictions de classes dans les sociétés lignagères

E. Terray: De l'exploitation

C. Meillassoux: De l'esclavage

6. Jg. 1977

Redaktion: B. Avakian-Ryng, M. Abeles, D. Kaisergruber, J.-C. Chaumette, Y. Mancel, D. Kaisergruber, S. Ouvrard, C.-A. Ryng, J.-L. Piel, P. de Lara, Y. Blanc, C. Lazzeri, N. Ouvrard. – Vierteljahresschrift. – Jahresabo 90 F. – 77 bis, rue Legendre 75017 Paris.

3. WELT MAGAZIN

7/8 '77

Ägypten unter Nasser

U. Stewen: Benin: „Operation Omega“. Dokumente zum Putschversuch

Z. Chowdhury: Bangladesh als Experimentierfeld medizinischer Forschung und der Pharmaindustrie

R. Dhunjibhoy: Zur Rolle Kubas in der Dritten Welt

9 '77

Militärische und nukleare Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika

Chile im Bankrott – Chile im Widerstand. Gespräch mit Jaime Gazmuri

T. Schiel: Militärs stürzen Bhutto – wirklich?

W. Geissler: Bundesdeutsche Raketenbasis in Zaïre

10 '77

J. Quartim: Die asiatische Produktionsweise

M. Stötzl: Nach dem Tod des Löwen – Äthiopien

R. R.-Oskui: Industrialisierung im Iran?

U. Müller-Plantenberg: Vier Jahre nach dem Putsch in Chile

3. Jg. 1977

Redaktion: D. Habicht-Benthin, D. Haude, A. Hürlir, N. Paech, B. Sommer, U. Stewen, D. Ziegert (Bildredaktion) D. u. K. Kierzkowski. – Einzelheft 4 DM, Jahresabo 48 DM, vergünstigt 32 DM – pdw, Boschstraße 20, 5300 Bonn.

kritik

KULTUR MAGAZIN

Demokratische
Kunst und
Kulturpolitik

15

U. Wolter: Die Entwicklung der Linken vom Subjekt zum Objekt · Ein Versuch statt eines Editorials

B. Rabehl: Über Gewalt und Terrorismus Anmerkungen zu einer überfälligen Diskussion über die historischen und gesellschaftlichen Ursprünge von Gewalt und Gegengewalt und über die Rolle der Intelligenz in der europäischen Politik des 19. und 20. Jh.

B. Blanke, K. Christoph, W. Kreuzberger, W. Müller, G. Schäfer: Über politisches Handeln und die Möglichkeit, seine Folgen zu analysieren · Ein Brief an die Herausgeber der Dokumentation „Buback – ein Nachruf“ mit einem aktuellen Nachwort

Erklärung von Hochschulangehörigen der BRD (Narr) gegen die Pestel-Erklärung

F. Dingel: Überlegungen zur Politik der RAF und zum Problem des politischen Mordes

O. K. Flechthelm: Krise und Brutalisierung

L. Mez: Der Zustand der Bürgerinitiativbewegung

E. Mandel: Bahros Echo

5. Jg. 1977

3/4

F. van der Kooij: Kleine politische Ökonomie des Gruselns

H. Probst: Vom Klassenmedium zum Massenmedium

Ein Gespräch mit Günter Netzer von F. Rueb/G. Magnaguagno, mit Beiträgen von Diggelmann, O. F. Walter, Hirzel, Meier, Mürzeler, Comensoli, Wyss, Schuhmacher

B. Wenger: Volksverbundene Schweizer Erzähler

K. Obermüller: Väter und Söhne

F. Aepli: Schweizer Film in den 30er Jahren

5

Rezeption der Oktoberrevolution in der Schweizer Kunst

B. Wyss: Die Sowjetunion im Spiegel des Schweizer Plakats

M. Wyss/S. Geiser: „Frau geh in die Produktion“

W. Jehle: Sowjetfilm und Schweizer Film

F. van der Kooij: Eisenstein in der Schweiz

R. P. Lohse: Die zwei Realitäten des russischen Konstruktivismus

1. Jg. 1977

Herausgeber: Ulf Wolter. Redaktionsbeirat: Rudi Dutschke, Ossip K. Flechthelm, Helmut Fleischer, Robert Jungk, Ekkehart Krippendorff, Klaus Meschkat, Lutz Mez, Arno Münster, Oskar Negt, Theo Pirker, Bernd Rabehl, Jochen Steffen. – 4 Nummern im Jahr. – Einzelheft 7.– DM, im Abo 6.– DM. – Verlag Ölle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30.

Redaktion: Th. Adank, L. Balmer, U. Bircher, P. Eichenberger, R. Gretler, I. Hammer, K. Keller, F. van der Kooij, G. Magnaguagno, H. J. Rieger, F. Rueb, L. Rüschi, B. Wyss. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 4,50 sfr / 5,50 DM, Jahresabo 18., sfr / 24.– DM. Verein für demokratische Kunst und Kulturpolitik, Kulturmagazin, Postfach 3188, CH-3000 Bern 7.

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

9

Aragon zum 80. Geburtstag

M. Nerlich, H. J. Neyer: Aragon lehrt uns die Schönheit zu begrüßen

H. J. Neyer: Dichtung und Warenwelt bei Aragon und Breton (1916–22)

D. Ostermann: Le cahier noir, ein Kapitel aus dem Roman *La Défense de l'Infini* (1923–26)

E. Volker: Erkenntnisinteresse und Sinnerfahrung in Aragons *Paysan de Paris* (1924–25) und Bretons *Poisson soluble* (1924)

M. Kroymann: Untersuchung des ästhetischen Materials in den Gedichtbänden *La grande gaité* (1927) und *Persécuté persécuté* (1931)

Kh. Barck: Die Moderne-Diskussion in der Schrift *Introduction à 1930*

K. U. Bigott: *Les lilas et les roses*. Zur Résistancelyrik Aragons (1939–45)

M. Apel-Müller: Der Begriff des *Peuple* im Roman *La semaine sainte* (1958)

C. Prévost: Aragon, ein moderner Romancier

D. Schmidt: Sozialistischer Realismus oder moralisierender Humanismus? Zum Spätwerk Aragons.

2. Jg. 1977

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H. U. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. – Erscheint vierteljährlich. – Einzelheft 7,70, im Abo 6,70, Studenten 5,70. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT UND POLITIK

6/77

Marxisten und Christen

F. Noll: Scharfer Wind von Rechts

G. Deumlich: Kultur als Zielscheibe imperialistischer Strategie

M. Buschmann: Kommunisten und Christen für Entspannung und Abrüstung

W. Hollitscher: Bilanz aus dem Dialog zwischen Marxisten und Christen

H. Werner: Der beste Dialog ist die Zusammenarbeit

H. Stuckmann: Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates

H. Adamo: Der politische Klerikalismus

W. Gerns: Verhältnis von Kommunisten und Christen

Wie steht es mit der Religionsfreiheit in der DDR?

J. Reusch: China nach dem XI. Parteitag

15. Jg. 1977

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orzykowski, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause. – Alle zwei Monate. – Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20% Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67a, 6000 Frankfurt/M. 50.

MATERIALES

Revista de información y crítica cultural

5

W. Abendroth: La evolución de la República Federal Alemana y las perspectivas de su izquierda.

J. M. Ripalda: La nueva intelectualidad Alemana. Entrevista con W. F. Haug

A. Doménech: Crisis del Capitalismo, „Eurocomunismo“, Prospectiva revolucionaria

J. Clavera: Les paradoxes del „Euroeconomisme“

E. P. Touriño: Dominación do capitalismo monopolista e cambios na economía galega

Euskadi: Para un debate sobre la cuestión nacional

Marianne Heiberg y Manu Escudero: Sabino de arana: La lógica del nacionalismo vasco

Javier Corcuera: Tradicionalismo y burguesía en la formulación de nacionalismo vasco. Lucha de clases y lucha nacional en euskadi

Andoni Perez Ayala: Debate sobre la cuestión nacional

E. H. A. S.: Euskadi, nación oprimida
1. Jg. 1977

Redaktion: R. Argullol, M.-J. Aubet, J. Clavera, A. Doménech, P. F. Buey, R. Garrabou, J. Muñoz, M. Sacristán. – Sechsmal im Jahr. Einzelheft: 180 Pts., Jahressabo: 1.000 Pts. – Materiales, Escipción 21/ático, Barcelona 6, Spanien

mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

12

Editorial

G. Ortman: Die Selbstverwirklichung des Individuums, der Spielraum des Managements und das Zielsystem der Unternehmung

I. Costas-Steinfeld: Zur kapitalistischen Entwicklung: Konzentration und Zentralisation des Kapitals und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterklasse anhand sozialer Indikatoren

M. Burchardt: Die Currency-Banking-Kontroverse. Real- und theoriegeschichtlicher Hintergrund des V. Abschnitts im 3. Band des „Kapital“

G. Ortman, G. E. Famulla, H. Arndt: Marxismus heute: Das Elend mit den großen historischen Kategorien. Theorie und Praxis und die Marx'sche Ökonomiekritik

13

Beiträge zum Transformationsproblem von M. Buhbe, P. Flaschel, U. Krause, M. Krüger, R. Künzel, G. Stamatis, W. Teplitz

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e. V.: Horst Arndt, Adelheid Biesacker, Gerd Famulla, Hans Utz Foederreuther, Elisabeth Glombowski, Jörg Glombowski, Lutz Heiligenstadt, Sönke Hundt, Rainer Künzel, Jürgen Mendner, Günther Ortman, Hajo Riese, Manfred Sommer, Ilse Costas-Steinfeld, Dieter Timmermann, Heide Wiemann. – Erscheint unregelmäßig. – Preis von Nr. 12: 14,- DM. – mehrwert, Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

287

u. a.

G. Nennung: Beitrag zur Gewaltdiskussion

F. Geyrhofer: BRD auf dem Weg in die Dritte Republik

H. Pataki: Ulrike Meinhofs Stück Bambule

P. Brückner: Ich unterschreibe nicht. Buback, Mescalero und die Folgen

H. G. Haasis: Terror in Wien. Die Jakobinerverschwörung 1792/94

286

u. a.

Forum-Umfrage zum neuen SPÖ-Programm: Ch. Broda, F. Herrmann, E. Lanc, J. Hindels, F. Kienner, S. Matti/ I. Palme

R. Löw, Wie Renner Österreich verriet. Ja zum Anschluß, Ja zu München

H. Konrad: Kein Putsch. Legendenkehr aus zum Oktoberstreik 1950

J. Genet: Staatsschuld. RAF hat recht

24. Jg., Okt. u. Nov. 1977

Herausgeber: Günther Nennung. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. 12 Hefte im Jahr. Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48.– DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36.– DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

13

N. Scherr: SMUV 1937–1977: Vom Friedensabkommen zum Manifest 77

I. Andersch: Zur Staatsdiskussion in Frankreich

T. Heilmann: Oktoberrevolution: Friedliche Entwicklung und Aufstand

Diskussion: „Diktatur des Proletariats“ kontra „Demokratische Erneuerung“?

Rezensionen und Lesetips

Sondernummer

Dokumentation zur Polemik der sowjetischen Zeitschrift „Neue Zeit“ gegen Santiago Carrillo aus Anlaß von Carrillos Buch „Eurokommunismus‘ und Staat“

Inhalt

„Eurokommunismus“ und Staat (Zusammenfassung)

Entgegen den Interessen des Friedens und des Sozialismus in Europa („Neue Zeit“)

Der wahre Zweck („Neue Zeit“)

S. Carrillo: Interview mit „Le monde“

M. Azcarate: Interview mit „Mundo Obrero“

Resolution des ZK der PCE

Stellungnahmen von PDI, PCF, POCH, PdA u. a.

M. Azcarate: Einige Probleme der kommunistischen Weltbewegung

Communiqué KPdSU – PCE

Chronologie des Eurokommunismus

September 1977, 3,50 Fr.

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der POCH. – Erscheint viermal im Jahr. – Einzelheft 2.– Fr., Abo 7. Fr. – Redaktion „positionen“, Postfach 1927, CH-4001 Basel

PROBLEMI DEL SOCIALISMO

6/7

L. Basso: Introduzione al problema
N. Accolla: Alcune note di presentazione

K. Lidkvist: Il quadro globale degli investimenti diretti e i rapporti tra le grandi potenze

G. Luciani: Tendenze passate e attuali della divisione internazionale del lavoro: il ruolo delle imprese multinazionali

H. Pflaschke: Le industrie runaway e la ristrutturazione della divisione internazionale del lavoro

J. Annerstedt, R. Gustavsson: Le società multinazionali e la dominanza tecnico-scientifica sulle economie periferiche

M. Barrat Brown: L'internazionalismo della classe operata

A. Martinelli: Imprese multinazionali, lavoratori e sindacati

S. Levrero: Il sindacato di fronte alle multinazionali: tra contestazione impotente e rivendicazioni razionalizzatrici
18. Jg. 1977

Herausgeber: Lelio Basso. - Vierteljahresschrift. - Einzelheft 3.500 L., Jahresabo 15.600 L. - Via della Dogana Vecchia 5, I-00186 Roma

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



28

W. Laaser: Die Fiskalpolitik in der Wirtschaftskrise 1974/75

G. Stamatis: Unreproduktive Ausgaben, Staatsausgaben, gesellschaftliche Reproduktion und Profitabilität des Kapitals

S. Heimann/G. Martens/P. Müller: Die Linke in der SPD

K. Lauschke: Soziologische Phantasielosigkeit und verdinglichtes Lernen. Zur Kritik neuerer Diskussionsbeiträge zur gewerkschaftlichen (Jugend-)Bildungsarbeit

Diskussion:

F. Krabbe: Die Jasager und die Neinsager. Replik auf Isensee/Neusüß „Der Berliner GEW-Konflikt“

H. Eisenhans: Ökonomistische und politökonomische Analyse der Ökkrise. Anmerkungen zu den Thesen von M. Massarrat

G. Stamatis: Schwierigkeiten bei der Anwendung der Mathematik zur Lösung politökonomischer Probleme. Zu U. Krauses Monopol-Artikel

U. Krause: Weiterhin Schwierigkeiten. Entgegnung auf G. Stamatis

7. Jg. 1977

Herausgegeben von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V.“ - Erscheint viermal im Jahr. - Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,- DM. - Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98

psychologie
heute

rote blätter

8 '77

P. Kempe: Experimentelle Halluzinationsforschung

U. Völker: Kann man den Menschen humanisieren?

C. F. Graumann: Psychologie – humanistisch oder human?

H. Thomae: Die „Macher“ in der Psychologie ablösen

S. Koch: Psychologie – als Wissenschaft ein Flop

H. Wendt: Pannendienst bei Verkehrsstörungen. Sexuelle Funktionsstörungen

9 '77

A. Silbermann: Korruption

R. R. Werner u. W. Böhmeke: Beratungssystem für Schüler und Studenten

Wladimir Bukowsky im Gespräch

Sonderteil: Humanisierung des Arbeitslebens

10 '77

L. R. Beach: Wollen Sie ein Kind?

H. Jungermann, E. Seiler: Wollen Sie Ihr Kind oder wollen Sie die Schwangerschaft unterbrechen?

D. Goleman: Hypnose

M. Mantek: Alkoholismus bei Frauen

A. Baddeley, G. Hitch: Unser Gedächtnis

4. Jg. 1977

10 '77

F. Hutzfeldt: Die Herrschenden bereiten sich auf den Winterstreik vor

Erste Statements zum Streik

B. Landefeldt: Auswertung der Studentenparlamentswahlen des Sommersemesters 1977

Erstsemester-Magazin: Tips und Hinweise zum Studienbetrieb, Informationen zur Studentenbewegung, Charakteristiken politischer Studentenorganisationen

F. Hutzfeldt: Konflikt in Werk 13. Reportage von der Jugendbrigade Hermann Duncker in der DDR

K. Simonow: Offenheit gegen Offenheit. Antwort an Alfred Andersch

P. Schütt: Besprechung von Günter Grass. Der Butt

11 '77

Heißer Herbst. Berichte über die Vorbereitung des bundesweiten Streiks der Studenten

H. Adamo: Der verdeckte Zweibund von Terror und Reaktion

P. Gingold: Gibt es in Frankreich „Deutschfeindlichkeit“?

E. Laudowicz: Reisebericht aus Israel und den besetzten Gebieten

R.-D. Vogeler: Positivismus und Konservatismus

M. Miller: Elvis. US-Impressionen zu seinem Tod

7. Jg. 1977

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, A. Roethe
Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim

Pavel. – Monatlich. – Einzelheft 5.– DM. Jahresabo 45.– DM. –

Hrsg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. · Redaktion: F. Hutzfeldt, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riechert. – Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo 14,80 DM. – Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Brüderweg 16, 4600 Dortmund

SOPO

SOZIALISTISCHE POLITIK

42

Dialektik- Kapitallogik und Ideologie

P. Dammerow, P. Furth, B. Heidtmann,
W. Lefèvre: Probleme der materialist.
Dialektik

P. Ruben: Kapitallogik

A. Mazzone: Marxist. Ideologietheorie
(1)

W. R. Beyer: Menschenrechte bei Hegel

Fragen zum Sozialismus

B. Gransow, V. Gransow: Ursprünge der
pol. Ökonomie des Sozialismus

R. Rilling: Arbeitsbedingungen in der
DDR (zu Prokla 27)

Fragen zur Krise und Planbarkeit

Arbeitsmarkt, Staatsfinanzen, Grundren-
te

Diskussion zur Diktatur des Proleta- riats

W. Goldschmidt: Sozialismus und De-
mokratie

N. Steinborn: Vor dem Machtwechsel in
Frankreich

9. Jg. 1977

TEXT+KRITIK

57

Franz Xaver Kroetz

R. P. Carl: Zur Theatertheorie des
Stückeschreibers Franz Xaver Kroetz

H. Kurzenberger: Negativ-Dramatik, Po-
sitiv-Dramatik

E. Panzner: Weiterungen im Theater des
Franz Xaver Kroetz

M. Töteberg: Wohin das Mitleid führt.
Zu „Agnes Bernauer“

M. McGowan: Sprache, Gewalt und Ge-
sellschaft. Franz Xaver Kroetz und die
sozialrealistischen Dramatiker des engli-
schen Theaters

V. Panzer: Franz Xaver Kroetz und die
Kritiker. Bemerkungen zur Kroetz-
Rezeption

V. Panzer: Auswahlbibliografie zu Franz
Xaver Kroetz

Januar 1978

Revisionismus und Antirevisionismus in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Verlag
Neue
Gesellschaft
GmbH

NG

Verlag
J.H.W. Dietz
Nachf.
GmbH

9

Werke Eduard Bernsteins

Ein revisionistisches Sozialismusbild
Drei Vorträge von Eduard Bernstein
Herausgegeben und eingeleitet von
Helmut Hirsch

167 Seiten. Broschur 15,- DM

Der Sozialismus einst und jetzt
Streitfragen des Sozialismus in
Vergangenheit und Gegenwart
147 Seiten. Broschur 15,- DM

**Sozialismus und Demokratie in der
großen englischen Revolution**

Mit einer Einleitung von
Werner Blumenberg
380 Seiten. Broschur 15,- DM

Texte zum Revisionismus

Ausgewählt, eingeleitet und kom-
mentiert von Horst Heimann
VIII, 195 Seiten. Broschur 8,- DM

**Die Voraussetzungen des Sozialismus
und die Aufgaben der Sozialdemokratie**

Mit einer Einleitung von
Dieter Schuster
275 Seiten. Broschur 15,- DM

Werke über Eduard Bernstein

Helmut Hirsch

Der „Fabier“ Eduard Bernstein
Zur Entwicklungsgeschichte des
evolutionären Sozialismus

Mit einem Geleitwort von
Bruno Neurath
159 Seiten. Broschur 15,- DM

Thomas Meyer

Bernsteins konstruktiver Sozialismus
Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie
des Sozialismus

454 Seiten. Broschur 25,- DM

Werke Karl Kautskys

**Bernstein und das Sozialdemokratische
Programm**

Eine Antikritik von Karl Kautsky
Mit einer Einleitung von Hans-Josef
Steinberg
XVIII, 195 Seiten. Broschur 15,- DM

Das Erfurter Programm

In seinem grundsätzlichen Teil
erläutert

Mit einer Einleitung von
Susanne Miller
259 Seiten. Broschur 15,- DM

**Ethik und materialistische
Geschichtsauffassung**

144 Seiten. Broschur 10,- DM

Thomas More und seine Utopie

321 Seiten, 1 Porträt. Broschur 15,- DM

Der Ursprung des Christentums

Eine historische Untersuchung
Eingeleitet von Karl Kupisch
LXIV, 508 Seiten. Broschur 15,- DM

Vorläufer des neueren Sozialismus

Erster Band: Kommunistische
Bewegungen mit Mittelalter
Mit einer Einleitung von Karl Kupisch
416 Seiten. Broschur 15,- DM

Zweiter Band: Der Kommunismus in
der deutschen Reformation
Mit einer Einleitung von Karl Kupisch
372 Seiten. Broschur 15,- DM

Karl Kautsky / Paul Lafargue
Vorläufer des neueren Sozialismus
Dritter Band

172 Seiten. Broschur 15,- DM

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

Januar 1978 erscheint:

AS 19 Projekt Automation und Qualifikation: Entwicklung der Arbeit: Theorie ihrer empirischen Analyse

Fortsetzung der Studie über die Ausbreitung der Automation in der BRD (Argument-Sonderband 7).

In Auseinandersetzung mit bisherigen industriesoziologischen Untersuchungen und Theorien enthält dieser Band den Methodenteil der umfangreichen empirischen Untersuchung von Tätigkeiten und Qualifikationen an automatischen Anlagen in der BRD. Die Entwicklung und Begründung der eigenen Methode stellt zugleich einen Beitrag dar zum aktuellen Problem des Verhältnisses von allgemeiner Theorie und Empirie. Dieses Problem, das sich auch für marxistische Theorie akut stellt, wird hier im besonderen Bereich der Erfassung von Arbeitstätigkeiten exemplarisch zu lösen versucht.

Die Übersetzung allgemeinsten gesellschaftswissenschaftlicher und ökonomiekritischer Kategorien in Fragen, die faktische Vorgänge zu erfassen erlaubt, schließt mit der Präsentation des Fragebogens, mit dem das Projekt in den Betrieben gearbeitet hat. So gibt der Band zugleich einen umfassenden kritischen Literaturüberblick und eine Didaktik empirischer Methodologie.

1978 folgt die Auswertung der Untersuchung in 80 Betrieben der BRD und Westberlins

Adressaten: Soziologen, Psychologen, Ökonomen, Arbeitswissenschaftler, Pädagogen, Techniker

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Gesamtverzeichnis

- 1-21 Argument-Reprint AS 1/1 u. AS1/2
- 22 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (I)
- 23 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (II)
- 24 Sexualität und Herrschaft (III)
- 26 Probleme der Ästhetik (I)
- 28 Probleme der Ästhetik (II)
- 29 Schule und Erziehung (I)
- 30 Faschismus-Theorien (I)
- 31 Schule und Erziehung (II)
- 32 Faschismus-Theorien (II)
- 33 Faschismus-Theorien (III)
- 34 Probleme der Entwicklungsländer (I)
- 35 Sexualität und Herrschaft (IV)
- 36 Die Amerikaner in Vietnam / Probleme der Entwicklungsländer (II)
- 37 Theorien der Vergeblichkeit / Zur Ideologiekritik des Nihilismus
- 38 Probleme der Entwicklungsländer (III)
- 39 Wirtschaftsmodelle im Sozialismus
- 40 Politische Bildung / Schule und Erziehung (III)
- 41 Staat und Gesellschaft im Faschismus / Faschismus-Theorien (IV)
- 42 „Formierte“ Demokratie (I)
- 43 Wissenschaft als Politik (I)
- 44 Städtebau im Kapitalismus (I)
- 45 Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus
- 46 Brecht/Lukács/Benjamin / Fragen der marxistischen Theorie (I)
- 47 Faschismus und Kapitalismus/Faschismus-Theorien (V) / Diskussion
- 48 Kalter Krieg und Neofaschismus in der BRD / Materialien zur „formierten Demokratie“ (II)
- 49 Kritik der bürgerlichen Germanistik / Wissenschaft als Politik (II)
- 50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
- 51 Zur Politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (IV)
- 52 Entfremdung und Geschichte / Fragen der marxistischen Theorie (II)
- 53 Zur politischen Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus / Probleme der Entwicklungsländer (V)
- 54 Vom Bildungsbürgertum zur Funktionseelite/Schule und Erziehung (IV)
- 55 Argument-Register / 1.-11. Jahrgang 1959-1969
- 56 Sexualität und Herrschaft (V) / Schule
- 57 Revolution und Konterrevolution in Griechenland
- 58 Faschismus-Theorien (VI) / Diskussion
- 59 Afrika zwischen Imperialismus und Sozialismus / Probleme der Entwicklungsländer (VI)
- 60 Kritik der bürgerlichen Medizin
- 61 Klassenstruktur und Klassenbewußtsein / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (I)
- 62 Klassenbewußtsein und Klassenkampf / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (II)
- 63 Geschichte u. Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung (I)
- 64 Probleme der Ästhetik (III)
- 65 Fragen der marxistischen Theorie (III)

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

- 66 Wissenschaft als Politik (III)
- 67 Emanzipation der Frau / Sexualität und Herrschaft (VI)
- 68 Ausländerbeschäftigung und Imperialismus / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus (III)
- 69 Lohnarbeit und Medizin / Kritik der bürgerlichen Medizin (II)
- 70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
- 71 Argumente für eine soziale Medizin (III)
- 72 Probleme der Ästhetik (IV) / Literatur- und Sprachwissenschaft
- 73 Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)
- 74 Fragen der marxistischen Theorie (IV)
- 75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
- 76 Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie in der DDR
- 77 Widerspiegelungstheorie und Ideologiekritik / Fragen der marxistischen Theorie (V)
- 78 Argumente für eine soziale Medizin (IV)
- 79 Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung – Genese und Perspektive / Probleme der Entwicklungsländer (VII)
- 80 Schule und Erziehung (V)
- 81 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (I)
- 82 Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus
- 83 Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien
- 84 Zum Verhältnis von Logischem und Historischem / Streitfragen materialistischer Dialektik (II)
- 85 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (III)
- 86 Klassenkämpfe in der BRD / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus
- 87 Faschismus – Entstehung/Verhinderung. Faschismus-Theorien (VII)
- 88 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I)
- 89 Anti-Psychiatrie – Konservative Gehalte radikaler Entwürfe / Argumente für eine soziale Medizin (VI)
- 90 Widerspiegelungs-Diskussion: Literatur- und Kunsttheorie / Streitfragen materialistischer Dialektik (IV)
- 91 Diskussion von Verhaltenstherapie und Gruppendynamik / Kritische Psychologie (I)
- 92 Widerspiegelungs-Diskussion: Praxis / Streitfragen materialistischer Dialektik (V)
- 93 Umwelt – Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur
- 94 Antworten auf Althusser
- 95 Sprachwissenschaft und Sprachunterricht
- 96 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen
- 97 Marxismus und Kritische Theorie
- 98 Sozialismus-Diskussion (I)
- 99 Faust-Diskussion
- 100 Ideologischer Klassenkampf / Sozialismus-Diskussion (II)
- 101 Beiträge zur materialistischen Soziologie
- 102 Sozialismus-Diskussion (III)
- 103 Ideologischer Klassenkampf (II)
- 104 Staat und Krise
- 105 Sozialismus-Diskussion (IV)

Argument-Verlag Postf. 210730 7500 Karlsruhe

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

- AS 1/1 Argument-Reprint 1-17
- AS 1/2 Argument-Reprint 18-21
- AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
- AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin / Der Bürger in Geschichte und Literatur
- AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens / Argumente für eine soziale Medizin (V)
- AS 5 Hanns Eisler
- AS 6 Zur Theorie des Monopols / Staat und Monopole (I)
- AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD
- AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
- AS 9 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 1
- AS 10 Massen / Medien / Politik
- AS 11 Brechts Tui-Kritik
- AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen
- AS 13 Kritik der Frankreichforschung. Handbuch
- AS 14 Humanisierung der Lohnarbeit? Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen
- AS 15 Kritische Psychologie (II)
- AS 16 Staat und Monopole (II) / Probleme der materialistischen Staatstheorie
- AS 17 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 2
- AS 18 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Band 2
- AS 19 Projekt Automation und Qualifikation: Entwicklung der Arbeit. Theorie ihrer empirischen Analyse
- AS 20 Argument-Register 56-100 (Dezember 1977)

Programm 1978

- AS 21 Schule und Erziehung (VI): Reformpädagogik und Berufspädagogik
- AS 22 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Bd. 3: USA im Jahre 201
- AS 23 Massen / Kultur / Politik
- AS 24 Angewandte Musik 20er Jahre
- AS 25/26 Habermas - Darstellung und Kritik seiner Theorie von Burkhard Tuschling. Doppelband
- AS 27 Jahrbuch für Kritische Medizin 3
- AS 28 Forum Kritische Psychologie 1
- AS 29 Gulliver. Deutsch-Englische Jahrbücher, Bd. 4
- AS 30 Soziale Medizin (VIII)
- AS 31 Automationsarbeit: Empirie / Projekt Automation und Qualifikation. Bd. 3
- AS 32 Gesellschaftsformationen in der Geschichte

Argument-Verlag Postf. 21 0730 7500 Karlsruhe

POSITIONEN

Herausgegeben von Peter Schöttler

Positionen 1

Dominique Lecourt

Proletarische Wissenschaft?

Der „Fall Lyssenko“ und der Lyssenkismus.

Mit einem Vorwort von Louis Althusser
220 Seiten; Paperback; DM 14,80

Positionen 2

Etienne Balibar

Über die Diktatur des Proletariats

Mit Dokumenten des 22. Parteitag der KPF

192 Seiten; Paperback; DM 16,-

Positionen 3

Louis Althusser

Ideologie und ideologische Staatsapparate

Aufsätze zur marxistischen Theorie
160 Seiten; Paperback; DM 14,80

**VSA-Verlag,
Hamburg/Westberlin**

Neu im Frühjahr 1978

Positionen 4

P. F. Moreau

Marx und Spinoza

Versuch einer materialistischen Lektüre
144 Seiten; Paperback; DM 14,80

Dieses Buch ist der Versuch einer marxistischen Einführung in das philosophische Werk Spinozas: es dokumentiert seine Fragestellungen, seine Begriffe und nicht zuletzt seine Aktualität.

Positionen 5

Kammler/Pêcheux/Plumpe/Schöttler

Ideologischer Klassenkampf

Urnisse einer marxistischen Theorie des Begriffs

176 Seiten; Paperback; DM 16,80

Die Analyse des gesellschaftlichen Überbaus und der Eingriffsformen der Ideologie im Klassenkampf ist eines der wichtigsten Felder marxistischer Forschung. Die Beiträge dieses Bandes ziehen eine Bilanz und stellen zugleich neue Fragestellungen vor.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 7 Projektgruppe Automation und Qualifikation: Automation in der BRD

Inhalt:

I. Methodische Vorbemerkungen (Begriff und Ermittlungsverfahren, Bedingungen und Schranken von Automation)

II. Indikatoren für technischen Fortschritt (Entwicklung der Produktivität, der Arbeitskräftestruktur und der Staatstätigkeit)

III. Entwicklung und Ausbreitung von Automation (Genese von Automation, Ausbreitung elektronischer Datenverarbeitung, Automation in Verwaltung, Handel und Bankwesen, Automation in der Produktion)

2. verbesserte, um Register, Literaturverzeichnis und Nachwort erweiterte Auflage 1976

Argument-Verlag Postf. 21 07 30 7500 Karlsruhe

XII

<i>Loer, Barbara: Das Absolute und die Wirklichkeit in Schellings Philosophie (H. M. Lohmann)</i>	891
<i>Frank, Manfred: Das individuelle Allgemeine, Textstrukturierung und -interpretation nach Schleiermacher (K. Bruns-Weingartz)</i>	893
<i>Gadamer, Hans-Georg, u. Gottfried Boehm (Hrsg.): Seminar: Philosophische Hermeneutik (G. Miller)</i>	894
<i>Weischedel, Wilhelm: Skeptische Ethik (A. Kolberg)</i>	895
<i>Haug, Wolfgang Fritz: Kritik des Absurdismus (H. Woetzel)</i>	819

Sprach- und Literaturwissenschaften

<i>Gloy, Klaus: Sprachnormen I (J. Ellerbrock)</i>	897
<i>Presch, Gunter, und Klaus Gloy (Hrsg.): Sprachnormen II (J. Ellerbrock)</i>	897
<i>Gloy, Klaus, und Gunter Presch (Hrsg.): Sprachnormen III (J. Ellerbrock)</i>	897
<i>Barck, Karlheinz, und Brigitte Burmeister (Hrsg.): Ideologie–Literatur–Kritik (H. Woetzel)</i>	900
<i>Powroslo, Wolfgang: Erkenntnis durch Literatur (H. Woetzel)</i>	903

Soziologie

<i>Mauss, Marcel: Soziologie und Anthropologie (T. Schöfthaler)</i>	905
<i>Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen: Kommunikative Sozialforschung (U. Koch und H. Ohlenburg)</i>	906
<i>Noelle-Neumann, Elisabeth (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1974–1976 (Th. Berger)</i>	908
<i>Tanić, Živan: Seljaci na evropskim raskrsnicama (Die Bauern am europäischen Kreuzweg) (Z. Herget)</i>	908
<i>Berger, John, und Jean Mohr: Arbeitsemigranten (E. Holling)</i>	910

Geschichte

<i>Sieyes, Emmanuel Joseph: Politische Schriften (S. Petersen)</i>	911
<i>Aubin, Hermann, und Wolfgang Zorn (Hrsg.): Handbuch der Deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2 (J. Berlin)</i>	911
<i>Braun, Christel: Die Entstehung der Demokratie (B. Scherer)</i>	913
<i>Vondung, Klaus (Hrsg.): Das wilhelminische Bildungsbürgertum (D. Berger Thimme)</i>	913
<i>Elleinstein, Jean: Geschichte des Stalinismus (M. Masuch)</i>	826
<i>Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus (H. Heer, D. Hemje-Oltmanns, V. Ullrich)</i>	860
<i>Fülberth, Georg, und Jürgen Harrer: Die deutsche Sozialdemokratie 1890–1933 (H. Heer, D. Hemje-Oltmanns, V. Ullrich)</i>	860
<i>Strutynski, Peter: Die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten in der deutschen Arbeiterbewegung um die Jahrhundertwende (H. Heer, D. Hemje-Oltmanns, V. Ullrich)</i>	860

<i>Roth, Karl Heinz: Die „andere“ Arbeiterbewegung (H. Heer, D. Hemje-Oltmanns, V. Ullrich)</i>	860
<i>Brockhaus, Eckhard: Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg (H. Heer, D. Hemje-Oltmanns, V. Ullrich)</i>	860
<i>Lucas, Erhard: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung (H. Heer, D. Hemje-Oltmanns, V. Ullrich)</i>	860

Soziale Bewegung und Politik

<i>Fabre, Jean, François Hincker und Lucien Sève: Les communistes et l'Etat (E. Volker)</i>	915
<i>Lefévre, Henri: Die Zukunft des Kapitalismus (P. Meisenberg)</i>	917
<i>Ihlau, Olaf, und Miodrag Vukić (Hrsg.): Jugoslawien – Modell im Wandel (K. Priester)</i>	918
<i>Unger, Peter: Die Ursachen der politischen Unruhen in Polen im Winter 1970/71 (H. Beland)</i>	919

Ökonomie

<i>Bärtschi, Wolfgang: Ausbeutung und Einkommensverteilung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen (P. Richter)</i>	921
<i>Probst, Albert J.: Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in der BRD (R. Grün und D. Ost)</i>	922
<i>Luft, Hans, u. a.: Ökonomische Gesetze und sozialistische Planwirtschaft (M. Masuch)</i>	923